

2. Sitzung des Gemeindeparlamentes

Donnerstag, 28. November 2024

Stadthaus, Ratsaal

Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 01.20 Uhr

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Christian Huber,
6. Simone Sager, 7. Andrea Walder, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Luzia Baumann, 3. Florian Eberhard, 4. Daniela Minikus (19.00 –
22.25 h abw.), 5. Luc Nünlist, 6. Claudia Schmid, 7. Tobias Vega

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Darryl Fiechter, 3. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Jann Frey, 3. Manuela Höfler, 4. Lukas Lütolf,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Philippe Ruf, 4. Ursula Rüegg, 5. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma, 5. Denise Spirig,
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: -

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Leiter Direktion Finanzen und Dienste
Kurt Schneider, Leiter Direktion Bau (bis 22.45 h)
Kristine Sprysl, Leiterin Direktion Soziales (bis 20.15 h)
Kerem Yildirim, Co-Leiter Direktion Bildung und Sport
Beat Wyss; Stv. Leiter Dir. Finanzen und Dienste
Philipp Stierli, Abteilungsleiter O & S/Feuerwehrkommandant
Önder Köz; Leiter Sozialadministration
Regula Slaschek, HR

Vorsitz: Thomas Fürst

Protokollführer/in: Roland Sampt, Leiter Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

10. Direktionssekretariat Direktion Bildung und Sport, Pensenerhöhung administrative Unterstützung Primarschulstandorte und Personaladministration/Genehmigung
11. Stelle Sportkoordination/Genehmigung
12. Sozialregion, Stellenplanung 2025/Genehmigung
13. Budget 2025/Genehmigung
- *14. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 14.1. Interpellation Matthias Borner (SVP) und MU betr. Zusatzkosten wegen zu später Zustellung des Abstimmungsmaterials
 - 14.2. Auftrag Finanzkommission betr. Berichterstattung der Stadtverwaltung Olten
 - 14.3. Interpellation Ursula Rüegg (SVP) und Robin Kiefer (SVP) betr. Entwicklung und Ziele der Sozialhilfe
 - 14.4. Auftrag Timo Probst (SP/JSP) betr. Energiekostenzulage
 - 14.5. Auftrag Cécile Send (JSP) betr. Menstruationsabwesenheit
 - 14.6. Auftrag Fraktion SVP betr. Innenstädtische Plätze attraktiver gestalten – Für alle statt für wenige
 - 14.7. Überparteilicher Auftrag C. von Arx (SP), M. Jeisy (Mitte), C. Send (JSP), T. Fürst (FDP) und M. Winistörfer (SVP) betr. Vernehmlassungsverfahren für wichtige Geschäfte einführen
 - 14.8. Volksauftrag betr. Fahrradsicherheit in der Stadt Olten
 - 14.9. Überparteilicher Auftrag betr. Kein gratis Parkieren in der Schützi

* aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Sehr geehrte Gemeindeparlamentarierinnen, sehr geehrte Gemeindeparlamentarier, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Herren Stadträte, sehr geehrte Zuschauende und Zuhörende vor Ort und zu Hause, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße sie alle ganz herzlich zum zweiten Tag der November-Session des Oltner Gemeindeparlaments.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Thomas Fürst:

Anzeige Sprechstelle

Ihr habt vielleicht bemerkt, dass die Anzeige an eurer Sprecherstelle immer „aktueller Sprecher“ ausweist. Dies unabhängig davon, ob ein Mann oder eine Frau spricht. Man hat uns dies gemeldet. Offenbar kann man das nicht auf die Schnelle anpassen. Die Stadt ist im Austausch mit dem Hersteller und man wird es so rasch wie möglich entsprechend beheben.

Foto- und Videoaufnahmen

Ich erlaube mir, auch darauf aufmerksam zu machen, dass im Saal ohne Bewilligung grundsätzlich keine Foto- und Videoaufnahmen gemacht werden dürfen.

Giveaway Suchthilfe

Die Suchthilfe hat im Foyer für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier etwas bereitgelegt. Wenn ihr möchtet, dürft ihr nach der Sitzung etwas mitnehmen.

Vorstösse/Eingang

- Auftrag SP/JSP betr. Mehr Unterstützung von jungen Eltern in Olten
- Auftrag Florian Eberhard (SP) betr. Sexuelle Gesundheit 2.0 – kostenlose Tests ermöglichen
- Interpellation Tobias Vega (SP/JSP) betr. Standplatz für Fahrende

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. November 2024

Prot.-Nr. 17

Direktionssekretariat Direktion Bildung und Sport, Pensenerhöhung administrative Unterstützung Primarschulstandorte und Personaladministration/ Genehmigung

In der Direktion Bildung und Sport stehen für die Schüleradministration (60%), die Personaladministration (40%) und die administrative Unterstützung der Schulstandorte (20%) aktuell insgesamt 120 Stellenprozente zur Verfügung.

Sowohl die Externe Schulevaluation aus dem November 2023 als auch die Organisationsanalyse der Firma «bcp» aus dem Februar 2024 zeigen auf, dass im Bereich der administrativen Unterstützung der Schulstandorte und der Personaladministration Ressourcen fehlen. In der Folge müssen die Schulleitungen der Schule Olten viele Aufgaben übernehmen, die durch das Direktionssekretariat effektiver und effizienter erbracht werden könnten, was zu hohen Plussaldi bei den Schulleitenden führt.

Auch die Empfehlungen des Verbandes der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) und dem Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Solothurn (VSL SO) für die Dotierung der Stellen in den Bereichen der Schulleitungen, des Schulsekretariats und des Verwaltungsaufwandes aus dem Jahr 2018 zeigen auf, dass der Schule Olten in der Schulverwaltung aktuell zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen.

Aus diesen Gründen sollen die Pensen für die administrative Unterstützung und die Personaladministration ab dem 1. Januar 2025 um insgesamt 120% erhöht werden.

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Im Zeitraum vom Dezember 2023 bis März 2024 wurde in der Direktion Bildung und Sport durch das Beratungsbüro «bcp» eine Organisationsanalyse durchgeführt. Für die Analyse hat die «bcp» einerseits eine umfassende Dokumentenanalyse vorgenommen und andererseits Einzel- und Gruppeninterviews mit den Mitarbeitenden der Direktion Bildung und Sport sowie der Direktionskonferenz geführt.

Im Rahmen der Organisationsanalyse wurden vier Handlungsfelder für die Direktion Bildung und Sport identifiziert:

1. Organisation der Führungsebene, als Basis für eine allfällige Ausschreibung/Rekrutierung
2. Inhaltliche Ausrichtung Direktion Bildung und Sport und normative Grundlagen
3. Angebot für die Schulen sowie Aufgabenportfolio Direktion Bildung und Sport inkl. organisatorische Verortung
4. Organisation der Direktion Bildung und Sport, v.a. der Abteilung Dienste/des Direktionssekretariats

Basierend auf den Ergebnissen der Organisationsanalyse (Handlungsfeld 1) hat der Stadtrat mit Entscheid vom 10. Juni 2024 (Prot.-Nr. 185) eine neue Führungsorganisation für die Direktion Bildung und Sport beschlossen. Anstelle einer Direktionsleitung und einer Leitung Dienste mit je 100 Stellenprozenten wird die Direktion zukünftig durch eine Co-Direktionsleitung mit zweimal 80% geführt. Gleichzeitig wurde eine Stabsstelle Projekte und Finanzen mit 60% geschaffen und die Stelle der Direktionsassistentin von 100% auf 80% reduziert. Diese Anpassungen konnten kosten- und stellenetatneutral umgesetzt werden.

Neben der Anpassung der Führungsorganisation sind in der Direktion Bildung und Sport basierend auf der Organisationsanalyse (Handlungsfelder 3 und 4) jedoch weitere Veränderungen in der Personalstruktur notwendig. Konkret braucht es zusätzliche personelle Ressourcen in den Bereichen Personaladministration, administrativer Support der Primarschulstandorte und in der Sportkoordination.

Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag wird beim Parlament eine Pensenerhöhung im Bereich der administrativen Unterstützung der Primarschulstandorte um 80% und im Bereich der Personaladministration um 40% beantragt.

Erwägungen

Die Hauptaufgabe der Direktion Bildung und Sport ist die Sicherstellung eines funktionierenden Schulbetriebs bzw. die Gewährleistung der obligatorischen Volksschule in der Stadt Olten. Die Schule Olten gehört zu den grössten Schulträgern im Kanton Solothurn.

Aktuell besuchen 1'642 Schüler/innen die Schule Olten und es arbeiten ca. 250 Lehrpersonen in der Primar- und Sekundarschule. Folgende Zahlen zeigen die Grösse der Schule Olten:

Überblick Volksschule Schule Olten (Kindergarten bis 9. Klasse)	
Anzahl Schüler/-innen	1'642 Schüler/-innen
Anzahl Klassen (inkl. zwei Klassen für Fremdsprachige und TFK)	91 Klassen
Anzahl Lektionen Volksschule	4225 Lektionen
Anzahl Lehrpersonen Volksschule	250 Lehrpersonen
Vollzeitstellen (FTE) Volksschule	145.7 FTE oder 14'570 % Pensum
SL Führungspensum Volksschule	610 % (exklusive GSL und SL Musikschule)
Führungsspanne SL (bei 100 % Pensum)	ca. 41 LP oder ca. 24.2 FTE

Stand 31.07.2024

Der Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) hat gemeinsam mit dem Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Solothurn (VSL SO) im Jahr 2018 Empfehlungen für die Dotierung der Stellen in den Bereichen der Schulleitungen, des Schulsekretariats und des Verwaltungsaufwandes veröffentlicht ([Empfehlungen VSEG & VSL SO](#)).

Bei der Schule Olten handelt es sich um eine zweistufig geführte Schule (Gesamtschulleitung & Schulleitungen Standorte). Die Empfehlungen des VSEG und des VSL SO sehen vor, dass bei dieser Organisationsstruktur für die Berechnung der benötigten Pensen für die Schulleitung, das Schulsekretariat und den Verwaltungsaufwand mindestens der Faktor 0.7 pro Schüler/-in herbeigezogen wird. Zusätzliche Angebote wie die Musikschule, Schulsozialarbeit, Schulgesundheit, Tagesstrukturen und andere Aufgaben werden separat berechnet.

Für die Stadt Olten bedeuten die Empfehlungen, dass bei einer aktuellen Schüler/innen-Zahl von **1'642** insgesamt **1'150 Stellenprocente** in den Bereichen Schulleitung, Schulsekretariat und Schulverwaltung zur Verfügung stehen müssten.

Von den in der Direktion Bildung und Sport insgesamt zur Verfügung stehenden 2'020 Stellenprozenten können gemäss den Empfehlungen 920% angerechnet werden. Zusätzlich sind noch 50% aus der Lohnbuchhaltung der Direktion Finanzen zu berücksichtigen. Entsprechend stehen aktuell 970% für den Schulbetrieb (exkl. Musikschule, SSA und SZPI) zur Verfügung.

Gemäss den Empfehlungen des VSEG und des VSL SO verfügt die Direktion Bildung und Sport aktuell über ein Defizit von 180 anrechenbaren Stellenprozenten. Dieses Defizit bringen auch die Organisationsanalyse sowie die Externe Schulevaluation zum Vorschein.

Mit der Schaffung von zusätzlichen Pensen in der Höhe von 80% im Bereich der «administrative Unterstützung Schulstandorte» sowie 40% in der «Personaladministration» kann ein Grossteil des Defizits ausgeglichen werden.

Administrative Unterstützung der Primarschulstandorte

Sowohl die Externe Schulevaluation aus dem November 2023 als auch die Organisationsanalyse der «bcp» aus dem Februar 2024 zeigen auf, dass die Schulleitungen der Schule Olten aktuell viele Aufgaben übernehmen müssen, die grundsätzlich durch das Direktionssekretariat effektiver und effizienter erbracht werden könnten. Die fehlenden Ressourcen zeigen sich auch in den hohen Gleitzeitsaldi der Schulleitenden (+1'225 Stunden und 32 nicht genutzte Ferientage im Jahr 2023).

Der Grund für die fehlende Unterstützung der Schulstandorte durch das Direktionssekretariat ist, dass seit längerem für die zunehmende Aufgabenlast die entsprechenden Ressourcen fehlen. Im Bereich der administrativen Unterstützung der Schulstandorte und der Personaladministration wurden die verfügbaren Pensen seit vielen Jahren nicht mehr unbefristet angepasst.

Als einziger Schulstandort verfügt die Sekundarschule Frohheim seit 2015 fix über 20% administrative Unterstützung vor Ort. Die 4 Primarschulstandorte teilen sich bis anhin ein 20% Pensum aus dem Pensum der Direktionsassistenten. Das entspricht einem halben Tag jede zweite Woche pro Standort.

Seit Herbst 2023 konnte die administrative Unterstützung an den beiden Schulstandorten Sälli & Bifang im Rahmen eines befristeten IV-Arbeitsversuchs in einem 40% Pensum vor Ort umgesetzt werden. Es hat sich gezeigt, dass ein Pensum von 20% pro Schulstandort zu einer grossen Entlastung bei den Schulleitungen führt. Entsprechend soll zukünftig allen 4 Primarschulstandorten ein Pensum von 20% für administrative Unterstützung vor Ort zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der administrativen Unterstützung für die Primarstandorte werden klassische Dienstleistungen eines Schulsekretariats erbracht. Dazu gehört unter anderem die Kontierung von Rechnungen und die Unterstützung bei der Budgetierung sowie der schulhausinternen Budgetkontrolle, die Unterstützung in der Planung, Koordination und Dokumentation von Projekten und Anlässen, die Recherche von Informationen und Aufbereitung von Unterlagen, das Vorbereiten der Standardkorrespondenzen wie beispielsweise für Unentschuldigte Absenzen oder längeren Dispensationen, die Unterstützung im Bereich der speziellen Förderung (Verfügungen vorbereiten und Pendenzenliste aus den Triagen der Speziellen Förderung abarbeiten) sowie die administrative Vorbereitung von verschiedenen Prozessen wie beispielsweise die Klasseneinteilung, die Pensenplanung, die Stundenplanung oder die Jahresplanung der Schulstandorte.

Personaladministration

Im Bereich der Personaladministration steht der Direktion Bildung und Sport ein unbefristetes 40% Pensum zur Verfügung. Die Personaladministration ist zuständig für die administrative Bearbeitung aller Personalmutationen und Betreuung aller Personaldossiers der rund 300 Lehrpersonen der Schule Olten. Dazu gehört die Mutation der Personendaten von Lehrpersonen beim Kanton (Bildungsinformationssystem Solothurn BISSO) sowie im Schulverwaltungssystem der Direktion Bildung und Sport, die Lieferung der lohnrelevanten Daten

an die Lohnbuchhaltung der Stadt, die Verarbeitung von Absenzen der Lehrpersonen, das Beantworten von allgemeinen Anfragen (Dienstaltersgeschenke, Personalreglement, etc.), Abklärungen mit internen und externen Partnern, die Abwicklung von Stellvertretungs-Meldungen (rund 80 Mutationen pro Monat), die Verrechnung von Fachbegleitungen und Musikschul-Abos, Aufbereitung von diversen Statistiken (Beschäftigungsstatistik, Bildungsstatistik etc.), der Vollzug der Pensenplanung sowie die administrative Verarbeitung der Arbeitsverträge. Aufgrund der bildungstypischen Durchführung der jährlichen Pensen- und Stundenplanung, führt dies bei einer Mehrheit der Lehrpersonen jährlich zu Mutationen, welche es zu bearbeiten gilt (Erfassung, Meldung, Verträge).

Im Bereich der Personaladministration konnten in den letzten Jahren aufgrund fehlender Ressourcen nicht alle vorgeschriebenen Aufgaben erledigt werden. So können beispielsweise aktuell in Olten bei Stellvertretungen keine Arbeitsverträge ausgestellt und auch Arbeitszeugnisse oder -bestätigungen können nicht durch die Personaladministration vorbereitet werden. Auch konnte die Personaladministration die Schulleitungen in den letzten Jahren in Personalfragen nicht wie gewünscht unterstützen (arbeitsrechtliche Fragen, Kontaktaufnahme und Abklärungen mit Personaldienst Kanton sowie Stadt), was zu einer Mehrbelastung der Schulleitungen geführt hat.

Im Rahmen des Budgets 2024 wurden befristet bereits zusätzliche 20% im Bereich der Personaladministration bewilligt. Dies, da sich die Arbeitslast in der Personaladministration in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. Aufgrund des Lehrpersonenmangels sowie des allgemeinen Schüler/innen-Wachstums hat die Dynamik der Stellenwechsel im Bildungsbereich zugenommen. So haben sich beispielsweise im Bereich der Lehrpersonenbesoldungen die Mutationen in den letzten Jahren mehr als verdoppelt:

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Mutationen	878	910	1'050	1'362	1'963	1'960

Die Arbeitslast in diesem Bereich bleibt unverändert hoch und es hat sich gezeigt, dass mind. ein 80%-Pensum für die Bewältigung der Aufgaben notwendig ist. Ein 80%-Pensum ermöglicht es auch, dass eine Stellvertretung in diesem Bereich sichergestellt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Pensenerhöhung bei der administrativen Unterstützung der Primarschulstandorte (80%) und in der Personaladministration (40%) sind in der Lohnklasse 11 (Sachbearbeitung) jährlich wiederkehrende Lohnkosten in der Höhe von Fr. 128'799.00 (inkl. Sozialleistungen) zu budgetieren.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Pensenerhöhung für die administrative Unterstützung der Primarschulstandorte (80%) und für die Personaladministration (40%) in der Lohnklasse 11 per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.1 untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Darryl Fiechter, GPK: Es ist mir eine ausserordentliche Ehre, dieses Geschäft heute als Sprecher der GPK vertreten zu dürfen. Das Geschäft wurde an der Sitzung vom 19. November in der GPK besprochen und hat zu keinen grösseren Diskussionen geführt. Es wurde angemerkt, dass gewissermassen auch der Kanton in der Pflicht ist, seine Aufgaben zu erfüllen, welche zum aktuellen Zeitpunkt nur dürtig oder nicht zufriedenstellend wahrgenommen werden. Insbesondere werden Kosten den Gemeinden überlassen, was zu Mehrbelastungen in den Gemeinderechnungen führt und eigentlich Kosten der Kantone bleiben sollten. Es war in der Vergangenheit so und es zeichnet sich auch in absehbarer Zukunft keine Besserung ab. Das ist auch der Grund, weshalb man mit dieser Stelle im Direktionssekretariat eine Pensenerhöhung für administrativen Unterstützung beantragt. Bei einer Annahme dieses Geschäfts wurde angemerkt, dass wenn anfallende Arbeit durch das Direktionssekretariat erledigt würde, dies uns günstiger käme als die Arbeitskraft einer Schulleitung, welche in einer weitaus höheren Lohnklasse angesiedelt ist. Die freiwerdende Zeit vom Schulleiter kann dann für wirklich wichtige Arbeit eingesetzt werden, für das, wofür er qualifiziert ist, und er kann bei administrativen Aufgaben entlastet werden. Aus diesem Grund empfiehlt die GPK, diesem Geschäft zuzustimmen.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich erlaube mir einleitend zu diesem Geschäft noch etwas ausführlicher zu werden. Das, was ich nun zu Beginn sage, gilt dann eigentlich auch für das zweite Geschäft, die Stelle der Sportkoordination, welches im Anschluss behandelt wird. Wie ihr es alle mitbekommen habt - die GPK hat den Prozess eng begleitet - war das vergangene Jahr für die Direktion Bildung und Sport herausfordernd. Nachdem es im September 23 zum Abgang des Direktionsleiters kam, haben wir einen Prozess eingeleitet, welcher die Direktion nachhaltig stabilisieren soll. Der Kern dieses Prozesses war, dass der Betrieb mit einer interimistischen Leitung schnellstmöglich stabilisiert wird und gleichzeitig mit einer Organisationsanalyse geklärt wird, wie die Direktion zukünftig aufgestellt sein muss, damit sie nicht wieder ins gleiche Fahrwasser gerät, wie vor dem September 2023. Die Resultate der durchgeführten Organisationsanalyse waren klar: Es braucht eine Optimierung bei der Führungsorganisation, die inhaltliche Ausrichtung der BISPO muss neu geklärt und wo nötig müssen normative Grundlagen erarbeitet werden. Die Aufgaben der Schulverwaltung und das allgemeine Aufgabenportfolio der BISPO muss definiert werden und die entsprechenden Ressourcen müssen zur Verfügung stehen. Die Führungsorganisation konnten wir im Sommer mit Unterstützung des Stadtrats pensen- und kostenneutral umsetzen. Wie in der Organisationsanalyse vorgeschlagen, wird die Direktion Bildung und Sport ab dem 1.1.2025, nun definitiv, mit einer Co-Direktionsleitung geführt. Gleichzeitig wurde eine Stabstelle Projekt und Finanzen geschaffen. Die Stelle Leitung Dienst wurde aufgehoben und das Pensum der Direktionsassistenten wurde um 20% reduziert. Die Co-Leitung teilt sich zukünftig die Verantwortung auf. Ein Teil, die Gesamtschulleitung, ist zuständig für den gesamten Schulbetrieb und der zweite Teil dieser Co-Leitung ist für die Themen Kinder-, Jugend- und Familienförderung, Sport und die Führung des Direktionssekretariats zuständig. Die Co-Leitung wird in einem Jobsplitting-Modell gelebt, entsprechend gibt es klare Zuständigkeiten, aber es gibt selbstverständlich auch Themen, welche gemeinsam bearbeitet werden. Mit der Schaffung der Stabstelle Projekt und Finanzen soll sichergestellt werden, dass in der Direktion Bildung und Sport genügend Kenntnis und Fähigkeiten für Konzept- und Projektarbeit sowie Aufgaben im Bereich der Finanzen vorhanden sind. Gerade das Projektcontrolling hat in den Jahren zuvor nicht oder nur schlecht funktioniert, denn oft wurden die strategische und operative Projektleitung in Personalunion gemacht. Mit der Aussicht, dass eine Stelle Sportkoordination geschaffen werden kann, und zudem Pensum für administrativen Support an den Primarschulstandorten erhöht werden können, wurde die Stelle der Direktionsassistenten zudem um 20% reduziert. Die beiden Anträge heute Abend stehen also in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser

Organisationsentwicklung und sind eminent, damit wir diese erfolgreich umsetzen können. Der Antrag, worüber wir jetzt diskutieren, beinhaltet eine Pensenerhöhung für die Personaladministration und für den administrativen Support an den Primarschulstandorten. Wie ihr im Bericht und Antrag lesen konntet, waren wir in den beiden Bereichen bisher sehr schlank aufgestellt. Sowohl die externe Schulevaluation vom November 2023 als auch die Organisationsanalyse von der «bcp», welche ich anfangs erwähnt hatte, haben aufgezeigt, dass die Schulleitungen der Schulen Olten aktuell viele Aufgaben übernehmen müssen, welche grundsätzlich durch ein Direktionssekretariat effektiver und effizienter erbracht werden können. Die fehlenden Ressourcen zeigen sich in den hohen Gleitzeitsaldi der Schulleitenden. Per Ende 2023 hatten wir 1225 Plusstunden und 32 nicht genutzte Ferientage. Für den administrativen Support an den Primarschulstandorten ist, je nach Verfügbarkeit, das heisst je nach Auslastung der Direktionsassistenten, ein 20%-Pensum aus dem Pensum dieser Direktionsassistenten bis jetzt zur Verfügung gestanden. Das bedeutet, dass die Primarschulstandorte alle zwei Wochen einen halben Tag auf administrative Unterstützung vor Ort zugreifen konnten. Das hatte aber auch zur Folge, dass viele administrative Aufgaben von den Schulleiterinnen und Schulleitern übernommen werden mussten. Unter anderem jene zusätzlichen Aufgaben, welche durch Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter meistens effizienter erledigt werden können, haben in den letzten Jahren zu diesen Plussaldi bei den Schulleiterinnen und Schulleitern geführt. Die Plussaldi sind für die Stadt Olten ein finanzielles Risiko. Bei einer Kündigung einer Schulleitungsperson sind diese Plussaldi zu vergüten, entsprechend sind sie auch budgetiert und abgegrenzt. Seit dem Herbst 2023 haben wir an den beiden Primarschulstandorten Sali und Bifang im Rahmen eines IV-Arbeitsversuchs ein 40%-Pensum als administrativen Support umgesetzt. Es hat sich gezeigt, dass ein Pensum von 20% pro Schulstandort zu einer grossen Entlastung bei den Schulleitungen führt. Entsprechend soll, gemäss dem heutigen Antrag, zukünftig an allen vier Standorten ein Pensum von 20% zur Verfügung stehen. Mit der Aufstockung des administrativen Supports sollte man diese Plussaldi bei den Schulleitungen in den Griff bekommen und reduzieren können und die Aufgaben durch Personen erledigen, welche diese effizienter machen können. Im Bereich der Personaladministration, der zweite Teil dieses Antrags, ist das Pensum in den letzten Jahren nicht den steigenden Dossiers an Lehrperson und dem Mehraufwand aufgrund vermehrter Mutationen angepasst worden. Im letzten Jahr konnten wir befristet um 20% erhöhen. Wir haben dies letztes Jahr befristet gemacht, weil wir die Organisationsanalyse und die entsprechende Entwicklung abwarten wollten. Dies hat zu einer gewissen Beruhigung der Situation geführt, aber es hat sich auch gezeigt, dass 20% nicht reichen, sondern dass mindestens ein 80%-Pensum notwendig ist, damit alle Aufgaben erledigt werden können. Die detaillierten Aufgaben für die Personaladministration konntet ihr im B&A lesen. Wichtig ist festzuhalten, dass aktuell von Seiten der Personaladministration nicht alle Aufgaben erledigt werden können, die eigentlich gemacht werden müssten. So werden beispielsweise bei der Schule Olten für Stellvertretungen keine Arbeitsverträge ausgestellt. Mit der beantragten Pensenerhöhung ist in der Personaladministration möglich, alle vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen und die Schulleitung in ihrer Arbeit direkt zu unterstützen. Wir haben uns auch erlaubt, im Bericht und Antrag einen Verweis auf die Empfehlungen des VSEG und vom VSL SO für die Dotierung der Stellen im Bereich der Schulleitungen, des Schulsekretariats und des Verwaltungsaufwands zu machen. Stand heute hat die BISPO in Bezug auf die Empfehlungen ein Defizit von 180 Stellenprozenten. Mit den zusätzlichen 120% kommen wir den Empfehlungen näher, ohne, dass wir sie vollumfänglich erfüllen werden. Die beantragten Stellenprozente sind jedoch Stand heute – ich denke das ist auch der Vorteil einer grossen Organisation, wie wir es sind – ausreichend und stellen sicher, dass die Qualität der Leistung der Schule Olten weiterhin hoch bleibt. Ich danke daher für die Unterstützung dieses Antrags und bin auf die Diskussion gespannt.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Die Grüne Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Ich versuche es kurz zu machen und ich mache es auch kurz. Für uns ist es absolut sinnvoll, dass die Schulleitungen bei den administrativen Aufgaben entlastet werden und damit stufengerecht ihre Zeit für Führungsaufgaben einsetzen können. Auch die Erhöhung der Stellenprozente für die Personaladministration ist wegen den vielen Mutationen und eben, wie Nils ausgeführt hat, den bisher ungenügend wahrgenommenen Aufgaben, wie kein Ausstellen von Arbeitsverträgen

bei Stellvertretungen, sehr nachvollziehbar. Wir werden diesen Antrag einstimmig unterstützen und danken für eure Aufmerksamkeit.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Insgesamt 120 Stellenprozente sollen bei der Direktion Bildung und Sport aufgestockt werden, mit der Begründung, dass unter anderem bei den Schulstandorten die administrative Unterstützung fehle. Gemäss den Empfehlungen des Kantons Solothurn, soll ein Wert von 0.7 pro Schüler/in ausgerechnet werden, um die gesamten administrativen Aufgaben eines Schulträgers zu erledigen. Die Berechnung des Stadtrats, dass bei 1642 Schüler/innen ein Pensum von rund 11.5 Stellen zur Verfügung stehen sollten, ist somit nachvollziehbar. Gemäss den Empfehlungen des Kantons soll pro Schüler und Schülerin mindestens der Faktor 0.7, jedoch inklusive Schulsekretariat und Verwaltungsaufwand vom Schulträger vorhanden sein. Diese Aussage bedeutet für uns, dass der gesamte administrative und leitungsbedingte Aufwand mit diesem Faktor abgedeckt sein sollte. Wie immer kann als Außenstehende nicht ganz nachvollzogen werden, wer was macht. So wird im Antrag die Aussage gemacht, es stünden 11.5 Stellen zur Verfügung. Wir sind aber der Ansicht, dass der Antrag ausweisen müsste, wofür die 20.2. Stellen, oder anders gesagt, die ausgewiesenen 8.7 Stellen, genutzt werden sollen. Auch haben wir etwas gestaunt, dass eine Unterstützung vor Ort bei den heute zur Verfügung stehenden Informatiklösungen noch notwendig ist. Eine Unterstützung vor Ort bedeutet auch immer viel Wegzeit, welche der Effizienz abgehen. Viel sinnvoller würde uns erscheinen, dass Prozesse intern überprüft werden sollen, mit dem Ziel, diese effizienter ablaufen zu lassen. Wir erwarten von der Direktion Bildung und Sport, dass geklärt wird, wie man mit einer solchen Optimierung eine höhere Effizienz erreichen kann. Die SVP Stadt Olten kann diesem Stellenbegehren, wie es hier gestellt wird, nicht zustimmen. Besten Dank.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Ich kann mich dem Votum von Manuela Höfler anschliessen, und weil es noch ein langer Abend wird, halte ich mich auch kurz und probiere, nicht zu wiederholen. Ich möchte euch noch einen Punkt mitgeben. Es geht darum, dass wir dadurch die Attraktivität des Schulstandorts Olten gewährleisten können. Nicht nur die Attraktivität für die Kinder und Jugendlichen, die hier in die Schule gehen, was mit der Bildungsqualität einen Zusammenhang hat und durch bessere Verwaltungsunterstützung weiterhin gewährleistet werden kann. Es geht auch darum, dass wir, die Schule Olten, ein Arbeitsort sind. Wir haben einen guten Ruf und dürfen diesen nicht aufs Spiel setzen, indem man riskiert, dass bei administrativen Sachen, welche auch von Leuten in der Personaladministration oder als Unterstützung an den Schulstandorten gemacht werden könnten, dort Abstriche machen zu müssen.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Die FDP hat sich bei allen Stellenbegehren dasselbe gefragt: Benötigt man es wirklich, oder ist es einfach ein Nice-to-have? Luxus können wir uns bei diesem Budget nicht leisten. Daher muss jede Investition gut begründet sein. Für die Mehrheit der FDP wurde im vorliegenden Bericht und Antrag aber überzeugend dargelegt, wieso diese Pensenerhöhung nicht nur ein Nice-to-have ist, sondern notwendig. Eine Ablehnung dieses Antrags führt nicht zu weniger Kosten und zudem würde die Qualität unserer Schulen leiden. Ich fasse mich in der Begründung auch kurz: Zur administrativen Unterstützung an der Schulstandorten. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Schüler stark gestiegen. Dass dies zu mehr administrativen Aufgaben führt, ist klar. Da die Ressourcen jedoch gleichgeblieben sind, müssen heute die Schulleitungen administrativ aushelfen und gewisse Sachen selber machen. Das löst das Problem nicht und führt zu erheblichen Überstunden und ungenutzten Ferientagen, welche höhere Kosten verursachen. Ein Admin-Support ist daher nicht nur effizienter und günstiger, sondern würde den Schulleitungen und Lehrpersonen auch erlauben, sich wieder voll und ganz auf das Wesentliche zu konzentrieren, nämlich die Bildung unserer Kinder. Zur Personaladministration: Mehr Schülerzahlen führen zu mehr Lehrpersonen, mehr Teilzeitjob und auch mehr Personalmutationen. Die Personaladmin ist am Limit. Fakt ist, dass heute wichtige Aufgaben wie der Meldeprozess, Stellvertretungsverträge oder Arbeitszeugnisse nur verzögert, minderwertig oder gar nicht erledigt werden können. Dies schadet nicht nur der Effizienz, sondern auch der Qualität und der Zuverlässigkeit des Systems. Diesen Zustand darf man nicht so seinlassen. Aus diesen

Gründen sieht die FDP diese Pensenerhöhung nicht als Luxus. Sie ist nötig, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, die Arbeitslast besser zu verteilen und die Qualität des Schulsystems nachhaltig zu sichern. Die FDP wird daher diesem Antrag mehrheitlich zustimmen.

Luzia Baumann, Fraktion SP/JSP: Die Direktion Bildung und Sport steht vor der Herausforderung, dass die administrativen Ressourcen in den Bereichen der Schulstandorte und der Personaladministration nicht reichen, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Dies führt zu einer höheren Arbeitsbelastung für die Schulleitungen und zu einem Defizit an anrechenbaren Stellenprozenten gemäss den Empfehlungen des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden und des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter Solothurn. Die externe Schulevaluation und die Organisationsanalyse bestätigt diesen Mangel an personellen Ressourcen, welcher sich durch hohe Gleitzeitsaldi und unzureichende administrative Unterstützung äussert. Die Schulleitungen müssen Aufgaben übernehmen, welche eigentlich durch das Direktionssekretariat effizienter erledigt werden könnten. Im Bereich der Personaladministration hat sich die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren aufgrund des Lehrpersonenmangels und der Zunahme an Stellenwechseln deutlich erhöht. Durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen wird nicht nur die Arbeitsbelastung der Schulleitungen gesenkt, sondern auch eine nachhaltige und effizientere Verwaltung der Schulen Olten gewährleistet. Dies führt letztendlich auch zu einer Verbesserung der Schulqualität und der Zufriedenheit aller Beteiligten, weil die administrativen Aufgaben besser organisiert und die Schulleitungen stärker in der Führung und Entwicklung der Schule unterstützt werden. Die Fraktion SP/JSP ist dafür, die Erhöhung der Pensen wie vorgeschlagen umzusetzen. Dies wird dazu beitragen, das bestehende Defizit auszugleichen, Schulleitungen zu entlasten und hoffentlich insbesondere auch Ressourcen bei den Schulleitungen freizusetzen, um die Lehrpersonen zu unterstützen. Denn zu diesen müssen wir insbesondere zu Zeiten eines anhaltenden Lehrpersonenmangels Sorge tragen.

Darryl Fiechter, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ich halte mich kurz, es wurde bereits alles gesagt. Wir werden diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Philippe Ruf (SVP): Nur eine Frage. Es scheint, ich muss immer wieder viel über Personalführung lernen, aber, ich glaube, ich kann hier wirklich profitieren. Zuvor wurde gesagt, dass es durch diese Pensenerhöhung effizienter wird. Kann man bitte ausführen, wie es durch eine Stellenerhöhung effizienter wird? Denn hier gibt es wirklich etwas, wovon ich profitieren kann. Ich glaube, die Sprecherin der SP hat es dargelegt.

Luzia Baumann (SP): Es ist gemeint, dass durch ein Direktionssekretariat, das ja in der administrativen Tätigkeit geübt ist, Aufgaben vielleicht effizienter ausgeführt werden könnten als durch eine Schulleitung, welche noch viele andere Aufgabenbereiche abdecken muss.

Timo Probst (JSP): Also, erstens, Philippe, ist es eine Sprecherin, welche bei der SP gesprochen hat, kein Sprecher. Auch wenn es falsch auf dem Display steht. Man kann etwas Anstand wahren, finde ich. Und zweitens, ich habe gesehen, du hast den Kopf geschüttelt. Du hast wahrscheinlich diese Erklärung nicht verstanden. Ich weiss nicht, was man hier nicht verstehen kann. Effizienz kann man auch anders messen als immer nur finanziell. Das ist wahrscheinlich das, worauf du hinauswillst. Aber so, wie es Luzia eigentlich gesagt hat, ist es eindeutig: Schulleitungen haben auch viele Aufgaben im didaktischen Bereich und diese können sie dann besser wahrnehmen. Zudem haben sie Kommunikations- und Aussenwirkungsaufgaben. Auch diese können sie besser wahrnehmen. Und die administrativen, einfacheren Aufgaben, wie es von Nils erklärt wurde, kann das Direktionssekretariat machen.

Beschluss

Mit 35 : 5 Stimmen fällt das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Pensenerhöhung für die administrative Unterstützung der Primarschulstandorte (80%) und für die Personaladministration (40%) in der Lohnklasse 11 per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.1 untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

Abstimmung Einzelergebnis (Genehmigung)

Abstimmungsergebnis insgesamt: 35 JA 0 ENTH. 5 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2024

Prot.-Nr. 18

Stelle Sportkoordination/Genehmigung

Die Stadt Olten sieht sich im Bereich «Sport» mit stetig steigenden Erwartungen und Herausforderungen konfrontiert. Die Anforderungen der Sportvereine haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Vereine erleben einen Mitgliederzuwachs, was zu Mehrbedarf an Trainings- und Wettkampfkapazitäten führt. Die hohe Nachfrage führt zu einem Verteilkampf zwischen den Sportvereinen und dadurch zu einem grossen Abstimmungsbedarf. Gleichzeitig konnten aufgrund fehlender Ressourcen in den letzten Jahren wichtige Grundlagen nicht erarbeitet und die Weiterentwicklung des Bereichs «Sport» nicht vorangetrieben werden. Aus diesen Gründen soll die aktuell bis Ende 2024 befristete Stelle «Sportkoordination» mit einem Pensum von 60% ab dem 1. Januar 2025 unbefristet weitergeführt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Im Zeitraum vom Dezember 2023 bis März 2024 wurde in der Direktion Bildung und Sport durch das Beratungsbüro «bcp» eine Organisationsanalyse durchgeführt. Für die Analyse hat die «bcp» einerseits eine umfassende Dokumentenanalyse vorgenommen und andererseits Einzel- und Gruppeninterviews mit den Mitarbeitenden der Direktion Bildung und Sport sowie der Direktionskonferenz geführt.

Im Rahmen der Organisationsanalyse wurden vier Handlungsfelder für die Direktion Bildung und Sport identifiziert:

5. Organisation der Führungsebene, als Basis für eine allfällige Ausschreibung / Rekrutierung
6. Inhaltliche Ausrichtung Direktion Bildung und Sport und normative Grundlagen
7. Angebot für die Schulen sowie Aufgabenportfolio Direktion Bildung und Sport inkl. organisatorische Verortung
8. Organisation der Direktion Bildung und Sport, v.a. der Abteilung Dienste / des Direktionssekretariats

Basierend auf den Ergebnissen der Organisationsanalyse (Handlungsfeld 1) hat der Stadtrat mit Entscheid vom 10. Juni 2024 (Prot.-Nr. 185) eine neue Führungsorganisation für die Direktion Bildung und Sport beschlossen. Anstelle einer Direktionsleitung und einer Leitung Dienste mit je 100 Stellenprozenten wird die Direktion zukünftig durch eine Co-Direktionsleitung mit zweimal 80% geführt. Gleichzeitig wurde eine Stabsstelle Projekte und Finanzen mit 60% geschaffen und die Stelle der Direktionsassistentin von 100% auf 80% reduziert. Diese Anpassungen konnten kosten- und stellenetatneutral umgesetzt werden.

Neben der Anpassung der Führungsorganisation sind in der Direktion Bildung und Sport basierend auf der Organisationsanalyse (Handlungsfelder 3 und 4) jedoch weitere Veränderungen in der Personalstruktur notwendig. Konkret braucht es zusätzliche personelle Ressourcen in den Bereichen Personaladministration, administrativer Support der Primarschulstandorte und in der Sportkoordination. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag wird beim Parlament die unbefristete Schaffung der Stelle «Sportkoordination» mit einem Pensum von 60% beantragt.

Erwägungen

Innerhalb der Direktion Bildung und Sport wurde der gesamte Bereich «Sport», konkret die Koordination der Vereine, die Jugend- und Sportförderung, das Hallenmanagement und die Weiterentwicklung der Themen im Bereich Sport bis anhin durch die Stelle «Leitung Dienste» verwaltet. Ein konkretes Pensum für den Bereich «Sport» wurde nicht ausgewiesen. Der Grossteil des Pensums für den Bereich Sport wurde für die Reservation der Anlagen und die Bearbeitung von kurzfristigen Einzelanfragen aufgewendet. Die Leitung Dienste wurde in diesem Bereich durch die Direktionsassistenten unterstützt. Für die Weiterentwicklung des Bereiches «Sport» standen bis dato keine Ressourcen zur Verfügung.

Die Anforderungen der Sportvereine haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Vereine erleben einen Mitgliederzuwachs, was zu Mehrbedarf an Trainings- und Wettkampfkapazitäten führt. Die hohe Nachfrage führt zu einem Verteilungskampf zwischen den Sportvereinen und dadurch zu einem grossen Abstimmungsbedarf. Die Zunahme bei den Abklärungen mit den Sportvereinen ergibt auch mehr Austauschbedarf mit der Baudirektion. Das bindet vermehrt personelle Ressourcen.

Bei den Vereinen ist eine hohe Unzufriedenheit spürbar und die Direktion Bildung und Sport kann nicht die gewünschten Dienstleistungen erbringen. Sei dies bedingt durch lange Wartefristen bei Anfragen für Reservationen, Fehler bei den Buchungen oder die fehlenden Grundlagen, an denen sich die Vereine ausrichten können.

Mit der Schaffung einer Stelle «Sportkoordination» soll diesem Umstand entgegengewirkt werden. Die Stelle soll sich aktiv um die Weiterentwicklung des Bereiches «Sport» in der Stadt Olten kümmern. Dazu soll beispielsweise ein Sportleitbild für die Sport Stadt Olten ausgearbeitet werden, in welchem die Vision und die strategischen Ziele für die «Sportstadt Olten» festgehalten sind und dessen Umsetzung durch die Stelle sichergestellt wird. Zusätzlich sollen die zwingend notwendigen Grundlagen (Konzepte, Richtlinien etc.) ausgearbeitet und die Koordination mit den Vereinen und der IG Sport gestärkt werden. Andererseits sollen auch im Bereich der Sport- und Jugendförderung Optimierungen vorgenommen werden. Sei dies bei der finanziellen Unterstützung der Vereine oder bei der Sportler/-innen-Ehrung, die jährlich in der Stadt Olten stattfindet. Die Stelle soll auch den ganzen Bereich der Reservationen übernehmen und soll zukünftig grössere Sportevents in der Stadt Olten aktiv begleiten und unterstützen. Auch soll die Stelle die Anfragen und Aufträge aus der Politik aufnehmen und verarbeiten. Die Stelle der Sportkoordination fungiert als Drehscheibe für die Sport- und Bewegungsförderung in der Stadt Olten.

Die Stadt Olten verfügte bereits in den Jahren 2010 bis 2013 über eine Stelle «Sportkoordination». Neben der Sportkoordinationsstelle konnten in der Direktion Bildung und Sport zu diesem Zeitpunkt auch eine Praktikumsstelle «Sportförderung» geschaffen werden und es existierte ein Pensum im Bereich Sachbearbeitung Sport. In dieser Zeit wurde das Projekt «Lokales Bewegungs- und Sportnetz LBS» umgesetzt, welches unter anderem den Aufbau einer Onlineplattform für Vereine, die Einführung eines neuen Reservationssystems und den Aufbau von J+S-Kids-Angeboten beinhaltete. Daneben hat die Stelle Sportkoordination die Sanierung der Eishalle begleitet und das Projekt «Gigathlon 2012» massgeblich mitgetragen. Die Erfahrungen mit der Stelle «Sportkoordination» waren durchwegs positiv. Aufgrund der Sparmassnahmen im Zeitraum 2013/2014 wurde auf eine Weiterführung der Stelle verzichtet.

Auch diverse andere Gemeinden, wie beispielsweise die Stadt Langenthal, Wald ZH, Reichenbach im Kandertal oder Reinach im Kanton Aargau, verfügen über einen

Sportkoordinator oder eine Sportkoordinatorin. Auch der Bund fördert die Sportkoordination in den Gemeinden mit einer Sportkoordinations-Ausbildung beim Bundesamt für Sport.

Mit der Schaffung einer bis Ende 2024 befristeten 60%-Stelle «Sportkoordination» (Stadtratsentscheid vom 5. Februar 2024 / Prot.-Nr. 045) konnten bereits in diesem Jahr im Bereich «Sport» Weiterentwicklungen angegangen werden. So sind Nutzungskonzepte für die Sportanlagen sowie ein rudimentäres Sportanlagenkonzept in Erarbeitung. Gleichzeitig soll bis Ende 2024 ein neues Reservationssystem eingeführt werden, welches die Reservation der Sportanlagen für die Vereine vereinfacht und den administrativen Aufwand auf Seiten der Stadt Olten reduziert.

Aufgrund der Aufhebung der Stelle «Leitung Dienste» und der Reduktion der Stelle «Direktionsassistentin» sowie der Zunahme der Anforderungen durch die Vereine soll die befristete 60% Stelle «Sportkoordination» ab dem 1. Januar 2025 unbefristet weitergeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen

Für die unbefristete Weiterführung der Stelle «Sportkoordination» (60%) sind in der Lohnklasse 16 (Sportkoordinator/-in) jährlich wiederkehrende Lohnkosten von Fr. 70'860.00 (inkl. Sozialleistungen) zu budgetieren.

Beschlussesantrag:

III.

3. Der Schaffung der unbefristeten Stelle «Sportkoordination» mit einem 60% Pensum in der Lohnklasse 16 per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

IV.

Ziffer I.1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Christine von Arx, GPK: In der Direktion Bildung und Sport kam es zu einigen personellen Änderungen. Dies hat Nils bereits beim letzten Geschäft erklärt. Daher gab es in der Direktion auch einige Turbulenzen. Dabei wurde im Bereich Sport insbesondere die Koordination der Vereine, die Jugend & Sport-Förderung, das Hallenmanagement und die Weiterentwicklung des Bereichs Sport vernachlässigt. Dies hat bei den Vereinen zu einer gewissen Unzufriedenheit geführt. Es hat vor allem einen Zusammenhang mit den langen Wartezeiten bei der Reservation der Hallen und Fehler, welche dabei passierten. Die Vereine haben heutzutage erhöhte Ansprüche. Infolge Mitgliederzuwachs gibt es einen Mehrbedarf an Trainings- und Wettkampfplätzen. Und weil diese Plätze beschränkt sind, führt es zu einer Art Verteilungskampf und zu einem grösseren Abstimmungsbedarf. Dem soll mit der Schaffung dieser neuen Stellen begegnet werden. Nebst dem zuvor erwähnten quasi «Alltagsgeschäft», soll auch ein Sportleitbild entwickelt werden. Das heisst, Vision und Ziele für die Sportstadt Olten. Die Stadt

hat bereits früher einmal über eine solche Stelle «Sportkoordinator» verfügt. Damals waren die Erfahrungen positiv. Aufgrund von Sparmassnahmen wurde diese Stelle später abgebaut. So waren wir in der GPK grundsätzlich der Meinung, dass der Bedarf für die Stelle «Sportkoordination» besteht. Wir kamen allerdings zum Schluss, dass man diese Stelle vorerst nur für die Dauer von zwei Jahren genehmigen soll. In dieser Zeit sollen Pendenzen abgebaut und eine Neuausrichtung in Angriff genommen werden. Nach dieser Zeit soll überprüft werden, ob es diese Stelle überhaupt noch braucht, oder ob die noch verbleibenden Aufgaben irgendwie anders in der Direktion eingegliedert werden können. Die GPK stellt daher den Antrag, dass man der Schaffung der Stelle «Sportkoordination» mit einem Pensum von 60% zustimmt, befristet bis zum 31. Dezember 2026.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich mache die Einführung dieses Mal etwas kürzer. Vielen Dank für die Unterstützung des letzten Antrags. Nun zur «Sportkoordination». Auch dies ist schlussendlich ein Ausfluss dieser Organisationsentwicklung, welche in der Umsetzung ist. Es wurde im Bericht und Antrag ausgeführt, dass wir im Bereich Sport bis jetzt keine konkreten Pensen zur Verfügung hatten. Das ist etwas, das die Leitung Dienste in all den Jahren so nebenbei auch noch gemacht hat mit der Unterstützung der Direktionsassistenten. Hauptsächlich konnten die täglich anfallenden Aufgaben erledigt werden, wie die Raumreservation oder die Sportplatzreservation. Alles andere wurde sehr stiefmütterlich behandelt. Wie im Bericht und Antrag ausgeführt und wie auch schon an anderen Stellen im Parlament bei anderen eingereichten Aufträgen, erwähnt, sind die Anforderungen der Sportvereine in den letzten Jahren sicherlich gestiegen. Das heisst nicht, dass die Sportvereine unanständig geworden wären oder mit überbissenen Anforderungen an uns herankamen, aber der Druck der Vereine auf die vorhandenen Ressourcen in der Stadt Olten nimmt zu. Die Vereine erleben – erfreulicherweise – einen Mitgliederzuwachs, insbesondere bei den Juniorinnen und Junioren, was zu einem hohen Mehrbedarf an Trainings- und Wettkampfkapazitäten führt. Die hohe Nachfrage führt dazu, dass man auch mal «nein» sagen können muss, dass man planen, organisieren muss, dass es einen Austausch braucht. Es benötigt deutlich mehr Austausch als es früher der Fall war. Es braucht klare Regeln, klare Bestimmungen, welche durchgesetzt werden können und dafür braucht es die entsprechenden Ressourcen in der Verwaltung. Die Zunahme bei den Abklärungen mit den Sportvereinen ergibt natürlich einen erhöhten Austauschbedarf hausintern. Konkret mit der Baudirektion. Hier geht es darum, mit den jeweiligen Sportplatzwarten und den Hausabwarten zu klären, was möglich ist. Ob man mal an einem Wochenende eine Halle öffnen kann usw. Dies bindet vermehrt auch personelle Ressourcen. In den letzten Monaten und Jahren hat die Unzufriedenheit der Vereine gegenüber der Direktion Bildung und Sport deutlich zugenommen. Wir haben in den letzten Sportpräsidentinnen- und Sportpräsidentenkonferenz immer wieder gehört, was nicht erledigt wird, wie gewünscht. Konkret geht es darum, dass die Hallenbelegungspläne viel zu spät vorgelegt sind, dass die Benutzungsbewilligung nicht oder zu spät ausgestellt wurden, dass Anfragen liegengeblieben, nicht beantwortet wurden, was bei den Vereinen natürlich zu sehr schwierigen Situationen führt, wenn sie einen Meisterschaftsbetrieb planen sollten und nicht wissen, ob sie die Hallen entsprechend zur Verfügung haben. Mit der Schaffung einer Stelle «Sportkoordination» soll diesen Umständen entgegengewirkt werden. Die Stelle soll sich neben dem, dass sie sich um alle Tagesgeschäftsthemen kümmert, auch zu einem gewissen Grad in die Weiterentwicklung des Themas Sport kümmern. Und damit soll die Direktion Bildung und Sport, seinem Namen gerecht werden und dem Sport ein entsprechendes Gewicht geben können. Bereits im Februar durften wir diese Stelle «Sportkoordination» befristet schaffen. Besetzen konnten wir sie auf 1. Juli. Erste Erfolge konnten bereits erreicht werden. Die Kommunikation mit den Vereinen ist deutlich verbessert. Ich denke, dies können einzelne Personen, die in der IG Sport oder in Vereinen aktiv sind, sicher auch bestätigen. Es wurde klarer in der Kommunikation, es ist jemand erreichbar, es ist jemand ansprechbar. Und parallel zu all diesen Planungs- und Reservationsaufgaben wurden bereits erste Nutzungskonzepte für die Sportanlagen ausgearbeitet. Es wurde eine ganze Belegung für die neue Dreifachhalle Kleinholz aufgestellt und das Reservationssystem, das wir neu einführen, ist nun in den letzten Zügen, damit wir dieses per Anfang 2025 in Betrieb nehmen können. Die Rückmeldungen der Vereine auf die Stelle Sportkoordination, die wir bis jetzt haben, sind durchaus positiv. Im Zusammenhang mit der neuen Führungsorganisation, der Aufhebung der

Stelle «Leitung Dienst» und der Reduktion der Stelle «Direktionsassistentenz» soll darum, um diese Organisationsentwicklung abschliessen zu können, die Stelle «Sportkoordination» unbefristet geschaffen werden. Dies haben wir bei euch so beantragt. Zum Antrag der GPK, die Stelle auf zwei Jahre zu befristen, kann ich grundsätzlich sagen, dass wir einen befristeten Antrag gestellt hätten, wenn wir überzeugt gewesen wären, dass es nach zwei Jahren diese Stelle nicht mehr benötigt. Wir sind überzeugt, dass es eine Stelle ist, die längerfristig nötig ist. Aber selbstverständlich, ich habe es bereits in der GPK gesagt, haben wir lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wenn wir heute eine auf zwei Jahre befristete Stelle erhalten, nehme wir diese sehr gerne.

Christian Huber, Fraktion FDP: Vorweg möchte ich in Namen der FDP-Fraktion ebenfalls hervorheben, dass wir uns über diese Grundentwicklung sehr freuen, auf welchem dieser Bericht und Antrag zugrunde liegt. Und zwar über den Mitgliederzuwachs, worüber sich die Oltner Sportvereine freuen dürfen. Somit reden wir eigentlich über ein schönes Problem. Aber trotzdem ist es eben ein Problem. Sowohl für die Verwaltung als auch für die Vereine. Wir von der FDP anerkennen diesen Koordinationsbedarf. Symptome, die der Stadtrat erwähnt hat, wie lange Wartefristen bei Reservationen oder gar Buchungsfehler machen es offenkundig und decken sich auch mit persönlichen Erfahrungen aus unserer Fraktion. Für uns war dann auch die Einführung des neuen Reservationssystems mit der Integration aller Sportanfragen die Kernaufgabe dieser Stelle «Sportkoordination». Andere im Bericht und Antrag skizzierte Aufgaben, wie zum Beispiel die Unterstützung bei Sportler/innen-Ehrung könnten wir uns durchaus bei anderen Funktionen vorstellen. Den Antrag der GPK erachten wir als sinnvoll. Bis in zwei Jahren sollte nämlich dieses neue Tool implementiert sein und in diesem Zeitraum können auch diese wichtigen Grundlagen, wie im B&A beschrieben, wichtige Konzepte/ Richtlinien erarbeitet werden. Diese sollten aber auch für eine gewisse Zeitdauer Bestand haben. Gleichzeitig wissen wir in zwei Jahren hoffentlich auch etwas mehr vom Strategieprozess rund um die SPOAG und ob allenfalls weitere Sportanlagen in diese Aktiengesellschaft eingebunden werden sollen. Wir haben es gestern bereits besprochen. Gestern wurde auch mehr als einmal der Konnex zur Kulturfachstelle gemacht, was irgendwie auch verständlich ist. Anders als bei der Kulturfachstelle sehen wir von der FDP jedoch beim vorliegenden Geschäft die dringlichen und zum Teil wahrscheinlich temporären Probleme im Bereich der Sportkoordination. Vor diesem Hintergrund wird ein Grossteil unserer Fraktion (ich weiss nicht genau, wie die Verhältnisse sind) mit Sicherheit der Version der GPK mit zwei Jahren Befristung zustimmen.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO dankt dem Stadtrat für diesen Bericht und Antrag. Der wie schon erwähnt erfreuliche Mitgliederzuwachs der Vereine und der damit verbundenen stärkeren Auslastung der städtischen Hallen, erfordert zweifellos eine bessere Planung und Koordination. Dem entsprechend finden wir es auch wichtig, dass die Stelle der Sportkoordination weitergeführt wird. Wir sind aber nicht der Meinung, dass diese Stelle unbefristet weitergeführt werden soll. Unserer Meinung nach soll die Sportkoordination die notwendigen Prozesse aufgleisen, damit die Vereine in Zukunft in einem Self-Service-System die Hallen oder andere Dienstleistungen reservieren können. Wir haben uns auch überlegt, dass es eventuell Synergien geben könnte zwischen der Koordinationsstelle und der Strategieentwicklung der SPOAG. Ich denke, dass der GPK-Antrag Sinn macht, diese Stelle bis 2026 zu befristen. Danach kann man die neu geschaffenen Angebote evaluieren und schauen, ob man diese Stelle unbefristet weiterführen soll. Dem entsprechend werden wir dem GPK-Antrag einstimmig zustimmen.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Sport ist Bewegung, sei dies Schlittschuhfahren und Puck treffen, Holzfiguren über ein Schachbrett bewegen, einen Besenstab beim Quidditch-Spiel zwischen den Beinen einklemmen, einen runden Ball in ein eckiges Goal tschutzen oder werfen, oder sogar einmal im Monat bei jeder Jahreszeit einen Aareschwumm wagen. Olten bewegt (sich). Sport ist aber auch viel mehr als Bewegung. Sport ist sich vernetzen, messen, kämpfen, trauern, trainieren, verletzen, gewinnen und verlieren. Sport stellt einen zentralen Aspekt unseres Zusammenlebens dar. Auch unsere Kultur lebt vom Sport. Nichts bewegt den lokalen Patriotismus so sehr wie für seine Stadt in den Wettkampf zu ziehen. Obwohl wir uns

lustigerweise als Mäuse charakterisieren, muss sich Olten für sein Sportangebot nicht verstecken. Es ist daher für unsere Fraktion unbestritten, dass die Stadt Olten eine Stelle hat, welche den Sport koordiniert. Für uns gehört dies ins zentrale Leistungsfeld eines Staats. Eben, weil der Sport so zentral ist für uns alle und wir alle irgendwo einen Berührungspunkt haben mit einem Verein oder auch nur mit einem kleinen Sportgrüppchen. Gerade die Vereine sind auch ein Rückgrat unserer Stadt. Oder wer grilliert und frittiert sonst am Schulfest für unsere Schulkinder? (Beim Handballverein gibt es übrigens die besten Pommes.) Diese Vereine haben es also verdient, dass man ihnen eine Koordinationsstelle anbietet. Hallenmanagement, Sportförderung, Anlassorganisation von der Stadt unterstützt sind für uns gerne gesehene Angebote. Als Fraktion fragen wir uns eher noch, ob dies alles in ein 60%-Pensum passt. Aber wir vertrauen hier dem Stadtrat. Wir würden uns auch wünschen, wenn die aktuell engagierte Person das Amt weiterhin übernimmt. Es ist natürlich ein freier Entscheid. Wir haben von der Bevölkerung inzwischen ein sehr positives Feedback erhalten. Ich möchte kurz erwähnen, sowohl bei einem Sportverein für Menschen mit Behinderung, welcher aufgrund eines kantonalen Entscheids keine Halle mehr fand, konnte die genannte Person eine Lösung finden. Ein anderes Beispiel für den personellen Engpass sind die sehr langsame Verrechnung dieser Hallenbelegung. Man könnte auch dort die Effizienz steigern, wenn man diese Stelle schafft. Ich möchte mich noch um Antrag der GPK äussern bezüglich Befristung. Dies erschliesst sich aus unserer Sicht ehrlich gesagt nicht ganz. Man hatte ja jetzt bereits eine befristete Sportkoordinationsstelle und man hätte bereits eine Person, bei welcher ich davon ausgehe, dass sie das Amt weiterführen würde und man müsste nicht erst wie beispielsweise beim Bau per Juli oder so die Stelle besetzen können. Wir gehen auch nicht unbedingt davon aus, dass die Einführung des Hallenmanagement-Tools diese 60%-Stelle wieder erübrigen würde. Ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass die Einführung von digitalen Tools nicht unbedingt bedeutet, dass man darauf gleich wahnsinnig viel Geld spart, denn irgendjemand muss es auch bewirtschaften. Es ist aber so, wenn der Antrag zur Befristung angenommen würde, wir dieser Stelle «Sportkoordination» trotzdem zustimmen würden.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Im Gegensatz zum Sprecher der FDP sehen wir sehr wohl sehr viele starke Parallelen zur Fachstelle Kultur, welche wir gestern hatten. In beiden Fällen haben wir eine Stelle, bei welcher es um sehr starke koordinative Tätigkeiten geht und es zahlreiche Projekte umzusetzen gilt. Der einzige Unterschied ist einfach, dass es sich um eine andere Zielgruppe handelt. Aus diesem Sinn heraus werden wir auch dieser Stelle nicht zustimmen können, mit der genau gleichen Begründung wie gestern. Wir sind der Meinung, dass es aus finanzpolitischer Sicht andere Prioritäten gibt, welche in diesem Budget als wichtiger zu erachten sind. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wenn man nun dieser Stelle zusagt und der Stelle gestern, der Kulturfachstelle, abgesagt hat, misst man die verschiedenen Zielgruppen nicht mit gleich langen Spiessen. Wir wollen uns nicht vorwerfen, dass wir diese ungleich behandeln. Konsequenterweise lehnen wir diese Stelle für heute ab. Bei der Gegenüberstellung der befristeten gegen die unbefristete, werden wir die befristete annehmen. Insgesamt lehnen wir diese Stelle ab.

Matthias Borner, Fraktion Borner: Wir haben die Stelle «Sportkoordination» in unserer Fraktion ebenfalls besprochen. Weshalb wurde diese temporär geschaffen? Es gab ja organisatorisch etwas Probleme, dass die Leute nicht immer voll einsatzfähig waren. Wir haben eine Halle und eine Schule in Betrieb genommen und in den letzten Jahren haben sich die Ansprüche an eine Halle geändert und auch erhöht, was einen grossen Koordinationsaufwand nach sich gezogen hat. Daher sind wir auch sehr dankbar, dass man hier schnell eine Lösung gefunden hat. Denn es hätte ein ziemliches Chaos gegeben, hätte man nicht temporär diese Stelle geschaffen oder es hätte sich niemand darum gekümmert. Wir haben es angeschaut und ich habe mit den Vereinen gesprochen und ich habe auch mit ihm selber gesprochen, was er macht, und es hat uns überzeugt. Es funktioniert, es hat funktioniert. Und es wäre nun falsch, wenn man diese Stelle nun einfach auflöst. Vielleicht wäre es eine gute Lösung, dass man es nun einfach mal zwei Jahre lang anschaut, und wenn das Departement Bildung organisatorisch wieder in ruhigeren Gewässern ist, dass man vielleicht schaut, wie man es neu verteilen kann und ob man diese Stelle behält. Uns hat es überzeugt, was er

macht, und das braucht es auch und er hat auch gute Arbeit geleistet und daher stimmen wir dieser Stelle grossmehrheitlich zu.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Ich halte mich kurz, weil Stadtrat Nils Loeffel und Timo Probst die wichtigsten Argumente, die ich bringen wollte, bereits gesagt haben. Aber ganz kurz: Wir von OJ sind überzeugt, dass wir eine Sportstadt sind und Sportvereine ein wichtiger Teil unseres städtischen Lebens sind. Es freut mich, dass alle Fraktionen dies so wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Ich muss sagen, es war etwas überraschend, aber positiv. Es ist ja ziemlich offensichtlich, dass wir bei der Stadt mit der Koordination diverser Aufgaben ein Problem hatten. Seit Juli haben wir nun diese Stelle, wie es Matthias bereits erwähnt hat, welche die Probleme schon sehr entschärft hat. Es macht nun keinen Sinn diese Stelle bereits nach zwei Jahren wieder abzuschaffen. Denn es ist ja nicht so, dass wir in zwei Jahren weniger Hallen oder weniger Sportvereine haben werden. So würden wir in zwei Jahren wieder die gleichen Probleme haben und wir müssten wieder einen solchen Antrag stellen. Darum wird OJ dem Antrag des Stadtrats zustimmen. Sollte sich aber die Mehrheit der Fraktionen hinter den Antrag der GPK stellen, würden wir diesem auch zustimmen. Denn uns ist es wichtig, dass mit einer Lösung, die gut funktioniert, weitergefahren wird und wir sie nicht aufgeben müssen. Merci.

Luc Nünlist (SP): Nur kurz etwas zur Fraktion Mitte/GLP/EVP. Als kleines Beispiel für eine Effizienzsteigerung. Ich durfte als Vorstandsmitglied eines Sportvereins diese Arbeit ein bisschen direkt mitverfolgen. Ich habe es sehr geschätzt, dass wir in die Vernehmlassungen miteinbezogen wurden. Vor ein paar Tagen erhielt ich eine Nachricht (dies nun einfach aus finanzpolitischen und ökonomischen Überlegungen und wegen der Effizienz), dass die Direktion BISPO während eines halben Jahres leider keine Rechnung stellen konnte. Von April bis September 2023 wurde die Hallennutzung nicht verrechnet. Dies aufgrund personeller Engpässe, weil man eben dieses Hin und Her hatte. Darum nun dies als Beispiel. Man ist derart in eine Wand gelaufen, dass man am Schluss die Rechnungen nicht stellen konnte. Die Stadt konnte gar nicht einnehmen, was sie am Schluss den Vereinen für die Hallennutzung eigentlich verrechnet. Und das ist, weil Personen gefehlt haben. Es ist am Schluss auch in unserem Interesse, dass die Leistungen, die wir erbringen, die dankenswerterweise von den Vereinen aufgenommen werden, dieser Deckungsbeitrag, noch verrechnet werden. Damit irgendwo die Ordnung drinnen bleibt und dies auch einigermaßen zeitgerecht passiert und nicht erst anderthalb Jahre später. Und dafür braucht es auch entsprechend Personen, die dort sind und zum Rechten schauen und einen funktionierenden Verwaltungsbetrieb aufrechterhalten.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Merci Luc, für dein Beispiel. Ich finde es allerdings überhaupt nicht passend. Rechnungen stellen ist, denke ich, nicht der Job oder Bestandteil des Aufgabenprofils eines Sportkoordinators, sondern ich würde es als administrative Tätigkeit einschätzen, was in meine Augen skandalös war, wie es dort funktioniert oder eben nicht funktioniert hat. Dieses Ausmass habe ich teilweise auch mitbekommen und es hat mich zutiefst schockiert. Denn wir müssen uns nicht wundern, dass wir unsere Stadtfinanzen nicht im Griff haben. Finanziell Engpässe hin oder her, es zeigt einfach, wie wenig Bedeutung hier teilweise den Finanzen beigemessen wird.

Simone Sager (FDP): Die Welt bleibt stehen, ich bin mal einig mit der SP. Danke Timo, danke Luc. Ich möchte noch etwas anfügen zu dem, was Timo gesagt hat, bezüglich Befristung. Grundsätzlich bin ich auf froh, wenn diese Stelle kommt. Sollte es die befristete sein, ist es so. Aber ich möchte all jenen, die im Moment mit der Befristung am Liebäugeln sind, Timos Votum eigentlich unterstützen. Nur weil dann ein Reservationstool vorhanden ist und gewisse Pendenzen erledigt wurden, heisst es nicht, dass die Arbeit dort ausgehen wird. Als Direktbetroffene eines Vereins weiss ich, was dort in den vergangenen Monaten, um nicht zu sagen Jahren, abgegangen ist. Daher an jene, die im Moment noch unsicher sind, soll ich, soll ich nicht: Bitte votet für unbefristet. Dann möchte ich auf meine rechten Fraktionskolleg/innen auf meiner linken Seite trotzdem noch «einhacken». Muriel, das was du gerade gesagt hast, wie wichtig oder wer, welche Aufgabe zu tun hat, war meiner Meinung nach nicht so ganz

korrekt. Denn wenn du die Mitarbeiter nicht hast, diese Dame, welche die Übergangslösung gemacht hat, bevor der Sportkoordinator eingestellt wurde, war für alles zuständig. Von Hallenreservierungen über Anfragen zu Verrechnungen. Ich weiss auch nicht, was alles. Also, was machst du zuerst? Du stellst als erstes die Vereine zufrieden, damit diese trainieren können, dass diese Meisterschaften spielen können. Und irgendwann ist deine Arbeitszeit so aufgebraucht, dass dann etwas liegenbleibt. Und wir haben nicht gesagt, dass es die Aufgabe oder der Hauptauftrag des Sportkoordinators ist, Rechnungen zu stellen. Stattdessen kann er einen Teil übernehmen, welcher zuvor über das Sekretariat gelaufen ist. Und womit ich auch Mühe habe, ist, dass nun diese Stelle mit der Kulturstelle verglichen wird, welche gestern abgelehnt wurde. Hier stehe ich dazu: Diese Kulturstelle ist ein Nice-to-have. Diese Stelle, worüber wir jetzt diskutieren, ist ein Muss. Denn wenn es diese Stelle nicht gibt, bricht die ganze Sportkoordination in dieser Stadt zusammen. Und ihr kennt mich. Ich bin keine, die übertreibt. Aber wir haben beispielsweise in der Stadt Olten das Kinderfestival durchgeführt mit über 1000 Kindern. Wir hatten bis eine Woche vorher keine Bestätigung, dass wir die Stadthalle benutzen können, weil es irgendwo verschwunden war. Dort herrschten Zustände, welche Leute, die nichts mit dieser Abteilung zu tun haben, sich gar nicht vorstellen können. Darum, wenn man jetzt dazu «nein» sagt, können wir auch die Hallen schliessen. Denn, wer macht es dann? Wer bearbeitet die Reservationen? Wer beantwortet Anfragen? Wer schaut mit den Hauswarten? Und noch einmal: Bitte vergleicht es nicht mit dieser Kulturstelle. Ist der Sportkoordinator nicht mehr da, machen wir die Hallen zu und ganz viele Vereine können nicht mehr trainieren oder Meisterschaften spielen. Denn es kommen X Anfragen, auch spontane. Du hast Cup-Auslosungen, du musst innerhalb von drei Tagen ein Datum angeben können. Wenn es niemand macht, wie soll das gehen? Bitte passt auf, wenn ihr beginnt Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Besten Dank.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Vielen Dank, Simone Sager. Ich habe auch noch eine Bitte, und zwar hackt nicht auf eure Kolleginnen und Kollegen ein. Aber ich bin froh, dass du nur nachgehakt hast. Ich glaube, das war angedacht. Weitere Einzelsprechende? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Es liegt ein Antrag der GPK vor auf Befristung dieser Stelle bis am 31.12.2026. Wir stellen diesen dem Antrag des Stadtrats auf Schaffung einer unbefristeten Stelle gegenüber.

Beschluss

Mit 23 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der GPK abgelehnt.

Beschluss

Mit 30 : 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Schaffung der unbefristeten Stelle «Sportkoordination» mit einem 60%-Pensum in der Lohnklasse 16 per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

Abstimmung Einzelergebnis (Antrag SR vs Antrag GPK)

Abstimmungsergebnis insgesamt: 23 SR 1 ENTH. 16 GPK

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	GPK
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	GPK
Fiechter	Darryl	Die Mitte	GPK
Bachmann	Beat	EVP	GPK
Walder	Andrea	FDP	GPK
Eng	Heinz	FDP	SR
Bloch	Simon	FDP	ENTH.
Sager-Roth	Simone	FDP	SR
Huber	Christian	FDP	GPK
Zila	Nico	FDP	GPK
Wyss	Markus	FDP	GPK
Grieder	Sandy	FDP	SR
Fürst	Thomas	FDP	GPK
Schoger	Manfred	GLP	GPK
Ginsig	Christian	GLP	GPK
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	GPK
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	GPK
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	SR
Winistörfer	Marc	SVP	GPK
Ruf	Philippe	SVP	GPK
Borner	Matthias	SVP	GPK

Abstimmung Einzelergebnis (Genehmigung Antrag SR)

Abstimmungsergebnis insgesamt: 30 JA 2 ENTH. 8 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	ENTH.
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	ENTH.
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	JA

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2024

Prot.-Nr. 19

Sozialregion, Stellenplanung 2025/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Stellenplanung der Sozialregion Olten

Die Sozialregion Olten ist ein Zusammenschluss der Gemeinden Olten, Trimbach, Winznau, Hauenstein-Ifenthal und Wisen. Im öffentlichen Auftrag erbringt die Sozialregion fachlich qualifizierte Dienstleistungen in den Bereichen Kindes- und Erwachsenenschutz, Sozialhilfe und Asylwesen. Sie führt die AHV-Zweigstelle und es besteht eine Leistungsvereinbarung für die Mütter- und Väterberatung.

Die Stellenplanung erfolgte bis Ende 2022 nach den kantonalen Mindestvorgaben. Auf Basis der strategischen Zielsetzung im Regierungsprogramm 2021-2025, dass die Stadtverwaltung über ausreichende Personalressourcen verfügt, wurden die Ressourcen im Sozialamt und Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (AKES) im Jahr 2022 überprüft und dringender Handlungsbedarf im AKES erkannt. Darauf folgend hat das Parlament der Sozialregion verschiedene zusätzliche Stellen genehmigt.

Die Fallbelastung im AKES hat sich dank den zusätzlichen Stellen den anderen Solothurner Sozialregionen angepasst werden. Mittelfristig oder im Rahmen des neuen Sozialgesetzes sollen die Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) umgesetzt werden. Auch im Sozialamt liegt die Fallbelastung höher als dies wissenschaftliche Studien (z.B. Winterthurer Studie) empfehlen, um eine schnelle Ablösung der Klientinnen und Klienten zu erreichen. Eine schnelle Ablösung lohnt sich aus finanzieller Sicht doppelt, da entsprechende Studien bestätigen, dass sich der Gesundheitszustand von Menschen in der Sozialhilfe nach rund drei Jahren verschlechtert und dadurch ihre Gesundheitskosten und somit die Sozialhilfekosten weiter steigen. Zurzeit läuft im Kanton der Pilot für die durchgehende Fallführung im Rahmen des Integralen Integrationsmodells (IIM), wodurch dem Sozialamt zusätzliche Stellen im Umfang von 2.9 FTE durch den Kanton finanziert werden.

Integrales Integrationsmodell (IIM)

Bund und Kantone wollen vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge mit F- und B Ausweisen (VA / FL) rascher in die Arbeitswelt integrieren. Damit sollte die Abhängigkeit von der Sozialhilfe reduziert werden und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Zu diesem Zweck haben sich Bund und Kantone auf eine gemeinsame Integrationsagenda (IAS) geeinigt, welche deutlich erhöhte Investitionen, konkrete Wirkungsziele sowie für alle Akteure einen verbindlichen Integrationsprozess vorsieht. Der Bundesrat genehmigte die IAS. Im Kanton Solothurn beschloss der Regierungsrat die IAS umzusetzen und erarbeitete ein Konzept, welche nach Genehmigung durch den Bund auch vom Regierungsrat am 17.9.2019 gutgeheissen wurde. Mit dem Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) II wurde 2017 durch den Regierungsrat die Ausrichtung der Integrationsförderung definiert. Diese zielt darauf ab, das Leistungsfeld zu konkretisieren, Aufgaben und Zuständigkeiten zu verteilen und die innerkantonale Zusammenarbeit zu stärken. Die Erfordernisse der IAS gepaart mit dem

Regelstrukturansatz, der Statusunabhängigkeit und der Steuerung über die interinstitutionelle Zusammenarbeit aus dem KIP II ergeben das Integrale Integrationsmodell (IIM). Für alle Klienten, also statusunabhängig, soll bei sozialem, wirtschaftlichem oder sprachlichem Integrationsbedarf dieses Modell angewendet werden.

Ein Teilprojekt der IIM ist die durchgehende Fallführung mit einer Potentialabklärung, regelmässigen Standortbestimmungen und Zuweisungen zu Segmenten mit einem festgelegten Angebot an Diensten mit dem Zwecke der Integration. Mit einer durchgehenden Fallführung kann gewährleistet werden, dass Personen mit einem Integrationsbedarf während des ganzen Integrationsprozesses eine individuelle und professionelle Beratung sowie Begleitung durch ein interdisziplinär arbeitendes Fachteam erhalten. Dem zugrunde liegt ein individueller Hilfsplan i.S. einer individuellen Integrationsplanung. Die Umsetzung dieser durchgehenden Fallführung betrifft vor allem die Sozialhilfe und in geringem Masse die Aufgaben der Integrationsbeauftragten.

In den Regelstrukturen soll ein idealtypischer Ablauf für Personen mit Integrationsbedarf immer gleich ablaufen. Personen laufen bei den Sozialdiensten an, ihr Potential wird geklärt und in der Folge wird an der sozialen, wirtschaftlichen und sprachlichen Integration mit festgelegten Grundangeboten gearbeitet. Verbindendes Element beim IIM ist die durchgehende Fallführung. Diese soll auch technisch mit dem Klienteninformationssystem umgesetzt werden.

Mit Blick auf die zu erfüllenden Wirkungsziele aus der IAS sind bei einer gleichbleibenden Aufgabeverteilung zwischen Kantonen und Gemeinden strukturelle Veränderungen im bestehenden Sozialhilfesystem notwendig. Es ist in den Abläufen v.a. bei der Fallaufnahme eine Veränderung durchzuführen. Am 19.12.2019 wurden zwischen dem DDI und dem VSEG vereinbart, dass die wichtigsten Prozesse und Rahmenbedingungen in den Sozialregionen kantonsweit zu vereinheitlichen und zu standardisieren sind. Zusammen mit den Sozialregionen wurde eine Roadmap festgelegt. Die Sozialregionen sollen so auch vergleichbar werden.

Es wurde ein neuer Soll-Prozess in der Regelsozialhilfe und ein neuer Soll-Prozess im Asyl- und Flüchtlingsbereich erarbeitet. Personen, welche sich neu anmelden, durchlaufen in einem Intake-Prozess ein Kurzassessment. Mit der administrativen Fallaufnahme, einer Erstberatung, der Klärung der Bedürftigkeit und der Subsidiaritätsklärung wird für die Klientel ein Integrationsplan erarbeitet. Es geht darum, sich für eine der vier Normstrategien zu entscheiden. Wegleitend ist der identifizierte sozialarbeiterische Handlungsbedarf. Die Zuordnung in diese Segmente läuft jeweils bis zur nächsten Segmentierung. Entsprechend dem Segment sind Angebote möglich. Im Falle einer Ablösung durch eine Arbeitsstelle ist eine Nachbegleitung von weiteren 6 Monaten möglich.

Zur Durchführung des IIM wurden 5 Sozialregionen als Pilotregionen ausgewählt. Die Sozialregion Olten (SRO) begann, nach einem entsprechenden Entscheid des Stadtrates, im Sommer 2023 per 1.3.2024 als fünfte Sozialregion. Der Pilot dauert bis Ende September 2025. Eine entsprechende Leistungsvereinbarung wurde mit dem AGS im September 2023 abgeschlossen. Gleichzeitig wird eine Gesetzesänderung erarbeitet und es darf davon ausgegangen werden, dass das IIM nach der Evaluation flächendeckend umgesetzt wird, zumal die Bundesvorgaben eindeutig sind. Die SRO ist durch die Beteiligung als Pilotregion (Sozialamt), in der Evaluation (Leitung Sozialadministration) und im Gesetzesprozess (Sozialdirektor) gut in den Prozess eingebunden, nahe an den aktuellen Informationen und leistet einen vorbildlichen Beitrag zur geplanten Innovation im Rahmen dieses kommunalen Leistungsfeldes.

Für die Umstellung der Fallführung wurden dem Sozialamt 2.9 FTE bewilligt, welche vorschüssig durch den Kanton mit CHF 156'000.— pro Vollzeitäquivalent entgolten werden. Für die Stellen konnten zwei erfahrene ausgebildete Fachpersonen und zwei Personen in

Ausbildung gewonnen werden. Mitte 2025 soll Klarheit über das weitere Vorgehen bestehen und erst dann kann über diese Stellen entschieden werden.

Die ersten Erfahrungen mit dem IIM haben gezeigt, dass nach einer intensiven Intake-Phase nur noch rund die Hälfte der Personen in den Langzeitbezug wechseln. Die andere Hälfte kann erfolgreich abgelöst werden. Dadurch haben sich die Fallzahlen trotz hoher Anzahl an Intakes stabil gehalten (Stand Ende Juni 2024).

Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Das Parlament hat im November 2022 zusätzliche Stellen für das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz gesprochen. Einerseits für die Fachstelle für Private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (PriMa-Fachstelle) im Umfang von 0.5 FTE und andererseits für die Mandatsführung im Umfang von 1.5 FTE zur Erreichung von 70 bis 75 Mandate pro 100 Stellenprozente. Schliesslich bewilligte das Parlament im November 2023 eine weitere für zwei Jahre befristete Stellenaufstockung im AKES für die Abklärungen im Umfang von 0.4 FTE ab April 2024. Dies im Wissen darum, dass die Abwicklung der Abklärungen im Haus deutlich günstiger zu bewerkstelligen ist. Im März 2024 bewilligte das Parlament schliesslich noch eine Organisationsanpassung des AKES. Nunmehr führt das Amt eine Leiterin und sie wird von zwei Teamleiterinnen unterstützt. Die Co-Leitung wurde aufgehoben. Dank diesen Stellen hat sich die Situation im AKES wesentlich beruhigt.

Die Zahl der Gefährdungsmeldungen nahm jedoch im Jahr 2024 weiter zu. Es resultierte eine doppelt so hohe Fallzunahme im ersten Halbjahr 2024 gegenüber dem zweiten Halbjahr 2023. Die Analyse der Fälle ergab, dass insbesondere Frauen über 80 Jahren und Kinder im frühen Primarschulalter (oder jünger) aus bildungsfernen Grossfamilien neue Massnahmen benötigen. Es fehlt zurzeit an Präventionsmassnahmen, um solche Mandate zu reduzieren. Im Jahr 2025 ist die Erarbeitung eines Präventionskonzeptes mit Schwerpunkt auf diese Zielgruppen angedacht. Der Vorlauf hierfür wird derzeit unter anderem mit einem neuen Altersleitbild erarbeitet (für die Stadt Olten).

Seit dem 1. Januar 2024 wird im Kanton Solothurn das Registerharmonisierungsgesetz konsequent umgesetzt. Dies führt konkret dazu, dass die freiwilligen Neueintritte in die Alters- und Pflegeheime bzw. in die betreuten Wohnformen als Einwohnerinnen und Einwohner angemeldet werden. Damit verändert sich im Falle einer Beistandschaft auch die Zuständigkeit im Bereich des Erwachsenenschutzes, da sich das Registerharmonisierungsgesetz an die Grundsätze des Lebensmittelpunktes von Art. 23 ZGB anlehnt. Allfällige Mandate werden dann durch die Sozialregion Olten geführt.

Infolge Personalmangel wurden im Jahr 2022 Mandate an Drittanbieter herausgegeben. Nun musste festgestellt werden, dass ein Drittanbieter die ihm anvertrauten Mandate im Umfang von 0.1 FTE in Sachen Betreuung und sozialversicherungsrechtlichen Fragen unzureichend führt. Aus diesem Grund sollen diese Mandate per 1. Januar 2025 wieder in das AKES zurückgenommen werden.

Kantonale Vorgaben und Finanzierung

Die Sozialverordnung des Kantons Solothurn regelt in § 38 die Pauschalabgeltung (Fallpauschale aus dem Lastenausgleich der Sozialadministration). Pro anerkannten Fall am Stichtag 31. Dezember des Vorvorjahres (31. Dezember 2023 für das Jahr 2025) erhält eine Sozialregion CHF 1'500. Finanziert wird die Pauschalabgeltung mit Pauschalbeiträgen pro Einwohnerin und Einwohner. Auch die Fälle, welche durch Private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (PriMas) geführt werden, zählen für den Lastenausgleich der Sozialadministration.

In § 39 der Sozialverordnung sind die Minimalvoraussetzungen für die Ausrichtung der Fallpauschalen aus dem Lastenausgleich der Sozialadministration geregelt. Diese Minimalvoraussetzungen sind zwingend einzuhalten, um Geld aus dem Lastenausgleich der Sozialadministration zu erhalten. Für 100 anerkannte Dossiers sind 125 Stellenprozente

vorausgesetzt, welche sich in 75 Stellenprozente Fachmitarbeit und 50 Stellenprozente Administrativarbeit unterteilt. In der wirtschaftlichen Sozialhilfe gelten die geführten Dossiers pro Jahr als Referenz während im Kindes- und Erwachsenenschutz die Mandate am Stichtag gezählt werden.

Weiter sind gemäss Ziffer 2 die Aufwändungen der Anlaufstelle (Intake) im Sozialamt von 50 Stellenprozente pro 12'000 Einwohnerinnen und Einwohnern auszugehen.

Fallzahlen der Sozialregion Olten

Nachfolgende Tabellen legen die aktuellen Fallzahlen und die Zunahmen seit der Gründung der Sozialregion Olten im Jahr 2009 dar. Die Zahlen zwischen 2010 und 2015 (markiert mit *) wurden aus Platzgründen weggelassen. Sie sind in älteren Anträgen transparent dargelegt. Die Tabellen zeigen, dass nach einer kurzen Fallzunahme im Jahr 2022 im Jahr 2023 mindestens bei der Regelsozialhilfe wieder eine Fallreduktion erreicht werden konnte. Dies konnte unter anderem durch eine gute Integration der Menschen mit Schutzstatus S erreicht werden. Die Beistandschaften sind im Jahr 2023 erneut gestiegen und weisen auch im ersten Halbjahr 2024 ein weiteres Wachstum aus.

Sozialregion Olten	Anzahl im Lastenausgleich anrechenbare Dossiers (Mandate per 31.12 des Vorjahres und bebuchte Dossiers Sozialhilfe inkl. Flüchtlinge und Asyl im Vorjahr)										
	8	9	10-15	16	17	18	19	20	21	22	23
Hauenstein-Ilfenthal	7	6	*	10	11	10	9	6	7	6	6
Olten	1'098	1'112	*	1'367	1'402	1'405	1'379	1'334	1'260	1'326	1'286
Trimbach	324	373	*	645	641	628	652	657	652	668	634
Winznau	55	58	*	92	92	92	91	86	83	94	88
Wisen	6	8	*	21	24	19	15	18	13	13	14
Sozialregion	1'490	1'557	*	2'135	2'170	2'154	2'146	2'101	2'015	2'107	2'028
Kanton SO	8'868	9'463	*	13'343	13'383	13'225	13'029	12'961	12'731	13'685	14'196

Sozialregion Olten	prozentualer Zuwachs anrechenbare Dossiers in der angegebenen Zeitperiode bzw. im angegebenen Jahr										
	9	10-15	16	17	18	19	20	21	22	23	09-23
Hauenstein-Ilfenthal	---	*	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Olten	1.3	*	2.6	2.6	2.8	-1.9	-3.3	-5.5	5.2	-3.2	17
Trimbach	15.1	*	7.1	-0.6	-2.6	3.8	0.8	-0.8	2.5	-5.2	96
Winznau	---	*	---	0.0	0.0	-1	-5	-3	13	-7	60
Wisen	---	*	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Sozialregion	4.5	*	4.2	1.6	0.9	-0.4	-2.1	-4.1	4.6	-3.9	36
Kanton SO	6.7	*	5.3	0.3	-0.9	-1.5	-0.5	-1.8	7.5	3.7	60

Sozialregion Olten	Anzahl bebuchte Dossiers Sozialhilfe inkl. Flüchtlinge und Asyl im laufenden Jahr										
	8	9	10-15	16	17	18	19	20	21	22	23
Hauenstein- lfenthal	1	0	*	2	3	3	3	3	3	2	2
Olten	735	741	*	924	932	951	931	900	831	872	827
Trimbach	217	249	*	448	445	430	466	471	456	475	437
Winznau	38	41	*	62	58	59	63	61	52	60	56
Wisen	3	4	*	17	19	14	9	13	9	7	9
Sozialregion	994	1'035	*	1'453	1'457	1'457	1'472	1'448	1'351	1'416	1'331
Kanton SO	5'297	5'702	*	8'526	8'708	8'394	8'245	8'218	7'935	8'796	9'014

Sozialregion Olten	Anzahl Mandate per Stichtag 31.12.										
	8	9	10-15	16	17	18	19	20	21	22	23
Hauenstein- lfenthal	6	6	*	8	8	7	6	3	4	4	4
Olten	363	371	*	443	470	454	448	434	429	454	459
Trimbach	107	124	*	197	196	198	186	186	196	193	197
Winznau	17	17	*	30	34	33	28	25	31	34	32
Wisen	3	4	*	4	5	5	6	5	4	6	5
Sozialregion	496	522	*	682	713	697	674	653	664	691	697
Kanton SO	3'571	3'761	*	4'817	4'675	4'832	4'784	4'743	4'796	4'889	5'182

2. Erwägungen

Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Dank der Organisationsentwicklung zeigt sich das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz stabil. Die beiden Teamleiterinnen konnten eingestellt werden und die Personalfluktuationen haben sich reduziert. Zurzeit liegt die Fallbelastung mit 569 Mandaten (Stand August 2024, ohne PriMa-Fälle) über dem oberen definierten Wert von 75 Mandaten pro 100 Stellenprozente. Das Parlament hat in seiner Sitzung vom November 2023 einen Automatismus abgelehnt und gefordert, dass die entsprechenden Stellen jeweils regulär beantragt werden sollen.

Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat hiermit beim Parlament nun 0.5 FTE zur Reduktion der Fallbelastung auf unter 75 Mandate pro 100 Stellenprozente und 0.1 FTE zur Übernahme von extern ungenügend geführten Mandaten.

Mit einer zusätzlichen Mandatsführung braucht es weitere administrative Unterstützung. Für die neue Mandatsführung müssen Buchhaltung, Post, Sozialversicherungen, Steuervorbereitungen erarbeitet werden. Dies entspricht einem Bedarf von 0.5 FTE in der Administration, da es sich primär um Erwachsenenschutzmandate handelt. Im Kindeschutzbereich reicht jeweils eine kleinere administrative Unterstützung aus.

Sozialamt

Mit dem Pilotbetrieb des Integralen Integrationsmodells (IIM) wurde die Situation im Sozialamt dieses Jahr genauer analysiert. Die beiden Co-Leiter/innen führen das Sozialamt und sind seit Anfang 2023 gemeinsam in einem Pensum von 1.2 FTE (davon 1.0 FTE als Amtsleitung und 0.2 FTE als Teamleitung). Sie führen ein Team von 23 Personen in 15.8 FTE. Die

Führungsspanne liegt damit bei 19 Personen pro Vollzeitstelle. Die Co-Leitung hat ihre Stundenaufwendungen erhoben und diese liegen rund 0.5 FTE über ihrem Pensum. Entsprechend hoch ist die Anzahl an Plusstunden.

Die Arbeiten mit dem Leitorgan der Sozialregion Olten wurden im September 2022 aufgenommen und im Januar 2023 legte das Leitorgan die Ziele für die SRO bis Ende der Legislaturperiode fest. Insbesondere forderte das Leitorgan die Prüfung von 60 Fällen in einem ausgewählten Segment und daraus folgend soll ein systematisches Qualitätsmanagement aufgebaut werden. Hier soll es insbesondere zu regelmässigen Fallüberprüfungen kommen. Die Begleitung und der Aufbau eines solchen Prozesses bedarf Leitungsressourcen. Grössere Dienste prüfen ihre Fälle insgesamt regelmässig nach vorgegebenen Zeitabläufen und auf unterschiedliche Themen. Dies wirkt kostensenkend.

Im Bereich Flüchtlings- und Asylbereich werden rund 200 Fälle in gesamthaft 1.8 FTE durch vier Personen in Pensen zwischen 0.2 FTE und 0.95 FTE geführt. Der Bereich hatte im Jahr 2023 und 2024 unter anderem mit schweren Erkrankungen, Todesfällen wegen mangelnder medizinischer Unterstützung im Heimatland, Prostitution im Wohngebiet, einer grösseren Messerstecherei, einem Wohnungsbrand und einer grösseren Ungezieferentfernungsaktion zu kämpfen. Aktuell besteht die Vorgabe, die ukrainischen Flüchtlinge nochmal deutlich mehr in den Arbeitsprozess zu bringen. Die Arbeit darf als anstrengend bezeichnet werden und der Fallschlüssel ist mit über 110 Fällen pro Vollzeitpensum sehr hoch. Vor Ort Besuche müssen immer mit zwei Personen gemacht werden. Es sollen auch in diesem Bereich gut nachvollziehbare Grundlagen geschaffen werden. Das IIM wurde auch in diesem Bereich eingeführt. Die Ressourcen sind aber zu knapp. Mit einer Ressourcenerhöhung soll eine schnellere Integration ins Arbeitsleben erzielt werden.

Die gesetzlichen Vorgaben auf Bundesebene sind klar und verbindlich. Der Kanton Solothurn plant diese im Rahmen des IIM umzusetzen und aus diesem Grund sind zurzeit fünf Sozialregionen im Pilotbetrieb. Es machte Sinn, das Amt auf die Erfordernisse des IIM umzustellen. Grössere Dienste arbeiten mit getrennten Teams für den Kurzzeitbezug (Fokus Intake) und den Langzeitbezug (ab 6 Monaten). Diese Umstellung erfolgte in der Sozialregion Olten mit dem Start des Pilotbetriebs.

Aus den dargelegten Schwerpunkten an Entwicklungsbedarf beantragt der Stadtrat je 0.2 FTE für die Teamleitung Intake sowie Asyl- und Flüchtlingswesen, damit hier eine gleichbleibende Qualität erreicht werden kann. Die entsprechenden Ressourcen werden bei der Amtsleitung frei, welche sich wiederum auf das Thema Qualitätsmanagement fokussieren kann.

Sozialadministration

Der bisherige Leiter Sozialadministration wird im November 2025 pensioniert. Er hat zur Übergabe eine Teilpensionierung im Umfang von 0.6 FTE beantragt. Seine Nachfolge konnte in einem Pensum von 0.8 FTE per November 2023 eingestellt werden. Der Stadtrat hat für das Jahr 2024 eine befristete Stellenerhöhung von 0.2 FTE genehmigt, da die Situation zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht geklärt war. Der Stadtrat hat in eigener Kompetenz die befristete Aufstockung des Pensums für die Dauer von Januar 2025 bis November 2025 unter Vorbehalt der Rechtskraft des Budget 2025 genehmigt. In den restlichen 11 Arbeitsmonaten im Jahr 2025 soll er sich um die Schwerpunkte Entwicklung Technik (Digitalisierungsschritte GERES, KESBweb usw.) und den weiteren Wissenstransfer kümmern. Durch das zusätzliche Pensum ist auch die Mitarbeit im IIM-Teilprojekt Cockpit als Vertretung der Sozialregionen aus betriebsorganisatorischer Sicht gewährleistet. Die Regelung wonach die Mitarbeit in den Teilprojekten eine zentrale Voraussetzung für die Projekte im Rahmen des Integralen Integrationsmodells ist, wurde im VSEG-Vorstand bei der Genehmigung der Pflichtenhefte definiert.

Zusammenfassung Stellenbedarf 2025

Aufgrund der Erwägungen ist eine Erhöhung der Mandatsführung AKES um 0.6 FTE, der Administration AKES um 0.5 FTE, der Teamleitung Sozialamt um 0.4 FTE und eine befristete Stellenerhöhung der Leitung Sozialadministration um 0.2 FTE angezeigt.

Die kantonale Mindestvorgabe (1.25 Stellen pro 100 Fälle) fordert für die Sozialregion Olten gemäss nachfolgender Tabelle für die Facharbeit und Administrativarbeit mindestens 25.4 Stellen. Weiter sind bei 28'472 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 31.12.2023) 1.2 Stellen für das Intake vorzusehen.

Kantonale Mindestvorgaben	AKES	SA	SRO
Fallzahlen	697	1'331	2'028
Stellen Facharbeit (75 % pro 100 Fälle)	5.2	10.0	15.2
Stellen Administrativarbeit (50 % pro 100 Fälle)	3.5	6.7	10.1
Mindeststellenbedarf	8.7	16.6	25.4

Im Mindeststellenbedarf ist die Geschäftsleitung, die Amtsleitungen, Bereichsleitungen, das Behördensekretariat, die AHV-Zweigstelle, der Abklärungsdienst, der Empfang und die PriMa-Fachstelle nicht enthalten. Diese werden vom Gemeindeparlament jeweils als weitere Stellen genehmigt.

Stellenplanung SRO	Budget 19-22			Budget 23			Budget 24			Budget 25		
	Stellen	LA*		Stellen	LA*		Stellen	LA*		Stellen	LA*	
		Nein**	Ja**		Nein**	Ja**		Nein**	Ja**		Nein**	Ja**
Geschäftsleitung	0.6	0.6	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.4	0.0
Amtsleitungen ***	1.7	1.3	0.4	2.4	2.4	0.0	2.4	2.4	0.0	2.6	2.6	0.0
Teamleitungen ***	1.7	1.7	0.0	1.2	0.7	0.5	2.2	0.7	1.5	3.1	1.6	1.5
Behördensekretariat	0.4	0.4	0.0	0.3	0.3	0.0	0.2	0.2	0.0	0.2	0.2	0.0
Intake	1.5	0.7	0.8	1.2	1.2	0.0	1.2	1.2	0.0	1.2	1.2	0.0
AHV-Zweigstelle	2.6	2.6	0.0	2.6	2.6	0.0	2.6	2.6	0.0	2.1	2.1	0.0
Abklärungsdienst	1.3	0.3	1.0	1.0	1.0	0.0	1.4	1.4	0.0	1.4	1.4	0.0
Private Mandatsträger	0.0	0.0	0.0	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0
Empfang	--	--	--	0.4	0.4	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.4	0.0
Sozialversicherungsfachstelle	--	--	--	0.4	0.0	0.4	0.7	0.3	0.4	0.7	0.3	0.4
Total	9.8	7.6	2.2	10.4	9.5	0.9	12.0	10.1	1.9	12.6	10.7	1.9

*Mindestanforderungen gemäss Lastenausgleich

**Bestandteil der Mindestanforderungen gemäss LA ja/nein

***Stellenerhöhungen Amts- und Teamleitung AKES (0.2 + 0.5 FTE) im März 2024 bereits für das Rechnungsjahr 2024 bewilligt aber erst im Budget 2025 ausgewiesen

Bis zur Stellenplanung für das Budget 2019 erfolgte die Planung aus politischen Gründen und auf Verlangen des Gemeindeparlaments entlang der kantonalen Mindestvorgaben. Mit dem Budget 2023 wurden wie in der nachfolgenden Tabelle dargelegt erstmals Stellen für das AKES beantragt, welche über die Mindestvorgaben hinaus gehen. Auch in den anderen Abteilungen kann mit einem zusätzlichen personellen Einsatz die Qualität gesteigert werden und nach nachhaltigen Lösungen für die Klientinnen und Klienten gesucht werden. Mit dem Budget 2025 sind aktuell 6.6 FTE an Stellen über den kantonalen Mindestvorgaben beantragt. Darin enthalten sind befristete Stellen im Umfang von 2.9 FTE, welche im Rahmen eines kantonalen Pilotprojekts kostenneutral bis 2025 bereits durch den Stadtrat genehmigt wurden und die tiefere Fallbelastung im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit der entsprechenden administrativen Unterstützung.

Stellenplan SRO	Budgets 19-22	Budget 23	Budget 24	Budget 25
Mindeststellenbedarf gemäss kant. Vorgabe Dossiers	26.9	25.2	26.3	25.4
Stellen über dem Mindestbedarf	0	0.8	3.9	6.6
Weitere Stellen	7.6	9.5	10.1	10.7
Total	34.5	35.5	40.3	42.7 *
Davon befristet	1	0	4.8	5

*Stellenerhöhungen Amts- und Teamleitung AKES (0.7 FTE) im März 2024 bereits für das Rechnungsjahr 2024 bewilligt aber erst im Budget 2025 ausgewiesen

Finanzielle Auswirkungen

0.6 FTE Mandatsführung

Es fallen in der Lohnklasse 19 pro Jahr Löhne (Konto 5726.3010.00) von CHF 63'300.- und Personalnebenkosten (Konto 5726.3930.99) von CHF 9'500.-, insgesamt CHF 72'800.- an. Die Ausgaben werden teilweise durch Einsparungen bei Dienstleistungen Dritter im Umfang von CHF 17'000.- im Jahr kompensiert.

0.5 FTE Administration

Es fallen in der Lohnklasse 11 pro Jahr Löhne (Konto 5726.3010.00) von CHF 40'100 und Personalnebenkosten (Konto 5726.3930.99) von CHF 6'000, insgesamt CHF 46'100 an.

0.4 FTE Teamleitung Sozialamt

Es fallen in der Lohnklasse 22 pro Jahr Löhne (Konto 5726.3010.00) von CHF 44'400.- und Personalnebenkosten (Konto 5726.3930.99) von CHF 6'600.-, insgesamt CHF 51'000.- an.

0.2 FTE Leitung Administration

Für die befristete zusätzliche Anstellung für 11 Monate im Umfang von 0.2 FTE in der Lohnklasse 21 fallen Löhne (Konto 5726.3010.00) von CHF 26'000.- und Personalnebenkosten (Konto 5726.3930.99) von CHF 5500.-, insgesamt CHF 31'500.- an. Die befristete Anstellung ermöglicht den Abschluss diverser Digitalisierungsschritte und die Beteiligung an den Projekten zur Vereinheitlichung und Standardisierung der Sozialregionen im Kanton Solothurn.

Die zusätzlichen Kosten für die zusätzlichen 1.7 FTE für das Jahr 2025 betragen demnach CHF 201'400.-. Die Kosten fallen innerhalb der Spezialfinanzierung Sozialregion an. Davon trägt Olten 65.2 %, Trimbach 29.2 %, Winznau 4.3 %, Wisen 0.9 % und Hauenstein-Ifenthal 0.4 %.

Der Personalaufwand der Sozialregion beträgt damit rund CHF 4'500'000.- und muss im Verhältnis der Beiträge an private Haushalte von rund CHF 27'500'000.- betrachtet werden. Die Sozialregion soll mit einer Investition in zusätzliche Stellen einen Rückgang der Gesamtkosten erreichen.

3. Stellungnahme Leitorgan

Das Leitorgan der Sozialregion Olten wurde an den Sitzungen vom 25. April und 20. Juni 2024 über die geplanten Stellenerhöhungen informiert und befürwortet diese.

Beschlussesantrag

I.

1. Der Stellenerhöhung Mandatsführung AKES um 0.6 FTE in der Lohnklasse 19 wird zugestimmt.
2. Der Stellenerhöhung Administration AKES um 0.5 FTE in der Lohnklasse 11 wird zugestimmt.
3. Der Stellenerhöhung Teamleitung Sozialamt um 0.4 FTE in der Lohnklasse 22 wird zugestimmt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Luzia Baumann, GPK: Die GPK dankt dem Stadtrat für die Vorlage und aufschlussreichen Ausführungen. Fragen sind in der GPK unter anderem bei den Vergaben von Kindes- und Erwachsenenschutz-Mandaten an Drittanbietende aufgetaucht. Beim AKES müssen aktuell aufgrund mangelnder Ressourcen einige Fälle ausgelagert werden. Wobei es aber bei gewissen Qualitätsprobleme gibt. Ein Ziel ist daher, diese Fälle wieder intern übernehmen zu können und so die Qualität in der Mandatsführung wieder zu verbessern. Im Kontext vom Sozialamt wurde der Pilotbetrieb des Integralen Integrationsmodell IIM angesprochen. Die Analyse hat ergeben, dass es Leitungsressourcen braucht, um bestimmte Fälle mit dem Ziel einer Kostensenkung prüfen zu können. Die Erfahrungen des Pilotbetriebs des IIM haben gezeigt, dass nach sechs Monaten der Intake-Phase aktuell nur die Hälfte der begleiteten Personen in die Langzeitphase kommen, während für die andere Hälfte bereits vorher Lösungen gefunden werden. Dies wird als deutlicher Mehrwert gesehen. Es wird sich zeigen, inwiefern sich dies auch finanziell auswirkt. Die Vorlage nimmt sowohl organisatorische als auch qualitätsbezogene Herausforderungen im AKES und im Sozialamt auf und möchte die Effizienz und die Qualität der Dienstleistungen verbessern. Die GPK empfiehlt dem Parlament diese Vorlage zur Annahme.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ich unterteile den Bericht und Antrag in zwei Schwerpunkte. Einen Reagierenden und einen eher Proaktiveren. Der Reagierende: Ich würde ihn schon fast als unfreiwillig aber zwingend, vor allem aber als kosteneffizient, bezeichnen. Es ist nicht so, dass wir diesen zu Beginn des Jahres unbedingt wollten. Aber die Tendenzen, welche wir im Bereich des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz sehen, mit den Mandaten, sind leider stark steigend und nicht stoppend. Das ist etwas, das wir nicht nur bei uns, sondern schweizweit sehen. Wir sind dieses Jahr von Anfang des Jahres von 697 Mandaten bei aktuell 794. Das sind rund plus 100 und das ist mehr als eine Vollzeitstelle. Gerade im November sind wieder 18 Abklärungen eingetroffen, welche uns die KESB übergeben hat. Üblicherweise sind es zehn pro Monat. Ihr seht, es wird also weitergehen. Und mit diesen beantragten Pensen, die wir im Juni für das ganze Geschäft eingegeben haben, wird sich zeigen, wie weit es geht, aber wir nehmen das gerne. Denn die Mandate, welche kommen, die kommen. Sie werden verfügt, wir müssen und dürfen uns um diese kümmern.

Wir wollen diese nicht mehr herausgeben. Das haben wir hier schon mehrfach besprochen und sind daher auf die entsprechenden Pensen angewiesen. Ich kann es gerne noch einmal sagen: Weil es auch günstiger ist, wenn wir es im Haus machen. Wir haben im Herbst eine Analyse der Abklärungen gemacht, weil wir gesehen haben, dass die Zahlen weiter am Steigen sind und um herauszufinden, wo die Schwerpunkte sind und wo man auch im Bereich der Prävention aktiv werden sollte und könnte. Es hat sich gezeigt, dass einer der Schwerpunkte das Alter ist. So ist ungefähr ein Viertel aller Abklärungen von Menschen über 65. Von diesen noch einmal die Hälfte sind vor allem Damen über 80, welche bei uns am Schluss eine Beistandschaft haben. Dies ist eine sehr beunruhigende Tendenz, dass diese beispielweise von Familiensystemen nicht mehr aufgefangen werden können oder andere Systeme nicht „verheben“. Ein anderer Schwerpunkt, den wir gefunden haben, sind Kinder, vor allem im Kontext von grösseren Familien, welche Kinderschutzmassnahmen benötigen. Ich denke, dies sollte aufzeigen, wer von diesen Mandaten profitiert und dass es nicht „für schön“ verfügt wird, stattdessen sollte man sich ernsthaft um diese Menschen kümmern können. Gleichzeitig, Luzia hat es angetönt, haben wir im Rahmen der periodischen Revision, welche wir alle zwei Jahre für die Mandate durchführen, erkannt, dass vereinzelte extern geführte Mandate, welche wir extern gegeben haben, bevor wir die ersten Pensenaufstockungen durchführen konnten, schlecht geführt werden. Von diesen möchten wir gerne acht zurücknehmen, im Rahmen dessen, was wir euch beantragt haben. Es gäbe bei anderen Anbietern noch 13 weitere extern geführte Mandate, welche wir zurücknehmen könnten und bei uns führen. Aber in Angesicht der Vorsicht hier im Raum betreffend Pensenerhöhungen, wollen wir uns auf jene konzentrieren, bei welchen die Qualität nicht gewährleistet ist und daher zu uns zurücknehmen wollten. Ich bin daher überzeugt, und ich wiederhole mich zum dritten Mal, dass wir euch hier eine kosteneffiziente Lösung im Bereich des AKES vorlegen. Der zweite Teil dieses Berichts und Antrags betreffen die 40% Teamleitung im Sozialamt. Ich würde dies als den proaktiven, den vorausschauenden Teil bezeichnen. Und zwar geht es um den Entwicklungsbedarf im Sozialamt, welchen wir schon länger auf den Radar hatten und, der bis anhin hinten angestanden ist aufgrund der Stabilisation im AKES. Wir haben gesehen, dass die Leitung, die nun seit rund zwei Jahren zusammenarbeitet, sehr gute Arbeit leistet, insbesondere auch im IIM, das sie sehr gut eingeführt hat. Die Tendenzen und Auswertungen, die wir nach einem halben Jahr machen konnten, sind vielversprechend. Es ist auch noch eine Interpellation hängig, die wir hoffentlich im Dezember behandeln können, zum Thema, weshalb wir in der Stadt Olten weiterhin eine hohe Sozialhilfequote haben. Es ist nicht so, dass wir das hinnehmen wollen, sondern wir wollen an diesem Thema arbeiten. Aber dies können wir nur intensivieren, wenn wir die entsprechenden Ressourcen dafür haben. Aktuell ist die Leitung nicht einmal so ausgestattet, dass sie das „Daily Business“ leisten kann. Wie dargelegt, ist die Führungsspanne, wie im AKES im Frühling behandelt, ebenfalls sehr hoch. Wir haben euch daher diese 40% vorgelegt, diese in zwei Teile unterteilt. Und zwar zum einen eine 20% Teamleitung im Bereich Asyl. Ein Schwerpunkt, woran wir weiterhin arbeiten wollen, damit die betroffenen Personen zu einer Ablösung kommen können und dadurch eine längerfristige Integration in unsere Gesellschaft möglich ist. Die anderen 20% werden im Bereich Intake eingesetzt. Das ist jener Bereich, welcher die ersten sechs Monate der Regelsozialhilfefälle begleitet. Diesen möchten wir auch gerne verstärken, wie wir es im Rahmen des IIM bereits gesehen haben, damit wir dort rund die Hälfte wieder ablösen können und somit keine längerfristigen Kosten auslösen. Dadurch kann in der Leitung im Sozialamt eine Ressource frei werden, um das Qualitätsmanagement voranzutreiben. Erste Schritte haben wir gemacht, aber wir sehen, dass wir es nur dann implementieren können, wenn die Zeit dazu vorhanden ist. Ohne diese moderate Pensenerhöhung sehen wir leider wenig Potenzial für dieses Thema. Daher hoffe ich auf eure Zustimmung, damit wir längerfristig Kosten sparen können. Auch hier sind die Tendenzen der letzten Jahre gut, aber wir sollten weiterhin daran bleiben. Besten Dank für eure Unterstützung.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Ich werde mich in Gegensatz zu gestern heute kurzhalten, um nicht alles von der GPK-Sprecherin und vom Stadtrat zu wiederholen. Für die GO/JGO-Fraktion ist klar, wenn die Fallzahlen im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz zunehmen, müssen wir entsprechend reagieren. Dass ein tieferer Fallschlüssel pro angestellte Person zu einer höheren Betreuungsqualität, einer schnelleren Ablösung und schlussendlich zu tieferen

gesellschaftlichen Kosten führt, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Dasselbe in Grün beim Sozialamt, wo die angestrebten Entwicklungen aus unserer Sicht in die richtige Richtung gehen. Zudem nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis, dass im Bereich AKES an einem Präventionskonzept für die Zielgruppe Frauen über 80 gearbeitet wird, das Integrale Integrationsmodell erste Erfolge zeigt und die Fluktuation unter den Mitarbeitenden in der Sozialregion insgesamt abgenommen hat. Zudem ist für uns sehr wichtig, dass bei den extern vergebenen Mandaten die Qualität weiterhin engmaschig kontrolliert wird und entsprechend Massnahmen getroffen werden, wie mit der – wir haben es gehört – Rücknahme dieser acht Dossiers. Wir danken Raphael Schär-Sommer für den ausführlichen und nachvollziehbaren Bericht und Nachtrag und werden sowohl der Stellenerhöhungen bei der Mandatsführung und Administration AKES als auch bei der Teamleitung im Sozialamt zustimmen.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Die vorliegende Stellenplanung für die Sozialregion Olten ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung einer nachhaltigen Sozialarbeit. Die steigenden Fallzahlen in den Bereichen Kindes- und Erwachsenenschutz wie auch Sozialhilfe und Asylwesen stellen die Sozialregion Olten vor grosse Herausforderungen. Eine adäquate Personalausstattung ist somit unerlässlich, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und aber auch die gesetzlich vorgegebenen Minimalstandards einzuhalten. Die vorgeschlagene Stellenplanung ist für uns aus den konkret folgenden zwei Gründen zu begrüssen. 1. Durch die Anpassung der Personalressourcen kann eine intensivere Betreuung der Klienten gewährleistet werden. Das Integrale Integrationsmodell IIM bietet hier einen vielversprechenden Ansatz, die Integration der Sozialhilfebeziehenden zu fördern und auch längerfristig die Kosten zu senken. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Fachpersonals und auch zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Betreuung von eben gerade schutzbedürftigen Personen. Diese Stellenplanung ist eine sinnvolle und auch notwendige Investition. Sie ermöglicht, die Sozialregion Olten zukunftsfähig auszurichten und die Lebensqualität der Klienten, aber auch die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbelastung der Arbeitnehmenden nachhaltig zu verbessern. Wir werden dem Antrag daher einstimmig zustimmen.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Ich glaube, heute muss ich auch nicht so viel sagen. Für uns ist der Fall bei diesem Stellenbegehren absolut klar. Mehr Fälle verursachen mehr Arbeit, also braucht es auch mehr Leute. Und da es einen klar festgelegten Stellenschlüssel gibt, ist es für uns unbestritten, dass wir diesen einzelnen Erhöhungen zustimmen werden. Im Bericht und Antrag ist zu entnehmen, dass es sich bewährt, genügend Personal zu haben für all das, was ansteht. Denn so bringt man Menschen schneller wieder auf die Beine damit man sie zum Beispiel wieder ins Arbeitsleben integrieren kann oder andere gute Lösungen gefunden werden können. Auch zeigt sich uns klar, wenn es vermehrt Gefährdungsmeldungen gibt, braucht es auch mehr Stellen. In diesem Fall sowieso. Und für uns ist zudem klar, wenn die Arbeit, die man extra auslagert, nicht gut gemacht wird und damit mehr Aufwand und Kosten generiert, machen wir es gescheiter einfach selber. Daher werden wir von der SP/JSP diesem Stellenbegehren geschlossen zustimmen.

Heinz Eng, Fraktion FDP: Wir haben nun von den linken Parteien alle Voten gehört und die FDP ist nun ein bisschen Spielverderber. Es ist ja klar, dass diese Begehren von jener Seite natürlich widerstandslos gutgeheissen werden. Aber es muss schon noch das eine oder andere gesagt werden. Der Sozialbereich Stadt Olten. Immer höher werdende Kosten, stetig wachsendes Personal, regelmässig, alle zwei bis drei Jahre, zusätzliche Stellenbegehren der Direktion Soziales. Das ist nicht der Fehler von Kristine, die hinten im Publikum sitzt, oder von dir, Raphael. Das ist der Fehler dieser Systeme. Aus diesem Bericht und Antrag, zuvor wurde es erwähnt, habe ich ein paar Begrifflichkeiten herausgepickt. Kantonale Mindestvorgaben, IIM, IAS, KIP, SRO, PriMas, Sozialverordnung usw. usf. Und das Ganze ist ein riesiges Dickicht und alle wollen eigentlich dasselbe, nämlich die Schmerzen von notleidenden Menschen lindern. Jeder macht und kocht hier sein eigenes Süppchen. Das kann es doch nicht sein. Hier noch einmal der Aufruf, auch von der FDP, an die Leute, welche auch im Kantonsrat sind: Es muss nun einmal auf höherer Stufe angegangen werden. Es ist unbeliebt, aber man muss es einmal machen. Denn das, was hier die Sozialdirektion der Stadt Olten

erlebt, ist der Ausfluss dieser verfehlten und nicht synergieübergreifenden Systeme. Nun noch zwei, drei Sachen, gestützt auf den Bericht und Antrag: Ich glaube, es ist langsam klar, dass es die FDP natürlich ablehnen wird. In der gesetzlichen Sozialhilfe sind die Fallzahlen ziemlich konstant. Also von dort her braucht es nicht unbedingt Stellen. Hier geht es einmal mehr um einen linkslastigen Verteilschlüssel. Im Kindes- und Erwachsenenschutz kann unseres Erachtens mit mehr Stellen keine Senkung der Fallzahlen erreicht werden. Zum Beispiel können demente Personen nicht durch eine intensivere staatliche Betreuung aus einer Beistandschaft entlassen werden. Usw. usf. Wenn ihr das alles anschaut, gibt es so und so viele Sachen, aus welchen man entsprechend Synergien herstellen und vor allem auch die Kräfte bündeln könnte. Kurzum, die negative Stellenspirale mit im höheren Stellenbegehren muss durch andere Massnahmen durchbrochen werden. Die FDP lehnt diese Stellenbegehren ab. Fertig.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Ich fand diesen Antrag schwierig. Schwierig zu lesen, selbst für mich als Fachperson. Und wie immer, wenn etwas schwierig zu lesen ist, beginne ich von hinten. Und hinten habe ich dann verstanden, was man eigentlich will. Also, man benötigt Stellen für im AKES. Und die ganzen langen Erklärungen wären eigentlich nicht nötig. Trotz aufwändig aufgelisteten Fallzahlen und Ausführungen zum Integralen Integrationsmodell, in einer langen Schilderung von Vorfällen im Flüchtlings- und Asylbereich geht es wirklich tatsächlich ausschliesslich um den Stellenbedarf im Kindes- und Erwachsenenschutz und die Anhebung der Stellenprozente im Leitungsbereich. Dazu hätte es eine Excel-Tabelle auch getan. Die wäre selbst für andere auch verständlicher gewesen. Wir haben festgestellt, dass mit den angegebenen Dossierszahlen, die offenbar nicht mehr stimmen, genügend Stellenprozente vorhanden sind und wir können diesen Stellenplan so nicht bewilligen. Noch einmal zum Schluss: Es geht lediglich um Stellen der AKES und ich denke, das muss man auch so ausweisen können. Die Fraktion SVP wird den vorliegenden Stellenplan nicht genehmigen.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Wir haben es zuvor gehört: Es ist der dritte Antrag innerhalb der letzten Jahre, bei dem es um eine Stellenerhöhung in diesem Bereich geht. Wir wissen es noch gut. Als wir es zum ersten Mal besprochen haben, hat man sehr bald mal gehört, dass es diese Stellenerhöhungen braucht, weil die internen Kosten tiefer sind als die externen und schlussendlich profitieren alle davon. Es gibt eine bessere Mandatsführung, man kann es besser kontrollieren, man kann es enger führen und auf der anderen Seite sieht es dann auch finanziell besser aus. Wir haben dies so wohlwollend entgegengenommen und haben diesen Bericht damals genehmigt. In der zweiten Sitzung kam wieder genau die gleiche Argumentation. Einige von uns haben argumentiert, es stimmt und ist nachvollziehbar, was hier gesagt wird, aber die Zahlen fehlen noch. Die Antwort darauf war: Ja, diese Zahlen fehlen, man hätte die Stelle erst kürzlich besetzen können, sie ist noch nicht genügend lange besetzt, als dass man diese Zahlen erheben könnte, man bitte um etwas Geduld, man werde diese Zahlen nachliefern. Nun sind wir zum dritten Mal hier und diese Zahlen fehlen noch immer. Wir haben gehört, dass es in etwa einem halben Jahr so weit sein soll, aber schlussendlich ist dies wieder ein Entscheid, welchen wir anhand von Versprechungen und Annahmen treffen müssen und wir haben die versprochenen Belege dazu noch nicht erhalten. Die anderen Gründe, welche dafür und dagegensprechen, haben wir alle gehört schon. Wir folgen mit unserer Fraktion der FDP und der SVP und lehnen diesen Stellenantrag ab.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Es kamen zahlreiche Aussagen, die ich unbedingt korrigieren muss, um zu versuchen, bei euch ein gewisses Umdenken bewirken zu können. Ich beginne bei dir, Heinz. Immer höhere Kosten, das stimmt nicht. Schau dir mal das Gesamtbudget an. Die Kosten sind in den letzten zwei, drei Jahren insbesondere bei den Auszahlungen im Bereich Regelsozialhilfe gesunken. Es sei ein Fehler im System. Ja, wir würden gerne in dieses System eingreifen und die Fehler korrigieren. Hier sind wir aktiv daran. Es ist ein kommunales Leistungsfeld und das können wir nur, wenn wir die entsprechenden Ressourcen haben. Sonst folgen wir diesen Mindestvorgaben, welche der Kantonsrat festlegt, und dann machen wir einfach das Minimum vom Minimum. Ich wiederhole: Es ist ein kommunales Leistungsfeld, der Kantonsrat hat eigentlich nichts dazu zu sagen. Stattdessen

müssen wir es hier miteinander klären. Jeder kocht sein eigenes Süppchen. Nein, es ist definitiv koordinierter, als damals, als ich hier begonnen habe. Es gibt verschiedene Koordinationsgremien. Ich mache jeweils in Freiwilligenarbeit solche Sitzungen. Aber es ist wirklich erfolgreich, wohin wir gelangen. Und die ganzen IIM, IAS, was du gesagt hast, ist alles aufeinander abgestimmt. Das kann ich hier bestätigen. Die Fallzahlen seien in der Regelsozialhilfe konstant. Ja, das ist richtig. Sie sind sogar leicht sinkend im Gegensatz zum ganzen Kanton Solothurn. Wir sind auf gutem Weg. Das schaffen wir, weil wir gut daran arbeiten. Hier möchte ich einen Dank an mein Team aussprechen. Bei den Mandaten ist es aber alles andere als konstant. Alleine dieses Jahr gab es 100 zusätzliche Mandate. Und das ist das Delta. Hier sprechen wir noch nicht über jene, wie weggegangen sind. Wie gesagt, diese müssen wir nehmen, da können wir nichts machen. Und wenn ihr mir heute diese Stellen nicht gebt, muss ich diese rausgeben. Denn irgendjemand muss sich darum kümmern. Das ist von der KESB so verfügt. Es ist nicht so, dass wir einfach Friede, Freude, Eierkuchen weitermachen können. Das möchte ich gerne sagen und damit auch darauf hinweisen, was teurer wird. Ursula, du hast gesagt, du hast hinten begonnen zu lesen. Das ist super. Es brauche nur Stellen im AKES. Das ist leider nicht so. Eine Stelle betrifft tatsächlich das Sozialamt. Einfach, dass wir das präzisiert haben. Es handelt sich um eine andere Abteilung bei uns. Die Dossierszahlen stimmen nicht, die seien von Anfang Jahr. Das ist korrekt. Es sind jene, die für den Mindestschlüssel massgebend sind und das ist immer zu Ende des Vorjahrs. Das ist in der Verordnung so vorgegeben und daher halten wir uns auch daran. Selbstverständlich werde ich euch jeweils die aktuellen vorlegen. Manfred, du hast gesagt, es sei der dritte Antrag. Ja, das ist korrekt und es macht mir wirklich keine Freude, zu diesem Thema einen dritten Antrag zu bringen. Aber wenn diese Fallzahlen weiter steigen, so müssen wir uns diesen annehmen. Und dagegen können wir wirklich nichts machen, wenn wir die gesamtgesellschaftliche Tendenz anschauen. Und es nicht nur ein Problem von Olten, sondern schweizweit, wenn man die Presse verfolgt. Ich kann euch bestätigen, und ich habe es euch auch schriftlich mitgeteilt, die Schäden im AKES haben abgenommen. Und zwar deutlich. Wir hatten finanzielle Schäden wegen schlecht geführten Beistandschaften von uns im Haus als auch von Externen, welche weit über CHF 10'000 lagen. Das wollen wir nicht mehr. Daher haben wir gesagt, dass wir diese Pensen anpassen. Ebenfalls eine sehr positive Entwicklung ist, dass die Fluktuationen im Team dieses Jahr massiv abgenommen haben gegenüber den Vorjahren. Es hat jeweils geheissen: „Ja, du kannst es durch natürliche Fluktuationen machen, bei dir in der Sozialregion.“ Das war ein Bonmot, als ich in der Sozialregion begonnen habe. Mittlerweile mussten wir dieses Jahr, glaube ich, zwei Stellen neu besetzen bei fast 60 Personen. Ich finde, man darf durchaus auch mal sagen, dass es so mehr Spass macht und dass sich die Leute wirklich um diese Menschen kümmern können; sich nachhaltig um sie kümmern können. Die Zahlen kommen in einem halben Jahr, das ist korrekt. Dies betrifft aber die Studie fürs Sozialamt und nicht fürs AKES. Das ist ein anderer Bereich. Ich habe niemanden vertröstet. Wir haben dargelegt, dass es sich lohnt im Bereich der Mandate im Spektrum von 70 bis 75 auf 100% zu bleiben, daher machen wir das weiterhin so. Ihr habt letztes Jahr einen entsprechenden Automatismus abgelehnt, daher sind wir heute damit wieder da, weil wir uns in diesem Bereich befinden. Und wenn wir ehrlich sind, wenn wir in diesem Bereich ganz runtergehen wollten, müssten wir heute wahrscheinlich 100% oder 120% beantragen. Es steigt und steigt. Man kann diesem zuschauen und „nein“ sagen, oder man sich dem annehmen und so kosteneffizient wie möglich machen. Und das ist die Haltung des Stadtrats zu dieser Thematik.

Claudia Schmid (SP): Ich möchte zu dir, Heinz, etwas sagen. Ich wäre auch für eine bessere Koordination. Ich würde mich sehr freuen, wenn das so funktionierte. Aber ich glaube nicht, dass man durch eine bessere Koordination dir versprechen kann, dass es dann zu einer Verringerung von Stellen führen würde. Denn eine Koordination heisst nämlich auch hinschauen. Und ich bin davon überzeugt, dass man dann endlich aufdecken würden, wo es Lücken, zu hohe Fallzahlen, zu kleine Stellenpensen gibt. Und ich würde es unglaublich feiern, wenn wir in all den Bereichen der sozialen Arbeit eine bessere Koordination erreichen und insbesondere bei den Schnittstellen die Zusammenarbeit verbessern könnten. Denn dort liegt nämlich ein grosses Potenzial brach. Am liebsten stadtweit, noch besser kantonsweit und am allerliebsten wäre es mir, könnte es schweizweit sein.

Manuela Höfler (GO): Zuvor hast du, Simone, etwas zum Sportkoordinator gesagt. Und du hast gesagt, dass es einen echten Bedarf gibt, wir haben auf dich gehört. Der Bedarf ist unbefristet und auch da haben wir auf dich gehört. Ich finde es gut, wenn man aus Erfahrung sprechen kann. Und hier haben wir auch echten Bedarf. Wir haben echte Leute, echte alte Frauen, zu denen niemand mehr schaut. Wir müssen diese adäquat betreuen. Wir haben echte Familien mit Problemen. Und wenn wir für die adäquate Betreuung nicht genügend Leute haben, ist es einfach nicht okay. Ich kann nicht verstehen, wie ihr hier den Bedarf nicht seht. Ich verstehe den Ärger. Man fühlt sich auch bisschen ausgeliefert in diesem Mechanismus. Aber diese Fälle gehen nicht einfach weg, diese Leute bleiben. Und wenn wir uns beispielsweise nicht um die Kinder kümmern, haben wir schlussendlich im System langfristig noch sehr viel mehr Probleme, als wenn wir jetzt eine Sozialarbeiterstelle schaffen und dafür schauen, dass sie auf einen guten Weg gelangen, bildungstechnisch usw. Noch zu dir, Ursula: Der Bericht ist lange. Ja, man hätte ihn auch kürzen können. Aber dann heisst es, es gäbe nicht genügend Informationen, um diese Stellenbegehren adäquat beurteilen zu können. Und umgekehrt kann es auch zu viel sein. Es ist immer etwas schwierig, hier einen guten Weg zu finden. Wichtig ist, dass wir immer versuchen, die Kerninformationen rauszuholen, welche am Schluss zählen. Ich glaube, hier zählt, dass wir echte Leute haben, die dahinterstehen. Ob wir das System gut finden oder nicht, Heinz. Man kann schauen, ob man die Koordination auf anderem Weg verbessern kann. Aber das sind auch Versuche, eine gewisse Qualität für die Betreuung jener Menschen zu erreichen, welche im Sozialgefüge zuunterst stehen. Und wenn man nicht genügend Ressourcen hat, um sich selber zu helfen, oder die Familie nicht genügend Ressourcen hat, ist man schlussendlich bei den Leuten der Behörden, die einem helfen, im Leben einen guten Weg zu finden. Daher bitte ich euch auch, überlegt es euch noch einmal. Dagegen zu stimmen ist für mich ein sehr schlechtes Zeichen. Zuvor haben wir in einem ganz anderen und sehr guten Bereich eine gute Stelle geschaffen, aber wir müssen auch schauen, dass wir jene nicht vergessen, die es wirklich nötig haben. Merci.

Heinz Eng (FDP): Ich glaube, wir sind uns hier alle einig: Man muss den notleidenden Menschen die notwendige Hilfe zukommen lassen. In welchem Ausmass auch immer. Ich bin froh, Raphael, dass du sagst, dass auf kommunaler Ebene viel bewegt werden kann. Daher soll dieser Spielraum bitte möglichst auch ausgenutzt werden. Wenn man diesen Spielraum ausnutzt und es richtig organisiert, Effizienz, Effektivität usw., vielleicht auch im Verbund mit anderen, dann kann es nicht sein, dass diese Stellenprozente steigen. Sorry. Sonst habe ich etwas komplett falsch verstanden in Sachen Betriebswirtschaft. Des Weiteren möchte ich euch auf etwas aufmerksam machen, vielleicht habt ihr es in der Zeitung gelesen. Die Sozialregion Hägendorf hat ihre Steuern um 10% angehoben, weil sie derart in ein Defizit geraten wegen des Sozialbereichs. Wenn das auch in der Stadt Olten mit den stetig wachsenden Stellenprozenten und sonstigen Kosten eintrifft, dann wissen wir alle was passiert. Fertig.

Tobias Vega (SP): Das meiste wurde bereits gesagt. Investition in Menschen ist ein Sparpotenzial. Es ist nicht, Input von 100'000 gibt Output und... (*unverständlich*). Es ist ein Vielfaches, das man in die Kinder, in ältere Leute investiert. Ich finde, es ist kein Eisfeld oder etwas. Ich will nicht vergleichen, was wir sonst schon an Geldern ausgegeben haben. Das ist überhaupt nicht das Richtige. Ganz klar, wer schon im Sozialen gearbeitet hat, wir haben im Haus sehr viele Profis, deren Stimmen, ich muss es sagen, vertraue ich. Es ist nötig, es ist kein Luxus, es ist kein Nice-to-have, sondern es ist die Arbeit an unserer Bevölkerung. Es zeigt sich schweizweit. Und da müssen wir nicht noch Studien über drei bis fünf Jahre machen. Investition, mehr Zeit für jeden Teilnehmer, für jede Person, die du hast, bringst du sie langfristig weg, kostet es uns weniger. Ihr könnt gerne weiterhin „nein“ sagen und die Kosten werden steigen. Ihr werdet dann wieder sagen, die Kosten seien gestiegen und wir werden wieder sagen: Ihr habt's gesehen, hätten wir doch. Das ist das erste Mal für euch, um auch mal progressive und nicht rückwärtsgewandte, konservative Politik zu machen, welche gegen die Menschen ist. Und wer mal in dieser Situation war, oder mal eine solche ältere Person oder Kinder begleitet hat, die ständig wechselnde Betreuer oder Beistände hat, weiss, dies ist auch ein Fakt, ein weicher Faktor, welcher nicht mit Cash abgeglichen werden kann. Das käme

wohl meist nicht hin. Ganz menschlich gesehen würde ich euch einfach mal sagen: Kommt, wir stimmen dem zu, denn das bringt unserer Bevölkerung viel mehr, als was wir uns denken.

Tobias Oetiker (OJ): Heinz, du hast zuvor etwas von Betriebswirtschaft gesagt. Ich weiss nicht, ob ich es ganz richtig mitbekommen habe, aber so, wie ich es verstanden habe, haben wir im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz folgende Situation: Kinder sind in einer Familiensituation, die dazu führt, dass die KESB eine Beistandschaft verfügt. Dies wird nicht in Olten entschieden, sondern von der KESB. Wir bekommen Bescheid, dass dies nun ausgeführt werden muss. Wenn die Stadt genügend Ressourcen hat, gibt es einen internen Beistand. Jemand, der bei Olten bereits angestellt ist. Wenn es in Olten keine entsprechenden Ressourcen gibt, muss Olten jemand Externes bezahlen. Die externen Ressourcen sind teurer. Aber dass dieses Kind eine Beistandschaft braucht, ist nicht zu diskutieren. Das ist so und muss ausgeführt werden. Nun können wir entscheiden, ob wir dies mit eigenen Ressourcen machen möchten, was einen Knowhow-Aufbau zur Folge hätte, und eine bessere Qualität sicherstellt, wie es Raphael zuvor dargelegt hat. Oder beschäftigen wir einen Externen, der viel teurer ist, welcher nicht bei uns bleibt? Das ist Betriebswirtschaft, das stimmt schon. Aber dann müsste deine Haltung umgekehrt sein.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Beschlussfassung. Wir stimmen einzeln über die jeweiligen Stellenbegehren ab.

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen wird die Stellenerhöhung Mandatsführung AKES um 0.6 FTE abgelehnt.

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen wird die Stellenerhöhung Administration AKES um 0.5 FTE abgelehnt.

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen wird die Stellenerhöhung Teamleitung Sozialamt um 0.4 FTE abgelehnt.

Mitteilung an:
Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

Abstimmung Einzelergebnis (Stellenerhöhung Mandatsführung AKES um 0.6 FTE)

Abstimmungsergebnis insgesamt:

19 JA 0 ENTH. 20 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

Abstimmung Einzelergebnis (Stellenerhöhung Administration AKES um 0.5 FTE)

Abstimmungsergebnis insgesamt:

19 JA 0 ENTH. 20 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

Abstimmung Einzelergebnis (Stellenerhöhung Teamleitung Soz.amt um 0.4 FTE)

Abstimmungsergebnis insgesamt

19 JA 0 ENTH. 20 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. November 2024

Prot.-Nr. 21

Fraktionserklärung Olten jetzt!

Laura Schöni, Fraktion OJ: Die heutige Budgetdebatte verspricht Spannung. Dies allerdings aus Gründen, welche uns alle nachdenklich stimmen sollten. Das vorliegende Budget erfüllt sämtliche HRM2-Richtlinien. Diese Vorgaben sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie garantieren schweizweit eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik. Formell gibt es aus unserer Sicht also keine Gründe, dass wir uns heute nicht in Detail mit dem wichtigsten Finanzinstrument unserer Stadt auseinandersetzen sollten. Die Zahlen sprechen dabei eine klare Sprache. Und nun darüber zu diskutieren ist unserer Aufgabe hier im Parlament. Ja, wir haben Mehrausgaben von rund CHF 10 Mio. Diese werden aber durch realistische Einnahmeschätzungen bei der Unternehmenssteuer ausgeglichen. Das resultierende Defizit von CHF 3 Mio. liegt im Rahmen der HRM2-Vorgaben. Und nicht zu vergessen: In den letzten zehn Jahren hat unsere Stadt trotz eines budgetierten Verlusts stets positiv Abschlüsse erzielt und die Pro-Kopf-Verschuldung wurde Jahr für Jahr gesenkt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Mehrausgaben im Budget sind kein Zufall. Sie spiegeln zum einen externe Faktoren wider. Zum Beispiel die steigenden Energiepreise oder die kantonalen Vorgaben. Vor allem aber sind es bewusste, genau dargelegte und gut begründete Investitionen in die Zukunft für ein attraktives und vor allem ein funktionierendes Olten. Das Budget spiegelt auch unsere politische Arbeit hier im Rat wider. Im Januar hat die FDP mit den Stimmen der SVP, Mitte, GLP und EVP das Kunstmuseumsprojekt ohne konkrete Begründung zurückgewiesen. Die Folge: Ein langjähriger Sponsor hat sich zurückgezogen. CHF 250'000 pro Jahr fehlen nun dauerhaft im Budget. Dass die FDP nun auch noch die Museumsausgaben kürzen will, und dies als Teilkompensation des verlorenen Sponsorings bezeichnet, ohne aber Stellen zu streichen, ist, mit Verlaub, zynisch. Doch geht es uns nicht darum. Streichungsanträge und Debatten um die einzelnen Punkte im Budget gehören zu unserer politischen Kultur. Es ist ein anderer Vorgang, der uns von OJ verwundert, nein, eigentlich müsste man sagen, ernsthaft besorgt. Die bürgerlichen Parteien fordern eine Rückweisung des Budgets, ohne grosse Sparvorschläge vorzulegen. Sie wollen den Stadtrat zwingen, selber Kürzungen vorzunehmen. Diese undankbare Arbeit und Verantwortung für unpopuläre Massnahmen sollen beim Stadtrat liegen, während sie sich elegant aus der Affäre ziehen. Dabei, und das ist der springende Punkt, haben sie heute Abend dank Stichentscheid des Parlamentspräsidenten die Mehrheit in diesem Parlament. Das haben wir gestern zweimal erlebt. Sie könnten hier und jetzt genau das Budget durchsetzen, das sie wollen. Dazu braucht es weder eine Rückweisung, noch braucht es ein Referendum. Was es aber dazu braucht, ist etwas ganz anderes. Nämlich Rückgrat, hinzustehen und klipp und klar zu sagen, was aus ihrer Sicht nicht wichtig ist, was gestrichen werden könnte und was gestrichen werden sollte. Und genau das scheinen SVP, FDP, Mitte, GLP und EVP entweder nicht sagen zu können oder sie wollen es schlicht und einfach nicht. Liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, wenn ihr findet, die Angestellten der Stadt haben keinen Teuerungsausgleich verdient, dann streicht diesen. Wenn ihr findet, dass die Menschen, die sich in der Kulturszene in Olten engagieren keine Fachstelle verdienen, dann streicht diese. Und das habt ihr ja bereits gemacht. Und genau darum geht es ja. Zeigt, wo es noch Luft hat, wo die Nice-to-haves liegen, wo sich die Stadt Luxus leistet, den es eurer Meinung nach nicht braucht. Ist es Kultur? Ist es die Nachhaltigkeit? Vielleicht die Kinderbetreuung? Jetzt, genau heute Abend, ist der Moment zum Aufräumen. Denn es ist euer gutes Recht und ihr habt dazu die Stimmenmehrheit. Wir von OJ haben im Vorfeld intensiv versucht, mit allen Parteien das Gespräch zu finden. Leider vergeblich. Wir wären auch bereit gewesen, für uns schmerzhaft Kompromisse einzugehen, um heute mit einem Budget aus dem Saal zu laufen, das «verhebt». Aber vergeblich. Die Bürgerlichen haben das Streichkonzert unter sich selber ausgeknobelt und uns gerade mal

noch lächerliche 24 Stunden gegeben, um eine Handvoll fixfertige Anträge zu besprechen, nur um dann zum Schluss noch nachzuschieben, dass diese für sie eigentlich noch immer nicht ausreichen. Natürlich fragt man sich jetzt: Warum? Und weshalb dieses Vorgehen? Und warum scheint die Hälfte der gewählten Volksvertreter nicht im Stande oder Willens zu sein, jene konkreten Punkte aufzuzeigen, welche für sie für eine Zustimmung des Budgets oder zumindest für eine offene inhaltliche Diskussion darüber notwendig wären? Warum verweigern 20 gewählte Parlamentarier/innen die Arbeit, für welche sie von der Bevölkerung gewählt wurden? Und warum lassen sie die Stadt willentlich in einen budgetlosen Zustand schlittern? Uns drängt sich ein Verdacht auf. Denkt hier die Hälfte der Oltner Volksvertretung bereits an den nächsten April? An die Wahlen? Und nehmen sie darum eine handlungsunfähige Stadt als Kollateralschaden tatsächlich in Kauf? Ich möchte zum Schluss etwas in aller Deutlichkeit festhalten: Die bürgerlichen Parteien haben heute Abend dank Stichentscheid die Mehrheit. Wenn sie kürzen wollen, können sie das machen. Offensichtlich waren die Folgen des Kunstmuseumsrückweisungsstunts im Januar noch nicht Lehre genug. Sie machen munter weiter mit Arbeitsverweigerung, mit ihrer Blockade- und Sabotagepolitik. Und dies ohne Rücksicht auf Verluste. Ohne Rücksicht auf aufrichtig arbeitende Angestellte im Stadthaus. Diesen unterstellen sie mit ihrem Verhalten zumindest indirekt schlechte Arbeit. Auch ohne Rücksicht auf für Olten wichtige städtische Angebote, welche wir bei einem Stillstand ... (*unverständlich*) vielleicht nicht mehr auszahlen können. Und auch ohne Rücksicht auf die Oltner Bevölkerung, die wieder einmal mit einer Stadt leben muss, die nicht vom Fleck kommt. Liebe SVP, liebe FDP, liebe Mitte, liebe GLP, liebe EVP es ist heute eure Pflicht, eure parlamentarische Verantwortung, heute Abend aufzuzeigen, wie das Oltner Budget 2025 aussehen soll. Und zwar ganz egal, ob nächstes Jahr Wahlen sind oder nicht. OJ steht hinter diesem gut austarierten Budget, vor allem aber steht OJ hinter einem politischen Prozess, welcher mit Argumenten und Anträgen versucht mehrheitsfähige Lösungen zu finden. Im Frühling wird die Bevölkerung entscheiden, welche Politik sie für die nächsten vier Jahre will. Bis dann steht unsere Stadt vor wichtigen Herausforderungen. Herausforderungen, welche ein entschlossenes, zukunftsorientiertes Handeln und ein verabschiedetes Budget erfordern. Lasst uns daher darüber beraten und entscheiden. Danke für eure Aufmerksamkeit.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2024

Prot.-Nr. 21

Budget 2025/Genehmigung

Das Budget 2025 weist einen Verlust von 3'349'000 Franken aus. Das entspricht rund 2.2% des Bruttoaufwandes ohne interne Verrechnungen. Das Ergebnis setzt sich aus einem Betriebsverlust von 7'573'400 Franken, einem Gewinn aus Finanzierung von 2'650'100 Franken und einem a.o. Ertrag von 1'574'300 Franken zusammen.

Die Personalkosten steigen um rund 7.0% oder 3'577'400 Franken und sind geprägt durch mehrere zusätzliche Stellen sowie einen hinterlegten Teuerungsausgleich von 1.2% sowohl für das Lehr- als auch für das Verwaltungspersonal. Die Personalkostenzunahme betrifft mit 1'830'100 Franken das Lehrpersonal der Kindergärten, Primar-, Sekundar- und Musikschulen, und mit 1'747'300 Franken das Verwaltungs- und Betriebspersonal.

Der Sachaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Franken (+10.8%). Wurde im letzten Jahr noch eine technische Korrektur von 7% (1'398'600 Franken) hinterlegt, wurde aufgrund der Erfahrungen im Jahresabschluss 2023 für das Budget 2025 lediglich noch ein solcher von 3% (655'000 Franken) hinterlegt. Diese kalkulatorischen Mehrkosten betragen somit 743'600 Franken. Die Mehrbelastung durch Energiekosten betragen 333'500 Franken. In den baulichen und betrieblichen Unterhalt fliessen zusätzlich 339'200 Franken und für Dienstleistungen Dritter werden 535'800 Franken mehr ausgegeben.

Die Beiträge an Dritte nehmen um 1'939'000 Franken zu. Dazu tragen insbesondere die Zunahmen an Ergänzungsleistungen der AHV und der Beiträge für die Pflegekostenfinanzierung und ambulante Krankenpflege bei.

Der Planertrag der Steuern wurde bei den juristischen Personen von 14 Mio. Franken auf 22.91 Mio. Franken deutlich erhöht. Bei den natürlichen Personen fällt die Erhöhung der Steuererträge aufgrund der Umsetzung des Gegenvorschlages von „jetzt si mir draa“ deutlich kleiner aus.

Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2025 betragen hohe 21.32 Mio. Franken. Das Investitionsbudget 2025 ist geprägt von Sanierungsprojekten wie Schwimmbad, Stadthaus sowie Krematorium und Erweiterungsbauten (Schulanlage Frohheim). Weiter wird das Projekt „Neuer Bahnhofplatz Olten“ vorangetrieben.

Die anfallenden Nettoinvestitionen von 21.32 Mio. Franken können zu einem Betrag von 6.92 Mio. Franken selbst finanziert werden. Für die Differenz wird sich die Stadt verschulden müssen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Antrag zum Budget für das Jahr 2025:

1. Ausgangslage

Die Stadt Olten wies trotz einer in den letzten Jahren hohen Investitionstätigkeit Ende 2023 noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1'017 Franken aus. Ebenso hat sich der Nettoverschuldungsquotient, welcher als Gradmesser für eine stabile finanzielle Lage gilt, auf einem guten Niveau eingependelt. Für das Jahr 2024 wird – dank höheren Steuern juristischer Personen - mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet, die Investitionen des Jahres 2024 werden jedoch voraussichtlich nur teilweise selbst finanziert werden können, was per Ende 2024 wieder zu einer Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung und einer Erhöhung des Nettoverschuldungsquotienten führen dürfte.

In der vorliegenden Planung konnte einzelne Anpassungen wie die Umsetzung der Steuergesetzrevision in Bezug auf die Erhöhung des Steuerabzuges für Krankenkassenprämien (aktuell mitberücksichtigt) nicht mehr vorgenommen werden. Ebenso sind die Auswirkungen eines kantonalen Sparprogrammes, welches Ablastungen von Kosten auf die Gemeinden vorsieht, noch nicht mitberücksichtigt.

Technische Anpassungen:

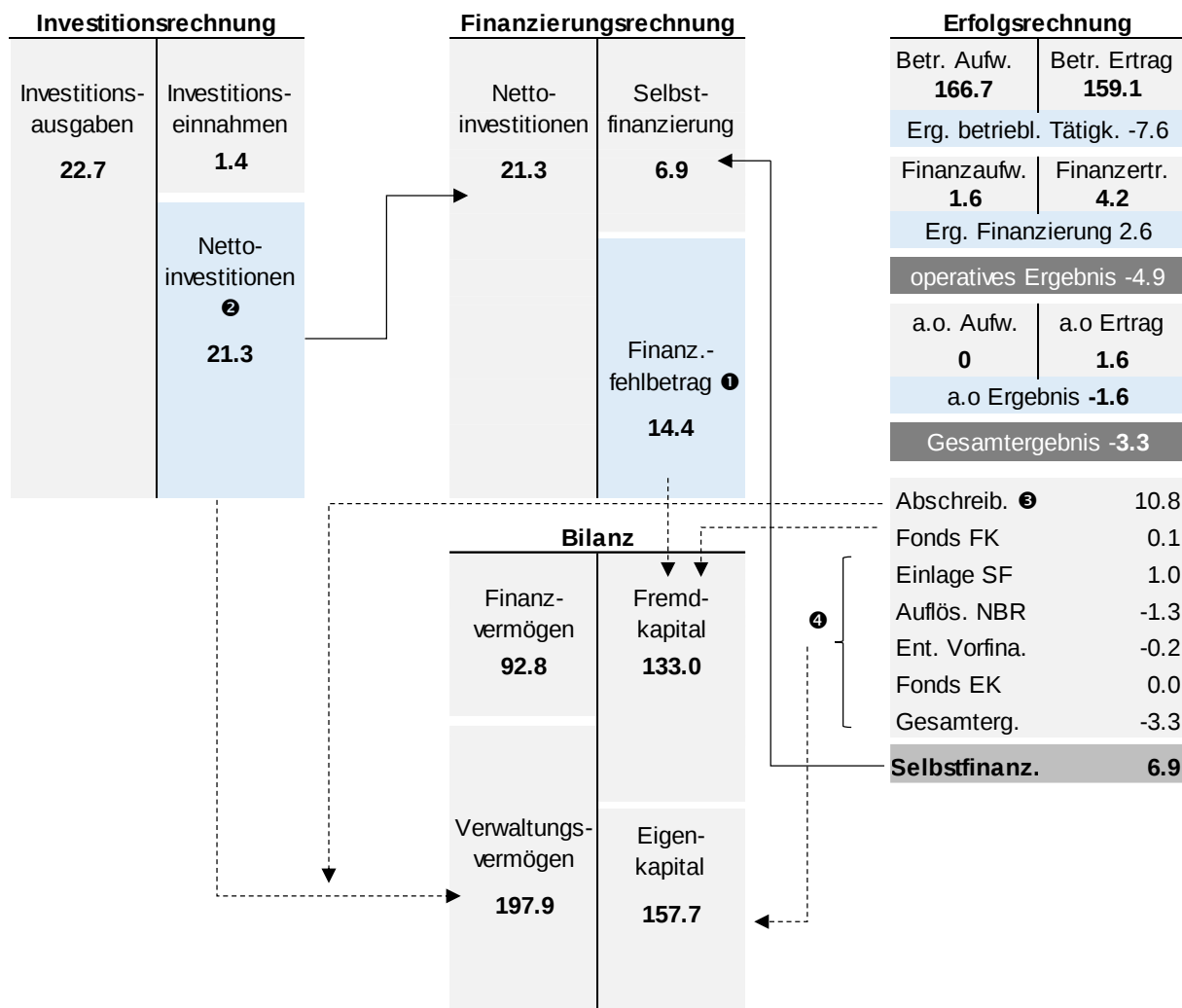
Das Budget 2025 ist das zweite Budget, welches unter einer vollständigen Integration der Sozialregion (Leitgemeindemodell) in die Stadtrechnung erstellt worden ist. Die Jahresrechnung 2023 lässt sich in Bezug auf Aufwand und Ertrag nicht mehr vergleichen. In allen Tabellen und Vergleichen wurde die Rechnung 2023 angepasst; im Detailbudget wird die Anpassung nicht berücksichtigt. Sämtliche Änderungen werden in den Kapitel 4.1 – 4.4 abgehandelt.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Zusammenhänge Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Finanzierung, Bilanz

Das Budget 2025 weist einen Verlust von rund 3.35 Mio. Franken aus. Dieses Negativergebnis wird dem Eigenkapital belastet. Ebenso reduzieren die Auflösung der Vorfinanzierung der Schulanlage Kleinholz sowie die Auflösung der Neubewertungsreserve das Eigenkapital. Die Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abfall und Abwasser werden dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Die aus dem laufenden Betrieb erwirtschafteten Mittel (Selbstfinanzierung) belaufen sich auf 6.9 Mio. Franken. Diese decken die geplanten Nettoinvestitionen von 21.3 Mio. Franken nur zu einem geringen Teil (Selbstfinanzierungsgrad 32.5%). Für die hohe Differenz wird sich die Stadt verschulden müssen. Die vorgesehene Kapitalaufnahme beläuft sich auf 14.4 Mio. Franken.



Grafik: Zusammenhänge Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Finanzierung, Bilanz

Veränderung des Finanzvermögens:

+ Plan-Anfangsbestand Finanzvermögen:	+92.8 Mio.
= Plan-Schlussbestand Finanzvermögen	92.8 Mio.

Veränderung des Verwaltungsvermögens:

+ Plan-Anfangsbestand Verwaltungsvermögen:	+188.5 Mio.
+ Nettoinvestitionen	+21.3 Mio.
- Abschreibungen (KoA 33+366)	-10.8 Mio.
- Auflösung Schuldanererkennung Pensionskasse	-1.1 Mio.
= Plan-Schlussbestand Verwaltungsvermögen	197.9 Mio.

Veränderung des Fremdkapitals:

+ Plan-Anfangsbestand Fremdkapital	+119.6 Mio.
+ Finanzierungsfehlbetrag Verwaltungsvermögen	+14.4 Mio.
+ Fondseinlage Fremdkapital	+0.1 Mio.
- Auflösung Schuldanererkennung Pensionskasse	-1.1 Mio.
= Plan-Schlussbestand Fremdkapital	133.0 Mio.

Veränderung des Eigenkapitals

+ Plan-Anfangsbestand Eigenkapital	+161.7 Mio.
+ Einlagen Spezialfinanzierungen (SF)	+1.0 Mio.
- Auflösung Neubewertungsreserve (NBR)	-1.3 Mio.
- Auflösung Vorfinanzierung	-0.3 Mio.
- Auflösung Fonds im Eigenkapital (netto) – (KoA 351/451)	-0.1 Mio.
+ Jahresergebnis	-3.3 Mio.
= Plan-Schlussbestand Eigenkapital	158.3 Mio.

2.2. Ergebnis der Erfolgsrechnung

Bei einem Aufwand von 152'602'900 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 149'302'200 Franken ergibt sich ein **Verlust von 3'349'000 Franken**. Der Aufwand steigt gegenüber dem Budget 2024 um 8'046'800 Franken oder rund 5.6%. Der Ertrag steigt gegenüber dem Vorjahr um 8'280'900 Franken.

2.3. Ergebnis der Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2025 betragen 21'318'000 Franken. Die Bruttoinvestitionen belaufen sich auf 22'721'000 Franken, die Beiträge an Investitionen auf 1'403'000 Franken. Nachdem in den letzten Jahren das Projekt Schulanlage Kleinholz die Investitionsrechnung dominierte, sind es nun weitere Schulprojekte wie die Sanierung/Erweiterung der Schulanlage Frohheim, die Projektierung des Kunstmuseums und der angrenzenden Liegenschaft Kirchgasse und die Sanierung des Garderobengebäudes und Restaurants der Badi. Ebenfalls mitberücksichtigt ist der Baubeginn des neuen Kremationsofens. Beim Projekt „Neuer Bahnhofplatz Olten“ sollen die Planungsarbeiten so weit vorangetrieben werden, dass im Jahr 2026 ein Volksentscheid herbeigeführt werden kann.

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 14.7% bedeutet, dass die Stadt Olten im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben eine mittlere Investitionstätigkeit anstrebt. Das entspricht etwa dem Niveau der letzten Jahre (2021: 13.5%, 2022: 15.0%, 2023: 18.1%, 2024: 15.4%).

2.4. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt in der betrieblichen Tätigkeit das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst dem Zinsaufwand den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Das ausserordentliche Ergebnis zeigt die Auflösung der Neubewertungsreserve. Das Rechnungsjahr 2023 wurde – wie eingangs erwähnt – auf die Integration der Sozialregion angepasst.

Gestufter Erfolgsausweis in TCHF 2025 VJ,VVJ, BUD,IST

	R2023	B2024	B2025	Δ B/B	Δ %
-30 Personalaufwand	-48'502	-51'225	-54'802	3'577	7%
-31 Sachaufwand	-18'663	-18'581	-20'585	2'005	11%
-33 Abschreibungen	-7'836	-9'200	-10'108	908	10%
-35 Einlage Fonds / SF	-1'336	-1'140	-1'099	-42	-4%
-36 Transferaufwand	-64'949	-62'516	-64'455	1'939	3%
-39 interne Verrechnungen	-13'150	-14'212	-15'620	1'408	10%
Total betrieblicher Aufwand	-154'435	-156'873	-166'669	9'796	6%
+40 Fiskalertrag	90'116	74'966	84'351	9'385	13%
+41 Konzessionsertrag	1'905	1'940	1'930	-10	0%
+42 Entgelte	24'360	25'168	26'414	1'246	5%
+43 Verschiedene Erträge	3	12	12	0	0%
+45 Entnahme Fonds / SF	390	49	50	2	4%
+46 Transferertrag	35'085	33'505	30'718	-2'787	-8%
+49 interne Verrechnungen	13'150	14'212	15'620	1'408	10%
Total betrieblicher Ertrag	165'009	149'851	159'096	9'245	6%

Ergebnis aus betr. Tätigkeit	10'573	-7'023	-7'573	-551	-8%
-34 Finanzaufwand	-1'308	-1'895	-1'554	-341	-18%
+44 Finanzertrag	4'796	3'812	4'204	392	10%
Ergebnis aus Finanzierung	3'488	1'917	2'650	733	38%
Operatives Ergebnis	14'061	-5'106	-4'923	182	4%
-38 a.o Aufwand	0	0	0	0	0%
+48 a.o Ertrag	1'362	1'571	1'574	-4	0%
a.o Ergebnis	1'362	1'571	1'574	4	0%
Jahresergebnis	15'423	-3'535	-3'349	186	5%

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

3. Zielerreichung im Budget 2025

3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand, Investitionen, Zielsaldo, Beiträge

In seinen Richtlinien zum Budget 2025 hat sich der Stadtrat 2 Ziele gesetzt:

- Nettoinvestitionen: 18.6 Mio. Franken
- Gewinn: 7.0 Mio. Franken

Er übernimmt in seiner Planung insbesondere die im letzten Finanzplan angemeldeten Vorhaben.

Kosten/Ertragsposition	R2023	B2024	V2025	B2025	Differenz
3 Aufwand	155'744	158'768	160'625	168'223	7'598
30 Personalaufwand	48'502	51'225	52'607	54'802	2'195
31 Sachaufwand	18'663	18'581	19'343	20'585	1'242
33 Abschreibungen	7'836	9'200	10'180	10'108	-73
34 Finanzaufwand	1'308	1'895	1'500	1'554	54
35 Einlagen in Fonds/SF	1'336	1'140	1'000	1'099	99
36 Transferaufwand	64'949	62'516	62'845	64'455	1'610
38 a.o. Aufwand	0	0	0	0	0
39 Interne Verrechnungen	13'150	14'212	13'150	15'620	2'470
4 Ertrag	171'167	155'233	167'650	164'874	-2'776
40 Fiskalertrag	90'116	74'966	87'613	84'351	-3'262
41 Regalien/ Konzessionen	1'905	1'940	1'905	1'930	25
42 Entgelte	24'360	25'168	25'497	26'414	917
43 Verschiedene Erträge	3	12	3	12	9
44 Finanzertrag	4'796	3'812	4'400	4'204	-196
Entnahmen Fonds/SF	390	49	49	50	1
46 Transferertrag	35'085	33'505	33'462	30'718	-2'744
a.o. Ertrag	1'362	1'571	1'571	1'574	3
49 Interne Verrechnungen	13'150	14'212	13'150	15'620	2'470
Gewinn(+) / Verlust (-)	15'423	-3'535	7'025	-3'349	-10'374

Tabelle: Abweichungen Zielvorgaben in TCHF

Die in der Planung vorgegebenen Nettoinvestitionen von 18.6 Mio. Franken werden mit 21.3 Mio. Franken um 2.7 Mio. Franken überschritten. Folgendes sind die Abweichungen zur Planung:

Objekt in Mio.	Bem.	Vorg.	IST	Δ
Saldo Vorgabe		18'600	21'318	2'718
davon:				
Umsetzung IT-Strategie		133	205	72
TVA, Host-Systeme			240	240
Umstellung auf mobiles Arbeiten WLAN/Laptop			635	635
Stadthaus Sanierung Wärmeverbund EG		1'700	1'700	
Ersatz Feuerwehrfahrzeug (Netto) / Hakenfahrzeug		168	377	209
Schulanlage Frohheim, Sanierung, Erweiterung		2'000	2'000	
Neubau Klassentrakt Sek.		500	500	
Schulraum Kindergarten Bannfeld		500	500	
Studien Bad Säli, Bifang, Musikschule Kloster			650	650
Schulmobiliar		100	235	135
Schule, Server und Netzwerkkomponenten		250	250	
Kunstmuseum, Kirchgasse		3'000	2'000	-1'000
Stadttheater, Sofortmassnahmen		280	300	20
Stadiontribüne Geräteinstallraum		100	150	50
LED Beleuchtung Rasenplatz			60	60
Schwimmbad / Sanierung Garderobengebäude		3'000	3'000	
Sanierung Stadthalle		500	300	-200
Stadtteilverbindung PU-Hammer		1'000	500	-500
Strassenbau, diverse		2'800	3'990	1'190
Bahnhofplatz		1'000	1'300	300
Umsetzung Behindertengesetz		300	300	
Fahrzeuge Werkhof / Anschaffungen Variante Elektro		600	500	-100
Krematorium / Betriebseinrichtung / San. Halle		4'400	4'200	-200
Ortsplanrevision		200	500	300
Ländiweg - Schwimminseln		100	100	
Abwasseranlagen generell		1'650	1'650	
Kehrlichfahrzeug elektrisch			850	850
Sammelstellen Abfall		600	600	
Total Veränderungen				2'711
Kürzungen allgemein		7'552	7'929	377
Veränderung Netto Positionen				2'334

Die hohen Abweichungen in der Erfolgsrechnung sind auf folgende Ursachen zurückzuführen

Objekte in TCHF	Einfluss	KoA	+/-	Δ
Sachaufwand / zusätzliche, nicht angemeldete Kosten	J	31	Mehraufwand	-1'242
Finanzausgleich - STAF-Beitrag ordentlich	N	46	Minderertrag	-251
Finanzausgleich - Ressourcenausgleich	N	36	Mehraufwand	-134
Steuererträge JP	N	40	Minderertrag	-2'000
Pauschale Steueranrechnung	N	36	Minderaufwand	100
Steuererträge NP: Umsetzung Gegenvorschlag "jetzt si mir draa" inkl. KK	N	40	Minderertrag	-1'652
Steuererträge Kapitalsteuern und Grundstückgewinnsteuern	N	40	Mehrertrag	290
Pflegekosten, Spitex, Tagesstätten im Alter, Amb. Pflege	N	36	Mehraufwand	-1'080
Beiträge an die EL AHV und Verwaltungskosten EL-AHV	N	36	Mehraufwand	-1'024
Sozialregion - gesetzliche Beiträge inkl. Asyl	N	36	Minderaufwand	619

Sozialregion - Restkostenbeiträge (inkl. Stellenerhöhung, Teuerung)	J	36	Mehraufwand	-384
Mehrkosten ungeplante Stellen der Verwaltung	J	30	Mehraufwand	-833
Personalkosten: Teuerung Lehrpersonal, 1.2% mitberücksichtigt	J/N	30	Mehraufwand	-64
Abschreibungen (33 und 366)	J	33	Minderaufwand	564
Weiterverrechnung Veranlagungskosten des Kantons / Pausch. St.Anr	N	36	Mehraufwand	-172
Entgelte aus Tagesbetreuung (Plan + 329 TCHF / IST 126 TCHF)	J	42	Minderertrag	-203
Wegfall Sponsoring Kunstmuseum	N	46	Minderertrag	-250

3.2 Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können im Jahr 2025 nur teilweise umgesetzt werden.

Grundsätze zur Verschuldung:

- ▲ Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 4'000 nicht übersteigen:

Zwar wird die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2025 aufgrund der fehlenden Finanzierung aller Investitionen wieder ansteigen, die maximale Soll-Verschuldung von 4'000 Franken pro Einwohner wird aber nicht überschritten. Per Ende 2025 wird eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2'200 Franken prognostiziert.

- ▼ Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

Per Ende 2023 weisen die Solothurner Gemeinden ein Pro-Kopf-Vermögen von 247 Franken aus (92 von 107 Gemeinden). Mit 1'017 Franken Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2023 besteht immer noch ein deutliches Manko gegenüber der Vorgabe einer Verschuldung im kantonalen Durchschnitt.

Grundsätze zu den Investitionen

- ▼ Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für den Werterhalt beträgt dauernd 100%:

Die Investitionen in den Werterhalt betragen vor einer generellen Kürzung rund 11.6 Mio. Franken. Mit einer Selbstfinanzierung von 6.92 Mio. Franken lassen sich knapp 60% der Investitionen für den Werterhalt selbst finanzieren.

- ▼ Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

Der operative Cashflow von 6.91 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 21.32 Mio. Franken nicht. Der effektive Finanzierungsgrad beträgt 32.5%, gilt nach der Definition von HRM2 als tief und führt zu einer grossen Neuverschuldung.

Grundsätze zu den Steuern

- ▲ Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen weicht nicht mehr als 10% voneinander ab.

Aktuell wird dieser Grundsatz eingehalten.

Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden.

- ▲ Der einwohnergewichtete durchschnittliche Steuerfuss der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2024 bei 115.0%. Mit einem Steuerfuss von 108% für natürliche Personen sowie 108% für juristische Personen hat die Stadt Olten einen Steuerfuss, der unter dem Gemeindedurchschnitt liegt.

4. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

4.1. Integration der Sozialregion, Umsetzung des Leitgemeindemodells

Auf das Jahr 2024 wurde das beschlossene System des Leitgemeindemodells in der Rechnungslegung der Stadt abgebildet. Das im Budget 2025 abgebildete Rechnungsjahr 2023 beruht jedoch noch auf der Rechnungslegung mit einer separaten Rechnung der Sozialregion.

Kostenart in TCHF	R2023		B2024	B2025
	ohne SRO	mit SRO	mit SRO	mit SRO
Aufwand	-121'723	-155'744	-158'768	-168'223
Ertrag	137'146	171'167	155'233	164'874
Ergebnis (+Gewinn/-Verlust)	15'423	15'423	-3'535	-3'349

4.2 generelle Veränderungen im Budget / Integration neuer Aufgaben

Folgende Leistungen zu Gunsten der Einwohnerinnen und Einwohner wurden im Budget 2025 erstmals mitberücksichtigt:

Kulturfachstelle (Funktion 3290) / Separate Vorlage:

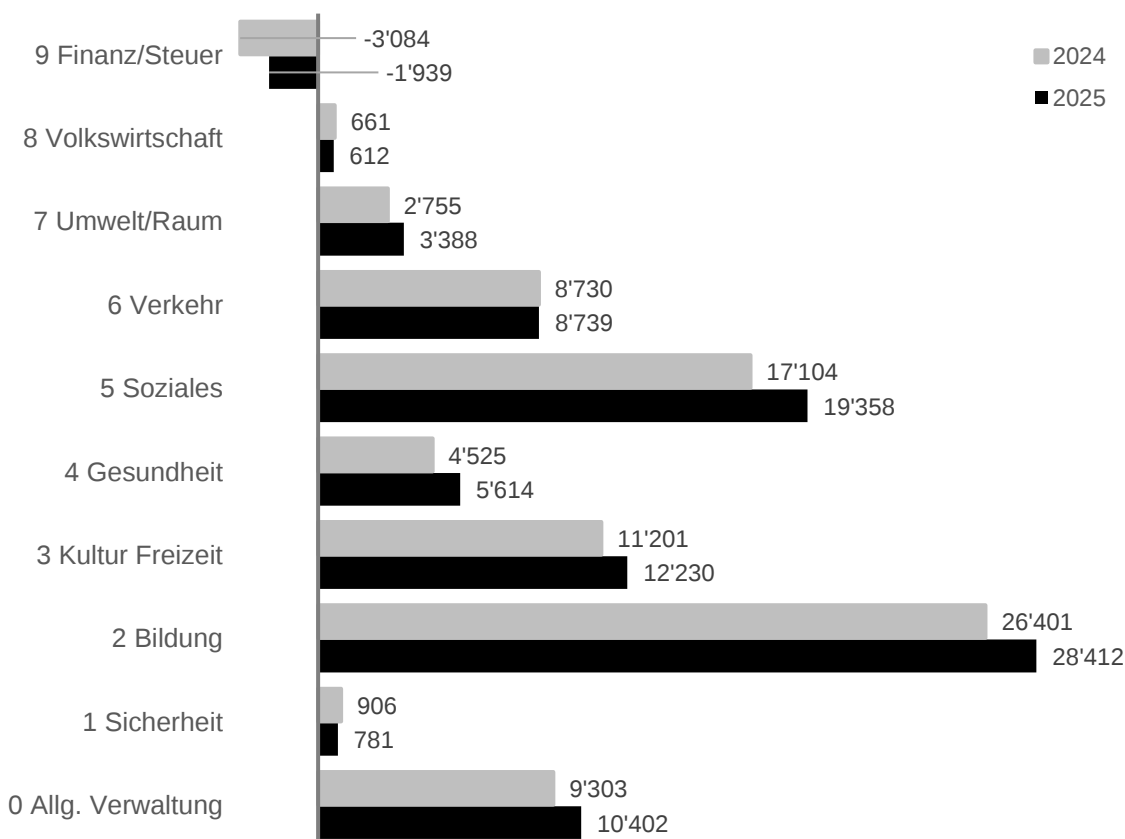
Auf Mitte 2025 soll der Bereich Kultur mittels einer Kulturfachstelle besser gestaltet werden.

Gassenküche / Sicherheitspatrouillen (Funktionen 1110/5790)

Die bisherige SIP wird abgelöst, neu wird es eine aufsuchende Sozialarbeit sowie eine separate Sicherheitspatrouille geben. Die Mehrkosten betragen 75'000 Franken.

5. Begründungen zu den Funktionen

Der Nettoaufwand vor Steuern (zusätzlicher Aufwand abzüglich zusätzlichen Ertrags) der Hauptfunktionen hat sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2024/B2025 – in Tausend Franken

0 Allg. Verwaltung	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	19'667	21'712	23'507	1'795	8%
Ertrag	11'405	12'409	13'105	696	6%
Saldo	8'262	9'303	10'402	1'099	12%

Auf das Budget 2025 steigen die Kosten um rund 12% an. Bei rund 200'000 Franken handelt es sich um einmalige Ausgaben für die anstehenden Wahlen. Für die Gemeindepräsidentenkonferenz OGG in Olten werden einmalig 20'000 Franken veranschlagt.

Einmalige Kosten erfolgen im Liegenschaftsunterhalt Stadthaus für Sanierungsarbeiten in der Tiefgarage (+120'000 Franken). Die restlichen Kosten sind voraussichtlich wieder-kehrend.

- Steuerverwaltung: 172'000 Franken Bezugsprovision und Veranlagungskosten
- Steuerverwaltung: Beiträge der Kirchgemeinden für den Steuereinzug – 31'600 Franken
- Bauverwaltung: 2 neue Projektleiter: 230'000 Franken
- Bauverwaltung: Bauordnungsgebühren -25'000 Franken.
- Arbeitssicherheit: Erhöhung Pensum

1 Öff. Sicherheit	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	3'071	3'544	3'448	-96	-3%
Ertrag	2'680	2'639	2'668	29	1%
Saldo	391	906	781	-125	-14%

Bei der öffentlichen Sicherheit ergeben sich wenige Aufwandänderungen:

1. Sicherheitspatrouille: + 105'000 Franken wiederkehrend (separate Vorlage)
2. Feuerwehr: Erhöhung Stellenpensum 70%

2 Bildung	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	33'544	35'866	38'655	2'789	8%
Ertrag	8'804	9'465	10'242	778	8%
Saldo	24'740	26'401	28'412	2'012	8%

Die Nettokosten im Bereich Bildung erhöhen sich um 8% oder 2.01 Mio. Franken

Die Erhöhungen betreffen folgende Bereiche:

Kindergarten:	88'700 Franken
Primarschule	269'700 Franken
Sekundarschule inkl. Talentförderklassen	927'500 Franken
Musikschulen	218'700 Franken
Schulliegenschaften (1. Volles Betriebsjahr Kleinholz)	231'800 Franken
Tagesbetreuung (1. Volles Betriebsjahr Kleinholz)	73'200 Franken
Schulleitungen, Schuladministration (Pensen)	302'400 Franken
Sonderschulen (Übernahme Kanton)	-244'000 Franken
Schulfest inkl. Verrechnung Werkhof	141'000 Franken

3 Kultur/Freizeit/Sport	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	13'344	13'221	14'170	949	7%
Ertrag	2'552	2'021	1'940	-81	-4%
Saldo	10'792	11'201	12'230	1'029	9%

Die wichtigsten Veränderungen ergeben sich aus:

Kunstmuseum:	Wegfall eines Sponsoringbeitrages von 250'000 Franken Abschreibungen +94'600 Franken / Planungskosten
Kultur übrige:	Neue Kulturfachstelle (1/2 Jahr) Kulturpreisverleihung, Erhöhung Kulturbeiträge
Stadtbibliothek:	Abschreibungen Planung (+80'000 Franken) IT-Kosten (+24'500 Franken) Zusätzliche/r MA im Stundenlohn Stadtbibliothek inkl. Sozialleistungen: +43'700

Eissport: Erhöhung der Beiträge von 815'000 Franken auf 900'000 Franken

Kinderspielplätze: Erhöhung Beitrag an Robi-Spielplatz +35'000 Franken

Parkanlagen: Erhöhung Unterhalt von Grünanlagen +42'000 Franken; Verrechnungen Leistungen des Werkhofs +40'000 Franken.

4 Gesundheit	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	4'583	4'538	5'626	1'089	24%
Ertrag	10	13	13	0	0%
Saldo	4'573	4'525	5'614	1'089	24%

Die Erhöhung der Nettokosten ist auf die vom Kanton vorgegebenen Pro-Kopf-Beiträge zurückzuführen. Die Gemeinde hat diesbezüglich keinen Einfluss. Folgende Anpassungen sind erfolgt:

Beiträge an die Pflegekostenfinanzierung:	+1'249'100 Franken
Beiträge an Tagesstätten im Alter:	+25'800 Franken
Restkosten der ambulanten Pflege:	-201'000 Franken
Beitrag an den Spitex-Verein:	-14'000 Franken

Beeinflussbar ist die Zunahme der Honorare an Schulärzte im Umfang von 10'000 Franken.

5 Soziales	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	51'066	49'709	51'429	1'720	3%
Ertrag	33'653	32'605	32'071	-535	-2%
Saldo	17'412	17'104	19'358	2'255	13%

Von den geplanten Mehrkosten betreffen:

Beiträge inkl. Verwaltungskosten an die EL AHV	+1'024'300 Franken
Beraterhonorar für die Planung eines Familienzentrums	+30'000 Franken
Leistungen Arkadis	+24'000 Franken
Beiträge an Eltern für Kinderkrippen	+110'000 Franken
Verwaltungskosten SRO (Restkosten)	+639'200 Franken
Mehrkosten Asylwesen	+183'000 Franken
Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe (Sozialhilfe): pro Kopf-Beiträge	+333'100 Franken

Pro Einwohner wird mit folgenden Richtwerten geplant:

Richtwerte in Franken pro Einwohner	R2023	B2024	B2025	Δ B/B	Δ B/B%
Restkostenfinanz. stationäre Pflege	177.25	173.25	219.4	46.2	27%
Verwaltungskosten EL AHV	18.3	17.8	20.6	2.8	16%
Ergänzungsleistungen AHV	328.7	331.5	359.9	28.4	9%
Alimentenbevorschussung	12.6	15.6	13.7	-1.9	-12%
Beratungsinstitution VEL*	1.3	1.3	1.3	0.0	0%
Ambulante Suchthilfe	18.0	18.0	18.0	0.0	0%
Umsetzung Pflegeinitiative	0.0	0.5	0.8	0.3	67%
Kinderspitex	0.6	0.8	0.8	0.0	0%
Tagesstätten im Alter	0.6	0.8	2.1	1.4	180%
Sozialhilfe	334.2	325.3	328.7	3.4	1%

Sozialadministration	68.1	72.1	74.0	1.9	3%
Total pro Einwohner	959.4	956.7	1039.1	82.5	9%

*Verein Ehe- und Lebensberatung
Tabelle: Pro Kopf-Beiträge B2025

6 Verkehr	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	11'413	12'031	12'056	25	0%
Ertrag	3'140	3'295	3'316	22	1%
Saldo	8'273	8'736	8'739	3	0%

Im Jahr 2024 erfolgte aufgrund der damals geplanten Sanierung eine viel tiefere Leistungsverrechnung an die Funktion des Friedhofs. Nun wird die Leistungsverrechnung wieder «voll» umgesetzt. (Vgl. Funktion 7)

7 Umwelt/Raumordnung	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	9'926	9'873	10'650	777	8%
Ertrag	7'369	7'118	7'262	144	2%
Saldo	2'557	2'755	3'388	633	23%

Die geplanten Mehrkosten betreffen mit 490'000 Franken den Friedhof. Aufgrund der bevorstehenden Sanierung wird nur noch mit Einnahmen in der Höhe von 200'000 Franken aus dem Kremationsbetrieb gerechnet. Gleichzeitig wird mit der Sanierung auch die Umgebung neugestaltet. Weiter erfolgt wieder eine volle Kostenverrechnung durch den Werkhof.

8 Volkswirtschaft	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	707	752	732	-20	-3%
Ertrag	101	115	120	6	5%
Saldo	606	638	612	-26	-3%

Auf eine weitere Unterstützung der Voliere im Vögelgarten wird bis zur Ausarbeitung und Umsetzung eines zukunftssträchtigen Konzeptes verzichtet.

9 Finanzen u. Steuern	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	Δ%
Aufwand	3'278	2'082	2'370	288	14%
Finanzausgleich (Netto)	649	716	1'694	978	136%
Ertrag	96'955	80'824	90'251	9'427	12%
Saldo	-93'028	-78'026	-86'187	-8'161	10%

Gegenüber dem Vorjahr wurden folgende Positionen angepasst:

Ertrag

Der ausgewiesene Mehrertrag bezieht sich fast ausschliesslich auf den Steuerertrag; und dort vor allem bei den juristischen Personen. Die Steuererträge juristischer Personen sind deutlich volatiler als jene der natürlichen Personen und können auch schnell wieder ab-weichen. In der Planung 2025 der natürlichen Personen ist die volle Umsetzung des Gegenvorschlages zur Umsetzung von „jetzt si mir draa“ eingeplant, weshalb auch davon ausgegangen wird, dass die Steuern eher sinken. In der Zwischenzeit hat der Kantonsrat beschlossen, die höheren Abzüge für Krankenkassen nicht umzusetzen. Diese Mehreinnahmen sind in der aktuellen Planung nicht mitberücksichtigt.

Steuern: Natürliche Personen*	-50'000 Franken
Steuerertrag aus Verlostscheinbewirtschaftung	20'000 Franken
Juristische Personen	8'906'200 Franken
Quellensteuern	300'000 Franken
Grundstückgewinnsteuern	119'400 Franken
Kapitalabfindungssteuern	100'000 Franken

Beim Finanz- und Lastenausgleich wurde der STAF-Ausgleich planmässig gesenkt. Die Mindereinnahmen betragen: 817'100 Franken

Aufwand

Zinsen: Aufgrund der im Jahr 2024 deutlich geringeren zusätzlichen Verschuldung sowie der rückläufigen Zinskurve des Leitzinses ist davon auszugehen, dass eine künftige Kapitalaufnahme deutlich günstiger sein wird. Die geplanten Zinskosten liegen 391'600 Franken unter dem Vorjahr.

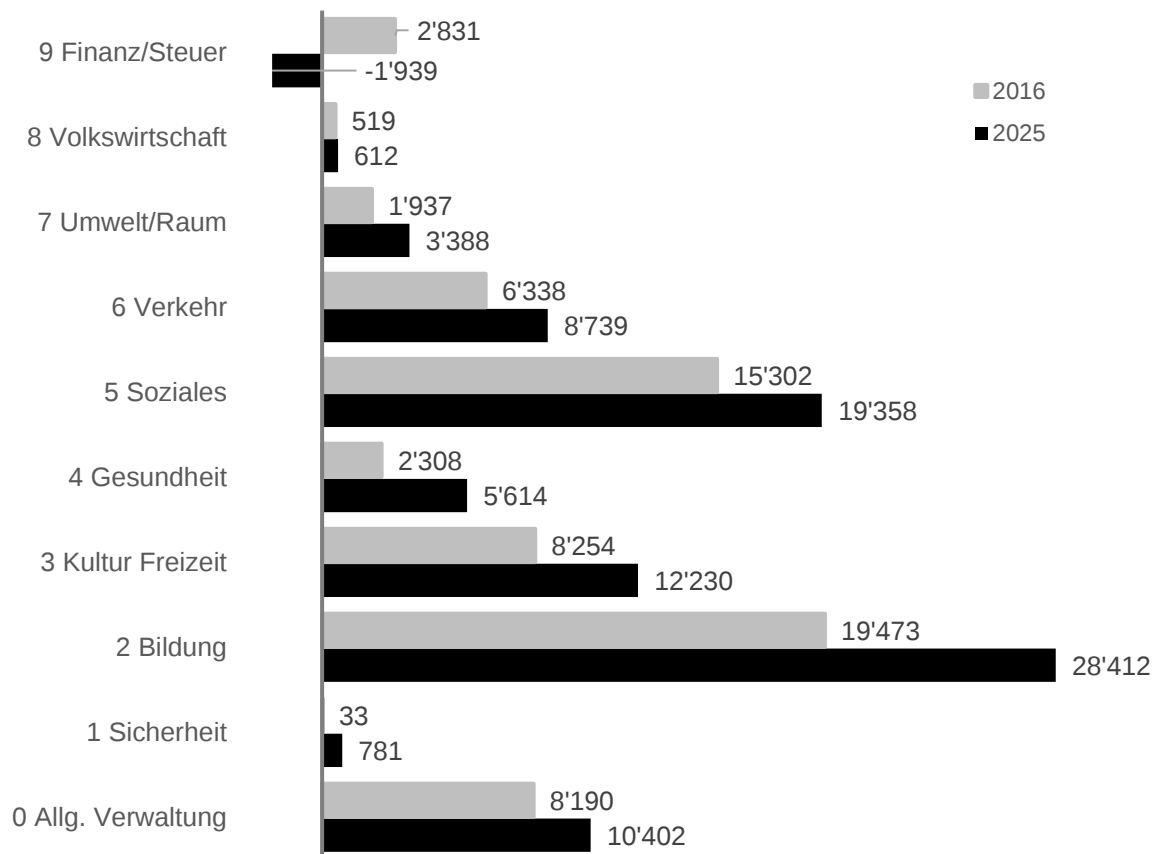
Korrektur Sachaufwand: Aufgrund der gemachten Erfahrungen wird neu mit einem Realisierungsgrad von 97% gerechnet. Bisher betrug er 93%. Die Differenz (kalkulatorischer Mehraufwand) beträgt gegenüber dem Vorjahr 743'600 Franken.

Finanzausgleich: Die Abgabe aus dem Disparitätenausgleich steigt um 133'500 Franken. Der Abschöpfungssatz wurde vom Kantonsrat auf 36% festgelegt.

Die pauschale Steueranrechnung (Rückfluss von bezahlten Steuern aufgrund von unternehmerischen Tätigkeiten im Ausland) wird von 800'000 Franken auf 700'000 Franken reduziert.

5.1 Vergleich Entwicklung der Nettokosten 2016/2025 (10 Jahresvergleich)

Gegenüber dem Vergleichsjahr 2016 sind die Nettokosten (vor Steuern) um etwas mehr als 34% oder 22.4 Mio. Franken gestiegen, wovon 19.8 Mio. Franken die Jahre 2023-2025 betreffen. Der Landesindex für Konsumentenpreise stieg in einem ähnlichen Zeitraum (07.2015 - 07.2024) um 8%.



6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten

(Jahresrechnung 2023 inklusive Anpassung Sozialregion)

30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2024 steigen die Personalkosten um 3'577'400 Franken (7%). Innerhalb von 4 Jahren haben die Personalkosten um rund 8'295'000 Franken oder 18% zugenommen. Der Stellenetat (ohne MA im Stundenlohn) stieg von 180.9 Stellen im Jahr 2022 bis ins Jahr 2025 auf 205.8 Stellen (+13.8%).

In TCHF	R2022	R2023	B2024	B2025	Δ22/25	Δ22/25%
Kostenart						
300 Behörden/Kommission	858	916	933	990	132	15%
301 Löhne Verwaltung	19'623	20'823	22'113	23'498	3'875	20%
302 Löhne Lehrpersonal	17'502	18'112	18'587	20'132	2'630	15%
303 Temporäre Löhne	36	53	50	50	14	39%
304 Zulagen	10	16	20	22	12	126%
305 Sozialversicherungen	8'056	8'233	8'790	9'396	1'340	17%
306 AG-Leistungen	114	54	135	138	25	22%
309 übrig. Personalaufwand	309	296	598	575	267	86%
Total	46'507	48'502	51'225	54'802	8'295	18%

In TCHF	R2022	R2023	B2024	B2025	Δ22/25	Δ22/25%
---------	-------	-------	-------	-------	--------	---------

Funktion						
0 Allg. Verwaltung*	13'357	13'650	14'865	15'856	2'499	19%
1 Sicherheit	1'565	1'608	1'687	1'765	201	13%
2 Bildung	20'210	21'201	21'932	23'934	3'724	18%
3 Kultur/Freizeit	3'844	4'212	4'053	4'218	374	10%
4 Gesundheit	10	14	49	48	38	397%
5 Soziales	3'911	4'094	4'822	5'202	1'291	33%
6 Verkehr	1'656	1'707	1'996	1'740	83	5%
7 Umwelt/Raumordnung	1'913	1'977	1'774	1'999	86	4%
8 Volkswirtschaft	32	30	33	31	-1	-3%
9 Finanzen/Steuern	10	10	14	10	0	0%
Total	46'507	48'502	51'225	54'802	8'295	18%

*0 Allg. Verwaltung: in den Budgets 2024 und 2025 wurde die Teuerung für alle Funktionen zentral geplant.

Die Veränderungen sind begründet durch folgende Stellen und Zusatzkosten

301 Städtisches Personal Kosten und Anpassung des Stellenplans

Per Saldo verändert sich der Stellenplan auf das Budget 2025 um 13.2 Vollzeitstellen. Folgende Mutationen haben sich ergeben:

Festanstellungen %

Bauverwaltung - 2 neue Projektleiter	Bau	200	
Stadtkanzlei - Leitung GEVER (bereits bewilligt)	Präsidium	40	
Arbeitssicherheit	Präsidium	30	
Feuerwehr Stabsoffizier / Militärische Unterkunft	Präsidium	70	
Tagesbetreuung (bereits bewilligt)	Bildung	500	
Kulturfachstelle	Präsidium	60	
Sozialregion (70% bereits bewilligt)	Soziales	220	
Sportkoordinator	Bildung	60	
Schulsekretariat	Bildung	120	1'300

"Kleinanpassungen" - temporär besetzte/unbesetzte Stellen

Reinigung Museen	Bau	-10	
Reinigung Stadthaus, Musikschule, Schulliegenschaften	Bau	10	
Ordnung und Sicherheit	Präsidium	-20	-20

Temporäre Stellen

-- keine zusätzlichen Temporär-Stellen -- / 5 Stellen SRO bleiben	0	0
Total		1'280

Tabelle: Veränderung Personalbestand

Für das Jahr 2025 sind wie oben erwähnt 13.2 neue Vollzeitstellen vorgesehen. Die Stellen für die Fachbetreuung GEVER, die Tagesbetreuung sowie 50% der Sozialregion wurden anlässlich separater Vorlagen bereits vom Parlament genehmigt. Für alle anderen Festanstellungen wird je eine separate Vorlage erstellt. Die zusätzlichen Stellen haben folgende finanziellen Auswirkungen:

<u>Stelle</u>	<u>Pensum</u>	<u>Betrag inkl. Soz.L</u>
---------------	---------------	---------------------------

Festanstellungen

Bauverwaltung, 2 neue Projektleiter	200%	267'900 Franken
Arbeitssicherheit / Feuerwehr	100%	121'500 Franken
Kulturfachstelle (für 1/2 Jahr)	60%	42'100 Franken
Sozialregion (Administration, Teamleitung)	150%	201'400 Franken
Sportkoordinator	60%	70'900 Franken
Schulsekretariat	120%	128'800 Franken
Total	690%	832'600 Franken

Variable Pensen/Stundenlöhne

Die Lohnkosten, welche im Stundenlohn abgegolten werden, erhöhen sich um 170'600 Franken

301 Städtisches Personal (Teuerung)

Der Stadtrat schlägt dem Gemeindeparlament vor, dem städtischen Personal die Teuerung auszugleichen. Als Basis für die Berechnung der Teuerung wird der Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) berücksichtigt. Bei der Festlegung wurde – analog dem Vorjahr – die Teuerung von Februar zu Februar mitberücksichtigt. Die angefallene Teuerung beträgt 1.2%. Die Teuerung wurde als separate Position auf dem Konto 0228.3010.03 mit 337'900 Franken eingestellt. Der eingestellte Teuerungsbetrag enthält einen Zuschlag von 17% Sozialleistungen. Mitberücksichtigt sind das städtische Personal sowie die Stadträte.

302 Lehrpersonal

Die Lohnkosten (ohne Sozialleistungen) für das Lehrpersonal steigen um 1'545'600 Franken. Mitberücksichtigt sind in der Funktion 2130 zusätzliche Talentförderklassen. Mitberücksichtigt ist ebenfalls – analog dem städtischen Personal – ein Teuerungsausgleich von 1.2%. Der effektive Teuerungsausgleich wird jedoch durch den Kanton beschlossen, muss aber von der Stadt finanziell getragen werden. In vorliegendem Budget sind folgende Komponenten mitberücksichtigt:

Teuerungsausgleich 1.2%	290'700 Franken
(235'000 Franken Lohnkosten und 55'700 Franken Sozialversicherungen)	

31 Sachaufwand

Wie bereits im letzten Jahr wird im Sachaufwand analog dem Investitionsaufwand eine technische Korrektur im Rahmen eines Realisierungsgrades eingeplant. Aufgrund der Erfahrungen der Pauschalkorrektur in der Jahresrechnung 2023 wurde die Pauschal-korrektur von 7% auf 3% reduziert. Das hat zur Folge, dass der Sachaufwand somit automatisch um rund 831'000 Franken steigt. Auf das Jahr 2025 wurde ein neuer Stromliefervertrag abgeschlossen. Der bisherige Preis von etwas über 7 Rappen pro kWh steigt auf 12 Rappen pro kWh und wirkt sich in der Kostenart 312 Ver- und Entsorgung aus. Im Jahr 2025 ist wieder ein Schulfest vorgesehen. Diese Kosten sind in der Kostenart 319 ersichtlich.

Die Sachkosten verändern sich wie folgt:

Kostenart	R2023	B2024	B2025	Abw.	Abw. %	Bemerkungen
310 Material/Warenaufwand	2'025	2'258	2'384	126	6%	Teuerungsbedingt Wegfall Erstausrüstung Kleinholz
311 Nicht aktivierb. Anlagen	1'780	2'079	1'679	-400	-19%	
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	3'195	3'097	3'431	334	11%	neuer Stromvertrag Berater 158/ DL Dritter 243, IT Services 137 TCHF
313 Dienstleist./Honorare	3'687	4'131	4'667	536	13%	Grünanlagen 151, Strassenbeleucht. (Strom/Amortis.) 100 TCHF
314 baulich./betr. Unterhalt	4'216	4'529	4'868	339	7%	
315 Unterhalt Mob./Anlagen	1'207	1'239	1'368	129	10%	
316 Mieten, Leasing, Pachten	1'113	1'124	1'105	-19	-2%	
317 Spesenentschädigungen	628	711	792	82	11%	Schullager +49, GP-Konf. + 20TCHF
318 Wertber. auf Forderungen	659	776	781	5	1%	
319 Versch. Betriebsaufwand	151	36	166	131	367%	Schulfest
319 Pauschalkorrektur	0	-1'399	-655	744	-53%	3% / (VJ 7%)
Total	18'663	18'581	20'585	1'879	10%	

Tabelle: Abweichung Sachaufwand in TCHF, Differenz zwischen B2024 und Budget 2023

33 Abschreibungen

Seit dem Jahr 2016 gelten für die Abschreibungen differenzierte, nach Nutzdauer bestimmte Vorgaben. Für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens Stand Ende 2015, welches noch unter HRM1 geführt wurde, gilt eine lineare Abschreibung auf 18 Jahre (Abwasser 11 Jahre). Die Abschreibungen auf „Altbestände“ sind in der Unterkontonummer unterscheidbar. Sie werden mit der Unterkontonummer 25 (Bsp. 2170.3300.25) ausgewiesen. Die Abschreibungen unter HRM1 laufen noch bis ins Jahr 2033.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	R2023	B2024	B2025
Abschreibungen HRM 1	5'012	5'015	5'014
Abschreibungen Steuerfinanziert ab 2016	2'514	3'762	4'655
Abschreibungen Abwasser ab 2016	214	264	273
Abschreibungen Abfall ab 2016	96	159	165
Total	7'836	9'200	10'108

Tabelle: Splitt Abschreibungen in TCHF

Die Inbetriebnahme der Schulanlage Kleinholz sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen mit einer kurzen Nutzdauer bewirken eine starke Zunahme der Abschreibungen.

	B2024	B2025
Tiefbau	727	1'157
Hochbau	1'598	2'161
IT	663	461
Mobiliar, Ausstattung	763	456
Fahrzeuge	11	421
Total	3'762	4'655

Tabelle: Detail Abschreibungen, Steuerfinanziert, in TCHF

Hinzu kommen die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Diese sind unter der Kostenart 365/366 geführt. Wir verweisen diesbezüglich auf den Transferaufwand.

34 Finanzaufwand

Aufgrund des voraussichtlichen Jahresabschlusses 2024, welcher anstelle einer Neuverschuldung von 17 Mio. Franken lediglich noch von einer Neuverschuldung von rund 5 Mio. Franken ausgeht, und weil sich der Leitzins nun wieder auf ein sehr tiefes Niveau gesenkt hat, kann davon ausgegangen werden, dass künftige Kapitalaufnahmen wieder deutlich günstiger werden und die verzinsbare Schuld zumindest im Jahr 2025 unter dem ursprünglichen Plan ist.

Position	Begründung	R2023	B2024	B2025
Zinsaufwand für laufende Verbindlichkeiten	Vergütungszinsen auf Steuerguthaben	34	22	22
Kurzfristige Zinsverbindlichkeiten	KK PK (2.0%) - Senkung	189	200	180
Langfristige Zinsverbindlichkeiten	tieferer Schuld aus VJ, tieferer Zinssatz	808	1'400	1'028
Unterhalt Liegenschaften FV	Unterhalt Anlagen Finanzverm.	277	273	324
Total		1'308	1'895	1'554

Tabelle: Finanzaufwand in TCHF

35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter den Einlagen in die Spezialfinanzierung ist im Budget 2025 fast ausschliesslich die Einlage der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall geplant. Nebst den Einlagen in die Spezialfinanzierung sind die Überschüsse des Legates Atzli noch erwähnenswert.

Position	R2023	B2024	B2025
Einlage (Ausgleich) SF Abwasser	1'029	897	836
Einlage (Ausgleich) SF Abfall	180	122	120
Einlage (Ausgleich) Fonds Atzli	85	78	99
Einlage aus Auskauf Parkplätze	24	36	36
Diverse Fonds	17	8	8
Total	1'336	1'140	1'099

Tabelle: Einlage in Fonds in TCHF

36 Transferaufwand

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Transferzahlungen um rund 3% an. Die grössten Sprünge machen die EL AHV sowie die Pflegekostenfinanzierung. Diese vom Kanton erhobenen Beiträge sind durch die Gemeinde nicht beeinflussbar.

Beitrag	R2023	B2024	B2025	ΔB/B	ΔB/B%
Gesetzliche Sozialhilfe inkl. Asyl ganze SRO	32'348	30'600	29'880	-720	-2%
Ergänzungsleistungen AHV inkl. Verwaltung	6'434	6'184	7'209	1'024	17%
Finanz- und Lastenausgleich	5'147	5'447	5'580	134	2%
Pflegekostenfinanzierung	3'287	2'909	4'158	1'249	43%
Beiträge an den öffentlichen Verkehr	2'369	2'585	2'623	39	1%
Beiträge an die Abwasserreinigung	2'123	2'150	2'214	64	3%
Schulgelder an die Sekundarschule	1'501	1'501	1'508	7	0%
Entschädigung Kanton Steuerveranlagungen	917	950	1'100	150	16%
Beiträge an den Eissport	700	815	900	85	10%
Beiträge an Eltern für Krippen/Horte/Tagesbetreuung	1'078	1'000	1'150	150	15%
Restkosten Ambulante Pflege	710	1'001	800	-201	-20%
Schulgelder HPS / Heime	1'152	960	716	-244	-25%
Pauschale Steueranrechnung. (Steuern JP)	1'305	800	700	-100	-13%
Beitrag an die Stadttheater AG*	560	560	560	0	0%
Entschädigung an private Mandatsträger Sozialhilfe	367	300	400	100	33%
Alkohol- und Drogenprävention	332	336	341	5	2%
Standortbeitrag FHNW	340	340	341	1	0%
Alimentenbevorschussung	233	290	260	-30	-10%
Betriebsbeitrag Robi	200	200	235	35	18%
Betriebsbeitrag Region Olten Tourismus	230	230	230	0	0%
Bezugsprovisionen an das kantonale Steueramt	218	197	219	22	11%
Betriebsbeitrag Hallenbad	204	204	213	9	4%
Beitrag an den Regionalen Zivilschutz	169	206	188	-18	-9%
Elternberatung Arkadis (bisher SRO)	149	154	178	24	16%
Beitrag Wirtschaftsförderung / Citymanagement	98	138	138	0	0%
Abschreibungen Investitionsbeiträge/Beteiligungen	875	690	688	-2	0%
Restbeträge	1'904	1'771	1'927	157	9%
Total	64'949	62'516	64'455	1'939	3%

Tabelle: Transferaufwand in TCHF, * Vom Stadttheater fliessen 205 TCHF an Mieterträgen zurück

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Planung der Steuern natürlicher Personen wurden folgende Annahmen getroffen:

Kalkulation Steuerertrag 2025 NP	Faktor	Betrag
+ Basis Steuerjahr 2022 (letztes definitives Jahr)		53'479
+ Nachzahlungen Vorjahre		1'000
= Basis Ende Steuerjahr 2022		54'479
+ Wachstum Konjunktur 2023 - 2025	4.1%	2'234
+ Wachstum Bevölkerung	2.1%	1'144
= Steuerertrag Basis 2025		57'857
+ nachträglich ordentlich Veranlagte (NOV)		100
- Abzug Gegenvorschlag "jetzt si mir draa" - 4% Basis + NOV	-4.0%	-2'317
- Abzug Steuergesetzrevision 2025 (KK-Prämie)		-375
+ Nachzahlungen Vorjahre		55'264

Bei den juristischen Personen wird zumindest für das Jahr 2025 noch von höheren Erträgen einzelner Unternehmen ausgegangen.

41 Konzessionen

Von den 1.93 Mio. Franken an Konzessionserträge werden rund 85% von den sbo für Energie, Wasser und Gas abgeliefert.

Konzessionstyp in TCHF	R2023	B2024	B2025	Differenz	%
SBO (Energie, Gas, etc.)	1'646	1'651	1'642	-9	-1%
Plakatgebühren	37	42	42	0	0%
Taxikonzessionen	34	39	42	3	8%
Konzessionen Kilbibuden/Schausteller	125	122	133	12	9%
Diverse (Anlässe, Marktkonzessionen)	62	86	71	-15	-17%
Total	1'905	1'940	1'930	-10	0%

Tabelle: Konzessionen

42 Entgelte

Bei den Entgelten wird mit Mehreinnahmen im Umfang von 1.26 Mio. Franken gerechnet. Diese sind hauptsächlich auf höhere Rückerstattungen im Sozialhilfebereich zurückzuführen. Für die Tagesbetreuung sowie die Sportanlage Kleinholz ist das Jahr 2025 das erste volle Betriebsjahr.

Organisation	Position	+/- Erlös
Finanzverwaltung	Erlöse aus Inkassohandlungen	21
Einwohnerkontrolle	Gemäss Vorjahren	-16
Informatik	Auflösung Rechenzentrum Olten+	-56
Ordnung /Sicherheit	Anpassung Erlöse gemäss Vorjahre (Rechnung 2023)	69
Feuerwehr	Ersatzabgabe; Anpassung gem. Steuergesetzrevision	-30
Tagesbetreuung	Erstes volles Betriebsjahr	126
Freibad	Eintritte - Anpassung auf Vorjahresniveau	52
Sporthalle Kleinholz	Mehreinnahmen / erstes volles Betriebsjahr	59
Sozialhilfe	Rückerstattungen aus Sozialhilfe und Asyl	850
Friedhof	Erlöse aus Kremationen (24: 1/4 Jahr, 25: 1/2 Jahr)	110

Tabelle: Veränderung Entgelte in TCHF

43 verschiedene Erträge

Keine Bemerkungen

44 Finanzertrag

Beim Finanzertrag wird unter dem Konto 2140.4470.00 erstmals die Vermietung des Hübelschulhauses aufgeführt (Liegenschaftserträge Finanz- und Verwaltungsvermögen).

Position	R2023	B2024	B2025	Differenz	%
Zinserträge (Verzugszinsen Steuern)	991	730	780	50	7%
Zinsen aus Kapitalanlagen	39	10	65	55	550%
Liegenschaftserträge Finanz- und Verwaltungsvermögen	2'163	2'089	2'374	285	14%
Gewinne aus Verkäufen von Sachanlagen / Buchgewinne	615	0	0	0	0%
Ertrag aus Darlehen / Beteiligungen Verwaltungsvermögen	988	983	985	2	0%
Total	4'796	3'812	4'204	392	10%

Tabelle: Entwicklung Finanzertrag TCHF

45 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Für das Jahr 2025 sind folgende grössere Fondsentnahmen geplant:

Auszahlung aus dem Fonds Atzli für soziale Zwecke	10'000 Franken
Parkplatzfonds/Finanzierung Unterhalt Parkleitsystem, Parkuhren	35'000 Franken
Parkplatzgebührenfonds/Finanzierung Miete Parkplätze Stationsstr.	5'000 Franken

46 Transfererträge

Die Transfererlöse sinken um 2'787'000 Franken. Die Veränderungen beruhen auf der einen Seite auf tieferen Beiträgen im Bereich des sozialen Lastenausgleichs (auch aufgrund tieferer gesetzlicher Sozialleistungen) sowie der Abteilung aus dem Asylwesen sowie der stufenweisen Absenkung des STAF-Beitrags des Kantons.

Funktion	Bezeichnung	Betrag
0212 Steuerverwaltung	Einzug Kirchensteuern, neue Vereinbarung	-32
1500 Feuerwehr	Anschaffungsbezogene Subventionen SGV	-13
21xx Schulen	Kantonsbeiträge an Lehrerbesoldungen	339
3111 Naturmuseum	Ausstellungsspezifische Kantonsbeiträge	40
3113 Kunstmuseum	Wegfall Sponsoring (netto)	-230
5316 Regionale AHV-Zweigstelle	tiefere Gemeindebeiträge SRO aufgrund höherer Kosten	19
5450 Leistungen an Familien	Gemeindebeiträge Sozialregion an Leistungen Z.G. Familien	8
5720 gesetzliche Sozialhilfe	Reduktion Beitrag aus dem Lastenausgleich Soziales (tiefere Kosten in der SRO)	-1'689
5721 Integrationsfachstelle	Kantonsbeiträge projektbezogen	-38
5726/5730 Asylwesen	Abgeltungen Asylwesen	-323
9300 FILAG	Beitrag an Lastenausgleich (Zentrumslasten, Soziodemografischer Ausgleich)	-27
9300 FILAG	Beitrag an STAF-Ausgleich	-817
9710 Rückverteilungen	Rückverteilung CO2-Abgabe	2
Total Veränderungen		-2'762

Tabelle: Veränderungen Transfererträge in TCHF

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierung

7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2025 weist einen Überschuss von 835'600 Franken aus. Der Überschuss wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserentsorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abwasserrechnung beträgt 1'385'500 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von rund 1'320'000 Mio. Franken vollständig decken. Per Ende 2023 wies die Abwasserrechnung ein moderates Nettoguthaben von 249'000 Franken aus.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Budget 2025 einen Überschuss von 122'000 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 308'500 Franken und kann die geplanten Investitionen von 960'000 Franken nur zu 32.1% decken. Der Finanzierungsfehlbetrag von 651'500 Franken wird mit dem Guthaben der Abfallrechnung, welches per Ende 2023 2'487'000 Franken betrug, verrechnet.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2025-2031. Das vorliegende Investitionsbudget 2025 basiert auf diesem Investitionsplan. Wie bereits das Budgetjahr 2024 ist das Budgetjahr 2025 stark von den hohen Investitionen geprägt. Die Nettoinvestitionen von 21'318'000 Franken können mit einem operativen Cashflow (Selbstfinanzierung) von 6'923'700 Franken lediglich zu 32.5% selbst finanziert werden. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 32.5% gilt nach der Definition von HRM2 als tief und führt zu einer grossen Neuverschuldung. Die fehlenden 14'394'300 Franken müssen durch die Aufnahme von Fremdkapital gedeckt werden.

Die Investitionen lassen sich folgendermassen aufteilen (in TCHF):

<u>Investitionstyp</u>	<u>Betrag</u>
Nettoinvestitionen in den Werterhalt bestehender, steuerfinanz. Anlagen	18'457
Entwicklungsinvestitionen	7'690
Investitionen in gebührenfinanzierte Bereiche	3'100
Investitionsbeiträge an kantonale Strassenvorhaben	0
Generelle Kürzung (Realisierungsgrad 0%/60%/80%)	-7'929
Total Nettoinvestitionen	21'318

Tabelle: Gliederung Nettoinvestitionen

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2025 von über Fr. 200'000 sind im Voranschlag enthalten:

<u>Projekt</u>	<u>Betrag</u>	<u>Realisierungsgrad</u>
Umsetzung IT-Strategie	205	80%
Umsetzung Strategie mobiles und barrierefreies Arbeiten	635	0%
Stadthaus, Sanierung EG	1'700	80%
Feuerwehr, Hakenfahrzeug mit Abrollbehälter (netto)	377	80%
Schulanlagen, Kunststoffplätze Aussenanlagen	450	60%
Schulanlage Frohheim, Sanierung und Erweiterungsbau	2'000	80%
Machbarkeitsstudien Schulhäuser Bifang und Säli (Bad)	500	80%
Schulen, IT-Anlagen (I-Pads) und Schul-WLAN	250	80%
Schulmobiliar	235	80%
Stadttheater - Sofortmassnahmen	300	60%
Schwimmbad, Sanierung Garderobengebäude	3'00	80%

Stadthalle, Sanierung	300	80%
Wilerfeld, Hochwasserschutz	200	80%
Werkhof, Umstellung E-Mobilität (Fzg/Infrastruktur)	1'000	80%
Umsetzung Behindertengesetz / Haltestellen	600	80%
Friedhof - Sanierung Ofen und Betriebseinrichtung	4'000	60%
Friedhof – Sanierung Aussananlagen	200	80%
Kindergarten Bannfeld	500	80%
Neubau Klassentrakt Sekundarstufe	500	80%
Kunstmuseum / Kirchgasse (Kombi-Projekt)	2'000	80%
Neuer Bahnhofplatz Olten	1'300	80%
Fussgänger Verbindung Hammerallee	500	80%
Munzingerplatz, Umgestaltung	300	80%
WC-Anlagen Stadtpark	350	80%
Ortsplanrevision	500	80%
Glas- und Blechsammelstellen	250	80%
Kehrtraktfahrzeug, vollelektrisch	850	80%
Grüngutsammelstellen	350	80%

Tabelle: Grösste Investitionen in TCHF

9. Kennzahlen, gesetzlich vorgesehene Massnahmen

Im Anhang zum Budget 2025 werden drei Seiten mit Finanzkennzahlen aufgeführt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach seiner Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2025 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann mind. 80% betragen. Der für das Jahr 2025 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2023 ausgewiesen wird. Er beträgt 23.5%. Die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) ist somit eingehalten und es ist keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

10. Zusammenfassung

Das Budget 2025 weist im Vergleich zum letztjährigen Budget einen Mehraufwand von 9'455'200 Franken sowie einen Mehrertrag von 9'641'000 Franken aus. Der Verlustsaldo von 3'349'000 Franken ist um 185'800 Franken besser als im Budget 2024. Die Pro-Kopf-Verschuldung dürfte sich bis Ende 2025 auf rund 2'200 Franken erhöhen, was aber immer noch als mittlere Verschuldung gilt. Die anstehenden Investitionen im Betrag von 21'318'000 Franken können zu 32.5% aus eigenen Mitteln beglichen werden. Zur Deckung aller Investitionsausgaben muss somit Fremdkapital im Umfang von 14'394'300 Franken aufgenommen werden.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Der neueste Stand: Nach den letzten Beschlüssen beträgt gemäss Urs Tanner das Defizit beim Budget nun noch CHF -2.333 Mio.

Salome Kisker, FIKO: Die FIKO bedankt sich beim Stadtrat für die Ausarbeitung des Budgets 2025. Die Finanzkommission hat das Budget am 15. November beraten und verabschiedet. Die Verabschiedung erfolgte leider nicht einstimmig. Es gab zum Budget keine gemeinsame Haltung. Das Budget 2025 weist einen Verlust von CHF 3.3 Mio. aus. Dies entspricht rund 2.2% des Bruttoaufwands ohne interne Verrechnungen. Wie in der Ausgangslage erwähnt, sind in der Zwischenzeit die Anpassungen des Steuergesetzes noch nicht erfolgt und der Kanton hat fürs Lehrpersonal keine Teuerung gesprochen. Darum wurde der Verlust mit diesen beiden Positionen bereits auf rund CHF 2.7 Mio. reduziert. Noch nicht mitberücksichtigt sind die gestern abgelehnten Stellen oder der Antrag zur Anpassung der Feuerwehrrersatzabgabe. Für einige FIKO-Mitglieder liegt dies im Rahmen der langjährigen Planungsunschärfe und ist in Anbetracht des Gesamtvolumens des Budgets vertretbar und ausgewogen. Für die anderen ist das geplante Defizit ein erster Schritt in eine missliche Lage. Die geplanten Nettoinvestitionen für 2025 sind nun mit CHF 21.32 Mio. ein bisschen tiefer als im Vorjahr. Davon ist ein Teil der Projekte bereits bewilligt, wie die Erneuerung des Krematoriums, die Stadtteilverbindung Hammer und die Sanierung des Schwimmbads. Andere Projekte müssen erst noch vom Parlament oder gegebenenfalls auch durch einen Volksentscheid bewilligt werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Investitionsspektrum breiter. Es beinhaltet vor allem Unterhalt, Erneuerung und Erweiterung der städtischen Infrastruktur. Im letzten Jahr hat das Schulhaus Kleinholz dominiert. Im Budget 2025 rechnet der Stadtrat mit einer deutlich optimistischeren Prognose beim Fiskalertrag von juristischen Personen, nämlich einer Erhöhung von CHF 14 Mio. auf CHF 22.91 Mio. Damit fällt der budgetierte Verlust trotz der steigenden Ausgaben in den Rahmen der langjährigen Planungsunschärfe. Die steigenden Ausgaben sind auf einen hohen Personal- und auch auf einen höheren Sachaufwand zurückzuführen. Zu erwähnen sind auch steigende Ausgaben ausserhalb der Entscheidungskompetenz des Stadtrats von rund CHF 4.4 Mio. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Mehrausgaben für Pflegekosten von über CHF 1 Mio., die Beiträge an die Ergänzungsleistungen der AHV von über CHF 1 Mio., die höheren Nettobeiträge an den Finanzausgleich und auch die höheren Abschreibungen von CHF 0.9 Mio., welche aufgrund von bewilligten und getätigten Investitionen nun vorgenommen werden müssen. Da in den Ausgaben auch CHF 1.8 Mio. für Abschreibungen enthalten sind (das ist Geld, das nicht wirklich ausgegeben werden muss), stehen unter Berücksichtigung des Defizits von CHF 3.3 Mio. noch CHF 6.9 Mio. zur Verfügung, womit man Investition von CHF 21.32 mitfinanzieren kann. Die restlichen CHF 14.4 Mio. muss die Stadt als Kredit aufnehmen. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt somit 32%. Die budgetierte Nettoschuld pro Einwohner nimmt um gut CHF 745 zu. Die Veränderung der Nettoschuld kann im Finanzplan auf Seite 38 nachvollzogen werden. Das Budget 2025 spiegelt die Herausforderung einer wachsenden Stadt in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld. Es zeigt die grosse Abhängigkeit von kantonalen und nationalen Entscheiden, sowie auch vom wirtschaftlichen Erfolg der hier ansässigen juristischen Personen. Wie bereits anfangs erwähnt, war die Verabschiedung in der Kommission nicht einstimmig, was wir bestimmt noch in den einzelnen Fraktionsvoten genauer hören werden. Die FIKO bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung des Budgets 2025.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Der Stadtrat hat das Budget 2025 am 25. September 2024 verabschiedet. Die Erarbeitung hat vorwiegend bis im August stattgefunden, begonnen haben wir bereits im Frühling. Somit, wie fast jedes Jahr, ist die vorliegende Fassung nicht mehr überall aktuell. Zur Erfolgsrechnung: Im vorgelegten Bericht und Antrag geht man von einem Verlust von CHF 3.349 Mio. aus. Aufgrund der kantonalen Entscheide gibt es eine

Verbesserung von rund CHF 665'000. Es handelt sich um den Wegfall der höheren Abzüge für Krankenkassen bei den Steuern und dem Wegfall der Teuerung des Lehrpersonals, das leer ausgeht. An der gestrigen Sitzung wurden die Fachstelle Kultur und die Projektleitung Tiefbau nicht genehmigt und beim Projektleiter Hochbau hat man die Genehmigung erst ab 1. Juli 2025 vorgenommen. Auch hier gibt es eine Verbesserung von rund CHF 240'000. Aufgrund dieser Veränderungen beträgt der Verlust noch ca. CHF 2.4 Mio. Heute hat man die Stelle im Sozialbereich nicht genehmigt und wenn man bei der Feuerwehr den Mehrbetrag von CHF 168'000 einrechnen würde, wären wir rund CHF 300'000 tiefer. Der Verlust würde dann noch ca. 2.1 Mio. betragen. Zum Aufwand: Gegenüber dem Budget 24 beläuft sich der Mehraufwand auf CHF 9.5 Mio. Es wird immer wieder der Vorwurf erhoben, Olten hätte ein Ausgabenproblem. Dass diese Ausgaben zunehmen, ist unbestritten. Es stellt sich jedoch die Frage, wo die Ursachen für dieses sogenannte Ausgabenproblem liegen. Aufgrund meiner eingangs gemachter Ausführungen reduzieren sich die Mehrausgaben um rund CHF 900'000. Der wesentliche Teil dieser Mehrausgaben kann durch die Stadt gar nicht beeinflusst werden. Dies ist auf der Seite 8 und 9 des Berichts und Antrags ersichtlich. Dabei machen die kantonalen Vorgaben alleine CHF 3.4 Mio. aus. Bei der gesetzlichen Sozialhilfe gibt es eine Verbesserung von CHF 720'000, bei den Ergänzungsleistungen/AHV eine Verschlechterung von CHF 1 Mio., im Finanz- und Lastenausgleich inkl. Reduktion des STAF-Beitrags müssen wir CHF 980'000 mehr bezahlen, Pflegekostenfinanzierung CHF 1.25 Mio., für die Steuerveranlagungskosten durch den Kanton bezahlen wir CHF 150'000 mehr, gell, Matthias. Dazu kommen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens von rund CH 900'000 aufgrund der grossen Projekte, die wir in den letzten Jahren umgesetzt haben. Dazu kommen Energiekosten von zusätzlichen CHF 324'000, aufgrund der Verträge, die wir abschliessen mussten, in einem Moment, als die Strompreise höher waren als zuvor. Bei den Lehrerlöhnen gibt es auch noch einmal CHF 1.5 Mio., die wir zusätzlich zahlen müssen. Dies ist vorwiegend auf die steigenden Schülerzahlen zurückzuführen. Darauf können wir eigentlich auch nicht gross Einfluss nehmen. Dazu die gestern bewilligten Ausgaben und Stellen, was insgesamt einen Betrag von CHF 6.5 Mio. ergibt. Dieser Betrag kann vom Stadtrat auch bei einer Rückweisung nicht mehr beeinflusst oder reduziert werden. Somit ergibt sich ein beeinflussbarer Zwischenbetrag bei den Mehrausgaben gegenüber dem Budget 24 von rund CHF 2 Mio. Davon sind die Stellen, die ihr heute genehmigt, oder eben nicht genehmigt habt, in Abzug zu bringen. Das sind rund CHF 400'000. Wenn man all dies in Abzug bringt, sind wir am Schluss bei einem Saldo von Mehrausgaben über CHF 1.6 Mio. Davon macht allein der Teuerungsausgleich etwa CHF 340'000 aus. Wenn man diese Zahlen anschaut, merkt man, solltet ihr das Budget zurückweisen, von unserer Seite her gar nicht mehr viel möglich ist. Denn die meisten Ausgaben habt ihr gestern genehmigt oder werden von kantonalen Stellen vorgeschrieben. Eine Rückweisung macht gar keinen Sinn, weil der Spielraum des Stadtrats relativ beschränkt ist. Aus diesem Grund bitten wir euch, einen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Jann Frey, Fraktion GO/JGO: Lieber Marc, ich habe heute Nachmittag Post erhalten mit einem Rückweisungsantrag fürs Budget. Der Zeitpunkt hat mich etwas erstaunt, weil die FIKO-Sitzungen vorletzte Woche stattgefunden haben, es hat sich nicht mehr sehr viel geändert. Man hätte diesen Rückweisungsantrag also wirklich schon früher stellen können. Es hätte uns allen Zeit gegeben, uns auf heute Abend besser vorzubereiten und hätte dieser Budgetsitzung, die sonst schon hitzig ist, unnötigen Druck rausnehmen können. Ich würde mich freuen, wenn ihr es in Zukunft ein bisschen kameradschaftlicher handhaben würdet. Im Rückweisungsantrag steht, der Stadtrat soll die Stellschraube drehen, er habe die beste Übersicht. Dem stimme ich voll und ganz zu. Der Stadtrat hat die Übersicht und er hat aus seiner Sicht das optimale Budget erstellt. Der Prozess in der FIKO war sehr transparent, wir haben über jeden einzelnen Budgetposten Informationen erhalten. Wir durften Fragen stellen, was wir auch sehr fleissig gemacht haben. Benvenuto hat bereits gesagt, was bei den Stellen noch möglich ist. Beim Wunsch, die Kosten beim Personal weiterhin zu senken, haben wir einen sehr kleinen Spielraum. Wir haben über die Neubesetzungen bereits abgestimmt. Wollen wir nun noch weiter runtergehen, gibt es noch den Teuerungsausgleich, dazu liegt bereits ein Antrag vor. Oder sollte es weiter gesenkt werden, müsste man an den Pensen von den bereits jetzt bei der Stadt Angestellten schrauben. Es sieht ein bisschen so aus, als ob

der Eindruck im Raum stünde, dass die Stadtangestellten nur Löhne kassieren und nur kosten. Dem möchte ich entgegenhalten. Die Stadtangestellten erbringen Leistungen für die Oltnen Bevölkerung und wir sind darauf angewiesen, dass wir einen guten Service Public haben. Wenn wir dort beginnen, daran herumzuschrauben, tun wir niemandem einen Gefallen. Bezüglich Sachaufwand ist der Spielraum ebenfalls beschränkt. Wir haben es gehört. Die Machtdemonstration von der bürgerlichen Seite, als es darum ging, Stellen im Sozialbereich zu besetzen, hat nun wirklich gründlich aufgezeigt, dass ihr hier Neugestaltungen machen könnt und jene Punkte, die euch nicht passen, verändern könnt. Es gibt wirklich die Möglichkeit, dieses Budget noch zu optimieren und ich bitte euch, dies entsprechend auch wahrzunehmen. Diesen Rückweisungsantrag der Bürgerlichen werten wir von der Fraktion GO/JGO als Arbeitsverweigerung. Wir sitzen zusammen hier, nicht um den Stadtrat zu behindern, sondern um konstruktive Lösungen auszuhandeln. Wenn die Bürgerlichen eine budgetlose Zeit einem konstruktiven Zusammenarbeiten vorziehen, wird es von mir aus gesehen schwierig, dies der Bevölkerung zu erklären. Wenn wir jetzt auf diesen Rückweisungsantrag eingehen, werden wir mindestens während zwei Monaten keine Investitionen tätigen können, und wir gefährden die Skilager unserer Schulkinder. Das ist etwas, das wirklich nicht nötig ist. Es gibt für diese Blockade absolut keine Notwendigkeit. Wir haben es von verschiedenen Seiten gehört, dass das Budget bereits viel besser aussieht und das Defizit niedriger ausfallen wird. In diesem Sinn möchte ich an alle Menschen hier appellieren, dass sie ihren Auftrag ernstnehmen. Wir sind nicht hier, um zu blockieren und verhindern, sondern um konstruktiv mitzuarbeiten und zu ermöglichen. Daher bitte ich euch wirklich, stimmt gegen diesen Antrag und stimmt auch dann gegen den Antrag, wenn es vielleicht nicht der Haltung eurer Fraktion entspricht. Zeigt Herz und Mut und sagt „ja“ zu Olten und „nein“ zu diesem Antrag.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Bevor ich beginne, noch eine kleine Frage: Sind wir nun beim Rückweisungsantrag oder beim Budget?

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ich habe den Rückweisungsantrag noch nicht als gestellt entgegengenommen, weil es ein Ordnungsantrag ist.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Wunderbar, vielen Dank. Zuerst möchten wir von der Fraktion SP/JSP uns für das erstellte Budget bei allen Beteiligten bedanken. Es gibt uns eine gute Übersicht, was im 2025 auf uns zukommen wird und bildet 1:1 das ab, was im Finanzplan geplant ist. Wir finden es transparent und wir können absolut hinter diesem Budget stehen. Über den Rückweisungsantrag von der bürgerlichen Seite wollen wir im Moment noch nicht sprechen. Für uns ist klar, dass wir unsere Verantwortung ernstnehmen wollen, und daher werde ich unser Fraktionsvotum wie geplant halten. Uns ist auch bewusst, es ist ein Defizit budgetiert. Aber dies hat sich nun schon ziemlich minimiert, nachdem, was gestern und heute passiert ist und auch, was seit September bereits schon klar ist. Sind wir ehrlich: Es ist nicht das erste Mal, dass ein Defizit budgetiert ist und Ende Jahr hat es immer anders ausgesehen. Und das ist auch ein Stückweit normal. Denn ein Budget ist eine Annahme, eine Momentaufnahme und wir wissen einfach auch, dass das Leben und auch die Verwaltung manchmal ein paar andere Bahnen nimmt, als wir gedacht haben. Es kann ein Projekt nicht gestartet werden, wie gedacht, es wird eine Stelle frei und nicht nahtlos besetzt, es sind plötzlich höhere Steuereinnahmen da als vermutet und schon sieht das Budget Ende Jahr besser aus als gedacht. Als Randbemerkung: Man hätte sich durchaus bereits jetzt überlegen können, ob man eine kleine Steuererhöhung vornehmen möchte, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Uns ist bewusst, dass dieses Budget wohl nicht allen gefallen wird, und wir hören es bereits von mehreren Seiten und haben dies deutlich mitbekommen. Aber wie wir auch schon oft gehört haben, haben wir es selbst in der Hand, wie es schlussendlich wirklich aussieht. Was wir jedenfalls bereits jetzt sagen können, ist, dass wir uns gegen einiges vehement wehren werden, wenn nachher wegen des Missfallens des Budgets das grosse Streichen losgehen wird. Etwas davon ist für uns ganz klar der Teuerungsausgleich unseres städtischen Personals. Ein Teuerungsausgleich ist für uns nämlich nicht nur eine nette Geste, die man auszahlen kann, wenn man dazu Lust hat. Stattdessen ist er notwendig, damit es unserem Personal gutgeht, das täglich damit konfrontiert wird, dass das Leben teurer wird.

Wir wollen, dass die Angestellten kaufkräftig bleiben, auch wenn die Mieten, Krankenkassen und weiss der Gugger was, teurer wird. Das hilft nämlich unserem Gewerbe und unserer Wirtschaft. Die Streichung des Teuerungsausgleichs wäre für uns ein absolutes No-Go. Es ist uns echt ein Rätsel, wie man auf die Idee kommen will, so etwas zusammenzustreichen. Ich finde, da muss man schon mal darüber nachdenken, wie es einem selber dabei gehen würde, wenn man im eigenen Arbeitsleben im Bereich der Teuerung einfach leer ausgeht. Ich finde das nicht schön. Wir können sagen, wir vertrauen darauf, dass dieses Budget sorgfältig erstellt wurde und können daher auch hinter diesen Punkten stehen. Wir werden danach Schritt für Schritt alles durchgehen und ich glaube, wenn wir alle miteinander auf eine konstruktive Art und Weise im Sinn einer fortschrittlichen, zukunftsgerichteten Stadtentwicklung zusammen diskutieren, können wir gut aushandeln, wie wir es im 2025 gestalten wollen. Zum Thema der Feuerwehrabgaben: Grundsätzlich sind wir mega zufrieden, dass diese Range nun grösser ist und dass man dadurch auch höhere Einnahmen generieren kann von jenen Leuten, die mehr haben, denn diese müssen einfach ein bisschen mehr bezahlen. Wir bedauern aber sehr, dass der Mindestbeitrag um CHF 20 erhöht werden soll. Das hätten wir gerne anders. Denn CHF 20 sind CHF 20 und wir haben es schon oft betont: Für gewisse Menschen in unserer Gesellschaft heisst dies nun, gerade zu Ende des Jahres, entweder können sie für die Kinder ein Geschenk unter den Baum legen oder eben nicht.

Simon Bloch, Fraktion FDP: Namens der Fraktion FDP bedanke ich mich beim Stadtrat und insbesondere bei der Finanzdirektion auch heute noch einmal für die Ausarbeitung des Budgets 2025. Gestern habe ich bereits zum Finanzplan gesprochen. Vieles, das ich dort im Fraktionsvotum ausgeführt habe, gilt selbstverständlich auch fürs Budget. Das Budget 2025 weist in der korrigierten Fassung, Stand jetzt, einen Aufwandüberschuss von rund CHF 2.4 Mio. aus, was rund 1.5% des Gesamtaufwands entspricht. Natürlich ist dies alles andere als erfreulich. Für die Fraktion FDP ist es jedoch nicht unbedingt dieser Verlust im Budget von rund CHF 2.4 Mio. an sich, der uns in den falschen Hals geraten ist. Ich erinnere daran, dass wir im letzten Jahr ohne grosse Widerstände ein Budget CHF 3.5 Mio. Aufwandüberschuss einfach durchgewunken haben. Nein, es ist das exorbitante Wachstum bei den Ausgaben, was wir beanstanden und vehement bekämpfen. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass beispielsweise Personalkosten jedes Jahr deutlich und überproportional steigen. Im Jahr 2023 ist der Personalaufwand um 5.8%, letztes Jahr um 4.8% gestiegen und nun im Budget 2025 soll er sogar um 7% steigen. Das alleine macht fast dieses Jahr CHF 3.6 Mio. aus. Diese Entwicklung goutieren wir natürlich nicht. Wir sehen uns in der Verantwortung beim Ausgabenwachstum, insbesondere bei den Personalkosten, auf die Bremse zu treten. Immerhin ist uns dies bereits teilweise gelungen. Ein weiterer Punkt ist beispielsweise der Teuerungsausgleich, welcher im Budget mit 1.2% eingestellt ist. Die aktuelle finanzielle Lage lässt einen Teuerungsausgleich einfach nicht zu. Dazu steht bekanntlich ein separater Streichungsantrag im Raum. Bereits beim Finanzplan wurde von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht, dass in der Vergangenheit die Rechnung oft besser abschloss als budgetiert war. Das stimmt natürlich. Aber die Annahme, dass dies auch in Zukunft so sein wird, ist gefährlich. Und bekanntlich ist die Vergangenheit kein verlässlicher Indikator für die Zukunft. Und zweitens haben wir in den letzten Jahren natürlich von massiv höheren Steuererträgen bei den juristischen Personen profitiert. Dieses Potenzial sehen wir im Moment jedoch als ausgereizt. Es wird in diesem Ausmass keine Ertragssteigerungen mehr geben. Im Gegenteil: Der Zenit dürfte überschritten sein, die Steuererträge sind aus unserer Sicht eher zu optimistisch budgetiert. Der Finanzplan zeigt es eindrücklich auf: Auch im besten Szenario können wir die Finanzkennzahlen, wie die Pro-Kopf-Verschuldung, in wenigen Jahren nicht mehr einhalten. Wir stehen gegenüber der Bevölkerung in der Verantwortung, dass es eben nicht dazu kommt. Es stehen noch diverse Anträge, insbesondere Streichungsanträge, im Raum. In diesem Zusammenhang appelliere ich auch an die linke Ratschälfte im Hinblick auf die Detailberatung, diese Verantwortung zu übernehmen. Die FDP steht in diesem Budget 2025 in der vorliegenden Form sehr skeptisch gegenüber. Es ist so sicher nicht akzeptabel. Es ist sicher nicht in unserem Interesse, das Budget um jeden Preis zurückzuweisen oder ins Referendum zu gehen. Wir wären uns dafür aber auch nicht zu schade. Als Fazit kann ich festhalten, dass wir dem Budget in dieser Form nicht zustimmen können. Wie es nach der Detailberatung aussieht, wird sich zeigen. Wir sehen aber ein grundsätzliches Problem beim

Ausgabenwachstum, bei welchem wir als Parlament jedoch nicht die Detailkenntnisse haben, um einfach willkürlich Posten rauszustreichen. Jede Direktion müsste über die Bücher gehen und ihre Konti überprüfen und schauen, was allenfalls noch möglich wäre. Als Parlament können wir das nicht und wollen es uns auch nicht anmassen, weil wir ganz einfach die notwendigen Informationen nicht haben.

Muriel Jeisy, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch wir möchten dem Finanzverwalter, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die umfangreichen Unterlagen zum Budget und die Beantwortung von zahlreichen Fragen, welche sich uns gestellt haben, bedanken. Zuvor wurde mehrfach HRM2, in einem für uns nicht ganz verständlichen Zusammenhang, angesprochen. Wir wären froh und möchten den Finanzverwalter darum bitten, noch einmal die Funktion und die Bedeutung von HRM2 hier im Saal zu erläutern. Das Budget 2025 hat sowohl in der Bevölkerung als auch in unserer Fraktion grössere Diskussionen ausgelöst und wenig Zufriedenheit hinterlassen. Denn nur gesunde Finanzen dienen nachhaltig dem Gemeindewohl und ermöglichen dann eben auch vieles, wie Investitionen und die Aufgabenerfüllung, wie wir es gerne haben. Auch hier lässt, wie gestern angesprochen, die Vergangenheit grüssen. Das war nicht immer so, wie wir schmerzlich erfahren mussten und wir sind nun wieder auf diesen Weg gelangt. Allerdings haben bereits die letzten Rechnungen und Budgets gezeigt, dass wir wieder im Anstieg sind. Und gerade bei diesem Budget doch sehr stark. Zu reden hat dann hauptsächlich auch der erneute, grosse wiederkehrende Ausbau des Personalaufwands gegeben, sowie die Streichung des Beitrags an den Volièreverein. Auch der Sachaufwand ist deutlich angestiegen. Die zusätzlich geplanten Ausgaben betragen CHF 9 Mio. Trotz vergleichsweise hoher Steuereinnahmen, noch einmal plus CHF 9 Mio., vor allem bei den juristischen Personen, bei welchen wir das massive Klumpenrisiko auch kennen, resultiert ein nicht unerhebliches Defizit von nunmehr knapp CHF 3 Mio. Bei der Investitionsrechnung haben wir auch einen stolzen Betrag mit CHF 21.3 Mio. netto. Mit einer Selbstfinanzierung von CHF 6.92 Mio. lassen sich lediglich 60% der Investitionen in den Werterhalt selber finanzieren. Insgesamt nur 32.5%, was tief ist und eine Neuverschuldung auslöst, welches in eine mittleren Pro-Kopf-Verschuldung von ca. CHF 2'200 resultiert. Es bedeutet aber auch Folgekosten durch Zinsen und Abschreibungen, welche wir ebenfalls im Hinterkopf behalten müssen. Bei der Spezialfinanzierung hat bei uns nur die Abfallbeseitigung zu reden gegeben, weil dort das Vermögen gemäss der letzten Rechnung weiter angewachsen ist. Wir hätten uns daher Massnahmen bei den Gebühren gewünscht. Auch wenn, wie wir gesehen haben, grössere Investitionen anstehen. Hier werden wir sicher noch aktiv werden, sofern es der Stadtrat weiterhin nicht selber geplant hat. Da wir ein solches Budget finanzpolitisch nicht als verantwortbar einstufen, wollen wir, dass der Stadtrat noch einmal über die Bücher geht. Das erwähnte „aushalten müssen“ ist für uns keine Lösung. Droht doch entweder eine hohe Verschuldung oder bei der Bevölkerung, wie wir auch schon mehrfach gesehen haben, eine nicht mehrheitsfähige Steuererhöhung. Da der Stadtrat selber und auch ein Teil des Parlaments die Verantwortung ausschliesslich beim Parlament sieht, haben wir uns dennoch intensiv um Verbesserungen bemüht, um möglichst ein Budget zu erreichen, welches wir auch an der Urne bei der Bevölkerung als mehrheitsfähig sähen. Dies muss nämlich der Masstab sein und nicht die Mehrheitsverhältnisse im Parlament oder die Wünsche, von einigen Parlamentarierinnen oder Parlamentariern, bei welchen man nach wie vor herausspürt, dass sie weiterhin Steuererhöhungen favorisieren. In unseren Augen nimmt hier der Stadtrat seine Verantwortung zu wenig wahr. Wir selber haben daher in der Vorbereitung versucht, stark, sehr stark sogar, zu priorisieren und haben daher nur bei drei Berichten und Anträgen mit Stellenausbau unsere Unterstützung ausgesprochen, um möglichst Mass halten zu können. Wir haben aber auch hier gemerkt, wie wir es uns im Voraus gedacht haben, dass unsere Einsichtnahme, was auch möglich wäre, mit Kompensationen, Umverschiebungen, und der Einfluss selber nun bei den Beschlüssen, sehr beschränkt ist. Obwohl es geheissen hat, man können zu allem „ja“ und „nein“ sagen, wird man je nachdem trotzdem wieder angeprangert. Man kann es machen, wie man will, in gewissen Kreisen ist es sowieso falsch. In unseren Augen ist aber der Stadtrat in seiner Funktion sehr viel näher an der Verwaltung, und der FDP-Sprecher hat es schon gesagt, der Stadtrat hat auch die strategische Führung und hätte unseres Erachtens hier die Chance packen können, um auch eigene, bessere Priorisierungen vorzunehmen, um einen umstrittenen Budgetprozess zu

verhindern oder zu vermeiden. Es war nämlich jetzt nicht nur für uns sehr, sehr aufwändig, sondern auch für die heute oder gestern anwesenden städtischen Angestellten, welche hier stundenlang Zeit verbringen und teilweise stark in die Vorbereitungen eingebunden waren. Gewinnbringend erscheint dies uns für niemanden. Enttäuschend ist auch, dass jene, die gesagt haben, man können ja noch alles so hindrehen oder entscheiden, selber keinen einzigen Millimeter von den Stadtratsansichten abweichen, sondern nur Forderungen stellen, man soll Vorschläge machen. Oder man hätte doch noch absprechen sollen, obwohl man von dort gar nichts gehört hat. Das Wort Kompromiss wird hier sehr gerne genannt. Doch nur Worte alleine nützen nichts. Es sollten auch Taten folgen. Ein solcher Kompromiss bedingt nämlich, dass man über den eigenen Schatten springen kann und auch einen Schritt auf eine andere Meinung, auf eine andere Seite, zu geht, und nicht nur an dem festhält, wovon man selber vollständig überzeugt ist. Wir selber haben fraktionsintern lange und intensiv diskutiert, uns ausgetauscht und untereinander bei mehreren Berichten und Anträgen Kompromisse gefunden. Wir haben auch intensiv um gemeinsame Kürzungsanträge mit der FDP und SVP gerungen, um hier Möglichkeiten aufzuzeigen, wie es der Stadtrat unserer Meinung nach nicht gemacht hat. Bei der Teuerung sehen wir es so, dass es der Stadtrat sehr darauf angelegt, gepokert hat und auch sehr viele neue Stellen genehmigt wurden. Aus diesem Grund sehen wir nicht noch die Möglichkeit, eine Teuerung zu gewähren, was wir für das aktuelle Personal sehr bedauern. Wir würden es uns eigentlich wünschen, aber so bleibt es für uns effektiv nur die Gleichstellung mit dem Kanton und damit auch mit dem städtischen Lehrpersonal. Zu den einzelnen Anträgen werden wir uns zu gegebener Zeit äussern. Auf deren Ausgang sind wir gespannt. Wirklich befriedigend ist für uns aber auch das nicht. Denn unsere Einsichtnahme ist beschränkt, der Stadtrat oder die Verwaltung wissen besser, was möglich ist, damit zu einem Budget mit gutem Gewissen „ja“ sagen kann, um die gesunden Finanzen einhalten zu können. Insbesondere wenn man den Finanzplan vor Augen hat, bei dem wir wirklich das „An-die-Wand-fahren“ sehen, wie es mein Fraktionskollege erwähnt hat. Auch ein Sparpaket, wie beim Kanton, möchten wir vermeiden. Diesbezüglich müssen wir noch finanzielle Folgekosten befürchten, durch Abwälzungen auf die Gemeinden. Bisher sind erst Massnahmen bekannt, die das Budget selber entlasten. Aber meistens ist es so, dass das andere eben doch noch hinterherkommt. Auch hier muss man nur in die Vergangenheit schauen, um zu wissen, dass dies kommt. Wir haben vom Kanton bereits jetzt schon hohe, zum Teil nicht beeinflussbare, Kosten vorgegeben erhalten im Bereich Pflegefinanzierung. Uns ist auch sehr wichtig, dass die finanzpolitischen Grundsätze ernst genommen werden. Der Stadtrat ist für uns nicht alleine da, um Wünsche aus dem Parlament und aus Bevölkerung zu erfüllen. Stattdessen hat auch er eine Verantwortung für gesunde Stadtfinanzen. Auch dort Rückgrat zeigen, und danach nicht nur auf den Sündenbock zeigen. Hier möchte ich doch noch kurz darauf eingehen, ob dieses Vorgehen mit solchen Fraktionserklärungen und danach das öffentliche Anprangern, vor allem auf Facebook viel konstruktiver ist.

Salome Kisker, Fraktion OJ: Im Namen von OJ danken wir dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets 2025. Die Detailanalyse zeigt, dass sehr sorgfältige Arbeit geleistet wurde. Zu den einzelnen Anträgen werden wir dann, wenn sie gestellt werden, entsprechend Stellung nehmen. Dass wir mehr Einnahmen, aber auch mehr Ausgaben haben, ist ein gutes Zeichen. Das ist der Schweif, der hinter einer wachsenden Stadt herzieht. Das ist gut. Wir wollen wachsen und wir wachsen. Das sieht man den Zahlen an. Die Ausgaben dienen schlussendlich auch dazu, wieder mehr Einnahmen zu generieren. Wir machen dies als Investition in die Zukunft, wir machen dies für unsere Kinder. Neben der Finanzpolitik gibt es nämlich auch noch sozialpolitisch, familienpolitisch, infrastrukturpolitisch, lokalpolitisch, kinder- und jugendpolitisch und noch ganz vieles mehr. Wir wollen keine aufgeblasene Stadtverwaltung, aber eine, die funktioniert und „verhebt“. Ich finde es manchmal etwas schade, dass man das Gefühl bekommt, es gehe hier mehr um parteipolitische Grundsätze als um Inhalte. Ich hoffe, wir finden heute Abend einen Konsens. Es ist ganz wichtig, dass man Finanzplan und Budget nicht verwechselt. Der Finanzplan mag für Gewisse gruselig aussehen, aber wie gestern schon gesagt: Wir haben dort alle Hebel in der Hand, um zu schauen, dass es eben nicht so weit kommt. Wir dürfen selber entscheiden, ob wir auf unserer Wanderung in jeder Beiz anhalten wollen, oder ob wir lieber aus dem Rucksack essen. Im Zusammenhang mit den Stellen im Baudepartement hat die FDP gestern auch als Argument

vorgebracht, dass man ja gar nicht weiss, ob und wann die grossen Bauvorhaben überhaupt durchgeführt werden. Ich möchte den Ball gerne an all jene weitergeben, die gegen das Budget sind und es heute Abend eventuell rückweisen wollen. Es wäre wirklich gut, wenn wir mit diesem Rechts-Links-Denken aufhören würden und konstruktiv blieben. Liebe Kolleginnen und Kollegin der bürgerlichen Parteien, ihr habt heute nämlich die Mehrheit. Dank des Stichentscheids unseres Parlamentspräsidenten, Thomas Fürst, könnt ihr nämlich genau das Budget verabschieden, das ihr wollt. Aktuell bräuchte es nicht einmal einen Stichentscheid. Wie ich sehe, sind wir immer noch in der Minderheit. Also, nutzt bitte diese Chance, um konstruktiv mitzuwirken, ohne auf die populistische Welle aufspringen zu müssen. Man muss doch nicht boykottieren, wenn man die Macht hat, etwas daran zu ändern. Wenn ihr jedes Mal den ausserordentlichen Nothebel zieht, habt ihr nicht das Gefühl, das macht euch und uns alle ziemlich unglaublich? Zum Votum der FDP, von wegen, dass man nicht in die Verwaltung hineinsieht und nicht verantwortungsvoll streichen könnte. Wir hatten vor zwei Wochen die FIKO-Sitzung, man hätte dort alles fragen können. Und man kann es jetzt noch. Aber ja, vielleicht ist es etwas aufwändig und das scheint es den Bürgerlichen doch nicht wert zu sein. Ihr hättet jetzt die Plattform dafür, nutzt sie bitte. Auch wissen wir, dass unsere Verwaltung eher konservativ budgetiert und die Rechnung am Schluss doch immer positiv ausfällt. Die vorgeschlagenen, neuen Ausgaben sind klar begründet und wurden in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen ausgearbeitet. Sie bringen einen konkreten Mehrwert für unsere Stadt, sei es durch die Verbesserung des Sicherheitsempfindens oder die Optimierung unserer Verwaltungsabläufe. OJ hat geplant, dem Budget des Stadtrats zuzustimmen. Falls ihr es allzu heftig kaputt macht, werden wir es allenfalls nicht machen. Aber auch das soll euch nicht daran hindern, euren Willen durchzusetzen. Ihr habt die Stimmen, also übernehmt auch die Verantwortung. Vor allem finden wir es wichtig, dass die Stadt ihre Pflichten gegenüber der Bevölkerung und ihren Angestellten wahrnehmen kann. Dafür braucht sie ein rechtsgültiges Budget ab dem 1. Januar 2025. Danke für die Aufmerksamkeit.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Ich möchte zuerst im Namen meiner Fraktion, wie ich es gestern schon gemacht habe, und wirklich von Herzen mache, dem Finanzverwalter und seinem Team danken für die gute Dokumentation, die wir erhalten haben, für die vielen wertvollen Informationen. Wir haben nachgefragt. So ist es ja nicht. Wenn wir Fragen hatten, haben wir uns darum gekümmert. Wir haben uns auch sehr gut in dieses Budget eingelese und konnten uns, auch dank der Hilfe der Finanzverwaltung, unsere Fragen beantworten lassen. Nun zum Inhalt: Den Finanzplan haben wir gestern zur Kenntnis genommen. Nun kommt der erste Mosaikstein, nämlich das Budget 2025. Aus unserer Sicht ist das vorliegende Budget – ich muss es so sagen – misslungen. Sehr misslungen sogar. Oft hat tatsächlich kein Einnahmenproblem, ich habe es schon mehrfach gesagt. Wenn ich mich richtig erinnere, hat es der damalige Sprecher der FDP, Urs Knapp, auch mehrfach gesagt. Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Das ist so, war so und wird, wenn man den Finanzplan anschaut, leider so bleiben. Dass das Gemeinwesen, das fast CHF 10 Mio. hat, trotzdem ein Defizit von rund CHF 3 Mio. ausweist, handelt aus unserer Sicht nicht verantwortungsvoll. Und es besteht tatsächlich noch Handlungsspielraum, den man wahrnehmen könnte. Es ist also nicht so, dass sämtliche Möglichkeiten vom Tisch sind, oder, wenn ich den Finanzdirektor zitieren darf, dass die Zitrone ausgepresst wäre. Bei einer solchen Ausgangslage sollte aus unserer Sicht das Ziel sein, dass ein annähernd ausgeglichenes Budget 2025 vorgelegt wird. Daran ändert auch nicht, dass das Defizit mittlerweile etwas geringer ist als es in der ursprünglichen Version des Budgets der Fall war. Die nachträgliche Senkung des Defizits, inzwischen haben sich die Zahlen wieder etwas verändert, von ursprünglich rund CHF 900'000 ist gut die Hälfte auf der Einnahmeseite erfolgt, nicht auf der Ausgabenseite. Die tieferen Abzüge für die KVG-Prämien und höhere Einnahmen bei der Feuerwehersatzabgabe sind nicht das, was wir uns vorstellen. Aus unserer Sicht muss ausgabenseitig an der Stellschraube gedreht werden. Ihr habt im Vorfeld unsere Änderungsanträge erhalten, die wir zusammen mit unseren bürgerlichen Partnern eingereicht haben, welche der Reduktion des Defizits dienen. Es ist also nicht so, wie es zuvor zwei, drei Mal angetönt wurde, dass von unserer Seite keine Vorschläge kommen würden. Im Gegenteil. Wir haben gewissen Eckpunkte sicher schon mal vorgegeben, wie ein Budget 2.0 aussehen

könnte, falls zu einem späteren Zeitpunkt einer Rückweisung zugestimmt würde. Stimmt, wir haben einige Stellenbegehren abgelehnt. Gestern, heute. Aus unserer Sicht geht jedoch der Reduktionsbedarf darüber hinaus, was bisher erreicht wurde. Daher hat die SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag eingereicht. Wir sind der Ansicht, dass es sinnvoll wäre, wenn der Stadtrat einen Teil der Kürzungen vornehmen könnte. Denn er als Führungsgremium, als Exekutive dieser Stadt, gewissen Prozessen, nicht allen, aber gewissen Prozessen näher ist als wir als Mitglieder des Gemeinderates. Wir haben dort, wo wir fanden, dass wir seriös sagen könnten, was man kürzen kann und nicht unnötig Geschirr zerschlagen wird, Anträge eingereicht, und dies, ich habe es bereits gesagt, zusammen mit den anderen bürgerlichen Fraktionen. Wir gehen aber davon aus, dass es noch weitere Punkte gibt, wo wir nicht reinsehen oder zumindest nicht so reinsehen, dass wir es seriös bewerten könnten, und dort würden wir sagen, könnte man den Stadtrat wieder einbeziehen, sprich den Ball zurückspielen. Beim Ausgabenwachstum im Bereich, der nicht oder nur leicht gebundenen Ausgaben, sollte dringend entgegengewirkt werden. Das sollte reduziert werden und ist aus unserer Sicht klar. Insbesondere sollten auch die Personal- und Sachkosten gesenkt werden, um nicht mittel- bis langfristig in die Schuldenfalle zu tappen, wie wir es im Finanzplan gesehen haben. Ausserdem sollten die Investitionen anhand der Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum unserer schönen Stadt priorisiert werden. Das sind für uns weitere Eckpunkte, im Rückweisungsantrag sind sie aufgelistet, die man in dieser Budgetberatung berücksichtigen muss, damit dieses Budget nur halbwegs sinnvoll sein kann für diese Stadt. Unter den gegebenen Umständen kann die SVP diesem Budget sicher nicht zustimmen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Habe ich das richtig verstanden? Der Antrag ist noch nicht gestellt.

Marc Winistörfer (SVP): Ich fand, man möchte wirklich den Fraktionen und den Einzelsprechenden die Möglichkeit geben, sich mindestens zu äussern. Und weil man uns vorwirft, wir seien nicht konstruktiv, auch mindestens mit der Detailberatung zu beginnen und zu schauen, wo die Änderungsanträge von jenen, die es uns vorwerfen, dann sind.

Timo Probst (JSP): Das ist kein politisches Votum. Auf der einen Seite finde ich es gut, was ihr macht, indem man sagt, man steigt in diese Diskussionsrunde ein. Auf der anderen Seite wundere ich mich. Ihr habt uns diesen Rückweisungsantrag verschickt, wir haben alle in einer Feuerwehrrunde heute Nachmittag dazu Voten geschrieben, diese ausgearbeitet. Nun gehen wir in die Detailberatung. Ihr habt uns auch geschickt, wozu ihr Streichungsanträge habt. Wenn ich es richtig verstehe, stellt ihr den Rückweisungsantrag einfach sowieso, wenn wir diesen nun alle nicht zustimmen. Für uns ist es ein bisschen wie ein Damoklesschwert. Man fragt sich irgendwie, warum wir nun überhaupt mit dieser Diskussionsrunde starten. Im Sinn von, wenn irgendetwas, sagen wir, die Teuerung wird angenommen, kommt euer Rückweisungsantrag. Mir ist dieses Vorgehen, ehrlich gesagt, nicht ganz klar. Obwohl ich es begrüsse, wenn man sagt, man wolle darüber diskutieren.

Nico Zila (FDP): Ich denke, es besteht ein gewisser Klärungsbedarf. Timo, ich danke dir für diese Frage. Es hat sich bereits in dieser etwas besonderen Fraktionserklärung manifestiert, die wir zu Beginn dieses Geschäfts über uns ergehen lassen mussten. Für uns von der FDP hörte es sich in dem Sinn besonders an, weil wir gestern ganz konkrete Anträge für die Detailberatung eingereicht haben. Also, von wegen fehlende Kompromissfähigkeit oder dem fehlenden Willen über einzelne Punkte zu diskutieren. Heute Nachmittag ist der Rückweisungsantrag einer einzelnen Partei eingegangen. Dass man hier aus politisch kommunikativen Gründen alles in ein Boot werfen will, leuchtet mir durchaus ein. Sich dann aber noch den Vorwurf von Wahlkampf anhören zu müssen, von jenen, die ihn heute hier im Saal tatsächlich betrieben haben, geht dann, nach meinem Empfinden, doch etwas weit. Es scheint mir richtig und aus Sicht der FDP ist es sachgerecht, dass wir nun in diese Detailberatung einsteigen. Die Kompromissfähigkeit, die nun immer wieder beschworen wird, insbesondere von der linken Ratshälfte, würden wir gerne spüren und sehen. Besteht sie denn nur darin, dass man nicht noch mehr Defizit verlangt oder sogar eine Steuererhöhung? Ist das

bereits ein Kompromiss? Gebt uns doch dazu auch noch Auskunft. Wir haben zu diesem Budget acht Anträge gestellt. Ich freue mich auf die Diskussion.

Timo Probst (JSP): Nur ganz kurz. Gestern warst du, Nico, ja auch dabei. Beispielsweise haben wir in unserem Fraktionsvotum zum Thema Gassenarbeit unsere Kompromissbereitschaft bereits gezeigt, indem wir den Verdoppelungsantrag, den wir letztes Mal gestellt haben, zurückgezogen haben. Dass wir keinen Antrag gestellt haben, ist, denke ich, ist auch eine Kompromissbereitschaft. Denn wir sehen natürlich ganze viele Stellen und Orte in dieser Stadt, wofür man mehr Geld sprechen sollte. Unsere Anträge wären, wie du gesagt hast, die Defiziterhöhung gewesen. Aber wir haben sie nicht gestellt, weil wir ebenfalls das Gefühl haben, dass die Stadt hier gut gearbeitet hat. Dies vorweg zu diesem viel beschworenen Kompromiss.

Vivek Sharma (OJ): Ich möchte ganz kurz etwas dazu sagen. Wir haben verschiedene Voten gehört. Wir haben auch gehört, der Stadtrat habe sehr viel Zeit und Aufwand eingesetzt, um ein Budget vorzulegen, das ein sehr moderates Defizit vorsieht und keine Steuererhöhung enthält. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir als Gemeindeparlament in der Verantwortung sind, dafür zu sorgen, dass unsere Stadt ein funktionierendes Budget, einen funktionierenden politischen Apparat hat. Wenn der Stadtrat irgendeinen Luxuskauf gemacht hätte, was er offenbar nicht gemacht hat, und ich höre von den verschiedenen Fraktionen auch, dass ihr alle der Meinung seid, der Stadtrat hätte zwar sorgfältig gearbeitet, aber man ist sich in gewissen Punkten nicht überall einig. Es macht Sinn, diese Punkte im Detail zu besprechen. Denn wenn wir als Parlament unsere Verantwortung nicht wahrnehmen, und nicht einmal fähig sind, ein Budget durchzubringen, müssen wir uns schon fragen, warum wir nicht wie die anderen Gemeinden im Kanton einfach eine Gemeindeversammlung haben. Ganz ehrlich, das ist das wichtigste Geschäft des Jahres. Und das ist das, wofür wir als Parlament hier sind. Ich würde allen empfehlen, dass wir unsere Arbeit machen.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Vielleicht kam es in meinem Fraktionsvotum nicht ganz klar rüber. Ich habe den Finanzverwalter gebeten, HRM2 kurz zu erklären, bevor wir in die Detailberatung gehen. Es wurde zu Beginn prominent erwähnt und ist für mich ein bisschen speziell. Daher wäre ich froh, wir hätten hier fachliche Grundlagen, damit alle vom Gleichen ausgehen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Sorry, Muriel, ich habe nichts gehört von HRM2. Wer hat das erwähnt? Und was soll es zur Sache beitragen, was HRM2 vorschreibt?

Laura Schöni (OJ): Ich habe es in meiner Fraktionserklärung erwähnt. Daher hat es Muriel aufgenommen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ich sehe, Urs verzieht schon ein bisschen den Mund. Kann man den Klärungsbedarf kurz umschreiben? Oder kann ich dir, Urs Tanner, das Wort geben?

Finanzverwalter Urs Tanner: Um HRM2 zu erklären kann ich einen zweitägigen Vortrag machen. Das möchte ich eigentlich nicht. Es sind wohl die gesetzlichen Grundlagen bzw. das Kennzahlensystem, das du wissen wolltest.

Muriel Jeisy (Die Mitte): *Nicht hörbarer Einwand bei ausgeschaltetem Mikrofon.*

Finanzverwalter Urs Tanner: Erstens ist HRM2 ein Rechnungslegungsmodell, das vom Bund, von den Kantonen und von den Gemeinden angewendet wird. Also auf allen drei Ebenen. Das heisst beispielsweise, dass der Personalaufwand, der die Kostenart 30 ist, beim Kanton und beim Bund identisch wären. Dies soll zu einer gewissen Vereinheitlichung des Rechnungswesens in der ganzen Schweiz führen. HRM2 beinhaltet auch Kennzahlen, die eine gewisse finanzielle Steuerung erlauben sollen. Ich möchte insbesondere den Nettoverschuldungsquotient hervorheben, bei welchem man schaut, wie es bei den Gemeinden mit ihrer Verschuldung gegenüber beispielsweise den Einnahmen aussieht. Und

das sind wichtige Kennzahlen, an diese sollten sich alle Gemeinden halten können. Aber auch die Pro-Kopf-Verschuldung ist eine solche Kennzahl, welche sowohl bei den Kantonen, Matthias wird mir zustimmen, als auch beim Bund eine wichtige Kennzahl ist, ebenso auf Gemeindeebene. Das sind Standards, die alle einhalten sollten. Allerdings gibt es Differenzen zwischen den Kantonen. Im Kanton Solothurn ist es ab CHF 5'000 eine grosse Pro-Kopf-Verschuldung, im Kanton Baselland ist es ab CHF 3'000. Das ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Aber ich glaube, es sollte ein Leitwerk sein für alle Gemeinwesen, dass man a) die gleiche Rechnungslegung macht und b) sich in etwa an den gleichen Kennzahlen orientiert, und das der Bevölkerung ein Bild gibt, wo das Gemeinwesen eigentlich steht. Ich glaube, das ist das Wichtigste.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Danke, Urs Tanner. Ist das so weit in Ordnung? Dann gehen wir jetzt in die Detailberatung, und zwar anhand der funktionalen Gliederung. Wir beginnen auf Seite 42 des Budgets.

Seiten 42 bis 45

Keine Wortmeldung

S. 46, 0228.3010.03 Lohnsteigerung Städt. Personal

Nico Zila, Antragsteller: Wenn ich den Eintretensvoten gut zugehört habe, mache ich mich nun maximal unbeliebt, indem ich den Antrag stelle, auf die Lohnsteigerung des Städtischen Personals zu verzichten. Das ist ein gemeinsamer Antrag der drei Fraktionen Mitte/GLP/EVP, FDP und SVP. Wenn ich diesen nun stelle, weise ich auf meine Interessenbindung hin. Ich mache es zumindest mit gutem Gewissen. Wie einige von euch wissen, arbeite ich als Schulleiter in Hägendorf und bin beim Zweckverband Kreisschule Untergäu angestellt. In unserer Dienst- und Gehaltsordnung ist der Steigerungsausgleich automatisch an den Entscheid der GAVKO, oder in diesem Jahr an den Entscheid des Regierungsrats gekoppelt. Sprich, mein persönlicher Steigerungsausgleich für nächstes Jahr beträgt 0.0%. In diesem Sinn, Claudia, bin ich von dieser Massnahme, die ich beantrage, ein direkt Betroffener. Dieser Kürzungsantrag ist in keiner Art und Weise ein Votum, das die Geringschätzung des Städtischen Personals zum Ausdruck bringt. Ich finde, das sollte selbstverständlich sein. Ich muss es jedoch angesichts der bisher gefallen Voten ganz offensichtlich noch einmal betonen. Es ist ein rein finanzpolitischer Kürzungsantrag. Wir sind mit dem vom Stadtrat beantragten Defizit unzufrieden und haben im Budget nach Möglichkeiten gesucht, dieses zu verringern. Es ist so, dass einer der grossen Hebel innerhalb des Kontos 0228.30.10.03 liegt und wir stellen nun diesen unpopulären Antrag, für ein Jahr auf diesen Steigerungsausgleich zu verzichten. Entgegen dem Votum, das zuvor auch von der Sprecherin von OJ gefallen ist, steht halt selbstverständlich jedes konkrete Budget in Wechselwirkung mit dem Finanz- und Investitionsplan. Ein Steigerungsausgleich ist auf der einen Seite auf eine gewisse Art und Weise unsozial, indem er die Steigerung in Anlehnung an den Grundlohn ausgleicht. Also, wer aufgrund der Funktion und der Erfahrung einen höheren Lohn hat, bekommt mehr Steigerungsausgleich, obwohl der Warenkorb im Supermarkt gleich viel mehr kostet, wie für jemanden, der sich in einer tieferen Lohnklasse befindet. Das ist ein Aspekt. Der andere ist der, dass der Steigerungsausgleich langfristig wirksam ist. Er ist keine Einmalprämie, wie es in einem Vorstoss (Timo Probst) verlangt wird, um eine einmalige Härtesituation zu überwinden, sondern wird Jahr für Jahr aufgerechnet und als Basis für die künftigen Jahreslöhne genommen. Auf der anderen Seite ist der Steigerungsausgleich nur ein Element von ganz vielen, welches offensichtlich, man sieht es auch an der durchschnittlichen Verweildauer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Oltnen Stadtverwaltung, zur Attraktivität eines Arbeitsplatzes beiträgt. Es ist ganz offensichtlich, dass das Arbeiten für die öffentliche Hand, das sehe ich auch bei mir selber, in hohem Mass eine Befriedigung geben kann, wenn man sich für die Allgemeinheit und für eine gute Sache einsetzt. Auf der anderen Seite gibt es bereits Lohnbestandteile, ich denke an den automatischen Stufenanstieg, de facto eine Sicherheit des Arbeitsplatzes, welche selbstverständlich ebenfalls aufzuwägen sind, im Vergleich mit anderen Anstellungsverhältnissen. Damit soll gesagt sein, dass dieser Antrag

aus finanzpolitischen Überlegungen gestellt wird und dass wir ihn ganz klar auf das Jahr 2025 beschränken. Und auch, dass wir hier dafür offen sind, wenn jemand eine bessere Idee hat, um diese CHF 337'900 einzusparen.

Claudia Schmid (SP/JSP): Wie ich es eingangs bereits gesagt habe, ist für uns die Streichung des Teuerungsausgleichs ein absolutes No-Go. Ein Teuerungsausgleich ist für uns in keinstem Fall mit einer Lohnerhöhung zu vergleichen. Es ist eine Anpassung an die Lebenskosten, die gestiegen sind. Und viel ist den Bürgerlichen zu verdanken, dass diese gestiegen sind. So by the way. Es geht für uns wirklich nicht auf, dass man hier einfach findet: Ja, man hat hier irgendwie falsch budgetiert und daher müssen die Angestellten damit leben. Und gleichzeitig, ein Tag vorher, stopft man der SPOAG einfach noch mehr Geld in den Rachen, ohne darüber nachzudenken. Ich verstehe das wirklich nicht. Der Punkt ist, dass gerade ihr von der FDP sagt: Ja, das Lädelersterben, das Gewerbe und überhaupt. Aber wenn man keine kaufkräftigen Kunden mehr hat, brauchen wir im Fall auch diese Parkplätze nicht mehr, denn es kann gar niemand mehr einkaufen gehen. Es gibt einfach so viele Zusammenhänge, dass man einfach ausgleicht, dass man überhaupt kaufkräftig bleibt, um mit dem Auto in die Stadt fahren zu können, um das Gewerbe zu unterstützen. Ich verstehe nicht, wieso man dort runterfahren möchte. Wir haben andere Hebel, die wir betätigen können. Also wirklich.

Marc Winistörfer (SVP): Natürlich unterstützen wir diesen Antrag. Er stammt ja auch teilweise von uns. Von dem her in das nicht überraschend. Ich muss sagen, ich bin nun doch etwas überrascht vom Votum von Claudia. Wir sind zusammen in der Finanzkommission und ich schätze sie sehr, auch bei der Zusammenarbeit und spannenden Diskussionen in der FIKO. Aber Claudia, das Bild, das du nun erzeugt hast, dass wenn man den Teuerungsausgleich nicht spricht, man dann für unser Gewerbe keine kaufkräftigen Kunden mehr hätte, finde ich, ist etwas zu weit ausgeholt. Es war kürzlich in der Zeitung. Leider haben wir in die Unterlagen und Daten keine Einsicht erhalten, dass die Stadt Olten mindestens durchschnittliche und teilweise überdurchschnittliche Löhne zahlt. Von dem her glaube ich nicht, dass dadurch unsere guten, städtischen Angestellten, die wir haben, irgendwie am Hungertuch nagen müssen. Daher finde ich diese Darstellung, wie du es zuvor gesagt hast, etwas übertrieben.

Heinz Eng (FDP): Laura, sorry, aber kannst du deine Unbefangenheit in diesem Geschäft hier erklären? Oder bist du nicht mehr Lehrperson in einem unserer Schulhäuser? Denn so gesehen, sollte es der Fall sein und wie es der Präsident gestern vorgelesen hat, ist dies ein direkter, materieller Aspekt.

Parlamentspräsident Thomas Furst: Danke, Heinz, für diese Frage. Unsere Lehrer unterstehen dem kantonalen GAV und sind nicht betroffen.

Heinz Eng (FDP): Okay, ich wollte es einfach sicherstellen. Ich habe gesehen: „Lehrperson Froheimschulhaus“. Also bist du dort unter kantonalen Dings. Dein Teuerungsausgleich ist null. Richtig? Gut. Okay. Einfach, dass es klar ist. Dann zu dir, Claudia. Das bringt doch nichts. „In den Rachen stopfen“, Beschuldigungen machen gegen die SPOAG usw. Das ist ja genau das, was ihr zuvor gesagt habt. Mit euren emotionalen Voten usw., einfühlsam usw. usf. Und kaum gehen wir ein paar Minuten in die Diskussion, fallen solche Voten. Also, das ist ja kontraproduktiv „bis a Bache abe“. Also, wer das nicht sieht, das muss ich sagen, das ist sogar, ja, lassen wir's. Okay, ihr wisst, was ich meine. Dann hast du, Claudia, glaube ich, diese Teuerung nicht begriffen. Die Teuerung ist abhängig von LIK. Und der LIK ist der Landesindex der Konsumentenpreise und dieser wird erhoben vom BFS usw., und dann gibt es einen Warenkorb. Und über die Teuerung, da sind die mineralischen Produkte enthalten, Produkte des täglichen Lebens. Was dort die Katastrophe ist, ist die Tatsache, dass die Krankenkassenprämien nicht drin sind. Das ist etwas, was Politikerinnen und Politiker auch mal anpacken sollten. Das haben sie ausgeklammert. Denn das ist der Kostentreiber und das ist die riesige Katastrophe. Und wenn der LIK gestützt auf die Teuerung, wenn man das danach anschaut, und der bei 0.01/0.2 [sic] ist, sind danach gewisse Entscheidungen der Arbeitgeber richtig, die sagen, die Teuerung ist rückläufig, respektive, es gibt gar keine, ergo

gibt es für das nächste Jahr eine Nullrunde. Das ist der Meccano von diesem Ganzen. Und nicht irgendwie, man gibt nun nichts oder was. Stattdessen bildet es den Markt ab. Sorry, das bildet den Markt ab. Ich bedauere auch, dass die steigenden Krankenkassenprämien nicht dabei sind. Und das sind Dings. Aber der LIK, respektive der Warenkorb der Teuerung ist definiert und der ist eigentlich praktisch null. Fertigschluss.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Danke, Heinz Eng. Vielleicht kurz zur Klärung: In der Detailberatung gibt es nicht mehr immer zu jedem Antrag ein Fraktionsvotum. Es ist von Anfang an einfach eine offene Diskussion.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Ich mache nun trotzdem ein Fraktionsvotum. Der Kanton gewährt, wie zuvor bereits einige Male gehört, dieses Jahr keinen Teuerungsausgleich für das Verwaltungs- und Lehrpersonal. Was wir gestern als Beispiel für die Volatilität auch von unserem Finanzplan von Jann gehört haben, ist grundsätzlich nicht, worüber man sich unserer Meinung nach freuen soll. Schliesslich hat die allgemeine Teuerung letztes Jahr nicht einfach Halt gemacht und wir sind aktuell im Vergleich zum Vorjahr bei etwa +1.5%. Aus diesem Grund begrüssen wir den stadträtlichen Antrag, die Teuerung für das Stadtpersonal zumindest mit 1.2% auszugleichen, unabhängig davon, was der Kanton entschieden hat. Wenn man den Teuerungsausgleich der beiden Ebenen Kanton und Stadt über die letzten zehn Jahre vergleicht, hat der Kanton übrigens einen minimalen Vorsprung von 0.3%. Aber fertig mit Zahlenspielen, wir finden, die Stadt soll weiterhin die fähigen und guten Leute bei sich behalten können und ein Teuerungsausgleich ist ein zwingendes Zeichen der Wertschätzung gegenüber der täglichen Arbeit des städtischen Personals. Und ja, du, Nico, hast es auch schon angesprochen, uns ist ebenfalls bewusst, dass mit diesem Teuerungsausgleich die höheren Löhne mehr profitieren als die tieferen. Wir haben daher einen progressiv gestaffelten Teuerungsausgleich geprüft, mussten diesen aber dann im Sinn der Wahrung der Rechtsgleichheit wieder verwerfen. Ihr habt es ebenfalls alle mitbekommen: Der Personalverband der Stadt Olten möchte eigentlich einen Teuerungsausgleich, der sich an der Differenz und tatsächlicher Teuerung und genehmigtem Ausgleich der letzten beiden Jahre orientiert. Dann kämen wir mit ein bisschen runden sogar auf 4% für dieses Jahr. Obwohl wir für diese Forderung durchaus Verständnis haben, sehen wir gerade auch in den finanzpolitischen Debatten von gestern und speziell auch von heute, dass der Stadtrat mit dem vorliegenden Vorschlag eigentlich einen politisch gangbaren Kompromiss gefunden hat. Mit Betonung auf Kompromiss. Wir bitten euch daher, diesen Kompromiss auch zu unterstützen und somit die Streichung des Teuerungsausgleichs abzulehnen. Danke.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich kann mich gleich einigen Punkte von Lukas anschliessen. Er hat richtig erwähnt, dass der Kanton im Vergleich 0.3% im Voraus ist. Gerade auch unter diesem Aspekt haben wir uns mit diesem Kürzungsantrag schwergetan und haben es uns nicht leicht gemacht. Aus den dargelegten finanzpolitischen Gründen, welche der FDP-Sprecher erwähnt hat, ist es bei uns wirklich auf einen Kompromiss hinausgelaufen. Wir haben schlichtweg mit den Infos und der Einsichtnahme, die wir hatten, nichts anderes gefunden, um einen annähernd hohen Posten zu finden und haben daher gefunden, das Ausmass auf die einzelnen Personen sei dann doch vergleichsweise geringer, zumal das städtische Lehrpersonal eben auch keinen erhält und der Kanton an sich. Sonst wäre es effektiv ein schönes Zeichen der Wertschätzung gewesen. Da stimmen wir überein. Vom Personalverband haben wir noch von anderen Forderungen gehört. Wir sind aber auch der Meinung, dass es noch ganz viele, andere Möglichkeiten gibt, um dem Personal Wertschätzung zu vermitteln. Ich denke, hier haben wir in der Stadt Olten sicherlich noch Luft nach oben.

Tobias Oetiker (OJ): Eine kleine Schätzaufgabe: Zuvor hat Nico gesagt, er erhalte keinen Teuerungsausgleich. Null. Inzwischen haben wir herausgefunden, dass Laura auch keinen Teuerungsausgleich erhält. Ich glaube, ihr beide habt deswegen wohl kaum ein brutales, finanzielles Problem. So nehme ich an. Ist euch klar, was der Median des steuerbaren Einkommens in Olten für Einzelpersonen ist? Median ist, wenn man alles nach Grösse und Einkommen in eine Reihe stellt und die Person in der Mitte nimmt. Ausreisser werden dadurch

ausgeschieden. Es ist sozusagen eine faire Repräsentation, eine Art durch-schnittliches Einkommen. Was denkt ihr, was das durchschnittliche Einkommen in Olten für Einzelpersonen ist? Steuerbares Einkommen. Ich habe dies kürzlich zusammen mit Urs Tanner versucht herauszufinden. Der Median des steuerbaren Einkommens beträgt CHF 46'000 pro Jahr. Das ist nicht unten, das ist das Medianeinkommen. CHF 46'000 pro Jahr steuerbares Einkommen. Das ist median. Wenn ihr darüber diskutiert und euch überlegt, ob es einen Teuerungsausgleich braucht oder nicht, behaltet euch dies im Kopf. Schaut mal, was euer Einkommen ist. Was ist das Medianeinkommen? Nicht unten. Median. CHF 46'000.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich erlaube mir, mich auch namens des Stadtrats zu äussern. Ich habe mich eigentlich darauf vorbereitet, dies beim Bericht und Antrag Beschlussesantrag 4 zu erwähnen, wo es um den Prozentsatz der Teuerung geht. Aber natürlich kann ich es auch beim entsprechenden Konto sagen. Wir haben in der Stadt einen bewährten Mechanismus, indem wir die Teuerung jeweils vom Februar des Vorjahres bis zum aktuellen Rand, also Februar, anschauen. Und das entspricht in diesem Fall 1.2%. Sollte man diese gewähren, ist man bereits zehn Monate im Rückstand, was in diesem Fall kein riesiges Problem ist, weil die Teuerung am aktuellen Rand ja nicht steigt. Sie ist flach oder geht sogar minimal zurück. Ich glaube, man kann den Kanton nicht ganz mit der Stadt vergleichen. Beim Kanton haben wir einen Anstieg der Löhne nach Erfahrungsjahre im Beruf zwischen 1.5% und 3.5%. Das wird nun ein bisschen gestreckt und ist auch Teil des Massnahmenpakets der Regierung. In der Stadt haben wir keinen gesicherten Lohnanstieg. Bei uns hängt der Lohnanstieg von der Beurteilung ab, welche die Vorgesetzten machen und ist auch tiefer als beim Kanton. Bei uns beträgt er zwischen 1% und 3% und hängt auch davon ab, wie viel in der Beurteilung gut oder sehr gut ist. Es kann auch dazu führen, dass es dort Kürzungen gibt. Wenn man den Teuerungsausgleich mit den umliegenden Ge-meinden vergleicht, kann man sagen, dass wir mit 1.2%, die wir jetzt eingestellt haben, durchaus im Hick sind. Gestern hat der Zweckverband Abwasserregion auf Antrag einer SVP-Delegierten beschlossen, 1.1% auszuzahlen. Das wissen wir. Die Suchhilfe Ost hatte heute ihre Budgetversammlung und hat 1% genehmigt. Wir haben es gehört: Der Personal-verband der Stadt Olten, und auch das Personal, würden sich darüber freuen, dass man diesen Teuerungsausgleich gibt. Wir haben die Gründe gehört. Der Kaufkraftverlust. Ich finde, man kann auch aus einem anderen Grund die Situation der Stadt nicht ganz mit dem Kanton vergleichen. Immerhin schreibt die Stadt seit Jahren Überschüsse. Und sie hat ein aufbauendes Eigenkapital, was beim Kanton nicht der Fall ist. Wir haben euch auch nicht einen Massnahmenplan vorgelegt wie der Kanton. Es ist nicht ganz die gleiche Situation. Und wir haben es gehört. Wenn man die Anstiege der Teuerung vergleicht, sind wir etwas im Rückstand und wir haben keinen Leistungsbonus. Das muss man eigentlich auch noch aufführen. Denn beim Kanton gibt es diesen LEBO, den sogenannten Leistungsbonus. Dieser macht 2.5% aus und fast jede/jeder, nämlich 97% Angestellten der Staatspersonal, bekommt diesen Leistungsbonus. Die Stadt hat ihn nicht. Das ist eine wesentliche Differenz, welche man im Vergleich mit dem Kanton hat. Darum erachten wir es als wichtig und richtig, diese 1.2% zu bewilligen und diesen Ausgleich zu machen gemäss diesem bewährten Mechanismus, den wir haben und auch mechanistisch – Urs Tanner macht dies jeweils im Frühling – ausrechnen und ausweisen. Wir würden euch beantragen, diesen Teuerungs-ausgleich so zu gewähren.

Cécile Send (JSP): Ich möchte kurz Bezug nehmen auf den Austausch mit dem Personalverband, bei welchem von jeder Fraktion jemand dabei war. Es hat sich gezeigt, dass man grundsätzlich mit der Arbeit zufrieden ist, dass es eine spannende Arbeit ist. Aber das Lohnsystem hinke etwas hinterher, insbesondere wegen der Plafonierung, die im Weg steht. Das heisst, wenn man lange bei der Stadt gearbeitet hat und gute Arbeit leistet, man trotzdem keine Lohnerhöhung erhalten kann. Ich glaube, für das städtische Personal wäre das ein wichtiges Zeichen, dass man das gutheisst. Insbesondere als Direktmassnahme und dass dies nächstes Jahr gesprochen werden kann. Klar gibt es, wie Muriel gesagt hat, andere Massnahmen. Aber wann treten diese ein? Zum Medianwert von Tobi. Ich verstehe nicht ganz, vorauf du hinauswillst. Ich meine, wenn man in der unteren Lohnklasse ist und man gute Arbeit leistet, sogar ganz viel Arbeit leistet und keinen Teuerungsausgleich bekommt, ist der

Medianwert für diese Personen irrelevant. Deswegen appelliere ich auch, dass man diesen Teuerungsausgleich sprechen würde.

Heinz Eng (FDP): In unserem Geschäft beispielsweise gibt es den Teuerungsausgleich seit Jahren nicht mehr. Es ist eigentlich ein alter Zopf. Was bei uns gemacht wird ist, dass die Lohnsumme um 0.5% oder 1% erhöht wird. Dies ergibt, wie es die Vorrednerin gesagt hat, Raum für den Stadtrat je nachdem, individuell, die Leistungen usw. der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu honorieren. Das ist es. Denn der Teuerungszuschlag, so wie er dasteht, ist das Giesskannenprinzip. Man muss sich vielleicht mal ein Modell denken, das in diese Richtung geht. Denn das ist zeitgemäss. Ein Teil der Lohnsumme, 0.5% oder 1%, für individuelle Massnahmen. Und ich glaube, das wäre auch im Sinne des Personals. Es wäre viel besser und würde ihnen viel mehr entgegenkommen als das Giesskannenprinzip, bei dem jeder ein bisschen etwas erhält und am Schluss trotzdem niemand zufrieden ist.

Timo Probst (JSP): Heinz, ist das ein Antrag? Ich würde diesen unterstützen.

Heinz Eng (FDP): Es gibt ja noch andere, die mal einen Antrag stellen könnten. Ich weiss auch nicht, ob dieser überhaupt in die Landschaft passt. Es müsste auch rechtlich abgesichert sein. Ich bin mit dir einverstanden, dass wir das Parlament sind. Das legiferierende Parlament. Wir machen auch Rechtssprechung. Aber, ob wir jetzt einfach aus dem Handgelenk einen Hüftschuss machen können, da mache ich doch ein Fragezeichen.

Christian Ginsig (GLP): Ich war bei dieser Personalveranstaltung auch dabei und ich sehe auf jeden Fall Handlungsbedarf. Hier kann ich der SP zustimmen. Das Lohnmodell, das ganze System, muss einmal grundlegend überarbeitet werden. Es ist veraltet aus meiner Sicht. Man muss es anpacken. Ich sehe bereits Leute den Kopf schütteln. Es kommt aus dem Jahr 2008, jetzt haben wir 2024. Ich denke, man darf das ruhig mal in Frage stellen und anschauen. Aber was nun die heutige Budgetdebatte anbelangt, möchten wir einfach an diesem Vorstoss festhalten, wie wir ihn gestellt haben. Es nun rein über die Teuerung zu lösen, greift zu wenig weit.

Tobias Vega (SP): Noch einmal: Wir reden über die Teuerung und nicht über Lohnerhöhungen. Da müsst ihr schon differenzieren. Und zudem wärt ihr wohl die letzten, die Lohnerhöhungen zustimmen würden, so wie ich es in den letzten zwei Tagen vernommen habe. Also, das hat sehr dünnes Eis. Ich möchte der Streichung auf keinen Fall zustimmen. Auf Kantonaler, wie Bundesebene ist eben der Angriff auf die Löhne eigentlich immer die erste Massnahme, wenn man Sparmassnahmen hört. Das ist ein schlechtes Zeichen. Es ist auch für alle Mitarbeitenden kein soziales Zeichen. Es kann, je nachdem, egal welchen Lohn du hast, etwas bedeuten. Seien es Energiekosten, Mietkosten etc. Es wurde alles bereits erwähnt. Ich finde, das muss man wirklich auch differenzieren. Ob wir mal über ein anderes Lohnsystem sprechen wollen, absolut, dafür sind wir alle offen. Aber bei der Teuerung von heute auf morgen rasch sagen, das ist nicht mehr so wichtig, das ist ein altes System. Nein, stimmt nicht. Definitiv. Also, hier bin ich dafür, dass man es drin lässt und sonst setzt man den Hebel einfach am falschen Ort an.

Andrea Walder (FDP): Ich bin auch in der öffentlichen Hand zuhause, ich kenne eine DGO. Und ich sage es von unserer Seite noch einmal: Es geht ganz klar nicht gegen das Personal, wenn es diese Teuerung nicht gibt. Ich glaube, man hat es in den letzten Jahren, wenn man es anschaut, so gegeben, wie es der Kanton gemacht hat. Wir haben Gehaltsstufenanstieg, wir haben Besoldungsklassen. Wenn die Leute allenfalls wirklich nicht gut eingereicht wären, müssten es die Direktoren anschauen und es bei diesen Leuten anheben. Aber ich habe wirklich das Gefühl, man hat in der öffentlichen Hand auch sonst gewisse Goodies. Wie gesagt, die Privatwirtschaft hat, glaube ich, auch harte Züge. Wenn man teilweise hört, wie es diesen „Buden“ geht, ob dann dort die Angestellten auf Ende Jahr sicher sind, ob sie den Job behalten können oder nicht. Ich glaube, man darf nicht alles nur an dem aufhängen und ich habe das Gefühl, dass es den Leuten in der öffentlichen Hand nicht so schlecht geht.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Dann kommen wir nun zur Beschlussfassung. Dazu noch ein formeller Hinweis. Falls es einen Einwand gibt, bitte ich, dies sofort kundzutun. Wir haben den Antrag zu diesem Budgetposten. Wir haben danach im Beschluss und Antrag auf Seite 27 unter Ziffer 4 den separaten Punkt, worüber wir abstimmen müssen: Teuerungszulagen für das städtische Personal, wie sie festzusetzen sind, auf 1.2%. Und um widersprechende Entscheide zu vermeiden, würden wir über beides jetzt abstimmen. Es handelt sich um den Antrag der FDP, dass diese Position auf null gesetzt wird, plus, Änderung der Ziffer 4, dass es keinen Teuerungsausgleich gibt. Gibt es hier irgendwelche Einwände dagegen?

Nico Zila (FDP): Es gibt, geschätzter Präsident, keinen Einwand gegen das Vorgehen. Aber eine Korrektur im Sinn, dass es ein gemeinsamer Antrag von EVP/GLP/Mitte, SVP und FDP ist.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Besten Dank. Ich präzisiere: Der Antrag stammt von FDP, EVP/GLP/Mitte und SVP.

Christine von Arx (SP): Ich verstehe, dass der Antrag jetzt kam. Wir hatten es einfach noch nie so. Ich hätte vorgeschlagen, dass wir es am Schluss machen bei den Beschlussesanträgen bei der Ziffer 4 und einfach 1x abstimmt. Denn das, was wir dort abstimmen, ist ja dann bindend für das jetzt, dass man die Schlussabstimmung tatsächlich am Schluss der Diskussion macht. Es kann sein, dass sich je nachdem, welche Anträge wir hier noch stellen, vielleicht in der Position wieder etwas ändert beim Teuerungsausgleich. Das weiss man nie. Es ist eigentlich Bestandteil der Endabstimmung, der Beschlussesanträge, dass man es erst dort macht. Die Diskussion würde sich erübrigen, die haben wir bereits geführt. Das wäre mein Vorschlag.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ich nehme deinen Vorschlag als Antrag entgegen. Als Ordnungsantrag. Ist das so gemeint? Denn es wäre vorgesehen, jetzt abzustimmen.

Christine von Arx (SP): Ich stelle keinen Ordnungsantrag, aber je nachdem stellen wir dann hinten wieder einen Antrag.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Vorgesehen ist es jetzt. Dann lasse ich nun darüber abstimmen. Also, dann nehme ich das nicht als Ordnungsantrag entgegen, Christine. Habe ich das richtig verstanden?

Christine von Arx (SP): Wir lassen es jetzt einfach so laufen, wie es ist. Aber ich möchte einfach sagen, bei den Beschlussesanträgen stimmen wir noch einmal über alles ab. Meiner Meinung nach kann man jetzt nicht etwas aus dem Beschlussesantrag rausnehmen.

Luc Nünlist (SP): Vielleicht zum Klarstellen. Wenn ich es richtig verstehe, wenn wir nun weitere Kürzungen vornehmen, würden wir jedes Mal die Beschlussziffer im Beschlussesantrag ändern. Wir ändern aber nicht bei jedem Kürzungsantrag die Beschlussziffern, und ändern sie noch einmal und noch einmal. Stattdessen ändern wir sie einmal beim Beschlussesantrag auf den finalen Wert. Christine schlägt genau das vor. Beim Teuerungsausgleich, bei welchem es natürlich nur ein Wert ist. Aber formal würde es korrekt und kohärent bleiben.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Danke, Luc Nünlist. Es ist insofern nicht ganz das Gleiche, als dass die Ziffer 1 des Beschlussesantrags natürlich mit jedem Entscheid ändert, der in der Zukunft in der Detailberatung noch gefällt wird. Aber hier ändert sich nichts mehr. Wenn man es nun beschliesst, ändert sich an der Ziffer 4 danach nichts mehr. Und um widersprechende Entscheide zu vermeiden, bin ich der Meinung, dass man entweder jetzt über beides abstimmt oder am Schluss über diesen Teuerungsausgleich. Beides ist ohne weiteres möglich und mir ist es auch komplett egal. Aber was wir verhindern müssen, ist jetzt

abzustimmen, was Resultat A ergibt und am Schluss abzustimmen, was Resultat B ergibt und wir haben widersprechende Resultate.

Timo Probst (JSP): Aus Gründen der Effizienz schlage ich vor, dass wir so abstimmen, wie es im System programmiert ist.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Danke Timo Probst. Das wäre jetzt der Fall. Ich lasse jetzt noch Zeit, falls doch noch jemand diesen Antrag stellen will, dass man es erst am Schluss macht. Noch einmal: Dann wird am Schluss nicht mehr abgestimmt.

Darryl Fiechter (Die Mitte): Es tut mir leid, wenn ich jetzt dazwischenkomme. Ich verstehe es nicht. Ich weiss nicht, wem es auch noch so geht, aber ich habe hier Klärungsbedarf. Vielleicht ist es, weil ich neu im Parlament bin. Aber ich weiss nicht, worüber ihr genau sprecht. Danke für nähere Ausführungen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Danke, Darryl Fiechter. Noch einmal kurz zur Klärung: Im Budget ist eine Position eingestellt, und zwar ein Frankenbetrag unter dem Konto 0228.3010.03, was wir aktuell gerade behandeln. Das ist der Betrag, der mit einer Teuerung auf die Löhne um 1.2% korrespondiert, was wiederum der Antrag auf Seite 27 Ziffer 4 ist. Aus formellen Gründen muss man über diesen Antrag der Teuerung separat den Beschluss fassen. Denn am Ende, nach der Detailberatung, wird über all die Anträge 1 bis 9 auf Seite 27 der Beschluss gefasst. Wenn man nun in der Detailberatung im Budget über einen Frankenbetrag einen Beschluss fasst und beispielsweise sagt, die Teuerung wird nicht gestrichen und der Frankenbetrag bleibt gleich und am Schluss bei der Endabstimmung zu Beschluss und Antrag auf Seite 27 beschliesst man, die Teuerung werde nicht gewährt bzw. es wird auf 0.0% gesetzt, ergibt es widersprechende Beschlüsse. Einerseits haben wir den Frankenbetrag im Budget belassen und andererseits haben wir beschlossen, es gibt keine Teuerung. Und um dies zu vermeiden, sollte man nach Ansicht des Präsidiums auch mit Rücksprache mit dem Stadtschreiber über beides gemeinsam und nur einmal den Beschluss fassen. Wann ist an und für sich egal.

Florian Eberhard (SP): Im Namen der Fraktion würde ich diesen Ordnungsantrag gerne stellen, dass man den Beschlussesantrag 4 bei der Abstimmung am Schluss über die Beschlussesanträge zur Abstimmung brächte.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ich denke, das ist richtig und alle können sich entsprechend aussprechen. Dann stimmen wir nun über den Ordnungsantrag der SP/JSP ab, dass die Beschlussfassung über den Teuerungsausgleich am Schluss (im Rahmen von Seite 27) stattfinden wird.

Vivek Sharma (OJ): Gilt dies nun für den Teuerungsausgleich oder für alle anderen Beschlusspunkte dann auch?

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Nur für diesen.

Beschluss

Mit 18 : 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Ordnungsantrag der Fraktion SP/JSP abgelehnt.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Das bedeutet, wir stimmen jetzt darüber ab, dass im entsprechenden Konto der Betrag auf null gesetzt wird, sowie dass im Sinn von Beschluss und Antrag auf Seite 27 Ziffer 4 die Teuerungszulage gestrichen wird. Die Frage lautet: Soll die Teuerungszulage von 1.2% gewährt werden?

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP auf Streichung der Lohnteuerung angenommen.

Keine Wortmeldung

S. 64, 2190.3132.00 Schulleitung, Honorare ext. Berater, Experten

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP vor auf Reduktion des Betrages von CHF 125'000 auf CHF 70'000. Möchte jemand das Wort ergreifen?

Stadtrat Nils Loeffel: Ich möchte kurz erklären, wozu diese Beiträge im Budget stehen, damit man weiss, wofür der Betrag eingesetzt würde. Ich verstehe den Antrag so, dass wir die Strategie Eissportanlage Kleinholz, wofür CHF 25'000 im Budget sind und die Schulraumplanung, wofür CHF 50'000 im Budget stehen, gemäss Antrag machen sollen, allerdings CHF 5'000 weniger ausgeben sollen. Das heisst, wir würden die Bildung Resonanzgruppe Leistungserbringende, Fachbegleitung Projekt Spezielle Förderung, Kommunikationskonzept und Kinderfreundliche Gemeinde nicht machen können. Bei der Bildung der Resonanzgruppe Leistungserbringende handelt es sich um eine Massnahme aus der Strategie Frühe Kindheit. Dort geht es darum, dass man bei der Umsetzung der frühen Sprachförderung mit den vielen verschiedenen Playern, die hier tätig sind (Spielgruppen, Kindertagesstätten, die ARKADIS etc.), eine Gruppe bilden will, die das Projekt der Frühen Sprachförderung über einen längeren Zeitraum begleitet. Wenn wir das Geld dafür nicht einstellen, werden wir diese Gruppe nächstes Jahr nicht schaffen. Bei der Fachbegleitung Projekt Spezielle Förderung geht es darum, dass wir eine Massnahme im Rahmen des Schulprogramms haben, welche die Stärkung der Speziellen Förderung in der Schule Olten vorsieht. Hier geht es vor allem darum, die Zusammenarbeit in der Gesamtschule zu verstärken. Das heisst eine Projektgruppenstelle, welche durch die Schulleitenden geleitet wird, Lehrpersonen von allen Standorten dabei sind und die Fachbegleitung würde beispielsweise durch die FHNW sichergestellt werden, was eine höhere Professionalität dieser Gruppe brächte und sicher auch eine qualitative Steigerung. Das Kommunikationskonzept der Schule Olten ist ein Thema, das uns schon länger beschäftigt. Es geht darum, wer wann zu welchem Thema wie kommuniziert. Beim Projekt Kinderfreundliche Gemeinde haben wir im Parlament gefühlt die letzten drei Jahre darüber diskutiert. Hier möchten wir nächstes Jahr den Prozess definitiv durchführen. Wir haben uns im Oktober beim Kanton für die finanzielle Unterstützung angemeldet. Der Prozess selber kostet aber trotzdem Geld. Wir bekommen das Geld vom Kanton einfach zum Teil retour. Wird dieser Betrag rausgestrichen, werden wir diesen Prozess Kinderfreundliche Gemeinde nicht machen.

Timo Probst (JSP): Ich war gerade etwas überrascht, wie viele andere auch. Auf irgendwie viermal nachfragen ist man nicht weitergegangen und hat nun über diesen Antrag gesprochen. Also, wenn ihr den Antrag stellt, müsstet ihr schon wissen, welche Seite, und dann vielleicht ein Votum, wäre noch cool. Ich meine, Nils hat jetzt schön ausgeführt, was eigentlich alles dahintersteckt. Das sind auch Sachen, worüber wir hier im Parlament diskutiert haben, das sind Sachen, die in eurem politischen Programm stehen. Dies gerichtet, an die Fraktionen, die sich in der Mitte ansiedeln. Es ist überraschend, dass ihr es unterstützt, dies zusammenzustreichen und so. Das könnt ihr natürlich. Ihr habt schon bei Kindes- und Erwachsenenschutz nicht unbedingt Kinder- und Familienpolitik betrieben. Nun wollt ihr noch einmal das Projekt „Kinderfreundliche Gemeinde“ streichen. Es behindert einfach all die Arbeit, die Überlegungen, die Nils aufgezählt hat, was alles bereits gemacht wurde. In der Direktion, im Stadtrat. Ich sehe nun nicht ganz ein, weshalb man – wie es mir OJ auch schon vorgeworfen hat – Micro-Management machen will bei diesen externen Posten. Aber ja, wenn ihr das unbedingt wollt... Aber dennoch, wenn ihr noch etwas dazu sagen wolltet, etwas ausführen, wäre das doch noch gut. Und auch ein bisschen parat sein, wenn die betreffende Seite kommt, damit man es bringen kann. Ich fand es gerade etwas seltsam, dass man so gestoppt hat und erst auf das vierte Nachfragen dann darüber spricht.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Kurz zur Klärung: Wir haben Sachanträge, die eingegangen sind. Die wurden gestellt. Wenn man zum Punkt kommt, wo diese an der Reihe sind, muss darüber abgestimmt werden. Es ist anders als bei den Ordnungsanträgen, die irgendwann kommen können und es eben darauf ankommt, wann sie kommen.

Florian Eberhard (SP): Ich möchte mich dem anschliessen, was Timo gerade gesagt hat. Ich möchte insbesondere der Mitte-Fraktion unbedingt noch empfehlen, die eigene Webseite anzupassen. Wenn dort aktuell noch steht: „Olten soll Zertifikat für Kinderfreundliche Gemeinde erhalten“ und dies als Schwerpunktthema festgehalten wird, sehe ich einen gewissen Widerspruch. Aber ich denke, das kann man sicher erklären und ich bin froh, wenn Muriel dies gerne noch ausführte.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Danke, das mache ich natürlich sehr gerne. Es geht überhaupt nicht darum, diesen Posten zu streichen. Wir haben von CHF 125'000 auf CHF 70'000 reduziert. Also, man hat noch immer CHF 70'000 und wir machten es angesichts dessen, dass man für diese Direktion ganz viele Stellen geschaffen hat, unter anderem auch eine Co-Leitung, die auch sehr viel Strategisches bringen kann. Daher sind wir eigentlich der Meinung, ein Teil dieser aufgelisteten Aufgaben kann jetzt intern übernommen werden. Auch eine Fachstelle für Familie, Jugend und so, hat es zu 80% gegeben und es wurden sehr viele Sachen versprochen, welche dadurch ermöglicht werden. Gleichzeitig steigen aber eben diese Honorare und Expertisen an, diese sinken nicht. Ausser natürlich in diesem Ausnahmejahr, als sowieso alles extern mit Mandatsverhältnissen gelaufen ist. Darum muss man etwas vorsichtig sein, wenn man die Rechnung 2023 anschaut. Und uns ist es hier wichtig, das sicher nicht zusammenzustreichen, aber auch hier: Ihr habt konkrete Anträge verlangt, wo man reduzieren könnte. Wir bringen das und es wird dann gleich wieder zum Anlass genommen, man solle Rückgrat zeigen. Aber nein, man wird gleich angeschossen. Das ist offenbar das, was hier konstruktiv ist, in diesem Parlament.

Christine von Arx (SP): Es hat nichts mit destruktiv zu tun. Wir möchten diese Anträge einfach gerne verstehen. Im Antrag, in der Begründung steht, „die Konzentration auf die Strategie Eisportanlage und Schulraumplanung“ und das alleine ergibt ja bereits CHF 75'000. Und wenn man nun sagt, man möchte die Kinderfreundliche Gemeinde auch nicht noch über die Klinge springen lassen, dann ist man bei CHF 90'000. Es geht für uns inhaltlich einfach nicht auf. Wir verstehen es nicht. Und so dürfen wir, denke ich, sehr wohl nachfragen. Wir haben haben ja noch nicht darüber abgestimmt. Ihr kennt die Position noch nicht wirklich.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich möchte doch noch richtigstellen: Selbstverständlich wird dieser Prozess intern von der Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienfragen gemacht. Das wurde auch so versprochen. Nichtsdestotrotz kostet dieser Prozess Geld. Dieser Prozess, diese Zertifizierung, wird von der Unicef angeboten, diese Zertifizierung kostet insgesamt mindestens CHF 17'000. Ein Teil davon übernimmt der Kanton, wenn unser Gesuch genehmigt wird, den Rest müssen wir sowieso finanzieren. Danach gibt es Work-shops mit Kindern und Jugendlichen, die über alle Altersstufen durchgeführt werden müssen. Dies kann eine Person aus der Stadtverwaltung schlicht nicht machen. Da macht es definitiv Sinn, externe Unterstützung beizuziehen und das ist das Geld, das hier eingestellt ist. Grundsätzlich finde ich es tatsächlich konstruktiv, wenn man mit konkreten Kürzungs-anträgen kommt. Es ist aber meine Aufgabe hier im Parlament auch aufzuzeigen, was nicht gemacht wird, wenn die Kürzung kommt. Was ihr am Schluss damit macht, da respektiere ich den politischen Prozess. Das ist in Ordnung. Wenn man es dann als „anschliessen“ versteht, wenn wir kommunizieren, was man dann eben nicht macht und nachher sagt, ja, man könne es ja vielleicht trotzdem machen. Nein, wir werden es nicht vielleicht trotzdem machen. Wir haben jetzt Geld eingestellt, damit wir es machen können. Wenn wir es nicht einstellen, kommen wir vielleicht in einem Jahr wieder mit dem Betrag und können es dann noch einmal machen. Aber wir werden es nächstes Jahr nicht machen, wenn wir den Betrag nicht haben.

Florian Eberhard (SP): Ich verzichte, da Nils Loeffel auf viel kompetentere Art und Weise meinen Punkt gerade eben ausgeführt hat.

Marc Winistörfer (SVP): Ich möchte einfach noch etwas klarstellen. Es sind Honorare für externe Berater, Experten. Das sind die Budgetpositionen 3132. Die haben ein gewisses Wachstum. Es ist nicht linear, aber wir konnten dort durch die Schaffung neuer Stellen gewisse Kosten senken. Man hat dafür die Stellen, die kosten. Es heisst für uns ja nicht, dass ihr das nicht machen dürft, diese Projekte. Wir sagen nicht, dass diese Projekte nicht gemacht werden sollen. Eben, Nils, wenn du mit Geld, dass dann eingestellt ist, mehr machen kannst als die Strategie Eissportanlage Kleinholz und die Schulraumplanung bzw. du es anders allozieren willst, ist dir das freigestellt. Wir haben konkrete Anträge, die wir stellen. Wir geben eine gewisse Vorstellung, die wir haben, weiter, geben sie euch auf den Weg. Vielen Dank für die Erklärung, ich finde diese hilfreich. Aber aus unserer Sicht ist das unsere Position, die wir euch mit auf den Weg geben möchten. Wie ihr es dann umsetzt, ist, wie du gesagt hast, euer Prärogativ und das achten wir natürlich auch. Einfach so viel dazu. Noch zu etwas anderem. Zuvor hatte ich das Gefühl, mir wird vorgeworfen, dass ich diesen Rückweisungsantrag nicht sofort stelle. Die Diskussion ist zwar erwünscht, aber doch irgendwie ein bisschen schwierig, denn es kostet ja Zeit. Und jetzt haben wir das vorgängig eingereicht, wir haben gewisse Punkte schon mal aufgeschrieben. Klar können wir zu jedem noch ausführlich Stellung nehmen, wir können zu allem noch 30 Minuten diskutieren, wie wir es beim Teuerungsantrag gemacht haben. Dafür bin ich immer zu haben. Ich glaube einfach, dass es nicht unbedingt zur Zufriedenheit im Parlament – zumindest der Mehrheit –dienlich sein wird. Darum haben wir versucht, im Sinne einer effizienteren Vorgehensweise, es so stehenzulassen. Aber wir können alles diskutieren. Natürlich. Gerne. Merci.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich möchte gerne noch präzisieren. Selbstverständlich ist es gut, dass man nachfragt, und das ist ein wichtiger Punkt. Ich finde es nur nicht so konstruktiv, wenn man mit Homepage und weiss nicht, was alles, um die Ohren schlagen muss. Das Projekt ist für uns ein wichtiger Punkt. Das möchte ich festhalten, nach wie vor. Darum haben wir es auch mehrfach erwähnt, dass der Zeitpunkt nicht verpasst werden sollte, um eben auch kantonale Beteiligungsgelder zu erhalten. Es wurde in die Länge gezogen. Nicht durch uns, das möchte ich auch festhalten. Für uns heisst es nicht, dass die anderen Punkte, die hier aufgelistet wurden, hier können wir auch dahinterstehen, aber es heisst nicht, dass diese Beträge auf Seite 65 sakrosankt sind. Wir denken, wir haben ja jetzt eine gut aufgestellte Verwaltung, dass man hier auch das Maximum herausholen und weniger extern vergeben sollte.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

Seiten 66 bis 69

Keine Wortmeldung

S. 70, 3113.3119.00 Kunstmuseum, Übr. nicht aktivierb. Anl./Ausstell.

Parlamentspräsident Thomas Furst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP vor auf Reduktion des Betrages von CHF 220'000 auf CHF 150'000.

Nico Zila, Antragsteller: Ich möchte diesen Antrag kurz begründen. Es wurden bereits in einem früheren Votum Spekulationen geäussert, oder es wurden Spekulationen in den Raum gestellt, was es mit der Beendigung des Sponsoring-Beitrags für das Kunstmuseum auf sich hat. Ich kenne weder die Gründe noch kenne ich den Mäzen. Da sind andere offenbar viel besser informiert. Fakt ist, dass dieser Sponsoringbeitrag im 2025 leider wegfällt bzw. das Konto 4635.00 einiges geringer ausfällt. Es ist für uns selbstverständlich, dass die weggefallenen Einnahmen mindestens teilweise kompensiert werden müssen. Es wäre ja auch nicht logisch, wenn nun diese Differenz einfach aus der Stadtkasse gedeckt würde. Wo wäre dann der Anreiz, überhaupt Unterstützung zu erhalten? Das ist im Stadttheater beispielsweise auch nicht der Fall. Wir stellen hier einen Antrag auf eine eigentlich sehr moderate

Kompensation, nämlich von CHF 70'000. Das ist ein Viertel des weggefallenen Sponsorings, aufgerundet auf die nächsten Zehntausend, dass man diese im Ausstellungs-budget einsparen würde. Ich kann vielleicht zum Stichwort Kompromissfähigkeit noch etwas vorwegnehmen: Wir haben in den drei Fraktionen diskutiert, ob man nicht auch den gleichen Betrag bei den Löhnen, also ganz oben beim Konto 3010.00, wegnehmen sollte. Wir verzichten allerdings darauf, den entsprechenden Antrag zu stellen, weil dieser natürlich eine Reduktion des Stellenetats im Kunstmuseum zur Folge hätte. Das möchten wir im 2025 explizit nicht.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich würde diesen Antrag des Stadtrats gegen die drei Musketiere verteidigen. Es sind natürlich die Ausstellungen, die ein Museum attraktiv machen. Es ist weniger die Sammlung oder das Depot. Es sind die Ausstellungen, welche die Besucherinnen und Besucher ins Museum locken. Da haben wir auch den Auftrag und den Wunsch, die Besucherzahlen zu erhöhen. Dies gelingt mit attraktiven Ausstellungen und dafür brauchen wir diese Beiträge. Selbstverständlich sind wir bemüht auch Drittbeiträge reinzuholen. Das machen wir erfolgreich beispielsweise beim Kanton über den Swisslos Fonds, bei den Stiftungen und auch bei Privatpersonen, bei den Freunden des Kunstmuseums. Ich möchte euch bitten, den ursprünglichen Betrag im Budget stehenzulassen.

Tobias Oetiker (OJ): Könnte der Stadtrat etwas dazu sagen, weshalb wir diese CHF 250'000 nicht mehr bekommen? Womit haben wir ihn verärgert? Was haben wir diesem Sponsoren zu leide getan, dass er das nicht mehr zahlen will?

Stadtpräsident Thomas Marbet: Wir haben diesen Beitrag auf einige Jahre hinaus zugesichert erhalten. Weil sich die Situation beim Kunstmuseum verzögert hat, konnte man es weiterführen. Ich glaube, wir waren im neunten oder zehnten Jahr. Eine explizite Aussage haben wir in diesem Gespräch nicht erhalten. Aber diese Person liess durchschimmern, dass es nun doch sehr lange gedauert hat und sie möchte ihr Engagement vermehrt in den Sozialbereich umlenken. Das war die Aussage. Mehr kann man nicht daraus lesen oder interpretieren. Das wäre Spekulation. Aber das Wort „Verzögerung“ stand doch im Raum.

Heinz Eng (FDP): Wenn ihr die Rechnung 2023 bezüglich der Abschreibungen beim Kunstmuseum anschaut, unter der Position 3113.3300.25, oder eine darüber, da haben wir CHF 22'588. Nun im Budget 2025 haben wir CHF 94'000. Kann man dort einen Kompensations-Ausgleich machen? Anstelle der Ausstellungen, so, wie du es gesagt hast. Dass man dort die Abschreibungen reduziert.

Finanzverwalter Urs Tanner: Das sind die Abschreibungen der Planungskosten von dem, was man bis jetzt ins Kunstmuseum investiert hat. Es ist im Moment ein Platzhalter. Man weiss ja noch nicht genau, in welche Richtung das Projekt gehen soll. Ob ein Teil sogar ins Finanzvermögen verschoben wird. Aber die Investitionskosten, die wir fürs Kunstmuseum bereits hatten, mussten wir irgendwo platzieren. Daher befindet es sich aktuell dort. Es wird sich aber ändern, je nachdem, wie beim Kunstmuseum entschieden wird. Es ist ein Platzhalter der Abschreibungen. Der kann anderswo stehen, je nachdem, was für ein Projekt effektiv kommen wird.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

Seiten 72 bis 73

Keine Wortmeldung

S. 74, 3290.3637.00 Kultur, übrige, Förderung künstl. Schaffen

Marc Winistörfer, Antragsteller: Wir stellen einen Antrag auf Kürzung um CHF 24'000 auf neu CHF 64'000 anstelle der CHF 88'000. Wir begründen es folgendermassen: Wir hatten auf dieses Budget eine Erhöhung um CHF 24'000. Diese Erhöhung würden wir gerne rückgängig machen und am bisherigen Beitrag festhalten. Erstens gibt es keine Kulturfachstelle, welche dieses Geld zielgerichtet verteilen könnte, zweitens kennen wir die Finanzlage der Stadt, wir haben es mehrfach gehört. Das sind unsere zwei Begründungen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Habe ich es richtig verstanden? Der Antrag lautet: Kürzung des Betrags von CHF 88'000 um CHF 24'000 auf CHF 64'000.

Marc Winistörfer, Antragsteller: Das ist korrekt.

Nico Zila (FDP): Die FDP würde diesen Antrag unterstützen.

Florian Eberhard (SP): Ich möchte gerne an mein gestriges Votum anschliessen bezüglich des erarbeiteten Prozesses der Strategie Kulturstadt Olten 2024 – 2030. Es war, wie gesagt, ein aussergewöhnlich guter Prozess, ein gewöhnlich mitnehmender Prozess. Eine dieser Aktionen daraus ist eben die Erhöhung, die hier vorgenommen wird und von verschiedenen Kulturschaffenden sehr prioritär eingestuft wurde. Wir denken es ist sinnvoll, dass man zumindest diese eine Massnahme dieser zahlreichen Massnahmen umzusetzen versucht. Ein Stück weit auch aus Respekt gegenüber den Kulturplayern. Insbesondere an jene Stimmen, die gestern nicht müde wurden zu betonen, dass dieses Geld eigentlich nicht in die Verwaltung fliessen sollte, sondern dass sie jederzeit Hand bieten würden, dass das Geld direkt an die Kulturschaffenden der Stadt ginge. Und dass Kultur nicht verwaltet wird (Zitat Matthias Borner), ist dies genau die Gelegenheit, dass das Geld, wie ihr es euch wünscht, direkt bei den Kulturschaffenden ankommt.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich kann mich für einmal Florian Eberhard anschliessen. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP spricht sich dagegen aus. Für uns ist dies ein wichtiger Ausfluss der Kulturstrategie, wenn es so der Kultur direkt zugutekommt. Wir halten es auch für eine massvolle Erhöhung, um insbesondere jene stärker zu fördern, die es benötigen. Jüngere, Newcomer, Quereinsteiger. Das finden wir eine gute und sinnvolle Massnahme.

Tobias Oetiker (OJ): Ich wollte nur anmerken, dass es gestern geheissen hat, die Kulturfachstelle habe kein Geld zum Verteilen und daher brauche es diese nicht. Versteht ihrs?

Stadtpräsident Thomas Marbet: Nicht überraschend stehe ich für diesen Beitrag ein. Es sind tatsächlich nicht viele Mittel, die man heute zur Verfügung hat. CHF 24'000, die man an die sogenannte Freie Kultur, was immer das genau ist, verteilt. Wir erhalten oft Gesuche, Beitragsgesuche. Man wird angefragt für manchmal CHF 5'000, manchmal CHF 10'000. Und wir müssen dann sagen, eigentlich liegen nur CHF 500 drin. Das kann schmerzen, wenn man das Gefühl hat, dass es junge Kunstschaaffende sind, Kunst ist, die noch nicht so etabliert ist. Mit einer deutlichen Erhöhung könnte man hier zahlreiche, unabhängige junge Künstlerinnen und Künstler unterstützen.

Beschluss

Mit 26 : 14 Stimmen wird der Antrag der Fraktion SVP abgelehnt.

S. 75, 3410.3144.00 Schliess-System Garderoben

Simone Sager (FDP): Ich habe eine Frage zu dieser Position. Worum handelt es sich hier?

Stadträtin Marion Rauber: Das ist eigentlich das, was ihr im letzten Vorstoss von Matthias Borner votiert habt. In der Beantwortung habe ich versprochen, dass wenn sich in den Garderobenanlagen die Situation verändert, wir etwas machen würden. Die Vorkommnisse

haben sich im letzten Jahr wirklich vervielfacht. Wir haben sehr viele Diebstähle, es ist dort oben sehr ausgeartet. Da wir ohnehin noch gewisse Unterhaltsmassnahmen ergreifen müssen, haben wir uns entschlossen, dort ein Schliess-System zu installieren, wie es gewünscht wurde.

Simone Sager (FDP): Okay, das habe ich fast vermutet. Ich stelle keinen Streichungsantrag, aber für mich geht es in die Richtung, wie ich es damals im Votum im vergangenen Januar gesagt habe: Fahrt nicht mit dem Rolls-Royce auf, wenn ihr etwas macht. Ich finde es ein Riesenbetrag, eine Schliessanlage für CHF 50'000. Dies einfach als Anmerkung von mir. Ich bin überzeugt, es wäre auch günstiger gegangen. Aber wie gesagt, ich mache keinen Streichungsantrag, es ist einfach eine Bemerkung von meiner Seite.

Stadträtin Marion Rauber: Simone, du musst dir keine Sorgen machen. Das ist jetzt mal ein Platzhalterbetrag. Wir haben uns auch noch nicht entschieden, welches System zum Tragen kommt. Es kann durchaus sein, dass es in der Rechnung am Schluss günstiger ausfällt.

Matthias Borner (SVP): Ich möchte heute Abend doch noch etwas Positives sagen. Ich anerkenne, dass es hier einen Umschwung gegeben hat. Wir haben es zu Beginn des Jahres besprochen, als ihr gesagt habt, es gäbe kein Problem und alles ist gut. Ich freue mich sehr und ich bedanke mich, dass ihr diesem Anliegen Rechnung trägt und es ins Budget gestellt habt. Merci vielmals.

Heinz Eng (FDP): Ich habe nun schon mehrmals das Wort Platzhalter gehört. Und Platzhalter bedeutet, dass dieses Budget wohl noch sehr viel Luft enthält. Da möchte ich doch sagen: Vorsicht. Fertig.

Seiten 76

Keine Wortmeldung

S. 78, 3420.3636.00 Beitr. an örtl. Vereine/Verbände

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP vor auf Reduktion des Betrages von CHF 404'300 auf CHF 379'300.

Stadtrat Nils Loeffel: Kurz zur Erklärung, worum es bei dieser Beitragserhöhung an die Jugendarbeit geht. Wie ihr alle wisst, führt der Verein Jugend und Freizeit in der Theorie seit August 2018, mit Budgetreferendum und Umbau des Jugendwerks bzw. Garage 8 effektiv erst seit Herbst 2019, mit gewissen Anfangsschwierigkeiten auch durch die Corona-Pandemie, aber grundsätzlich seit sechs Jahren, die Jugendarbeit. Zu Beginn der Vertragsvereinbarung mit dem VJF ging man davon aus, dass ein 80%-Pensum reicht, um die Leistungen zu erbringen, welche im damaligen Auftrag enthalten waren. Bereits 2020 hat man eine Korrektur vorgenommen. Der Verein Jugend und Freizeit finanziert seither 30 Stellenprozente zusätzlich, damit 110 Stellenprozente für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendwerk und in der Garage 8 zur Verfügung stehen. Wir haben uns entschieden, dass wir den Verein nicht länger aus eigenen Mitteln diese Leistung finanzieren lassen, welche wir von Seiten der Stadt in Anspruch nehmen. Entsprechend haben wir diese zusätzlichen 30 Stellenprozente finanziell aufgenommen. Das sind diese CHF 27'000, die hier zusätzlich enthalten sind. Wenn wir das Geld im Budget 2025 in diesem Sinn nicht haben, werde ich mit dem VJF in Verhandlung gehen müssen. Wir hätten dann nicht die Garantie, dass sie die Leistung in dieser Form weiterhin erbringen. Aber das wäre Teil der Aushandlung.

Claudia Schmid (SP): Ich könnte wohl mein Votum von gestern wieder bringen zum Thema Stellen im Sozialbereich und insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dort schlägt mein Herz und daher kann ich es auch nicht lassen, hier noch etwas dazu zu sagen. Es gibt Empfehlungen, wie viele Stellenprozente nötig wären, um wirklich professionelle Kinder- und Jugendarbeit in einer Stadt anzubieten. Es wären eigentlich pro 10'000

Einwohnende 200 Stellenprozente. Das heisst, bei uns hier in der Stadt müssten es mindestens oder gegen 350 bis 400 Stellenprozente sein. Wir sind extrem unterdotiert. Das nervt mich persönlich auch. Ich finde, die Jugendarbeit könnte so viel mehr machen. Es wäre in Olten auch nötig, für alle unsere Kinder und Jugendlichen. Die Jugendarbeit könnte auch einen Beitrag zur kinderfreundlichen Gemeinde leisten. Muriel, noch ein kleiner Seitenhieb. Meistens macht man das zusammen, was super ist. Aber das ist auch nur möglich, wenn genügend Ressourcen vorhanden sind. Ich bitte euch wirklich, diesen Betrag nicht zu streichen. Ich wurde zuvor gefragt, welche Streichung mich persönlich besonders schmerzen würde. Dies ist ein Betrag, der für mich persönlich sehr viel ausmacht. Ich finde, gerade unseren Kindern und Jugendlichen schulden wir echt gute Gefässe in ihrer Freizeit. Und das ist nicht nur der Sport. Ich finde, beim Sport sind wir unglaublich grosszügig, was ich super finde. Aber es gibt auch jene Jugendlichen, die andere Freizeitmöglichkeiten brauchen und suchen. Sie suchen vielleicht auch Beziehungen, sie suchen Anschluss. Sie suchen auch Gefässe, wo sie Demokratie lernen dürfen. Dies ist übrigens auch ein wichtiger Teil der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wenn wir wollen, dass wir weiterhin Kinder und Jugendliche haben, die sich mit unserer Stadt verbunden fühlen, die lernen, demokratische Prozesse einzugehen und die einfache eine gute Freizeit haben und damit auch eine gute psychische Gesundheit geniessen dürfen, ist das, meiner Meinung nach, einfach zentral. Ich finde, hier würden wir wirklich am falschen Ort sparen.

Muriel Jeisy, Antragstellerin: Ich wollte mich gleich zu Beginn zum Antrag äussern, aber ich habe mich wohl etwas zu spät gemeldet. Zu später Stunde ist meine Reaktionszeit auch nicht mehr so gut. Tut mir leid. Es geht hier einfach schlichtweg darum, dass wir gesagt haben, wir lassen es auf dem gleichen Beitrag wie bisher. Man kürzt in dem Sinn nichts zusammen, sondern belässt den Status Quo. Es ist auch ein bisschen darum gegangen, dass wir von Seiten Stadtrat Überlegungen gehört haben, dass sie da planen oder in Erwägung ziehen, dies selber zu machen. Wir finden, hier ist etwas Vorsicht geboten. Wir haben gerade einen Piloten mit den Tagesstrukturen Kleinholz, wo unserer Meinung nach die Auslastung unter den Erwartungen liegt. Es stand zur Diskussion, ob bereits Handlungsbedarf bestünde. Wir fanden aber, dass es noch nicht lange läuft und man noch etwas Zeit lassen muss, aber man muss es doch auch im Auge behalten. Denn wir wünschen uns wirklich ein gut ausgelastetes Angebot auch bei der familienergänzenden Betreuung. Nun noch zum Ergänzen zu dem, was Claudia angesprochen hat. Wir können sehr gerne darüber diskutieren, wenn wir dann endlich diesen Prozess der Kinder-freundlichen Gemeinde, welchen wir, glaube ich, vor drei Jahren erkannt haben, gemacht haben. Wenn wir nämlich explizit die Jugendlichen, die hier sind und mitmachen wollen, gefragt haben, was sie wollen und was sie sich wünschen. Und sobald wir das haben, sind wir die Letzten, die nicht darüber reden. Aber einfach schon auf Vorschuss, wer sich am besten auskennt und welche Ideen, einfach die Beträge erhöhen, finden wir nicht den richtigen Weg, um die Mittel, die wir haben, möglichst gezielt und sinnvoll einzusetzen.

Stadtrat Nils Loeffel: Jetzt wurden gleich zwei, drei Themen miteinander vermischt. Es würde mich noch interessieren, wo du vom Stadtrat gehört hast, dass man die Jugendarbeit selber machen möchte. Vielleicht kannst du das noch sagen. Das ist etwas, das ich persönlich nie in dieser Form kommuniziert habe. Und sonst müsstest du es mir sagen, dann hätte ich mich falsch ausgedrückt oder wäre falsch verstanden worden. Wir wollen die Jugendarbeit stand heute weiterhin mit dem VJF machen. Wie ich es erläutert habe, ist es so, dass der VJF aktuell 110 Stellenprozente einsetzt für die Jugendarbeit im Jugendwerk und in der Garage 8. Wir von Seiten der Stadt finanzieren Stand heute 80%. Diese Beitragserhöhung würde diese 30% ausgleichen, welche sie bis jetzt aus Vereinsgeldern zahlen. Ich habe keine Garantie, dass sie weiterhin diese zusätzlichen 30% leisten. Was absolut auch in ihrem Ermessen liegt. Wenn sie es selber finanzieren, müssen sie auch selber entscheiden, ob sie diese zusätzliche Leistung erbringen oder nicht. Das ist die Realität. Zur Tagesstruktur: Ich glaube, die Auslastung ist nach gut drei Monaten, seit es gestartet ist, in etwa genau der Entwicklung, die zu erwarten war, mit knapp 70 Kindern, die für die Tagesstruktur angemeldet sind.

Timo Probst (JSP): Zum Thema Jugendarbeit muss die JSP natürlich sprechen. Das ist quasi unser Steckenpferd. Vielleicht im Allgemeinen, was mich etwas stört, bei all diesen

Streichungsanträgen, ist, dass uns der Stadtrat eigentlich erklärt, was genau im Detail passiert, wie man es bei einem Antrag oder bei einem Stellenbegehren sieht. Und dann sagt man: „Ja, nein, das geht einfach nicht“, obwohl man die Details weiss und auch, wohin das Geld dann geht. Und nun, man hat es gehört, das Angebot ist zu klein. Das hat der Verein selber schon gemerkt und er finanziert mehr Stellenprozente. Diese Dienstleistung, die von diesen Leuten angeboten und für die Oltnen Kinder erbracht wird, ist extrem viel wert. Dies muss wertgeschätzt werden und dafür muss man ihnen auch mehr finanzielle Unterstützung geben. Es geht hier nicht darum, dass man das erhöht, sondern man macht ausgleichende Gerechtigkeit zusammen mit dem Verein, der das macht. Es hat auch Vorteile, dass dieser Verein das weiterhin macht. Das hat Nils auch erwähnt. Und das ist, weil diese Strukturen nun aufgebaut wurden und diese Strukturen nun weitergeführt werden können. Ich bin auch nicht mehr der Jüngste, das gebe ich zu. Es gibt Leute, die sind jünger als ich und nicht in einer Jungpartei. Aber ich halte mich doch noch ab und zu in dieser Garage 8 auf. Und das ist krass, was die dort machen, was die anbieten. Es ist eigentlich einer der einzigen Orte, wo du abends hingehen kannst. Und es basiert auch auf wahnsinnig viel Engagement der Leute dort. Und es geht um Wertschätzung gegenüber diesen und was die täglich leisten. Wir haben übers Thema Jugendarbeit schon oft diskutiert. Lostorf, mit 4'000 Einwohnern, hat 90 Stellenprozente im Bereich Jugendarbeit. Olten finanziert 80%. Man muss sich mal vorstellen, was das bedeutet. Also, wir befinden uns am Minimum. Alle anderen Städte in unserer Grösse haben eine grössere Jugendarbeit. Und Claudia hat zuvor die Kennzahlen genannt. Ich kann einige Streichungsanträge nachvollziehen, einige wurden angenommen. Aber hier ist es der falsche Ort.

Gian Baumann (JGO): Wir von GO/JGO verstehen den Kürzungsantrag absolut nicht. Olten braucht mehr Jugendarbeit und darf nicht auf dem Status Quo bleiben. Insbesondere auf der rechten Aareseite braucht es deutlich mehr Angebote für Kinder und Jugendliche. Wir haben im letzten Mai über unseren Vorstoss zur Schaffung eines soziokulturellen Angebots auf der rechten Stadtseite hier im Parlament diskutiert. Dieser wurde mit überwältigenden 27 : 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Das zeigt doch auf, dass weit über die linke Ratshälfte hinaus das Bedürfnis nach mehr Jugendarbeit vorhanden ist. Es erfordert aber nun in Zukunft entsprechend mehr Investitionen. Die sehr moderate Erhöhung im Budget ist dementsprechend ein erster Schritt. Ich möchte besonders an jene Bürgerlichen appellieren, die damals unserem Vorstoss zugestimmt haben. Steht zu eurer Haltung vom letzten Mai und lehnt diesen Kürzungsantrag ab.

Nico Zila (FDP): Ich möchte trotzdem noch den Ball aufnehmen, den uns Timo Probst, nicht ganz zu Unrecht, zuvor zugespielt hat. Man kann nun dahinter eine Masche oder eine Taktik sehen oder vielleicht ist es einfach der Lauf der Diskussion. Erst werden von der linken Ratsseite konkrete Vorschläge gefordert, und wenn sie kommen, wird den Antragstellern Inkompetenz vorgeworfen. So dreht sich die Diskussion während des ganzen Abends natürlich im Kreis. Das ist eine schwierige Ausgangslage. Die Lösung für diese Problematik lag hier im Raum schon mal auf dem Tisch. Sie heisst WoV oder NPM oder wie man es im Umgang mit dem Globalbudget nennen will. Wenn ich mir aus dieser Diskussion heute etwas wünschen würde, dann wäre es vielleicht, dass diese Thematik noch einmal an Fahrt aufnehmen könnte.

Claudia Schmid (SP): Heisst denn das im Umkehrschluss, wenn wir nicht alles einfach 1:1 akzeptieren, was ihr wollt, sind wir nicht kompromissbereit? Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Das finde ich etwas unfair. Wir können ja nicht alles lässig finden. Wir sind gerne bereit, mit euch zu diskutieren. Es geht überhaupt nicht darum. Es gibt einfach Punkte, von welchen wir nicht abrücken möchten. Aber es hat nichts mit Kompromissbereitschaft zu tun oder nicht. Dieser Vorwurf... Naja, ich würde mir diesen Schuh nicht anziehen.

Timo Probst (JSP): Nico, du hast gesagt, ich habe Inkompetenz vorgeworfen. Das möchte ich so doch nicht stehenlassen, dass ich euch im konkreten Fall Inkompetenz vorgeworfen hätte. Ich möchte noch einmal erwähnen, was ich ganz zu Beginn beim Thema Rückweisungsantrag gesagt habe. Die Kompromissbereitschaft, die unsere Fraktion hier zeigt, ist, dass wir beim Thema Jugendarbeit keine Erhöhung stellen. Denn unserer Meinung

nach, und wir haben gerade deutlich gesagt, auch die Grünen haben es gesagt, ist dieser Betrag massiv zu tief. Aber im Sinn eines Kompromisses und einem Budget, das man heute Abend auch abnehmen kann und nicht rückweisen muss, haben wir hier keine Erhöhung gestellt. Von dem her.... Es ist nun schon spät, wir machen jetzt weiter.

Marc Winistörfer (SVP): Meine Frage, die ich stellen wollte, hat sich gerade eben beantwortet, betreffend Kompromissbereitschaft von beispielsweise der SP/JSP-Fraktion. Ihr verzichtet auf Mehrausgaben vor dem Hintergrund, dass wir einen Finanzplan haben, der ziemlich düster aussieht, indem wir 2029 ein deutliches Problem und nach 2030 nicht nur ein deutliches Problem, sondern ein riesiges Problem haben. Das ist eure Kompromissbereitschaft. Merci. Ich hätte es mir anders erhofft. Aber so ist es halt.

Luc Nünlist (SP): Merci, Marc. Wir haben diese Diskussion geführt, wir haben sie in der FIKO geführt, wir können sie hier jedes Jahr wieder führen. Wir haben andere Lösungsansätze, wie man diesen Staatshaushalt ausgleichen könnte. Wir haben bewusst auf vieles verzichtet. Und, ja, wir haben hier einen Kompromiss vorliegend. Wir hätten schon Ideen, wie man ausgleichen könnte. Das haben wir gestern auch gesagt. Dem verwehrt ihr euch jedes Jahr ganz klar und mit sehr akzentuierten Referendumsdrohungen. Ihr wollt nicht auf unsere Art hier ausgleichen, ihr wollt kürzen. Das ist in Ordnung, ihr habt eine andere Herangehensweise. Aber wenn wir über Kompromisse reden, sagen wir, es geht mal in die eine Richtung, mal in die andere Richtung. Ihr habt heute den Stichentscheid. Das ist „gäbig“. Bei 20:20 geht es jedes Mal in eure Richtung. Wir hatten es drei Jahre anders. Ein solches Powerplay, wie ihr es heute Abend macht, haben wir nie angerichtet. Das ist eine ganz andere... Es gibt verschiedene Art und Weisen.

Tobias Vega (SP): Jetzt wäre doch die Gelegenheit zu sagen, die streichen wir. Wir haben euch ja eigentlich schon viel geschenkt. Schöne Stichentscheide durften wir vom Parlamentspräsidenten erfahren. Ich finde, wenn die Garage 8-Leute morgen erfahren, das Budget ist weniger... Das macht elementar viel mehr aus. Und wenn man die Geschichte der Jugendarbeit in Olten anschaut, man hat die Färbi geschlossen, ich kann mich an diese Geschichte sehr gut erinnern. Auch politisch. Es ist immer ein bisschen ein Sparen am falschen Ort. Und die Investition in Menschen, ich habe es gestern schon gesagt, ist eine Investition in die Stadt. Und wenn man natürlich immer so sagt. „Hier sparen wir und geben immer so das Minimum“, ich finde das ist jetzt wirklich mal eine Position. Ihr könntet doch mal über euren Schatten springen, nämlich jetzt, nicht morgen und nicht irgendwelche Gebilde machen. Es sind CHF 25'000. Das macht das Endergebnis 2025 nicht feisser oder weniger feiss.

Heinz Eng (FDP): Nur ganz kurz. Ich glaube, es sind etwas viele Emotionen drin, Weltanschauungen und was weiss ich nicht, was alles. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es hier um Jugendarbeit usw. Betreffend Jugendarbeit: Ich habe an „Midnight“ teilgenommen in jungen Jahren usw. Ich bin von all diesen Sachen, die dazugehören, voll überzeugt. Ich muss wohl nicht sagen, wie ich stimmen werde. Fertig.

Beschluss

Mit 22 : 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP abgelehnt.

S. 78, 3424.3140.01 Unterhalt Grünanlagen

Parlamentspräsident Thomas Furst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP vor auf Reduktion des Betrages von CHF 67'000 auf CHF 50'000.

Nico Zila, Antragsteller: Hier geht es um Drittaufträge für die Baumpflege. Insbesondere um den obersten Posten auf Seite 79 beim Konto 3140.01 „Unterhalt Bäume“. Wir haben dort zwar einen Anstieg. Wir haben in diesem Zusammenhang auch diverse Vorstösse behandelt, aber

nicht dermassen von CHF 25'000 auf CHF 67'000, sondern einfach eine Verdoppelung von CHF 25'000 auf CHF 50'000.

Stadträtin Marion Rauber: Ich würde gerne erklären, weshalb dieser Betrag so viel höher im Budget steht. Wir haben im letzten Jahr eine Bestandsaufnahme von all unseren Bäumen auf Stadtgebiet gemacht und haben auch ihren Zustand prüfen lassen. Daraus ist ein Massnahmenkatalog entstanden. Der Stadtrat hat Anfang Jahr einen dringlichen Nachtragskredit für dringliche Massnahmen gesprochen. Eine Kürzung dieser Position hat zur Folge, dass die entsprechenden Baumpflegemassnahmen dieser anstehenden Bäume für das Jahr 2025 gemäss der Aufnahme und Dringlichkeitseinstufung nicht komplett gemacht werden können. Das könnte bei allfälligen Personenschäden zu Regressforderungen führen. In diesem Fall wäre es mir noch wichtig, dass unser Rechtskonsulent die Haftungsfrage klären würde, denn in dem Fall kann nicht der Stadtgärtner zur Rechenschaft gezogen werden. Ihr wisst es, wir haben hier bei uns genug Juristen, wenn man sich der Mängel und Gefahren bewusst ist, und diese innerhalb nützlicher Frist nicht behebt und es passiert etwas. Wir hatten einen solchen Fall am Aareufer, ihr kennt ihn. Wir hatten allerdings wirklich keine Kenntnis. Jetzt wissen wir um die Gefahren, welche von gewissen Bäumen ausgehen kann. Und wenn wir es nicht beheben, besteht einfach die Gefahr, dass man auf uns zurückkommt. Daher haben wir es in diesem Budget eingestellt, um diese Massnahmen ergreifen zu können.

Tobias Oetiker (OJ): Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Bäume in der Stadt ein ganz wichtiger Faktor sind in Bezug auf die Wärme, die auf uns zukommt. Ihr habt es vielleicht auch schon gehört: Klimawandel. Nicht, dass wir diesen wirklich gross beeinflussen könnten. Aber wie warm es in der Stadt ist, hängt damit zusammen, wie viel lebendige Pflanzen wir unter anderem in der Stadt haben und dass wir zu unseren Bäumen schauen. Sie sind durch die Wärme gestresst. Ich denke, es ist ein sehr wichtiger Faktor, im Sinn auch, dass wir hier weiterhin in dieser Stadt so leben.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

Seiten 79 bis 81

Keine Wortmeldung

S. 82, 5450.3132.00 Beratung Familienzentrum

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktion SVP vor um Streichung des Betrages über CHF 30'000.

Marc Winistörfer, Antragsteller: Es geht um das Konto 5450.3132.00. Damit ist klar, es geht um Honorare externe Berater und Experten, meine Lieblingskontoart in der Erfolgsrechnung. Der Antrag lautet: Kürzung der eingestellten CHF 30'000 auf den Betrag CHF 0. Begründung: Wir haben hier im Gemeinderat im letzten Jahr beschlossen, dass eine Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienförderung mit einem Pensum von 80% geschaffen wird. Aus unserer Sicht sollte man solche Konzepte, jetzt, da diese Stellen in der Stadt vorhanden sind, auch intern erarbeiten können. Zur Position: Es gibt auf der Seite 83 noch die Erklärung, worum es geht.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ich beginne, Kollege Nils Loeffel ergänzt allenfalls. Es ist ein Teil der Strategie der frühen Förderung, welche wir von der Direktion Soziales und der Direktion Bildung und Sport gemeinsam verantworten. Die Erarbeitung eines Familienzentrums respektive, wie es aussehen soll, ist der Zuständigkeit der Direktion Soziales zugeordnet. Das heisst aber nicht, dass wir nicht mit der KJFF-Stelle zusammenarbeiten könnten. Selbstverständlich sind wir doch so überdirektional aufgestellt. Nichtsdestotrotz muss man diesen Betrag vielleicht auch in den Kontext eines Pensums stellen. CHF 30'000

entspricht übers Jahr gesehen 30 Stellenprozenten. Einfach, so über den Daumen gerechnet. Wenn man weiss, wie knapp wir die 80% für die KJFF-Stelle berechnet haben, geht die Rechnung einfach nicht auf, dass diese sich auch noch vollständig darum kümmern soll. Notabene auch noch um die kinderfreundliche Gemeinde, wovon wir zuvor gehört haben. Es steht in einer Diskrepanz. Und auf der anderen Seite gibt es ausgewiesene Fachpersonen, die einen bei der Erarbeitung eines solchen Familienzentrums unterstützen. Und damit haben wir auch eine Entscheidungsgrundlage, ob wir ein solches Zentrum wollen oder nicht. Nun wird Nils noch ergänzen.

Stadtrat Nils Loeffel: Es gibt nicht viel zu ergänzen. Selbstverständlich ist die Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienförderung in der Erarbeitung dieses Konzepts involviert. Diese Stelle setzt sich aus zwei 40%-Pensen zusammen. Eines für den Bereich Frühe Förderung, bei welcher es vor allem um die Umsetzung der frühen Sprachförderung in den Kitas und in den Spielgruppen geht. Dort ist man unterwegs. Die anderen 40% sind vor allem für den Bereich Kinder/Jugend/Freizeit, Kinder/Jugend/Partizipation und Tagesstrukturen. Und dort sind sie auch entsprechend ausgelastet. Von dem her ist es nicht so, dass sie in diese Erarbeitung nicht involviert ist, aber sie wird diese Erarbeitung mit Sicherheit nicht alleine machen können. Auch hier ist es grundsätzlich so, wie bei allen anderen Streichungsanträgen, ich habe es schon einmal gesagt: Ich finde es grundsätzlich vorbildlich, dass diese Streichungsanträge kommen, und ich finde diese auch richtig. Es hat einfach am Schluss eine Konsequenz und die Konsequenz hier wäre, dass das Konzept für ein Familienzentrum nächstes Jahr nicht ausgearbeitet würde. Wenn man das nicht will, ist es in Ordnung. Wenn man ein Familienzentrum in der Perspektive will, müsste man den Betrag drin lassen.

Claudia Schmid (SP): Ja, grundsätzlich haben wir zu einer Strategie Frühe Förderung „ja“ gesagt und dies kommt aus dieser heraus. Ein Familienzentrum in der Stadt so zu machen, dass es auch wirklich sinnvoll ist und dass es so geplant ist, dass es allen Bedürfnissen gerecht wird, ist eine grosse Kiste. Dass dies nicht innerhalb der normalen Arbeitsauslastung von jemandem gemacht werden kann, scheint mir persönlich sehr logisch. Von dem her wäre ich dafür, dass man diesen Betrag auf jeden Fall drin lässt. Denn ich glaube, ein Familienzentrum würde uns als Stadt sehr guttun.

Marc Winistörfer (SVP): Ja, Claudia, das ist so. Man hat diesem zugestimmt und daher hat man diese KJFF-Stelle geschaffen. Wenn man die Medienmitteilung der Stadt vom 19. Oktober 2023 liest, ist es eben genau, weil man dieser Strategie zugestimmt hat, diese Stelle zu schaffen. Darum haben wir die Erwartung, dass wenn man Stellen schafft, man dann externe Beraterhonorare einsparen kann. Es gibt bestimmt gute Gründe, dass man Stellen internalisiert, oder Aufgaben internalisiert. Ein Grund ist aus unserer Sicht auch, dass man es danach selber machen kann.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ich erlaube mir nun doch noch einen Kommentar. In der Strategie wären dafür CHF 50'000 vorgesehen, wir haben gesagt, es ginge auch günstiger. Es ist nicht so, dass wir per se diesem folgen, sondern versuchen, Kosteneinsparungen zu treffen. Das möchte ich gerne anmerken.

Tobias Vega (SP): Es geht ja um eine temporäre Geschichte, um eine Abklärung. Wir wollen nun den Stellenbeschrieb nicht plötzlich mit dieser Aufgabe ergänzen. Es ist auch nicht unsere Aufgabe. Ich finde es vorbildlich, wie es vorgelegt wird, sogar mit einer Kosteneinsparung von CHF 20'000, wie wir gehört haben. Ich selber habe oft das Cultibo besucht, dort viele Projekte gemacht. Ich kann aus erster Hand auch sagen, es ist etwas Wertvolles und ich würde es für Olten sehr begrüßen. Es würde nämlich nicht nur den Zusammenhalt, das Netzwerk, unter den Leuten fördern. Die Exekutive würde nämlich auch Erleichterung erfahren. Es hat für die ganze Stadt so viel Mehrwert. Ich kann euch hier nicht alles aufzählen, dafür haben wir keine Zeit. Aber es sind weiche Faktoren, die man nicht in Cash messen kann. Ich glaube, hier muss man abwägen, ob jemand Externes mit besserem Knowhow schneller zum Ziel kommt. Wir

könnten auch eine weitere Stelle schaffen, aber da wärt ihr sicher auch dagegen. Also, ich finde, das ist der Punkt, wo man sagen muss, es hilft, um zum Ziel zu kommen.

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der Fraktion SVP abgelehnt.

S. 84, 5726.3132.00 Drittaufträge

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP vor auf Reduktion des Betrages von CHF 65'000 auf CHF 35'000.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Wenn es keine Begründung gibt, sage ich gerne etwas dazu. Ich lese es so, dass wir das Präventionsprojekt oder die Legislaturziele womöglich intern machen sollen. Ich würde dazu gerne sagen, dass beide Themen ausdrückliche Wünsche der vier anderen Gemeinde der Sozialregion Olten sind. Sprich, sie haben ge-wünscht, dass man im Bereich der Prävention stärker werde und auch, dass wir Legislatur-ziele haben, woran wir uns messen können, weil sie sich bis anhin nicht abgeholt gefühlt haben. Ihr habt es alles mitbekommen mit den neuen Vertragsverhandlungen. Es hat sich in der Zusammenarbeit sehr entspannt, daher fände ich eine Kürzung grundsätzlich ein falsches Zeichen. Wie man intern, nach der zuvor nicht genehmigten Stelle, ein Präventions-konzept erarbeiten soll, erschliesst sich mir nicht. Für die Legislaturziele haben wir extern sehr gute Erfahrungen gemacht. Die würden wir womöglich selber noch irgendwie zustande bringen. Aber bei der Prävention, das müssten wir streichen. Danke für die Kenntnisnahme.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

Seiten 86 bis 95

Keine Wortmeldung

S. 96, 7300.3120.00 Sackgebühren eigener Betrieb

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP und Mitte/GLP/EVP vor um Reduktion des Betrages von 210'000 auf CHF 180'000.

Stadträtin Marion Rauber: Ich kürze es ein bisschen ab. Ich denke, ihr habt den Antrag gestellt, weil es ein höherer Posten ist als im Vorjahr. Ich würde gerne begründen, weshalb dieser Budgetposten gestiegen ist. Es ist nicht, weil die Abfallmenge der Stadtverwaltung angestiegen ist und wir mehr Abfallsäcke füllen. Stattdessen handelt es sich bei dieser Position unter anderem um Strassenwischgut sowie Grüngut von den Parkanlagen und vom Friedhof seitens Werkhofs. Wir wissen, Nachhaltigkeit ist nicht immer günstiger und so wird unser Wischgut von der Strassenreinigungsmaschine seit diesem Jahr in eine Aufbereitungs-anlage im Kanton Baselland überführt und das kostet mehr als zuvor. Die bisherigen Entsorgungsmöglichkeiten existieren nicht mehr. Im Weiteren fällt natürlich mit zunehmender Begrünung immer mehr Grüngut zur Verwertung an und das alles kostet einfach mehr. Daher ist dieser Posten jetzt höher. Aber ich bin hier emotionslos, solltet ihr ihn reduzieren. Es kostet dann einfach das, was es kostet.

Beschluss

Mit 24 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

Seiten 98 bis 99

Keine Wortmeldung

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktionen FDP, SVP und Mitte/GLP/EVP vor um Reduktion des Betrages von 80'000 auf CHF 40'000.

Nico Zila, Antragsteller: Wir haben hier ein weiteres Mal die Dynamik, die es gibt, wenn man eine Fachstelle aufbaut. Nämlich die Umweltfachstelle, besetzt mit einem guten Mann, der dann natürlich Ideen hat und diese auch umsetzen will. Das ist eine Dynamik, die bereits im Rahmen der Schaffung dieser neuen Stelle abzusehen war. Das ist auch überhaupt nicht der Fehler des Amtsinhabers, aber es ist an uns, gewisse Grenzen zu setzen und nur einen Teil dieser Projekte bzw. dieser externen Kosten zu bewilligen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich möchte rasch eine Erklärung abgeben. Nico, du hast es gesagt, dieser Beitrag ist für die Umsetzung gewisser Massnahmen. Aber nicht Massnahmen, welche unser Stelleninhaber aus den Fingern gesaugt hat, sondern Massnahmen gemäss verabschiedeter Energieplanung. Also, Massnahmen unter dem Ü1. Es geht hier um Finanzierungsmodelle in die Fernwärme und die Geschichten Energieportal. Da sind wir auf externe Unterstützung angewiesen, daher haben wir es hier so ausgewiesen. Was ich einfach noch sagen will: Diese Projekte werden vom Bundesamt für Energie mitfinanziert. Eine Kürzung dieses Betrags bedeutet wirklich ein Verzicht auf gewisse Projekte.

Tobias Vega (SP): Die Tragweite. Vielleicht kann es uns Marion noch einmal sagen oder hat es schon erwähnt. Wir können gewisse Energieprojekte als Stadt nicht richtig durchführen. Das finde ich bedenklich. Ich möchte das nicht in private Hände legen. Es ist nämlich auch unsere Aufgabe, hier vorwärtszumachen. Ich erinnere daran, dass man vor mehreren Jahren sogar einmal den Klimanotstand ausgerufen hat. Es scheint mittlerweile kein grosses Thema mehr zu sein. Prinzipiell sind die Energiekosten ein Thema, das ist aktuell. Ich finde, da sollte man fast noch mehr Geld reinbuttern. Das wird im Parlament noch ein schwieriges Thema sein. Aber ich würde sagen, ein Verzicht aufs Geld an dieser Stelle ist sicher wieder einmal am falschen Ort gespart und schiebt einfach die Thematik wieder auf Jahre hinaus, bei welcher wir bereits vorgestern hätten Lösungen parat haben müssen. Ich würde sagen, lassen wir diesen Betrag im Budget.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich habe die Seite 101 gelesen. Und dort sind effektiv CHF 40'000 für Energieprojekte enthalten und diese würde man ja explizit stehenlassen. Es sind noch weitere CHF 40'000 aufgeführt für „kleine Projekte, Öffentlichkeitsarbeit und Honorarkosten“. Wir sind der Meinung, diese könnten inhouse durch die Fachstelle Umwelt erledigt werden.

Tobias Vega (SP): Und erneut will man das Pflichtenheft einer bestehenden Stelle einfach mal ergänzen und sagen, was sie mit dem Geld, das sie bereits erhalten, zu tun haben. Ich würde Marion gerne fragen, welche Projekte genau gemeint sind, damit man auch weiss, worum es geht. Ich denke, für nichts haben wir das nicht im Budget, weil es eben mit der Umweltfachstelle nicht reicht. Diese ist vermutlich zu wenig sortiert für diese Thematik, welche vermutlich ein Zehnfaches an Geld benötigt. Einfach noch zum Sagen. Vielleicht kann Marion noch etwas dazu sagen.

Stadträtin Marion Rauber: Nein, Tobi, das kann ich nicht. Ich kann nicht irgendwelche Projekte aufzählen. Es ist so, wie ich es zuvor schon gesagt habe, diese Projekte kann unser Daniel Lehmann nicht selber umsetzen. Ebenso wenig die Öffentlichkeitsarbeit, die angesprochen ist. Wir würden dann einfach auf gewisse Sachen verzichten. Das ist die Konsequenz. Sonst würden wir es von Beginn weg inhouse machen, wenn das die Idee wäre. Wir werden auf gewisse kleinere Projekte verzichten, wenn dieser Budgetbeitrag gekürzt wird. Es ist eure Entscheidung und okay für mich. Also, nein, es ist nicht okay, aber wir würden es respektieren.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Fraktionen SVP, FDP und Mitte/GLP/EVP angenommen.

S. 100, 7710.4240.01 Rückerstattungen

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es liegt ein Antrag der Fraktion FDP vor um Erhöhung des Betrages – hier geht es um Einnahmen – von 200'000 auf CHF 250'000.

Andrea Walder, Antragstellerin: Zum einen habe ich eine Frage. Es ist ja noch nicht ganz klar, wann die Sanierung kommen soll. Zum anderen ist für mich nicht verständlich, weshalb nur noch an vier Tagen kremiert wird. Wenn man an fünf Tagen kremieren würde, könnte man noch Einnahmen generieren. Des Weiteren frage ich mich, was ist, wenn wir das neue Krematorium haben. Fahren wir die Anzahl Kremationen wieder hoch, um mehr Erlös zu generieren? Ich glaube, das habe ich bereits im Herbst einmal gesagt. Wie sieht das aus? Marion kannst du mir das beantworten?

Stadträtin Marion Rauber: Bei eurem Antrag, so wie ihr in stellt, geht es nicht nur um steigende Einnahmen, stattdessen gäbe es auf der anderen Seite auch wieder Ausgaben. Wir hätten zusätzliche Lohn- und Betriebskosten, die in diesem Budget nicht ausgewiesen sind, wie die 20 Stellenprozente, die du ansprichst. Das Problem ist nicht unser Personal oder unsere Leute, die dort sind, sondern unser alter Ofen. Der ist aktuell derart – ich sage jetzt mal – gefährlich unterwegs, dass wir Kremationen nicht durch eine Person vornehmen lassen können. Es gibt immer wieder Zwischenfälle, dass die Särge nicht richtig einfahren und man diese wieder von Hand nachschieben muss. Grauenhafte Zustände. Daher wollen wir, dass aus Sicherheitsgründen immer zwei Personen vor Ort sind. Dies wird beim neuen Ofen nicht mehr der Fall sein. Der neue Ofen wird durch eine Person bedient werden können und selbstverständlich an fünf Tagen in der Woche. Aber aktuell ist die Situation so, dass das nicht geht. Ich muss noch etwas sagen zu „Einnahmen generieren“: Euch ist schon bewusst, wir haben es hier schon mehrfach diskutiert, dass wir aktuell jede Kremation subventionieren mit mindestens CHF 300 pro Kremation, welche die Stadt Olten drauflegt. Wenn man hier wirklich Einnahmen generieren will, müsste man die Gebührenverordnung anpassen und die Privilegien aufgeben. Das würde uns Einnahmen generieren, dadurch hätten wir das, was ihr hier wollt, relativ schnell eingenommen. Aktuell ist es so, dass wir jede Kremation durch die Stadt eigentlich subventionieren, weil die Rechnung nicht aufgeht. Dies zur Erklärung. Reicht dir das, Andrea?

Andrea Walder (FDP): Im Moment werden pro Tag, glaube ich, fünf Kremationen durchgeführt. Aber künftig heisst es schon, dass dies erhöht wird? Ich weiss, eine Zeitlang wurde in Olten mehr kremiert. Ich gehe schon davon aus, dass wir mit einem neuen Ofen eine bessere Auslastung haben werden, mit einem Mitarbeiter. In anderen Krematorien weiss ich, wird auch mehr kremiert. Davon gehe ich schwer aus.

Stadträtin Marion Rauber: Selbstverständlich. Wir werden die volle Kapazität natürlich ausschöpfen können und es wird auch viel einfacher sein. Dann kann man wirklich den Knopf drücken und alles funktioniert. Ihr wart alle mal dort oben, ihr habt gesehen, in welchem Zustand die Anlage ist. Die Arbeitssicherheit, die wir schon lange ansprechen, ist wirklich nicht mehr toll. Aber lange werden wir nicht mehr warten müssen. Wir werden Mitte Jahr den Ofen abstellen und mit dem Umbau beginnen. Wir müssen jetzt noch ein paar Monate so durchhalten. Wollt ihr, dass wir auch am Freitag wieder kremieren, müsstet ihr mir 20 Stellenprozente mehr gewähren auf der Ausgabenseite.

Christine von Arx (SP): Ich hatte bereits bei den letzten Änderungsanträgen einen Verdacht: Dies sind nun wirklich reine Scheingefechte. Oder Schattenboxen. Wenn ich nun während der Sanierung nicht kremiert wird, hat man mit Sicherheit weniger Einnahmen, also müsste man diesen Posten eher noch reduzieren als erhöhen. Das ist das eine. Zum zweiten hängen die Einnahmen der Kremationen eigentlich ausschliesslich davon ab, wer sich in Olten kremieren

lässt. Und das ist freiwillig. Will man sich kremieren lassen, kann das irgendwo in der Schweiz sein. Und von dem hergesehen, kann man festlegen, was man will. Man kann diesen Betrag verdoppeln. Wenn die Leute sich nicht in Olten kremieren lassen wollen, dann ist das so, dann gibt es einfach weniger Kremationen. Die Frage ist nun eher, wenn absehbar ist, dass der Ofen aufgrund der Sanierung eine Zeitlang nicht in Betrieb ist, ob das bei der Festlegung des Betrags bereits berücksichtigt wurde?

Stadträtin Marion Rauber: Ja, Christine, du siehst auf der rechten Seite die Erklärung. Urs Tanner hat das so berechnet. „Erlöse aus Kremationen (1/2 Jahr geschlossen)“. Der Betrag ist bereits angepasst.

Andrea Walder (FDP): Aufgrund der Antworten von Marion ziehen wir diesen Antrag zurück.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich hätte noch eine Frage zu diesem Konto. Wir haben dies auf Seite 101 gelesen, wo steht: „Erlöse aus Kremationen (1/2 Jahr geschlossen) CHF 200'000“. Aber in der Rechnung 2023 ergibt es CHF 540'000. Das ist deutlich mehr als das Doppelte. Wenn wir schon beim Thema sind, würde mich der Grund dafür interessieren.

Urs Tanner, Finanzverwalter: Es ist so, dass wir 2023 zu einem grossen Teil an fünf Tagen kremiert haben. Ab 2024, als sich jemand vorzeitig teilpensionieren liess und mit all den aktuellen, technischen Problemen, gehen wir eher von sinkenden Einnahmen aus. Von dort her haben wir nicht mit CHF 523'000 gerechnet, sondern gehen aufgrund des Zustands des Ofens und dieser Teilpensionierung davon aus, dass es etwas weniger wird. Übrigens muss ich noch sagen, dass man Einnahmen zur Kenntnis nehmen kann, die werden nicht beschlossen. Und von dort her könnt ihr auch CHF aufnehmen, es kommt dann so, wie es kommt. Ich sage es mal so. Aber das ist vielleicht noch wichtig: Einnahmen nimmt man zur Kenntnis, sie werden nicht beschlossen.

Seiten 102 bis 103

Keine Wortmeldung

S. 104, 8130.3636.01 Beiträge Volière und Tierpark

Parlamentspräsident Thomas Furst: Es liegt ein Antrag der Fraktion Mitte/GLP/EVP vor um Erhöhung des Betrages von CHF 20'000 auf CHF 70'000.

Muriel Jeisy, Antragstellerin: Im besagten Konto ist nur noch der Tierpark enthalten, für die Volière sind null Franken vorgesehen. Das hat doch einiges an Diskussionen ausgelöst. Wir wollten wissen, wie es sowohl von Seiten Stadtrat dazu gekommen ist als auch vom Verein. Uns ist wichtig, dass hier natürlich nicht nur die Stadt einen Beitrag leisten soll, sondern eben auch der Verein seine Arbeit machen und einen Beitrag leisten muss. Es wurde uns versichert, dass dies auf gutem Weg ist, dass sie ab morgen wieder ein Co-Präsidium haben werden, so aufgestellt sind, um auch sonst wieder Finanzen zu generieren. Es sei für einen Fortbestand aber wichtig, dass sie nach wie vor von der Stadt unterstützt werde. Im Moment sei es schwierig abzuschätzen, wie viel effektiv notwendig ist, weil – wie es geheissen hat – immer wieder unterschiedliche Beträge fliessen. Wir haben eine Auslegeordnung gemacht und sind zum Schluss gekommen, man könne hier einmalig noch einmal den bisherigen Betrag nehmen, bevor er beim grossen Finanzloch und bei den Sparübungen zusammen-gestrichen wurde. Das wären CHF 50'000, die wir euch bitten zu sprechen für den Erhalt der Volière und das Konto auf CHF 70'000 zu erhöhen anstelle der CHF 20'000 nur für den Tierpark.

Lukas Lütolf (JGO): Eine Rückfrage: Wurde dieser Antrag in Rücksprache gemacht? Gerade auch wegen der Höhe des einjährigen Betrags?

Muriel Jeisy (Die Mitte): Wir haben kurzfristig nicht mehr nachgefragt. Aber wir wissen, dass sie ursprünglich CHF 60'000 wollten. Wir waren auch der Meinung, dass nicht jeder Verein

einfach fordert, was er will. Aber sie haben im Gespräch auch noch betont, sie hätten dieses Jahr CHF 30'000 gehabt, sie hatten – wenn ich es richtig im Kopf habe – nach der Sparübung auch mal nur CHF 20'000. Es sei nicht völlig übermässig viel, da es Zeiten gegeben habe, bevor man diesbezüglich extrem schauen musste, als sie CHF 50'000 bekommen hätten. Daher haben wir uns fürs nächste Jahr als eine Art Kompromissvorschlag darauf geeinigt. Danach muss man selbstverständlich näher hinschauen und weiter schauen.

Nico Zila (FDP): Wir konnten in der FDP-Fraktion zu diesem Antrag, welcher ziemlich kurzfristig eingegangen ist, eine kurze Diskussion durchführen. Wir haben den Eindruck, dass ziemlich viele Fragen offen sind betreffend die Tauglichkeit der Anlage, wie sie sich heute präsentiert in Bezug auf Brandschutz, Tierschutz. Selbstverständlich ist der Vögelgarten Identifikationsort für die Leute aus diesem Quartier. Es ist unbestritten, dass dies der Fall ist. Ich selber bin auch auf der rechten Aareseite, an der Zelglistrasse, aufgewachsen. Ein Teil unserer Fraktion wird im Sinn einer einjährigen Übergangsfinanzierung, bis ein Konzept steht, bis auch die Trägerschaft klar ist, diesem Ansinnen zustimmen. Andere möchten lieber erst darauf warten, was das wirklich bedeutet, auch an Investitionen in die Infrastruktur.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich möchte mich kurz dazu äussern, wie es zu dieser Situation kam. Die Stadt hat mit allen Empfängerinnen und Empfängern von städtischen Steuergeldern sogenannte Leistungsvereinbarungen, in welchen die gegenseitigen Leistungen, Erwartungen oder auch Pflichten festgehalten sind. Das ist auch beim Volière-Verein der Fall. Wir haben nun die aktuelle Leistungsvereinbarung für die Jahre 22/23/24. Hier wurden die Beiträge um 50% erhöht, sprich sie sind nun auf CHF 30'000 für diese drei Jahre. Zuvor waren es CHF 20'000. Das ist der gleiche Beitrag, welcher auch der Tierpark Mühletäli erhält. Wir konnten/mussten letztes Jahr eine Soforthilfe sprechen in der Grössenordnung von CHF 10'000. Ich möchte noch erwähnen, dass Heizung, Energie, Wasser im Jahr 2023 zusätzlich CHF 8'681 betrugen. Im dritten Jahr der Leistungsvereinbarung setzt man sich jeweils mit den Distinktären zusammen. Man macht dies mit dem Kabarett, dem Theaterstudio, und das hat man eigentlich auch hier gemacht. Der Volièreverein hat uns gesagt, dass er mit CHF 30'000 in die Zukunft hinaus keine wirtschaftliche Tragfähigkeit hätte. Wir haben entgegnet, eine Verdoppelung käme für uns nicht in Frage. Wir haben zum Vergleich geschaut, was andere Städte geben. In Solothurn erhält der ornithologische Verein für seine Volière CHF 12'000. Es ist allerdings eine kleinere. Das muss man ehrlicherweise zugestehen. Also, man ist in dieser Konstellation, in diesen Gesprächen, zu keiner Übereinkunft gekommen und daher kamen wir zum Schluss, dass wir nicht wissen, was festzuhalten ist. Wir könnten eigentlich eine Zahl reinschreiben und haben uns daher eigentlich für eine leere Zeile entschieden, bzw. für den Betrag, der hier steht. Das ist die Situation. Wir haben dies auf Wunsch des Vereins ihnen so mitgeteilt. Man hat auch abgemacht, dass man eine Kommunikation über die Medien führen will, welche von unserer Seite am 8. Oktober 2024 erfolgte. Und was danach passierte, war, glaube ich, weder im Interesse des Vereins noch der Stadt. Es entstand eine gewisse Unruhe, die vielleicht aber auch etwas ausgelöst hat. Nämlich, dass Bewegung entstanden ist, und es freut mich, dass ihr alle nun Mitglied dieses Vereins seid und Gehege ausmistet. Da kann wirklich jeder selber etwas dazu beisteuern. Uns ist es wichtig, dass wir einen Verein haben, der auch eine tragfähige Mitgliederbasis hat, der einen komplettierten Vorstand hat. Man hat gesehen, dass es dort im Vorstand, im Vizepräsidium, eine Lücke gab. Ich bin froh, wenn sich dies nun verbessern wird. Morgen ist die Versammlung, welche auch Weichen stellen muss zur Weiterentwicklung oder auch zum weiteren Bestand dieses Vereinswesens. Ja, das ist die Situation. Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen einen Weiterbetrieb dieser Volière. Aber wir brauchen einen soliden Partner, der uns die Gewissheit gibt, dass der Verein funktioniert, dass die Mitgliederbasis erweitert wird, dass auch weitere Beiträge von Dritten fliessen können. Und das ist, glaube ich, auf gutem Weg.

Ursula Rüegg (SVP): Ich habe eine Verständnisfrage. Was muss ich mir vorstellen, was in einer Leistungsvereinbarung zwischen der Volière und der Stadt Olten steht? Also, was muss dieser Verein leisten? Denn ich denke, das eine ist sicher, dass er einen hohen emotionalen Wert hat. Das hat er auch für mich. Und zum andern, wenn man diese Volière anschaut, sind es halt doch Vögel hinter Gittern. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, was man hier in eine

Leistungsvereinbarung reinschreibt. Vielleicht kannst du mir das noch kurz erklären, Thomas. Merci.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Die Leistungsvereinbarungen der Stadt sind alle auf unserer Homepage ersichtlich. In einer Vereinbarung formuliert man generelle Zielsetzungen. Es geht um die artgerechte Haltung exotischer Vögel im Aussen- und Innengehege, die artgerechte Pflege von einheimischen Vögeln, Veranstaltungen, ein Teil Öffentlichkeitsarbeit. Man macht auch ein Reporting. Wir benötigen ja auch die Rechnung und den Revisionsbericht, man macht ein Jahresgespräch ab. Beim Tourismus beispielsweise sagt man, wir hätten gerne, dass ihr so und so viele Stadtführungen durchführt. Bei der Wirtschaftsförderung geht es um Bestandespflege, Firmenbesuche. Es ist eigentlich detailliert aufgeführt, spezifisch destinatar. Bei der Wirtschaftsförderung, beim City-Manager ist es anders als bei der Volière oder beim Mühletäli. Aber es ist immer die Idee, dass eigentlich die städtischen Gelder nicht à fonds perdu sind, sondern eine Gegenleistung in Form einer Dienstleistung – in der Regel sind es Dienstleistungen – vorhanden sind. Die Leistungsvereinbarungen sind öffentlich und auf der städtischen Internetseite publiziert.

Jann Frey (GO): Ich kann mich beim emotionalen Bezug nur anschliessen. Ich finde es furchtbar toll, was diese Leute leisten. Ich finde es wunderschön, dass sich der Verein dafür einsetzt, Leben ins Quartier zu bringen. Wir haben gewissen Bedenken, was die Nachhaltigkeit dieser Volière betrifft, insofern dass sie 1958 gebaut wurde und seither unverändert ist. Wir denken, es würden demnächst grössere Sanierungsmassnahmen anstehen, damit man die geltenden Tierschutzbedingungen einhalten kann. Auch stellen wir uns die Sinnfrage, was es bringt, 200 exotische Vögel einzusperren und ich möchte dies einfach mal so in den Raum stellen.

Claudia Schmid (SP): Ja, auch uns ist klar und wir spüren auch, dass das ganze Thema natürlich Emotionen weckt. Daher spreche ich, weil ich keinen emotionalen Bezug zu diesen Vögeln in der Volière des Vögelgartens habe. Uns ist klar, dass wir bei diesem ganz genau hinschauen müssen, worum es eigentlich geht. Wir denken, dass, indem wir diese Leistungsvereinbarung nicht mehr verlängern und dieser Betrag aus dem Budget rausgestrichen wurde, in Olten eine Ära zu Ende geht. Und immer, wenn eine Ära zu Ende geht, löst das auch etwas aus, es löst Emotionen aus. Es macht die einen traurig, die anderen interessiert es weniger und noch einmal andere finden: Cool, es geht etwas zu Ende und etwas Neues kann entstehen. Für uns der wichtigste Punkt bei dieser Diskussion ist, dass wir nicht aus den Augen lassen, welche Bedeutung diese Volière auf der rechten Aareseite hat. Und zwar hat sie in dem Sinn eine Bedeutung, dass es ein Ort ist, wo man eine Attraktion hat, gratis ist, frei zugänglich ist, man kann zusammen hingehen. Sie stellt einen ganz wichtigen Anziehungspunkt innerhalb des ganzen Quartiers dar. Nichtsdestotrotz sind wir davon überzeugt, dass es auch auf eine andere Art passieren könnte. Vielleicht ist eine solche Schliessung oder die Nicht-Verlängerung einer solchen Leistungsvereinbarung auch eine Chance, um genau hinzuschauen, was man stattdessen machen könnte. Ich glaube, da sind wir alle, auch hier im Saal, kreativ genug, um uns auf den Weg zu machen, zusammen herauszufinden, was diesem Quartier sonst noch guttun würde. Für uns ist ganz zentral, dass wir diese Stadtseite nicht vergessen, dass wir die Bevölkerung nicht vergessen und vor allem, dass wir nicht vergessen, weiterhin Treffpunkte zu schaffen, die kostenlos sind. Und das ist, glaube ich, in dieser Diskussion ein ganz zentraler Punkt. Eine andere Frage, die sich bei uns auch an der Parteibasis gestellt hat, ist das, was wir zuvor schon gehört haben: Sind Vögel hinter Gittern überhaupt noch zeitgemäss? Wir haben es schon in verschiedenen Voten gehört. Ja, diese Frage stellt sich. Aber eben, dazu kann ich persönlich nicht viel sagen, weil ich keinen grossen Bezug zu dieser Volière habe. Nichtsdestotrotz ist es mit Sicherheit auch Thema bei uns. Ich glaube, eine Erhöhung bzw. das Geld wieder ins Budget zu nehmen, mit einer Verdoppelung des aktuellen Betrags, finden wir nicht ganz zielführend. Vor allem, weil ja ausgeführt wurde, und wir jetzt auch mitbekommen haben, in welchem Zustand der Verein Stand heute ist. Es kann sein, dass es sich morgen verändert, aber das wissen wir Stand heute und jetzt, wo wir das Ganze diskutieren, einfach nicht. Allenfalls wäre es für uns ein gangbarer

Weg gewesen, wenn es sich um einen Antrag über bestehende CHF 30'000 gehandelt hätte. Dann hätten wir uns allenfalls anders auf die Diskussion einlassen können.

Tobias Oetiker (OJ): Danke für dein Votum, Claudia. Ich habe nur eine kleine Korrektur. Du hast gesagt, die Ära geht zu Ende, weil der Betrag rausgenommen wurde. Aber es ist umgekehrt. Der Betrag wurde rausgenommen... Du hast zu Beginn deines Votums gesagt: Die Ära der Volière geht zu Ende, weil der Betrag nicht mehr im Budget steht. Es ist aber umgekehrt. Der Betrag steht nicht mehr im Budget, weil diese Ära zu Ende geht. Denn der Stadtrat hat es nicht geschafft, mit der Volière eine Leistungsvereinbarung zu machen. Es ist ja nicht so, dass der Stadtrat gesagt hat: Böse Volière, geh weg, wir wollen mit dir keine Leistungsvereinbarung machen. Offensichtlich sind sie zusammengesessen. Ihr habt die Leistungsvereinbarung jetzt gesehen. Sie ist super easy eigentlich. Sie müssten eigentlich nur das machen, was sie eigentlich machen wollen, und das hat der Stadtrat nicht geschafft. Er kann nicht ohne Leistungsvereinbarung Geld geben. Wenn wir nun Geld reingeben, entsteht nicht „flutsch“ eine Leistungsvereinbarung. Es ist so „cause and effect-mässig“. Aber ich verstehe nichts von Vögeln.

Christian Ginsig (GLP): Ich möchte es nicht gross verlängern. Vom Ansatz her geht es ja nicht darum, dass wir jetzt dem Stadtrat einen Vorwurf machen. Im Gegenteil. Der Verein ist in der Pflicht zu liefern. Wir wissen es nun im Moment nicht. Unser Ansatz war: Wenn wir jetzt den Motor abwürgen, können wir ihn nie mehr starten. Lasst uns ihnen doch noch ein Jahr Chance geben. Wir haben es gehört, die Baudirektorin hat es auch ausgeführt, es war schwierig mit diesen Leuten zu verhandeln. Es ging auf und ab. Nun, so wie es aussieht, konnten sie sich zusammenrappeln. Lasst uns ihnen doch diese Chance geben. Es ist, wie es zuvor ausgeführt wurde, für Familien ein freier Zugang. Es sind viele Kinder dort. Wir haben heute x-Mal über Kinder, Familien und solche sozialen Themen diskutiert. Der Vögelgarten ist ein wichtiges Thema. Vielleicht ist es später mal der Robi. Aber jetzt wäre es einfach für ein Jahr und anschliessend können wir auf Fakten basierend sagen: Wir schliessen.

Christine von Arx (SP): Der Stadt hat erklärt, wie es zur Reduktion dieses Betrags gekommen ist. Es liegt nicht daran, dass der Stadtrat den Betrag nicht mehr zahlen will, weil er keine Lust mehr hat, die Volière zu unterstützen. Stattdessen zahlt er nicht mehr, weil er kein Gegenüber hat, an welches er den Betrag auszahlen kann und mit welchem er eine Leistungsvereinbarung machen kann. Von dem her gesehen ist es konsequenter, wenn man diesen Betrag aus dem Budget rausnimmt. Nun hat diese Volière eine lange Geschichte. Eine noch längere Geschichte wie die meisten meinen, denn es hat vor dem Vögelgarten bereits eine Volière gegeben. Es hängen Emotionen daran von Leuten, die seit Kindheit dort waren und es gibt andere Leute, die es bereits als Kind fragwürdig fanden, oder zugezogen sind, und keine emotionale Bindung haben. Ich bin der Meinung, aus Respekt vor der ganzen Geschichte, kann man diesem Verein oder den Leuten mit einer möglichen Nachfolgeorganisation schon eine Chance geben. Und damit ausnahmsweise einen Budgetbetrag reinnehmen, bei dem gar noch nicht klar ist, ob man ihn je ausgeben wird. Einfach Goodwill. Aber der Goodwill kann sicher nicht grösser sein als das, was man bis jetzt ausgegeben hat. Zu sagen, aus Goodwill erhöhen wir den Betrag deutlich, geht meiner Meinung nach zu weit, wenn man eigentlich schon an den Budgetgrundsätzen vorbei Beträge reinnimmt, bei welchen es überhaupt noch nicht sicher ist, ob man sie je ausgeben wird. Jene, die schon länger dabei sind, erinnern sich an diesen ominösen Budgetantrag zum Coq d'Or, welchem man einfach so spontan zugestimmt hat, obwohl eigentlich niemand die Leute vom Coq d'Or gefragt hatte, wie sie das Geld ausgeben wollen. Das sollte so natürlich nicht noch einmal passieren. Und schon gar nicht mit einem höheren Betrag.

Daniela Minikus (SP): Christian, ich habe noch eine Frage an dich. Den emotionalen Teil kenne ich auch. Wir sind mit den Kindern jeweils an den Sonntagen von der linken Stadtseite auf die rechte in den Vögelgarten gegangen. Diese konnten noch nicht nachvollziehen, was dahinter ist, aber ich hatte immer Freude daran. Aber trotzdem noch eine Verständnisfrage. Wenn der Antrag kommt, dass man es noch einmal verlängert, gibt es dann ein Projekt für

eine nachhaltige Volière? Unter CHF 250'000 bringt man nichts Schlaues zustande. Sind wir doch ehrlich. Wie sieht es dann aus dieses Jahr? Was soll dort passieren?

Christian Ginsig (GLP): Ich kann diese Frage nicht beantworten, denn der Verein wird erst noch tagen und wird sich gegebenenfalls äussern. Es ist möglich, dass man in einem Jahr wirklich sagen muss: Sack zumachen, es bringt nichts. Ich bin nur Politiker, ich bin auch kein Vogelspezialist, kein Ornithologe, ich kann hier keine Auskunft dazu geben. Mir geht es lediglich darum, dass wenn wir jetzt zumachen, werden wir den Motor definitiv nicht mehr starten können. Das eine Jahr. Um diesen Ansatz geht es. Und in diesem Zusammenhang möchte ich auf das Votum von Christine von Arx eingehen. Für uns ist das okay. Wir würden hier in dem Sinne den Änderungsantrag stellen, dass man beim Originalbeitrag bliebe und es im Budget auf den Betrag, entsprechend dem von den Vorjahren, reduziert. Aber ich bitte euch, einfach im Sinn einer Chance diesem Verein die Chance zu geben, damit sie eben, das Konzept, das nun gefordert wurde, erarbeiten können.

Parlamentspräsident Thomas Furst: Ihr ändert euren eigenen Antrag. Ich nehme es nicht als Änderungsantrag gegenüber eurem Antrag entgegen, sondern einfach als Änderung eures Antrags. Damit ginge es neu um eine Budgetposition von CHF 30'000 und insgesamt CHF 50'000.

Manuela Höfler (GO): Einfach so viel dazu, dass verschiedene Abklärungen gemacht wurden, auch von Leuten mit mehr vogelkundlerischen Kenntnissen als es sich bei uns akkumuliert. Und offenbar ist ja diese Volière in einem veraltetem Zustand. Wenn wir es um ein Jahr verlängern, heisst das noch immer, dass wir im Vögelgarten keine artgerechte Haltung haben. Und wie Claudia schön gesagt hat, gibt es Platz für etwas Neues. Es war schön, solange es schön war. Es ist einfach auch nicht mehr ganz zeitgemäss, Vögel so zu halten. Mit dem gleichen Betrag wie bisher können sie die Volière nicht besser machen. Entweder gibt es ein Konzept für eine artgerechte Haltung und sonst bringt es eigentlich gar nichts, dann können wir es gleich streichen.

Tobias Oetiker (OJ): Ich habe noch eine Frage an den Stadtrat. Ich habe im Oktober eure Pressemitteilung gelesen. Vielleicht habe ich es nicht richtig verstanden, aber ich hatte den Eindruck, dass das, was jetzt stipuliert wird, dass es dieses Jahr passiert, euch der Verein versprochen hat, eigentlich schon früher hätte passieren sollen. Sprich, dass eigentlich dieses Jahr schon alles hätte passieren sollen, was sich gewisse Leute vorstellen, erst nächstes Jahr passieren wird.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Wir haben uns natürlich bereits im letzten Jahr getroffen und wir haben vorgeschlagen, dass der Verein eine Organisationsentwicklung annimmt. Beispielsweise bei Benevol. Das ist eine Organisation für Freiwilligenarbeit. Meines Wissens hat es nur einen telefonischen Kontakt gegeben, aber keine Beratung. Der Verein selber hatte darauf die Idee, mit einer Zooplanung voranzugehen. Das haben wir weniger gesehen, denn das würde bedeuten, dass man massive Eingriffe in die Infrastruktur, in die Gebäude macht, die der Stadt gehören und tatsächlich einen Sanierungsbedarf haben. Das haben wir eigentlich nicht gesehen. Aber wir würden uns schon wünschen, dass der Verein diese Entwicklung macht, eine Organisationsüberprüfung in diesem Sinn vornimmt, die Gremien stellt, den Vorstand komplettiert, die Themen angeht, auch eine Verbreiterung der Mitgliederbasis, ein Fundraising aufzieht und halt mehr Sponsoringbeiträge angeht. Das ist schon die Erwartung, die wir haben. Ich denke, dieser Verein muss sich nun beweisen. Morgen ist die Mitgliederversammlung. Ich bin gespannt, was dabei herauskommen wird. Es ist ja nicht so, dass diese Situation neu ist. Um ganz ehrlich zu sein, die Stadt wollte bereits 2012 die Leistungsvereinbarung nicht verlängern. Es gab damals bereits einen Beschluss. 2010 ging die Führung der Volière vom ornithologischen Verein an den Volièreverein. Es gibt auch dort eine Geschichte dahinter. Man schleppt ein bisschen etwas mit sich. Aber ich bin zuversichtlich und freue mich, wenn sich hier eine Lösung abzeichnet. Aber es darf nicht so sein, dass wir in einem Jahr gleich weit sind, wie heute. Das wäre nicht gut.

Darryl Fiechter (Die Mitte): Ich habe von dir, Manuela, rausgehört, dass du dir ein nachhaltiges Konzept, auch in Bezug auf tiergerechte Haltung, für diese Volière wünschen würdest. Ich biete dir an, dass ich in Absprache mit dir eine E-Mail an die Volière verfassen würde, in welchem wir diese Ansprüche kundtun und im Namen des Parlaments mitteilen würden. Wir würden auch mitteilen, dass wir die Erwartungshaltung haben, dass innerhalb eines Jahres ein konkretes Konzept vorliegt und dass es allenfalls nächstes Jahr im Parlament zur Debatte stehen würde. Ich wäre dann auch bereit, das Projekt zu begraben, wenn es keinen weiteren Vorschlägen gäbe oder keine absehbare, gescheite Lösung auf dem Tisch liegen würde. Ein Angebot von mir, das kannst du dir gerne überlegen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich erlaube mir, rasch das Wort zu ergreifen. Darryl, das ist ein wirklich netter Vorschlag. Aber das hat der Stadtrat natürlich schon längst gemacht. Es ist über ein Jahr, als wir die Forderungen deponiert hatten, dass wir genau das, was du sagst, wollten. Wir haben es bis heute nicht erhalten, daher steht hier auch CHF 0.

Christine von Arx (SP): Ja, Darryl, das tönt ja sympathisch, aber im Namen des Parlaments spricht hier genau eine Person, nämlich der Parlamentspräsident. Und zwar für alle, idealerweise nach einer Abstimmung oder so. Im Wissen darum, was die Mehrheit sagt. Und einfach so zwei Personen im Namen des Parlaments einem Verein einen Brief zu schreiben, finde ich unorthodox, wenn ich es höflich ausdrücken darf.

Tobias Oetiker (OJ): Thomas, eine Frage. Sollten wir es nicht bewilligen, ganz herzlos, und dieser Verein rappelt sich total zusammen und kommt wieder zu dir und sagt: „Hey, wir haben es im Griff, wir haben ein Konzept.“ Ich glaube, ihr hattet geplant, ihnen noch relativ viel Geld zu geben, damit sie ihre Schulden begleichen können und sozusagen „in Style“ aus dem Leben zu scheiden. Wenn sie sich nun sozusagen total verwandeln und wieder kommen, was machst du dann?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Das, was du jetzt ansprichst, Tobi, war bereits vor drei Jahren der Fall. Sie sind angekommen, wollten CHF 10'000 mehr und haben gesagt, sie würden ein Konzept machen, dass der Verein bis in drei Jahren gut aufgestellt sei. Es ist nichts passiert. Letztes Jahr mussten wir einen Zusatzbeitrag bezahlen. Dieses Jahr sind sie gekommen, dass diese CHF 30'000 nicht mehr reichen würden, sie benötigen das Doppelte. Sie kamen mit einem völlig abstrusen Konzept. Mit einem Zooplan, der vermutlich viel mehr Geld gekostet hat. Sie waren kein sehr zuverlässiger Partner, um mit ihnen zu verhandeln. Ich sage es direkt. Und habe auch nicht das Gefühl, dass wenn wir jetzt einen Beitrag sprechen, es nächstes Jahr besser wird. Im Gegenteil.

Tobias Vega (SP): Der Bau ist eben sehr baufällig. Erbaut 1958. Energietechnisch eine Katastrophe. Nun machen wir ein Jahr weiter. Wann kommt der Punkt, an dem das Gebäude eigentlich gar nicht mehr brauchbar ist? Irgendwann steht eine Abstimmung im Raum, ob wir CHF 2 Mio. investieren wollen. Vielleicht weiss es die Baudirektorin. Wann kommt der Zeitpunkt, bei dem wir sagen müssen: Sorry, diese Volière kann man gar nicht mehr nutzen.

Stadträtin Marion Rauber: Tobi, du stellst mir heute immer Fragen, wofür ich eine Glaskugel bräuchte. Ich kann das leider nicht beantworten. Sorry.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wir kommen zur Abstimmung. Hier lautet der Abstimmungstext anders. Es wird über den Antrag der Fraktion Mitte/GLP/EVP entschieden, welcher neu um einen Beitrag von CHF 30'000 (für die Volière) erhöht wird bzw. einen neuen Budgetposten von insgesamt CHF 50'000 festlegt. Wer das möchte, drückt „Ja“, wer nur die CHF 20'000 (für den Tierpark Mühletäli) im Budget belassen möchte drückt „Nein“.

Beschluss

Mit 19 : 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag der Fraktion Mitte/GLP/EVP angenommen.

Keine Wortmeldung

S. 117, Investitionsrechnung

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wir kommen zur Investitionsrechnung. Ich stelle global die Frage: Gibt es hierzu Anträge?

Marc Winistörfer (SVP): Vor dem Antrag hätte ich noch eine Frage an den Stadtrat. Ich beziehe mich auf Seite 122, Konto 3211 Stadtbibliothek, Planung Sanierung Kirchgasse. Es geht, wie man entnehmen kann, um die Kirchgasse 8 und 10. Wir haben hier nun doch schon öfters darüber diskutiert. Wir hatten bereits verschiedenste Projekte, die uns vorgelegt wurden zum Kunstmuseum und dem Nebengebäude. Es stellt sich die Frage, welches Gebäude das Kunstmuseum sein wird in Zukunft und welches das Nebengebäude. Könnte der Stadtrat Stellung dazu nehmen, weshalb „Stadtbibliothek“ steht und nicht „IPFO“? Das Letzte, das man uns unterbreitet hat, war die Idee, dass das IPFO in das eine Gebäude kommt und das Kunstmuseum ins andere.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Du weisst ja als Präsident der Spezialkommission, dass man diese verschiedenen Nutzer angehört hat. Hier im Haus hat das stattgefunden. Wir werden am nächsten Montag mit der Vertretung des Hauses der Fotografie ein Gespräch führen. Denn wir haben in dieser Spezialkommission festgestellt, dass gegebenenfalls eine Verkleinerung des Projekts Sinn macht. Eine Redimensionierung. Und wir haben abgemacht, dass wir beide Nutzer/innen damit konfrontieren, ob mit dem reduzierten Raumprogramm ein Betrieb möglich ist. Das haben wir mit dem Kunstmuseum gemacht und am nächsten Montag machen wir es mit dem Haus der Fotografie. Die Nutzung durch eine Bibliothek war beim ersten Projekt ein Thema, als man gesagt hat, wenn man ein Wohn- und Geschäftshaus ausbaut, könnte man es auch einer anderen Nutzung zuführen. Bei-spielsweise für eine Bibliothek. Aber das steht im Moment nicht mehr zum Thema. Es geht um die Nutzungen des Hauses der Fotografie und des Kunstmuseums. Das ist das, was Platz haben muss. Aber unter welchen Voraussetzungen, in welchem Gebäude und mit welchem Raumprogramm sind wir noch am Abklären. Der nächste Schritt ist nächsten Montag.

Marc Winistörfer (SVP): Merci, Herr Stadtpräsident, Thomas. Du hast das richtig gesagt, als Präsident der Spezialkommission war ich an diesen Sitzungen auch dabei. Mich irritiert einfach... Es gab dort einen nicht ganz einstimmigen, aber immerhin mehrheitlichen Antrag, der zuhanden des Stadtrats verabschiedet wurde. Ich meine, ich kann nicht aus der Diskussion im Detail sprechen, sonst habe ich ein Problem, weil ich das Kommissions-geheimnis verletzen würde. Aber ich habe es so in Erinnerung, dass man dort noch anderes diskutiert hat und vor allem auch über einen Zwischenschritt, dass man erst gewisse Kostenschätzungen machen muss. Daher irritiert es mich, dass man nun von CHF 2. Mio. im Investitionsplan ausgeht. Ohne dass ich Architekt oder Bauplaner bin, das, was man uns dort betreffend Ausgaben für Kostenschätzungen bei einer Reduktion gesagt hat, ist deutlich tiefer als das, was nun eingestellt ist.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Aktuell sind wir noch nicht in der Phase, dass man einen Variantenentscheid getroffen hätte. Den muss möglicherweise das Parlament fällen. Wir haben am kommenden Montag das Gespräch mit ihnen, wir haben am Dienstag ein weiteres Gespräch, das wir führen. Und dann können wir eigentlich erst abschätzen, mit welcher Variante wir möglicherweise ins Parlament gehen möchten. Diese zwei Millionen sind momentan ein sogenannter Platzhalter für eine Planung, die darauf angestossen wird. Denn es macht keinen Sinn, im Detail über Varianten zu planen, bei welchen die Kosten viel zu hoch sind. Es ist einfacher, man legt sich auf eine Variante fest und löst dann die detaillierte Überprüfung der Kostenarten aller möglichen Gewerke, welche eine solche Baute hat, aus. Wenn man es vorher macht, zahlt man zu viel für die Planung und das möchten wir verhindern. Erst nach den finalen Gesprächen mit dem Haus der Fotografie müssen wir uns entscheiden,

was wir euch unterbreiten werden. Und dann kann man eigentlich in die Phase der Planung gehen und die Gewerke abschätzen mit einem reduzierten Volumen. Im Moment können wir es einfach noch nicht auslösen.

Marc Winistörfer (SVP): Ich finde das Wort „Platzhalter“ hier störend. So wie du es ausgeführt hast, gibt es noch relativ viele Entscheide, die getroffen werden müssen. Sehr wahrscheinlich geht es, wie du zuvor gesagt hast, vorher ins Parlament und wir müssen den Variantenentscheid treffen. Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht ganz, weshalb man diese zwei Millionen jetzt unbedingt einstellen muss, wenn die Zukunft wirklich noch sehr ungewiss ist. Ich glaube, gestern hat jemand gesagt, dass die Zukunft es an sich hat, dass sie ungewiss ist, und auch die Ausgaben. Und das ist natürlich so. Ich finde es einfach sehr unglücklich. Und glaube auch mit „Stadtbibliothek“ als Überschrift ist auch kein gutes Signal gegenüber den potenziellen Nutzern, wie das IPFO.

Tobias Oetiker (OJ): Marc, ich habe eine Vermutung. Vielleicht stimmt es völlig nicht, aber etwas, das euch im Moment sehr stresst, ist das hohe Investitionsvolumen und die damit verbundene Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung usw. Es kann sein, dass hier eine Million aufgeführt ist, einfach so, und es dann vielleicht gar keine Million ist oder etwas anderes, aus völlig nachvollziehbaren Gründen, wie es Thomas zuvor gesagt hat. Aber indem ihr euch im Moment so sehr auf die genauen Beträge fokussiert, die hier abgebildet sind, und eben unsicher seid, weil sie die Zukunft betreffen, gibt es eine Diskrepanz, die plötzlich auftritt. Ihr müsst euch überlegen: Machen wir eine Rückweisung? Killen wir die Stadt quasi in ein Riesenproblem hinein? Machen wir ein Referendum? Und das alles eigentlich aufgrund solcher Zahlen, welche mit einer heftigen Unsicherheit behaftet sind. Ich denke, es wäre wichtig, dies vor Augen zu halten, wenn ihr eure Entscheidungen fällt.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich versuche auch noch ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen. Der Budgetprozess, das weisst du, Marc, als Mitglied der FIKO, beginnt in der Verwaltung irgendwann im April. Diese Sachen werden im Budget eingegeben. Ich habe zuvor noch nachgeschaut, wann die Medienmitteilung der Spezialkommission rauskam. Es war am 24. September. Das war plus-minus dann, als wir das Budget verabschiedet haben. Es war, ich weiss es nicht mehr im Detail, vielleicht eine knappe Woche später. Diese Investitionskosten im Finanzplan waren bereits enthalten, wir haben sie weitergezogen. Auch Urs Tanner hat sich dafür ausgesprochen, dass wir das Konto nicht umbenennen, wenn wir bereits ein Konto haben, das Investitionskosten enthält und dass wir die Investitionskosten nicht mehr kurzfristig anpassen, sondern dass wir es als Platzhalter drin lassen, damit wir später, und das ist ja bei Kosten von CHF 2 Mio., die hier budgetiert sind, sowieso etwas, worüber das Parlament entscheidet, ob diese Investitionskosten ausgelöst werden oder nicht. Aber es ist grundsätzlich so einfach: Es steht einfach als Platzhalter drin und wurde im Rahmen des Budgetprozesses nicht mehr geändert. Benvenuto hat es, glaube ich, zu Beginn des Abends auch mal gesagt. Wenn wir das Budget im September verabschieden, passiert bis heute doch noch das eine oder andere. Unter anderem auch ein Entscheid der Spezialkommission. Und ich glaube, viel mehr kann man dazu nicht sagen. Ich wüsste nicht, was du noch mehr erwartest. Selbstverständlich könntest du den Antrag stellen, dass man diese Million rausnimmt. Das steht dir frei. Aber es gibt keine andere Antwort auf deine Frage.

Daniela Minikus (SP): Ich war auch Mitglied in dieser Spezialkommission. Marc, ich verstehe dein Votum. Dieses Budget ist tatsächlich etwas schwierig zu definieren, aber ich verstehe auch, weshalb es in dieser Höhe daherkommt. Ich finde „Platzhalter“ auch nicht das richtige Wort, aber im Nachhinein noch etwas zu fordern ist vermutlich schwieriger als umgekehrt. Dass man eher sagen kann, dass man bis dorthin gelangt und die CHF 2 Mio. nicht überschreitet. Das ist vermutlich das Ziel. Aber wir haben ja mehrheitlich eine Empfehlung an den Stadtrat gemacht. Und wir können, glaube ich, davon ausgehen, dass mit diesem Museum etwas passiert. Ich würde meinen, dass man für diese Forderung Verständnis hat. Ich kann davon ausgehen, dass man dies von unten anfährt und nicht einfach nur „draufbeigt“.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wir fahren weiter in der Investitionsrechnung. Gibt es dazu Anträge oder Wortbegehren? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Seiten 166 und 167, RZSO

Keine Wortmeldung

Seiten 170 und 171, RFSB

Keine Wortmeldung

Seiten Seite 27, Beschluss und Antrag, 6) Feuerwehersatzabgabe

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Als erstes legen wir die Feuerwehersatzabgabe fest (Ziffer 6). Diese ist relevant, um den Beschluss unter Ziffer 1 definitiv zu berechnen, falls es Änderungen geben sollte. Dasselbe gilt für Ziffer 5, die Steuerfüsse. Zuerst stimmen wir über die Feuerwehersatzabgabe ab. Dort lautet der Antrag des Stadtrats neu 8% der einfachen Staatssteuer anstatt 9%. Die Grenzen haben sich auch geändert: Das Minimum beträgt CHF 20 anstatt CHF 40 und das Maximum beträgt CHF 800 anstatt CHF 400. Das liest sich wie folgt: „6) Die Feuerwehersatzabgabe ist wie folgt festzulegen: (Min. Fr. 40.-/Max. Fr. 800.-) 8% der einfachen Staatssteuer.“

Marc Winistörfer (SVP): Wir haben es gehört, es wurde uns auch zugestellt, dass es aus der Feuerwehersatzabgabe Mehreinnahmen gibt von rund CHF 170'000. Dadurch verbessert sich das Budget, ist aber keine ausgabenseitige Verbesserung, sondern eine einnahmeseitige Verbesserung. Nun eine Frage an den Finanzverwalter bzw. an den Finanzdirektor: Wenn man es einnahmenneutral machen möchte, sprich, dass für die Bevölkerung die Steuern, sprich die Steuerlast, nicht erhöht werden, auf wie viele Prozente müsste man den Ersatz reduzieren?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Man müsste es auf etwa 7% runtersetzen, damit es neutral wird. Wobei man aufgrund der Investitionen, die man tätigen will, im 2026 wieder erhöhen müsste.

Marc Winistörfer, Antragsteller: Vielen Dank für die Information. Das wäre so, wenn man eine Spezialfinanzierung hätte, aus meiner Sicht, aber nicht, weil wir ja keine Spezialfinanzierung haben. Also, die Erhöhung 2026 ist nicht zwingend notwendig, auch nicht wegen den Investitionen. Entsprechend stelle ich den Antrag, dass man den Steuersatz bei 7% festlegt.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ist das ein Antrag der SVP oder ein Antrag von Marc Winistörfer?

Marc Winistörfer (SVP): Ein Antrag der SVP, in diesem Fall.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Die SVP stellt folgenden Antrag: „6) Die Feuerwehersatzabgabe ist wie folgt festzulegen: (Min. Fr. 40.-/Max. Fr. 800.-) 7% der einfachen Staatssteuer.“ Dieser Antrag wird dem Antrag des Stadtrats gegenübergestellt.

Tobias Oetiker (OJ): Ich habe noch eine Frage: Es geht dir darum, dass für die Einzelperson die Steuer nicht steigt. Oder geht es dir darum, dass die Stadt möglichst nicht mehr einnimmt?

Marc Winistörfer (SVP): Es geht mir um folgendes: Die Stadt hat ein Defizit. Wir haben gesagt, dass dieses Defizit ausgabenseitig saniert bzw. reduziert werden und nicht einnahmenseitig. Wenn wir der Steuererhöhung, wie wir sie hier vorliegen haben, zustimmen, ist es eine einnahmeseitige Reduktion des Defizits. Diesem werden wir daher nicht zustimmen.

Tobias Oetiker (OJ): Du hast meine Frage nicht beantwortet.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stimmen wir darüber ab, wie hoch die Feuerwehersatzabgabe festgesetzt werden soll. Antrag Stadtrat 8%. Antrag SVP 7%.

Beschluss

Mit 32 : 8 Stimmen obsiegt der Antrag des Stadtrats gegenüber jenem der Fraktion SVP.

Seiten Seite 27, Beschluss und Antrag, 4) Teuerungszulage

Florian Eberhard, Antragsteller: Ich würde gerne, wie angekündigt, einen Rückkommensantrag stellen zu Beschlussesantrag Ziffer 4. Ich denke, das machen wir sinnvollerweise, bevor wir die ganzen Erfolgsrechnungen beschliessen würden, bevor diese wieder überarbeitet werden müssen. Der Grund für diesen Rückkommensantrag liegt darin, dass relativ viele der heutigen Anträge angenommen wurden. Es wurden diverse Stellen gestrichen, es sind diverse Kürzungen passiert. Das heisst, dass durchaus die Möglichkeit besteht, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Diskussion etwas anders ausschauen könnte, wenn man sieht, dass nicht unendlich viele neue Stellen dazukommen werden.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ein Rückkommensantrag der Fraktion SP/JSP. Ein Rückkommensantrag ist möglich, solange dasselbe Geschäft noch läuft, und zwar mit einfachem Mehr, dass man auf den Entscheid betreffend Festlegung des Teuerungsausgleichs zurückkommt.

Ursula Rüegg (SVP): Eine Verständnisfrage: Hat man eine Ahnung, wie wir jetzt in der Erfolgsrechnung stehen?

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wir geben gleich danach das Wort an Urs Tanner. Daher wollte ich erst noch über die Steuerfüsse abstimmen, jedoch unter der Annahme, dass die Steuerfüsse gleichbleiben, wie es Stand jetzt aussehen würde.

Christine von Arx (SP): „Das Gemeindeparlament entscheidet ohne weitere Diskussion.“ Ich wollte lediglich darauf hinweisen. Artikel 31, Abs. 2.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Vielen Dank, Christine von Arx. Sie hat vollkommen recht. Es wird über den Antrag der Fraktion SP/JSP abgestimmt. Es ist ein Rückkommensantrag. Es wird darüber abgestimmt, ob man noch einmal über das Geschäft „Teuerungsausgleich“ diskutieren will.

Beschluss

Mit 21 : 19 Stimmen wird dem Rückkommensantrag zugestimmt.

Florian Eberhard, Antragsteller: Danke für die Möglichkeit, dass wir noch einmal darüber diskutieren können mit dieser nun etwas anderen Ausgangslage. Ich würde gerne im Namen der Fraktion einen Änderungsantrag zu Beschlussesantrag Ziffer 4 machen. Die Diskussion wäre dann offen. Man kann gerne zusätzlichen Infos, wie der aktuelle Stand ist, nachliefern. Unser Änderungsantrag wäre neu: „Die Teuerungszulage ist für das städtische Personal auf 0.6% festzulegen (haupt- und/oder nebenamtliches Personal).“

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Vielen Dank, Florian Eberhard. Wir haben den Antrag der Fraktion SP/JSP, die Teuerungszulage auf 0.6% festzulegen. Mit Blick zu Urs Tanner wäre es, wie es angeregt wurde, wahrscheinlich sinnvoll, wenn wir einen Gesamtüberblick haben. Es spricht in der materiellen Diskussion nun nichts mehr dagegen.

Finanzverwalter Urs Tanner: Im Moment ist es so, dass wir einen Aufwand von CHF 166'727'400 haben und einen Ertrag von CHF 165'101'300. Das ergibt einen budgetierten Verlust von CHF 1'626'100,

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Das ist mit 0% Teuerungszulage gerechnet?

Finanzverwalter Urs Tanner: Ja, mit Teuerungszulage null.

Nico Zila, Fraktion FDP: Danke, dem Finanzverwalter für dieses Zwischenresultat, so quasi in der 59. Minute. Es ist der SP unbenommen, den Goalie rauszunehmen und es noch einmal zu versuchen, mit einem Kompromissantrag. Das nehmen wir natürlich so zur Kenntnis. Für die FDP ändert sich nichts an der materiellen Einschätzung, dass für das Jahr 2025 – mit Betonung auf „2025“ – das städtische Personal, in Analogie auch zu den Lehrpersonen, in den sauren Apfel beißen muss. Wir sind mit erheblichen Bemühungen nun auf einem Resultat angelangt, das für die Freisinnige Fraktion akzeptabel ist. Mit dem Verlust von CHF 1.6 Mio. können wir heute dem städtischen Budget zustimmen. Ich warne davor, nachdem wir in den letzten 5 – 6 Stunden rund CHF 550'000 eingespart haben, nun einen guten Drittel dieser Sparsbemühungen auf der Zielgeraden wieder einzubüssen. Ich warne davor, wieder darauf zurückzukommen, auch wenn das Angebot, dieser Antrag der SP, vielleicht verlockend tönt,

Luc Nünlist (SP): Vielleicht dürfen wir Urs Tanner noch einmal bemühen, um die Grössenordnung zu sehen. Wir haben nun einen Gesamtaufwand von CHF 166 Mio. Könnten wir noch einmal die Zahlen haben bezüglich Verlusts, den wir jetzt budgetieren mit diesem neuen Antrag und ohne den neuen Antrag und vielleicht in Prozent vom Gesamtaufwand?

Finanzverwalter Urs Tanner: Es bedeutet, es würde sich wieder um rund CHF 169'000 erhöhen. Das heisst, es ergäbe einen Verlust von CHF 1'795'100. Wenn diese CHF 1'795'100 und den Vergleich zum Gesamtaufwand zieht, ist es ein Verlust von 1%. CHF 1.626 Mio. zu CHF 166 Mio. ist 1%.

Luc Nünlist (SP): Das ist 1%. Und mit dem Teuerungsausgleich wäre es wie viel?

Finanzverwalter Urs Tanner: Das ist nicht viel mehr. Es betrüge 1.07%.

Luc Nünlist (SP): Vielen Dank fürs Ausrechnen zu später Stunde. Das gibt Klarheit. Danke.

Heinz Eng (FDP): Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir im Verhältnis bleiben. Diese CHF 169'000 durch die 280 Angestellten der Stadtverwaltung (vielleicht sind es auch 290) macht ausgerechnet nach dem Giesskannenprinzip CHF 600. Das macht pro Monat CHF 50. Und die Hälfte oder Zweidrittel davon wird sowieso irgendwie noch abgezogen. Man muss es irgendwie im Verhältnis sehen. Und wenn man noch, Tobias ich habe aufgepasst, den Median von CHF 46'000 nimmt, dann sind wir dann irgendwie bei CHF 240 pro Jahr. Und das noch auf den Monat runtergebrochen ergibt noch CHF 20. Das gibt nicht einmal mehr zwei Päckli Zigaretten. Also entweder macht man etwas richtig. Militärisch heisst es immer: Klotzen nicht kleckern. Und hier kleckern wir, also lassen wir es am gescheitesten gleich sein. Fertigschluss.

Patrik Stadler, Rechtskonsulent: Mit dem Rückkommensantrag wurde der Entscheid aufgehoben. Es gilt wieder der ursprüngliche Antrag des Stadtrats von 1.2%.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Ist das so? Der Entscheid wurde aufgehoben. Der ursprüngliche Antrag beträgt 1.2%. Und es steht der Antrag der SP, 0.6% festzulegen.

Nico Zila, Antragsteller: Ich würde meine Rolle von abends um 8 Uhr noch einmal übernehmen und den Antrag wiederholen bzw. neu stellen. Dass wir für das Jahr 2025 im Namen der Fraktionen Mitte/GLP/EVP, SVP und FDP verzichten und diesen auf 0% festlegen.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Es gibt den Antrag der drei Fraktionen, dass die Teuerungszulage auf 0 festgelegt wird. Keine weiteren Wortmeldungen? Somit wird der Antrag der SP dem Antrag der drei Fraktionen gegenübergestellt, der Sieger wird dem Stadtratsantrag gegenübergestellt.

Beschluss

Mit 20 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen obsiegt der Antrag der drei Fraktionen (0%) gegenüber jenem der Fraktion SP/JSP (0.6%).

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt der Antrag der drei Fraktionen (0%) gegenüber jenem des Stadtrats (1.2%).

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Damit erhalten wir die definitiven Zahlen. Wir haben sie zuvor von Urs Tanner bereits gehört. Sie sind allen bekannt. Kannst du sie wiederholen, bevor wir zur Abstimmung gelangen?

Finanzverwalter Urs Tanner: Aufwand: CHF 166'727'400, Ertrag: CHF 165'101'300, Verlust: CHF 1'626'100.

Seiten Seite 27, Beschluss und Antrag, 5) Steuerfuss

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen: Natürliche Personen 108% der einfachen Staatssteuer.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen: Juristische Personen 108% der einfachen Staatssteuer.

Beschluss

Mit 32 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen: Hunde-steuern CHF 130.

Beschluss

Mit 34 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Wir stimmen über die Erfolgsrechnung ab. Aufwand: CHF 166'727'400, Ertrag: CHF 165'101'300, Verlust: CHF 1'626'100. Über die Ziffern 4), 5) und 6) haben wir bereits abgestimmt.

Beschlüsse

- | | |
|---------------------------------|---|
| 1) Erfolgsrechnung | Mit 36 : 4 Stimmen <u>zugestimmt</u> . |
| 2) Investitionsrechnung | Mit 35 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung <u>zugestimmt</u> . |
| 3) Spezialfinanzierung | Mit 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung <u>zugestimmt</u> . |
| 7) Reg. Zivilschutzorganisation | Einstimmig |
| 8) Reg. Führungsstab | Einstimmig |
| 9) Finanzfehlbeträge | 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung <u>zugestimmt</u> . |

Schlussabstimmung

Mit 34 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Budget 2025 genehmigt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechend Direktion(en)

ABSTIMMUNGEN EINZELERGEBNISSE

Kto. 0228.3010.03 Lohnteuerung Städt. Personal: Abstimmung am Schluss?

Abstimmungsergebnis insgesamt

17 JA 4 ENTH. 18 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	ENTH.
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	ENTH.
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	ENTH.
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	ENTH.
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	JA

Kto. 0228.3010.03 Lohnteuerung Städt. Personal 1.2%

Abstimmungsergebnis insgesamt

19 JA 0 ENTH. 20 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

Kto. 2190.3132.00: Honorare ex. Berater, Experten, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 0 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto 3113.3119.00: Übr. Nicht aktivierb. Anl./Ausstell., Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 0 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 3290.3637.00 : Kultur, übrige, Förderung künstl. Schaffen, Antrag SVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

26 SR 0 ENTH. 14 SVP

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	SR
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	SR
Fiechter	Darryl	Die Mitte	SR
Bachmann	Beat	EVP	SR
Walder	Andrea	FDP	SVP
Eng	Heinz	FDP	SVP
Bloch	Simon	FDP	SVP
Sager-Roth	Simone	FDP	SVP
Huber	Christian	FDP	SVP
Zila	Nico	FDP	SVP
Wyss	Markus	FDP	SVP
Grieder	Sandy	FDP	SVP
Fürst	Thomas	FDP	SVP
Schoger	Manfred	GLP	SR
Ginsig	Christian	GLP	SR
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	SVP
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	SVP
Winistörfer	Marc	SVP	SVP
Ruf	Philippe	SVP	SVP
Borner	Matthias	SVP	SVP

Kto. 3420.3636.00: Beitr. an örtl. Vereine/Verbände, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

22 SR 6 ENTH. 12 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	ENTH.
Eng	Heinz	FDP	SR
Bloch	Simon	FDP	ENTH.
Sager-Roth	Simone	FDP	SR
Huber	Christian	FDP	ENTH.
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Wyss	Markus	FDP	ENTH.
Grieder	Sandy	FDP	ENTH.
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 3424.3140.01: Unterhalt Grünanlagen, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 0 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 5450.3132.00: Beratung Familienzentrum, Antrag SVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 1 ENTH. 19 SVP

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	SVP
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	SVP
Fiechter	Darryl	Die Mitte	SVP
Bachmann	Beat	EVP	SVP
Walder	Andrea	FDP	SVP
Eng	Heinz	FDP	SVP
Bloch	Simon	FDP	SVP
Sager-Roth	Simone	FDP	SVP
Huber	Christian	FDP	SVP
Zila	Nico	FDP	SVP
Wyss	Markus	FDP	SVP
Grieder	Sandy	FDP	SVP
Fürst	Thomas	FDP	SVP
Schoger	Manfred	GLP	SVP
Ginsig	Christian	GLP	ENTH.
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	SVP
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	SVP
Winistörfer	Marc	SVP	SVP
Ruf	Philippe	SVP	SVP
Borner	Matthias	SVP	SVP

Kto. 5726.3132.00: Drittaufträge, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 0 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 7300.3120.00: Sackgebühren eigener Betrieb, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

14 SR 2 ENTH. 24 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	3 FRA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	3 FRA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	3 FRA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	ENTH.
Schöni	Laura	Olten jetzt!	ENTH.
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	3 FRA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 7691.3132.00: Honorare ext. Berater/Experten, Antrag FDP, SVP, Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 SR 0 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

Kto. 8130.3636.01: Beitrag Volière, Antrag Mitte/GLP/EVP

Abstimmungsergebnis insgesamt

19 JA 5 ENTH. 16 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	ENTH.
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	ENTH.
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Wyss	Markus	FDP	ENTH.
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	NEIN
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	NEIN
Spirig	Denise	Olten jetzt!	NEIN
Kisker	Salome	Olten jetzt!	NEIN
Schöni	Laura	Olten jetzt!	NEIN
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	NEIN
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	ENTH.
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	JA

B & A: Feuerwehrrersatzabgabe, Antrag SR (8%) gegen SVP (7%)

Abstimmungsergebnis insgesamt

32 SR 0 ENTH. 8 SVP

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	SR
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	SR
Fiechter	Darryl	Die Mitte	SR
Bachmann	Beat	EVP	SR
Walder	Andrea	FDP	SR
Eng	Heinz	FDP	SVP
Bloch	Simon	FDP	SVP
Sager-Roth	Simone	FDP	SR
Huber	Christian	FDP	SR
Zila	Nico	FDP	SVP
Wyss	Markus	FDP	SR
Grieder	Sandy	FDP	SVP
Fürst	Thomas	FDP	SR
Schoger	Manfred	GLP	SR
Ginsig	Christian	GLP	SR
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	SR
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	SVP
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	SR
Winistörfer	Marc	SVP	SVP
Ruf	Philippe	SVP	SVP
Borner	Matthias	SVP	SVP

Rückkommensantrag Fraktion SP/JSP betr. Teuerungszulage Städt. Personal

Abstimmungsergebnis insgesamt

21 JA 0 ENTH. 19 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	NEIN
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Zila	Nico	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Fürst	Thomas	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Ginsig	Christian	GLP	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A:Teuerungszulage Antrag SP (0.6 %) vs. Antrag 3 Fraktionen (0%)

Abstimmungsergebnis insgesamt

18 SP 2 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SP
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SP
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SP
Schindler	Yael	Grüne/Junge Grüne	SP
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SP
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SP
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	ENTH.
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SP
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SP
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SP
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	ENTH.
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SP
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SP
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SP
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SP
Probst	Timo	SP/Junge SP	SP
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SP
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SP
Send	Cécile	SP/Junge SP	SP
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SP
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

B & A: Teuerungszulage Antrag Stadtrat (1.2 %) vs. Antrag 3 Fraktionen (0%)

Abstimmungsergebnis insgesamt

19 SR 1 ENTH. 20 3 FRA

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	3 FRA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	3 FRA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	3 FRA
Bachmann	Beat	EVP	3 FRA
Walder	Andrea	FDP	3 FRA
Eng	Heinz	FDP	3 FRA
Bloch	Simon	FDP	3 FRA
Sager-Roth	Simone	FDP	3 FRA
Huber	Christian	FDP	3 FRA
Zila	Nico	FDP	3 FRA
Wyss	Markus	FDP	3 FRA
Grieder	Sandy	FDP	3 FRA
Fürst	Thomas	FDP	3 FRA
Schoger	Manfred	GLP	3 FRA
Ginsig	Christian	GLP	3 FRA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	SR
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	SR
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	SR
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	SR
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	SR
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	SR
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	ENTH.
Spirig	Denise	Olten jetzt!	SR
Kisker	Salome	Olten jetzt!	SR
Schöni	Laura	Olten jetzt!	SR
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	SR
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	SR
von Arx	Christine	SP/Junge SP	SR
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	SR
Vega	Tobias	SP/Junge SP	SR
Probst	Timo	SP/Junge SP	SR
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	SR
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	SR
Send	Cécile	SP/Junge SP	SR
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	SR
Kiefer	Robin	SVP	3 FRA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	3 FRA
Winistörfer	Marc	SVP	3 FRA
Ruf	Philippe	SVP	3 FRA
Borner	Matthias	SVP	3 FRA

B & A: Steuerfuss für Natürliche Personen 108%

Abstimmungsergebnis insgesamt

33 JA 3 ENTH. 4 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	ENTH.
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	ENTH.
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	ENTH.
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A: Steuerfuss für Juristische Personen 108%

Abstimmungsergebnis insgesamt

32 JA 2 ENTH. 6 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	ENTH.
Send	Cécile	SP/Junge SP	ENTH.
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A: Hundesteuer CHF 130

Abstimmungsergebnis insgesamt

34 JA 0 ENTH. 5 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A: Erfolgsrechnung

Abstimmungsergebnis insgesamt

36 JA 0 ENTH. 4 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A: Investitionsrechnung

Abstimmungsergebnis insgesamt

35 JA 1 ENTH. 4 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

B & A: Spezialfinanzierung

Abstimmungsergebnis insgesamt

39 JA 1 ENTH. 0 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA

B & A: Reg Zivilschutzorganisation RZSO

Abstimmungsergebnis insgesamt

40 JA 0 ENTH. 0 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA

B & A: Reg. Führungsstab RFSB

Abstimmungsergebnis insgesamt

40 JA 0 ENTH. 0 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA

B & A: Ermächtigung SR betr. Finanzfehlbeträge

Abstimmungsergebnis insgesamt

39 JA 1 ENTH. 0 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	ENTH.
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Ruf	Philippe	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA

Schlussabstimmung Budget 2025

Abstimmungsergebnis insgesamt

34 JA 2 ENTH. 4 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Felber	Beat	Die Mitte	JA
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Zila	Nico	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Fürst	Thomas	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Ginsig	Christian	GLP	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Höfler	Manuela	Grüne/Junge Grüne	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Tang	Seu Jhing	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Spirig	Denise	Olten jetzt!	JA
Kisker	Salome	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	ENTH.
Vega	Tobias	SP/Junge SP	JA
Probst	Timo	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Baumann	Luzia	SP/Junge SP	JA
Send	Cécile	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	ENTH.
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Ruf	Philippe	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN

Parlamentspräsident Thomas Fürst: Das war's. Kommt gut nachhause, schläft gut. Vielen Dank.

- - - -

Parlamentspräsident:	Thomas Fürst
Stadtschreiber:	Markus Dietler
Verantwortlicher Protokollführer:	Roland Sampt
Schriftliches Protokoll:	Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.